1.8.44.

Bankdirigent Dr. Paersch führt aus, daß die Räumung auf dem Gebiete der Emissionsbank ohne jede Schwierigkeit vollzogen worden sei. Die Gefolgschaft arbeite unverändert mit, obgleich die erhöhten Aufgaben der Emissionsbank an ihre Einsatzbereitschaft und Mitarbeit sehr große Anforderungen stellten. Diese Anforderungen ergeben sich daraus, daß der Zahlungsverkehr für die zurückkehrenden Reichsdeutschen, soweit es die Ersparnisse angehe, bei der Emissionsbank zusammengefaßt sei. Der Strom der Menschen zur Emissionsbank sei außerordentlich stark. Eine weitere Verstärkung ergebe sich daraus, daß im Zuge der unruhigen Zeiten die Bevölkerung besorgt sei, daß gegebenenfalls die Sowjets entsprechend dem Vorgehen der Regierung des Generalgouvernements im Jahre 1940, die großen Noten zu 500.- Zloty aufrufen würden. Die Bevölkerung versuche daher, diese großen Noten abzustoßen und in kleine Stücke umzutauschen. Diese Bewegung habe in Warschau begonnen und sich von dort aus ausgebreitet. Er habe entsprechende Maßnahmen eingeleitet und hoffe, der Bewegung Herr zu werden.- Beim Kreditgewerbe machten sich seit einiger Zeit Einlagen-Abzüge geltend. Leider habe man feststellen müssen, daß gewisse öffentliche Stellen ohne Rücksicht auf den Bedarf versuchten, große Summen abzuziehen. Er sei diesen Erscheinungen, soweit möglich, entgegengetreten und habe dabei die Unterstützung des Staatssekretärs gefunden. Er habe einige konkrete Fälle vorgebracht und behalte sich vor, weitere Fälle dem Staatssekretär zu unterbreiten. Es gehe unter keinen Umständen an, daß die Verwaltung Beispiele gebe, die natürlich von anderen Stellen gerne aufgegriffen würden. Der Zahlungsverkehr

für die Zurückflutenden sei angemessen und großzügig geregelt. Diese großzügige Regelung darf aber nicht dazu führen, daß angenommen werde, es liege darin ein Appell, möglichst alle Sparguthaben abzuheben.

SS-Oberführer Bierkamp berichtet über die Sicherheitslage und geht dabei auf die Haltung der nationalen Widerstandsbewegung ein. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß die Haltung der deutschen Bevölkerung gewisse Wirkungen auf die Polen ausübe. Leider seien überall Fälle vorgekommen, in denen deutsche Betriebsleiter ihre Betriebe verlassen hätten. So seien z.B. aus Warschau vier Direktoren verschwunden. Er habe Anweisung gegeben, daß ihm solche Fälle sofort gemeldet würden, damit die Betreffenden zur Verantwortung gezogen werden könnten.

In den Kreishauptmannschaften fehle es oft an einer genügenden Zusammenarbeit mit den Wehrmachtstellen. Deshalb werde es notwendig sein, die Kreishauptleute anzuweisen, die Verbindung mit der kämpfenden Truppe aufzunehmen.

In Warschau habe sich das Einwirken des Gouverneurs sehr aktiv ausgewirkt. Die Stimmung innerhalb der polnischen Arbeiterschaft, die zunächst kaum noch in die Betriebe gekommen sei, habe sich wesentlich gebessert, und bis zu 50% der Belegschaft seien wieder zur Arbeit erschienen.

Präsident Naumann berichtet, daß die Räumung auf dem Agrarsektor leider nicht in der beabsichtigten Form vor sich gehe, was einerseits an dem Mangel an

1.8.44.

3/3
1.4

Arbeitskräften liege und zum anderen Teil auf den Mangel an Waggons zurückzuführen sei. Sehr bedauerlich sei auch die Tatsache, daß von der Wehrmacht wertvolle Pferde gegen minderwertige ausgetauscht würden. Es müßten jetzt unbedingt alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um die Erfassung einigermaßen in Gang zu bringen. Er habe sich deshalb an die Inspektion des Sonderdienstes gewendet und um Zurverfügungstellung von Kräften gebeten.

IV/1
3/1

1.8.1944.

Er brauche etwa 1500 Männer, die etwas von der Erfassung verständen. Die landwirtschaftlichen Mitarbeiter des Distrikts Lublin z.B., die sich in Oberschlesien befänden, müsse er sofort in dem verbliebenen Gebiet im Rücken der Front und des Stellungsbaues einsetzen können, damit eine geregelte Kahlfraßzone gebildet werden könne.

Was die Versorgung der Deutschen in Krakau angehe, so seien leider Lebensmittelkartenschiebungen erfolgt, die er nicht für möglich gehalten hätte. Große Mengen von Lebensmittelkarten seien mit Stempel verschiedener Kreishauptmannschaften versehen worden, und es zeige sich nun plötzlich, daß, trotzdem schon eine große Anzahl Deutscher Krakau verlassen habe, etwa 15000 deutsche Lebensmittelkarten mehr vorhanden seien. Daher habe er sämtliche Lebensmittelkarten aus dem Lande abstempeln lassen. Für die Kontrolle in den Geschäften brauche er mindestens 20-25 Kontrolleure. Ob allerdings die polnischen Besitzer und Angestellten in den Geschäften etwa außerhalb der Geschäftszeit die Karten realisierten, werde kaum kontrolliert werden können. - Gegen das Schlangestehen der Deutschen vor den Geschäften müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Unter Umständen dürfe man nicht davor zurückschrecken, sie einfach zu verhaften. Er werde weiter anordnen, daß auch die Lebensmittelkarten der Stadt Krakau neu abgestempelt würden. Es sei nämlich festgestellt worden, daß Deutsche, insbesondere Frauen, die abgereist seien, ihre Karten an andere Personen gegeben hätten.

1.8.1944.

Große Sorge herrsche bei den polnischen Bauern, daß ihnen von Truppenteilen die Pferde weggenommen würden und sie die Ernte nicht einfahren könnten. Daß diese Sorge nicht unbegründet sei, zeige die Tatsache, daß 28 Pferde der Staatsdomäne Gumniska einfach gegen schlechte Pferde ausgetauscht worden seien. Sehr bedauerlich sei auch die Erscheinung, daß die zurückströmenden Truppenteile ihre Pferde einfach auf den Feldern weiden ließen, den Hafer als Futter verwendeten usw.

Die Frage der Getreide- und Viehtransporte müsse schnellstens geklärt werden. Es müsse sofort dafür gesorgt werden, dass auch für die fremdvölkischen Begleiter Marschbefehle für die Fahrt nach Oberschlesien, Niederschlesien, Posen und dem Sudetenland ausgestellt würden. Die für die Deutschen ausgestellten grünen Marschbefehle dürften nur für dienstliche Fahrten Geltung haben.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Meinung Ausdruck, es werde zum ersten Male deutlich spürbar, daß die Regierung des Generalgouvernements nicht mehr Herr des Raumes sei. Angesichts der geschilderten Auflösungserscheinungen sei nicht zu übersehen, wie lange man überhaupt noch auf dem Ernährungssektor für lange Sicht die Verantwortung tragen könne.

Präsident Gerteis macht noch einige Angaben über die Situation der Ostbahn. Zur Zeit befinde sich die Betriebsdirektion noch in Warschau. Sie werde gegebenenfalls nach Tschenstochau verlegt werden. Einen Zugverkehr gebe es noch von Radom bis zur Weichsel, ferner im Süden bis nach Sandomierz,

ferner nach Reichshof und von Debica bis Mielec, in Galizien von Sambor über Drohobycz nach Stryj, im Süden bis Worochta und Jaremcze. Öl könne aus dem Gebiet nicht mehr herausgebracht werden, sondern es würden lediglich Militärtransporte gefahren. Die Haltung der polnischen Ostbahner sei im allgemeinen noch recht befriedigend. An den meisten Stellen sei der größte Teil der Belegschaft bis zum Abrücken der Deutschen geblieben. Auch in Warschau befänden sich noch 1o ooo nichtdeutsche Eisenbahner, und freiwillig gehe von ihnen keiner zurück.

Sehr schwierig sei für die Ostbahnverwaltung die Frage der Räumung der Güter, die in vier Jahren geschaffen worden seien. Angesichts der Luftangriffe und der Dezentralisierung der großen Betriebe im Reich sei die Wagenlage katastrophal geworden. Im Reich werde erklärt, es sei unmöglich, Leermaterial heranzuschaffen. Auch die Verlagerung von Betrieben habe sich hinsichtlich der Wagengestellung ungünstig ausgewirkt. Deshalb müsse man sich mit der zur Verfügung stehenden kleinen Zahl von Wagen für Wehrmachtstransporte und Einzelsendungen begnügen. Gleichwohl sei man bemüht, bevorzugt Wagen nach dem Osten zu bringen. Leider sei die Disziplin hinsichtlich der Verladung von Gütern außerordentlich schlecht. Oft finde man das unwichtigste Gut auf den Wagen. Offenbar seien auch den unteren militärischen Stellen keine Befehle in dieser Beziehung erteilt worden, und deshalb handle jeder Kompanieführer und Feldwebel nach eigenem Gutdünken. Die Ostbahnverwaltung habe deshalb für Krakau dringend Offiziere angefordert, die Ordnung beim Verladen schaffen sollten. Er, Präsident Gerteis, habe darüber hinaus sieben tüchtige Inspektoren mit einer Kontrolle beauftragt, die im zivilen Sektor für eine geregelte Abfuhr sorgen sollten. - Die Ausbesserungs-

3/4
f.4

1.8.1944.

werke in Tarnow seien nach Möglichkeit geräumt worden; jedoch habe man eine Anzahl von Maschinen nicht fortnehmen können. Vom OKW seien für diese Dinge bevollmächtigte Räumungsoffiziere eingesetzt worden, die, wenn sie Verständnis für die Räumungsfrage hätten, manches Gute leisten, wenn sie aber einseitig handelten, schweren Schaden hervorrufen könnten. In Betracht kommen natürlich auch noch eine Anzahl von anderen Bedarfsträgern, die ihre Forderungen durchzudrücken verständen. Deshalb habe man versucht, im Einvernehmen mit dem Oberquartiermeister eine Dringlichkeitsliste aufzustellen. Der Einfluß der Ostbahnverwaltung sei naturgemäß nicht besonders groß, weil sie ja den Militärs nicht befehlen könne.

Die Sicherheitslage sei im allgemeinen etwas besser geworden, so auch im Bezirk Radom/Kielce. Man habe aber den Betrieb auf einem für die Wirtschaft wichtigen Kleinbahnnetz einstellen müssen, weil eigentlich die Banden den Betrieb in der Hand gehabt und Lokomotiven und Wagen gestohlen hätten. Man habe deshalb die noch vorhandenen Lokomotiven nach und nach teilweise unter Anwendung von Waffengewalt zurückgezogen.- Die Räumung sei im Zuge der letzten Tage gut vonstatten gegangen. Als letzte seien die Ämter fortgegangen. In Lemberg seien noch keine größeren Materialverluste eingetreten.

IV/1
5/1

1-8-1944.

Man habe mit Banden zu kämpfen, stehe einer Bevölkerung gegenüber, die der deutschen Führung nicht freundlich gesinnt, sondern vom passiven Widerstand erfüllt sei. Wenn die Bevölkerung für den Stellungsbau arbeite, dann tue sie es nur gezwungen; denn sie fürchte, später erschossen zu werden, weil sie für die Deutschen etwas geleistet habe. Hier könne nur mit Gewalt vorgegangen werden. Trotz der ausgezeichneten Unterstützung durch Präsident Bauder und Präsident Dr.von Craushaar fehle es an Arbeitsgeräten, an Material und allem anderen. Man müsse vorerst in drei bis fünf Tagen 2oo ooo Fremdvölkische auf die Beine bringen. Er habe den ersten Auftrag am 26.Juli bekommen, den zweiten am 28.Juli. Auch sei er genötigt gewesen, eine völlig neue Organisation zu schaffen. Was an San und Weichsel eingesetzt gewesen sei, sei zunächst für ihn nicht greifbar gewesen. Man habe die Leute gewissermaßen von der Straße weg nehmen müssen. Die Stäbe der SS- und Polizeiführer seien relativ schwach. Wenn man alle die Fragen der Unterbringung, Verpflegung, Erfassung usw. befriedigend lösen wolle, dann brauchte man dazu vielleicht 3o bis 5o SS- und Polizeiführer. Erfreulicherweise habe der Herr Generalgouverneur angeordnet, daß alle freiwerdenden Kräfte dieser Aufgabe des Stellungsbaues zugeführt werden. Er sei überzeugt, daß, wenn genügend Kräfte zur Verfügung ständen, die Arbeit schon in wenigen Tagen auf Höchsttouren laufen werde. Er bitte alle Dienststellen, größtes Verständnis für die ihm gestellte Aufgabe an den Tag zu legen. Alle Arbeiten, die in den Behörden und Dienststellen zur Zeit nicht kriegsentscheidend seien, müßten unter allen Umständen zurückgestellt werden. Man baue ja an der Stellung nicht ewig, aber

man brauche jetzt unzählige Arbeitskräfte. Hier handle es sich um eine Gemeinschaftsarbeit. Die Linie, die jetzt aufgebaut werde, sei mehr oder weniger die letzte große Linie vor den Toren des Vaterlandes. Sie müsse und werde gehalten werden. Sie müsse so stark gemacht werden, daß man ein fest gegliedertes Stellungssystem habe, durch das der russische Gegner nicht hindurchkommen könne. Man dürfe überzeugt sein, daß Reserven in genügender Anzahl kommen würden und, wenn man auf diese Stellung gehen müsse, genügend Soldaten vorhanden seien.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für notwendig, schon jetzt auf die Zeit und die Verhältnisse einen Blick zuwerfen, die jenseits der Räumung lägen. Da werde sich die schwierige Aufgabe ergeben, die Ordnung und den Dienstbetrieb im Gebiet aufrechtzuerhalten, den Rückgang der Leistungen, der angesichts der Verhältnisse in allen Teilen eingetreten ist, vor allem auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Erfassung und der wirtschaftlichen Leistung, so schnell wie möglich zum Stillstand zu bringen. Weiter müsse die Frage beantwortet werden, ob überhaupt das, was noch verblieben sei, als ein Gebiet angesprochen werden könne, das ein selbständiges Staatsgebilde darzustellen vermöge. Daneben liefen die gewaltigen Aufgaben, die der Regierung in den letzten Tagen mit ganz kurzer Friststellung auferlegt worden seien, vor allem die Durchführung des Stellungsbaues. Jeder einzelne sei verpflichtet, die sich dieser Aufgabe entgegenstellenden Schwierigkeiten mit aller Gewalt zu meistern. Er habe deshalb die Verwaltung aufgerufen, jede überflüssige Kraft für den Stellungsbau und für den Polizeidienst zur Verfügung zu stellen. Er bitte die Behörden, ihren Dienstapparat so zu reorganisieren, daß er in der Lage

sei, die jetzt noch anstehenden vordringlichen Aufgaben der Aufrechterhaltung einer allgemeinen Ordnung zu erfüllen, im übrigen aber alle Kräfte, die durch die Gebietsverluste überflüssig geworden seien, für die große Aufgabe des Stellungsbaues und des Polizeidienstes bereitzustellen. Der Herr Generalgouverneur habe soeben einen Erlaß unterzeichnet, in welchem die Gestellung der deutschen Kräfte für den Stellungsbau und den Polizeidienst eingehend geregelt werde; Einsatz und Versorgung aller dieser Kräfte seien bis ins einzelne geordnet.

Im übrigen sei durch den Abzug zahlreicher Deutscher die Raumfrage im Lande wieder sehr akut geworden. Es werde notwendig sein, gewissen dadurch frei gewordenen Raum der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Die Wohnungen der Deutschen würden unter Umständen für militärische Zwecke in Anspruch genommen werden müssen. Wenn sich die Schwierigkeiten auch türmten, so dürfe der Herr Generalgouverneur doch überzeugt sein, daß die Verwaltung in Ruhe und Überlegenheit, aber auch mit Tatkraft und Schwung die ihr bevorstehenden großen Aufgaben erfüllen werde.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung mit folgenden Worten: Meine Herren! Ich danke Ihnen und möchte nur noch eins sagen: Das, was wir heute besprochen haben, war nur ein kleiner Einblick in die Aufgaben, die die einzelnen Herren haben. Was ich mit der Sitzung verfolgt habe, war die Absicht, in Ihnen und in uns allen erneut den Eindruck zu verstärken, daß die oberste Führung des Generalgouvernements in allen ihren Persönlichkeiten festgefügt und sich der Verantwortung dieser Stunde vollauf bewußt ist. -

1.8.1944.

Am Mittwoch, dem 9.August würde die nächste Sitzung dieser Art stattfinden, wenn nicht ein außerordentliches Ereignis uns zwingen würde, die Sitzung vorzuverlegen.

(Schluß der Sitzung 13 Uhr 45 Minuten)

14[00] Mittagessen, an dem teilnehmen der Herr Generalgouverneur, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Präsident Ohlenbusch, Generalintendant Stampe, Kreishauptmann Dr.Ehaus- Reichshof.

Während des Mittagessens gibt Kreishauptmann Dr.Ehaus dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht von den Erlebnissen, die er vor und nach dem Verlassen der Stadt Reichshof am 3o.Juli um 15,3o Uhr gehabt hat.Er wird eingehenden schriftlichen Bericht erstatten.

Präsident Ohlenbusch wirft die Frage auf, ob und in welchem Umfange unter den jetzigen Verhältnissen ein Theaterbetrieb aufrechterhalten bzw. wieder aufgenommen werden kann. Seines Wissens bestehe im Reich die Absicht, eine gewisse Zahl von Theatern zu schließen. Auch sei im Laufe der nächsten Wochen mit gewissen einschneidenden Maßnahmen auf kulturellem Gebiete zu rechnen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß der Theaterbetrieb nach den Ferien, also etwa um die Mitte des Monats August, wieder aufgenommen werden könne, vorausgesetzt, daß nicht Angehörige des Theaters zum Polizeihilfsdienst eingezogen würden, wie es bereits bei dem Bühnenbildner Gassner geschehen sei.

1.8.1944.

IV/1

1b

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist darauf hin, daß die Fragen der Einziehung zum Polizeihilfsdienst jetzt beim Personalamt zentralisiert und etwa auftretende Schwierigkeiten dort beseitigt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß das Theater nach den Ferien wieder eröffnet würde.

16[45] Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger und Referent von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist der Abtransport von Akten- und Archivmaterial der Kanzlei sowie das Ausfindigmachen einer Ausweichstelle für die Kanzlei des Generalgouverneurs.

18[00] Besprechung mit Oberstleutnant Rödenbeck.

19[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf).

Mittwoch, den 2.August 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

17⁰⁰ Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky und Präsident Bauder.

18⁴⁵ Telefongespräch mit Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur teilt Präsident Dr.von Craushaar mit, daß er dem Gouverneur Dr. Fischer die Ermächtigung erteilt habe, sich nach eigenem Ermessen und nach dem Eindruck von der allgemeinen Lage zurückziehen zu dürfen. General Stahel habe ihm, dem Generalgouverneur, gesagt, es werde versucht werden, Warschau mit eigenen Kräften zu halten. - Weiter erkundigt sich der Herr Generalgouverneur nach der Lage in Krakau. Er bezeichnet es als unbedingt notwendig, die Abgabe von Lebensmittelkarten von einem Ausweis abhängig zu machen. Er lege größtes Gewicht darauf, angesichts der täglich sich verschlechternden Ernährungslage, alle Vorkehrungen getroffen zu sehen, mit denen jeglicher Mißbrauch von Lebensmittelkarten ausgeschaltet werden könne.

19¹⁰ Telefongespräch mit Staatssekretär Koppe.

Der Herr Generalgouverneur teilt Staatssekretär Koppe mit, daß nach einem telefonischen Bericht des Gouverneurs Dr.Fischer die Lage in Warschau sich gegen mittag nicht wesentlich verändert habe.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

IV/1

Donnerstag, den 3.August 1944.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur richtet an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels ein Fernschreiben, in welchem er auf die jüngst ergangene Verordnung über die Einschränkung der Obersten Reichsbehörden im Hinblick auf die Beibehaltung des Ministeramtes eingeht. In diesem Fernschreiben weist er darauf hin, daß er das Personal des Ministeramtes schon aufs äußerste eingeschränkt und das Ministeramt mit der Dienststelle des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs vereinigt habe. Wenn das Ministeramt nach außen hin noch als eigene Dienststelle firmiere, so hänge das lediglich mit seiner Position als Reichsminister zusammen, die doch noch eine gewisse geschäftliche Tätigkeit angesichts der Erledigung von Reichskabinettseinläufen, Gesetzgebungsarbeiten usw. beanspruche. Er glaube deshalb, daß man es bei der derzeitigen Regelung bewenden lassen könne.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann und den Gouverneur Dr. Wächter.

Der Herr Generalgouverneur billigt die Pläne des Präsidenten Naumann für die Evakuierung landwirtschaftlicher Läger ins Reich. Er unterzeichnet weiter auf Vorschlag des Präsidenten Naumann Briefe an die Gauleiter Bracht, Hanke, Greiser und Henlein.

Gouverneur Dr. Wächter teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß in Aussicht genommen sei, ihn als Verwaltungschef beim Stabe des Oberbefehlshabers Italien vorübergehend zu verwenden.

3.8.1944.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dem Gouverneur Dr.Wächter die Genehmigung zur Übernahme dieser Stellung, rechnet aber damit, daß, wenn Galizien wieder in deutsche Hand falle, Gouverneur Dr.Wächter in seine Stellung zurückkommen werde.

Gouverneur Dr.Wächter erklärt sich bereit, gegebenenfalls in seine Stellung als Gouverneur des Distrikts Galizien zurückzukehren.

Der Herr Generalgouverneur beurlaubt sodann Gouverneur Dr. Wächter bis auf weiteres vom Dienst des Generalgouvernements zum Zwecke des Antritts der Stellung als Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Italien.

21^{10} Der Herr Generalgouverneur führt ein Telefongespräch mit Generaloberst Guderian und bittet ihn nochmals dringendst um Hilfe für die Stadt Warschau.

Generaloberst Guderian teilt darauf folgendes mit:

Mit stärksten Mitteln, die überhaupt zur Verfügung ständen, werde versucht werden, die Lage in Warschau zu meistern. Es solle sofort ein starkes Polizeiregiment aus Breslau nach Warschau in Marsch gesetzt, außerdem sollten weitere Polizei-, SS- und Wehrmachtsteile nach Warschau gesendet werden.

Der Herr Generalgouverneur macht eindringlich auf den Ernst der Lage in Warschau aufmerksam. - Generaloberst Guderian erklärt, daß auch ihm die Lage bekannt sei. Der Herr Generalgouverneur könne sich darauf verlassen, daß alles geschehen werde, was nur menschlich-möglich sei, um der Stadt Warschau zu helfen. An der Stadt Warschau solle dann mit aller Härte ein

Verdikt vollzogen werden. Im übrigen könne er, Generaloberst Guderian, nur mitteilen, daß sich weiterhin große Truppenmassen nach Osten in Bewegung setzen würden, und daß die Ostsituation überhaupt seiner festen Überzeugung nach im Wege des Angriffs binnen kurzem werde bereinigt werden können.

21^{45} Telefongespräch mit General Stahel.

General Stahel berichtet, daß die Lage in Warschau sich wenig verändert habe. Die für Straßenkämpfe gut organisierten Banden seien nach wie vor sehr hartnäckig und hätten geringe Erfolge erzielt. Zur Aufnahme einer Offensive würden die deutschen Kräfte nicht mehr ausreichen. General Stahel schätzt die Stärke der Aufständischen auf mindestens eine Brigade. Die deutschen Verluste seien nicht unerheblich, sie betrügen etwa 5oo-6oo Mann. Große Schwierigkeiten bereiteten die von den Aufständischen angelegten Straßensperren. Praga sei noch in deutscher Hand, ebenso der Ostbahnhof. Ein Verkehr zwischen den deutschen Stützpunkten sei nur durch Panzer möglich. Ein Teil der Bevölkerung stehe auf deutscher Seite und lehne jeden Kampf ab.

22^{00} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur schildert Staatssekretär Dr. Bühler den Verlauf des heutigen Tages in Warschau und weist auf die ziemlich ernste Lage hin. Er habe vor kurzem mit Generaloberst Guderian gesprochen. Generaloberst Guderian habe ihm gesagt, der Führer sei fest entschlossen, den Aufstand in Warschau mit allen Mitteln niederzuschlagen. Starke Polizei-

und Wehrmachtsteile seien bereits in Marsch gesetzt und müssen bald in Warschau eintreffen. Die Luftwaffe könne erst eingreifen, wenn klar sei, welche Teile der Stadt Warschau in deutscher Hand und welche in der Hand der Aufständischen seien. Generaloberst Guderian habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Wege des Angriffs bald eine Bereinigung der Ostlage eintreten werde; deshalb brauche nichts mehr überstürzt zu werden.

22[15] Telefongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer.

Der Herr Generalgouverneur gibt Gouverneur Dr. Fischer Kenntnis von dem mit Generaloberst Guderian geführten Telefongespräch. Er werde alles tun, um zu erreichen, daß die Entsatztruppen so schnell wie möglich herankämen, und habe sich dieserhalb mit Reichsminister Dr. Lammers und Reichsführer-SS Himmler in Verbindung gesetzt. Der Führer habe den strikten Befehl gegeben, daß Warschau unter allen Umständen so schnell wie möglich entsetzt werde. Er bitte Gouverneur Dr. Fischer, das auch dem General Stahel mitzuteilen.

Gouverneur Dr. Fischer gibt in diesem Telefongespräch dem Herrn Generalgouverneur ein Bild der gegenwärtigen Lage Warschau's. Zur Zeit sei es in Warschau ruhig, es werde nicht geschossen. Die Aufständischen seien offenbar etwas unsicher geworden, weil die erwartete russische Hilfe ausbleibe.

Der Herr Generalgouverneur versichert dem Gouverneur Dr. Fischer, daß bald eine Wendung zum Besseren eintreten werde. Neue Truppen rollten Tag und Nacht auch in Krakau nach dem Osten. Offenbar sei eine ganz große Offensive in Vorbereitung.

5

3.8.44.

22 30 Der Herr Generalgouverneur gibt dem Reichsminister Dr. Lammers in einem Fernschreiben einen Bericht über die Lage in Warschau. Darnach ist die Aufstands-tätigkeit auch weiterhin in vollem Gange. Die deutschen Kräfte sind auf die Stützpunkte beschränkt und können untereinander nur entweder telefonisch oder durch Kurier mit Panzerfahrzeugen verkehren. Die Situation der Deutschen hat sich im Laufe des heutigen Tages noch etwas verschärft. Seit heute früh befindet sich auch der Adolf Hitler-Platz in Warschau, an dem Haus an Haus Gouverneur Dr. Fischer und General Stahel weilen, unter Beschuß. Die deutschen Panzer kämpfen tapfer immer wieder einige Stadtteile frei, können sich aber angesichts der vielfachen Überlegenheit der Aufständischen nicht restlos durchsetzen. Das Rathaus der Stadt Warschau ist heute nacht von den Aufständischen besetzt worden. Der Hauptbahnhof ist zwar noch in deutschen Händen, aber ringsum von den Aufständischen eingeschlossen.

Die Stimmung bei den Aufständischen ist schlechter geworden: sie sind vor allem enttäuscht über das Ausbleiben der ihnen offenbar zugesagten Teilnahme englisch-amerikanischer Luftlandetruppen an ihrem Aufstand. Teilweise läßt sich bei den Aufständischen auch schon beginnender Munitionsmangel feststellen. Die Bevölkerung lehnt in zunehmendem Maße den Aufstand ab, vor allem im Hinblick auf die Nähe der Russen, die auch von den Warschauer Polen als Todfeinde angesehen werden. Die Verluste waren auch heute wieder groß. In den entscheidenden Teilen der Stadt Warschau weht in den von den Aufständischen besetzten Häusern die polnische Flagge. Die Hauptpost ist heute nachmittag restlos

3.8.44.

in die Hand der Aufständischen gefallen. Die deutschen Postbeamten konnten sich, wenn auch unter schweren Verlusten, bis zu den deutschen Stellungen durchschlagen. Dringendst wird das Eingreifen von Fliegern erwartet, von deren Wirkung man sich entscheidendes verspricht.

Das Fernschreiben schließt mit den Worten: Ich wäre Ihnen, Herr Reichsminister Dr. Lammers, sehr dankbar, wenn Sie sowohl bei Generaloberst Guderian wie bei Reichsführer-SS Himmler meinem Ersuchen entsprechend für beschleunigte intensive Heranführung von Entsatzstreitkräften auch direkt vorstellig würden.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/1

Freitag, 4.August 1944.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur läßt sich telefonisch von Polizeihauptmann Zisenis Bericht über die Lage erstatten.

13^{10} Erneuter telefonischer Lagebericht des Polizeihauptmanns Zisenis.

14^{10} Gouverneur Dr. Wächter verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur zur Übernahme seiner Stellung als Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Italien.

Der Herr Generalgouverneur spricht Gouverneur Dr. Wächter nochmals seinen herzlichen Dank und seine große Anerkennung für die von ihm geleisteten treuen Dienste aus und überreicht ihm ein Exemplar des Behaim-Kodex mit eigenhändiger Widmung.

16^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor der Staatsbibliothek Professor Dr. Abb in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger.

16^{15} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dem Leiter des Polnischen Hauptausschusses mitzuteilen, daß er - der Generalgouverneur - zwar den Erlaß über Straffreiheit von Polen unterzeichnet habe, diesen Erlaß aber im Hinblick auf die Aufstandsbewegung in Warschau nicht in Kraft setzen könne.

4.8.1944.

20^{00} Ein Telefongespräch des Herrn Generalgouverneurs mit Gouverneur Dr. Fischer muß wegen schlechter Verständigung abgebrochen werden.

20^{30} In Vertretung des Pressechefs Gassner macht der Hauptschriftleiter Fenske dem Herrn Generalgouverneur telefonische Mitteilung davon, daß gegen die an dem Attentat vom 2o.Juli 1944 beteiligten Offiziere nunmehr ein Verfahren eingeleitet worden sei. Die Namen dieser Offiziere würden morgen in der Presse bekanntgegeben werden. Es sei die Schlußliste aller derer Offiziere, die bei dem Aufstand beteiligt gewesen seien.

21^{00} Telefongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer.

Gouverneur Dr. Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Lage in Warschau. Er erwähnt, daß mittlerweile auch deutsche Stukas in den Kampf eingegriffen haben, jedoch hat man noch keinen ausreichenden Eindruck von der Wirkung dieses Einsatzes. Eine nennenswerte Entlastung der Lage sei noch nicht eingetreten. Die Kampftätigkeit der Aufständischen sei nach wie vor sehr stark. Das Rathaus der Stadt Warschau sei noch in der Hand der Aufständischen. Der Raum der Verteidiger am Adolf Hitler Platz verengere sich von Stunde zu Stunde und liege unter dauerndem Beschuß. Eigentliche Fortschritte haben die Aufständigen aber heute nicht gemacht. Auch die Bahnhöfe seien noch in deutscher Hand.

Der Herr Generalgouverneur versichert Gouverneur Dr.Fischer, daß die deutschen Entsatztruppen demnächst eintreffen würden und sich die Lage dann völlig verändern werde. Er habe alles getan, um für eine möglichst beschlenigte Heranführung dieser Truppen Sorge zu tragen.

4.8.1944.

21[15] Erneuter telefonischer Anruf des Polizeihauptmanns Zisenis, der dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die Lage gibt.

21[30] Telefongespräch mit General Stahel.

General Stahel berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Aufständischen mit großer Hartnäckigkeit weiter kämpften. Immerhin sei festzustellen, daß die nicht militärischen Banden sich allmählich aus dem Kampf herauszögen. Wie die Stuka-Angriffe sich auswirken würden, müsse man erst abwarten. Im allgemeinen sei die Lage die gleiche wie gestern. Die Verluste auf beiden Seiten seien ziemlich erheblich. Die Haltung der Bevölkerung sei sehr unterschiedlich; ein großer Teil ziehe sich jetzt offenbar von den Aufständischen zurück und leiste sogar verfolgten deutschen Soldaten und Polizisten Hilfe.

22[00] Auf Grund der ihm von Gouverneur Dr. Fischer und General Stahel erstatteten Berichte richtet der Herr Generalgouverneur das nachstehende Fernschreiben an Herrn Reichsminister Dr. Lammers:

„Nach den übereinstimmenden Berichten des Kampfkommandanten General Stahel und des Gouverneurs Dr. Fischer, die beide in treuer, unermüdlicher Zusammenarbeit inmitten des konzentrischen Ringes der Aufständischen ihre Pflicht erfüllen, ergibt sich heute abend folgende Lage:

Die militärisch gegliederten, soldatisch ausgebildeten Teile der Aufständischen kämpfen nach wie vor mit größter Erbitterung und teilweise mit Tapferkeit. Der Ring um das Regierungsviertel am Adolf Hitler Platz, in dem Gouverneur Dr. Fischer

und General Stahel mit dem Gros der Verteidiger Warschaus weilen, ist heute durch die Besetzung der Ruinen der früheren großen Oper in Warschau durch die Aufständischen verengert worden. Der Adolf Hitler-Platz liegt nunmehr unter direktem Beschuß der Aufständischen und ist nicht mehr frei passierbar. Im übrigen befinden sich die wesentlichen Gebäude der Stadt als deutsche Stützpunkte in deutscher Hand und werden tapfer verteidigt. Das Zentrum der Aufständischen befindet sich jetzt im Rathaus der Stadt Warschau und in den daran anliegenden Gebäuden. Das Telegrafenamt und das Polizeiviertel befinden sich nach wie vor fest in deutscher Hand.

Die Verluste sind wie bisher erheblich. Zu größeren Gegenaktionen stoßen unsere Kräfte nun nicht mehr vor, um Menschen, Material und Munition zu schonen.

Die Bevölkerung verhält sich im großen ganzen jetzt den Aufständischen gegenüber sehr zurückhaltend. Die Aufständischen müssen teilweise außerordentlichen Zwang anwenden, um Bevölkerungsteile für den Bau der Barrikaden zu bekommen. Von General Stahel werden zahlreiche Fälle mitgeteilt, in denen deutsche Soldaten des Heeres und der Waffen-SS von der Bevölkerung sogar vor den Aufständischen wieder befreit oder gerettet wurden und nur durch die Hilfe der Bevölkerung zu ihren Truppenteilen zurückkommen konnten. Die nicht militärisch zusammengeschlossenen Aufständischen, also die sog. mitkämpfenden Mitläufer, beginnen allmählich sich aus den Reihen der Aufständischen zu lösen und versuchen, in den Vorstädten wieder ins Unerkannte zu verschwinden. Inwieweit diese Entwicklung anhalten wird, hängt von der allgemeinen Lage ab.

5

4.8.1944.

Heute vollführte die deutsche Luftwaffe einige Stuka-Angriffe auf die Zentren der Aufständischen. Die Wirkung ist zunächst nur in starken Brandherden zu beobachten, die sich gebildet haben. Die Kampfkraft der Aufständischen an sich wurde noch nicht nennenswert erschüttert.

Sowohl General Stahel wie Gouverneur Dr. Fischer sagen, daß sie es bei äußerster Sparung ihrer Kräfte ohne weiteres noch drei bis vier Tage aushalten können, sofern nicht eine plötzliche, ungewöhnliche Verstärkung der Aufständischen etwa durch Eingreifen alliierter Luftstreitkräfte oder derartiges eintreten sollte.

Das Eingreifen der von auswärts herankommenden deutschen Entsatzkräfte ist noch nicht nennenswert in Erscheinung getreten. Es wird nach wie vor von den beiden Herren dringendst die Heranholung dieser Einsatzkräfte gefordert, da von deren Eintreffen allein nunmehr das Schicksal der deutschen Führung in Warschau abhängt. Aus eigener Kraft kann der Aufstand nicht mehr überwältigt werden.

Da sich die militärische Lage heute durch Räumung des galizischen Ölgebietes durch die deutschen Truppen sowie durch Überschreiten der Weichsel seitens der Russen südlich von Warschau in großer Stärke stimmungsmäßig positiv auf die Aufständischen auswirken wird, ist doppelte Eile für das Herankommen der Entsatzkräfte geboten.

Über die militärische Lage des Generalgouvernements kann nur gesagt werden, daß auch hier alles nunmehr von dem möglichst starken in Erscheinung- und Inkampftreten neu herangeführter deutscher Kräfte allein noch abhängt. Die Russen stehen 12 km westlich von Reichshof und haben nördlich der Weichsel bereits eine Linie etwa 15 km von Staschow erreicht. Am nächsten Punkt stehen nunmehr die Russen noch 118 km von Krakau entfernt."

Haus Kressendorf.

IV/1

Samstag, den 5.August 1944.

11^{50} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur teilt Staatssekretär Dr.Bühler mit, daß er gestern nacht noch mit General Stahel , dem Kampfkommandanten von Warschau, gesprochen und dieser ihm von dem Ernst der Lage Kenntnis gegeben habe. Es handle sich jetzt darum, daß man im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen nicht in ein volles Chaos komme, weil man dann praktisch eine Verantwortung nicht mehr tragen könne. -

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr.Bühler an, für Montag, den 7.August, vormittags 10,3o Uhr, eine Sitzung der Hauptabteilungspräsidenten einzuberufen.

13^{40} Polizeihauptmann Zizenis gibt dem Herrn Generalgouverneur einen telefonischen Bericht über die gegenwärtige militärische Lage im Generalgouvernement.

14^{40} Besprechung mit Herrn Präsidenten Dr.von Craushaar, zu der später Oberregierungsrat Dr.Luxenberg und Kreishauptmann Schwender hinzugezogen werden.

Herr Präsident Dr.von Craushaar erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Räumungslage und die allgemeine Situation.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt den von Herrn Präsidenten von Craushaar aufgestellten letzten Räumungsplan.

Präsident von Craushaar stellt dann ausdrücklich fest, daß bisher keinerlei Panik oder Ungeordnetheit entstanden sei, vielmehr die Regierung und alle Dienststellen in voller Ruhe weiter ihre Pflicht erfüllen.

Präsident von Craushaar legt dann dem Herrn Generalgouverneur ein an Gauleiter Bracht gerichtetes Fern-

schreiben

schreiben vor, betreffend die Rückführung von loyalen Polen und Ukrainern ins Reich. In diesem Fernschreiben wird darum ersucht, daß diesen Polen und Ukrainern der einwandfreie Grenzübertritt in das Deutsche Reich zu gewähren wäre, wenn sie als loyale Polen legitimiert würden, und daß sie dann nicht zum Stellungsbau herangezogen werden. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dieses Fernschreiben.

In Zusammenhang damit regt der Herr Generalgouverneur an, daß nunmehr die groß ausgearbeitete Denkschrift über die Behandlung des Polentums und die Verbindung der deutschen Politik mit polnischen Strömungen an den SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner abgeschickt wird. Er habe auch darüber mit SS-Oberführer Bierkamp gesprochen, der ebenfalls der Meinung sei, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen wäre, um diese Polenpolitik nochmals in Form einer Denkschrift an die obersten Führungsstellen des Reiches zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

15^40 Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch in Gegenwart von Präsidenten von Craushaar.

Bankdirigent Dr. Paersch übergibt zu den Akten des Jahresabschluß der Emissionsbank.

Der Herr Generalgouverneur bestätigt die von ihm seinerzeit gegebene Ermächtigung, daß die Verluste der Emissionsbank von dem Jahreshaushalt der Emissionsbank übernommen werden könnten. Im Übrigen berichtet Präsident Dr. Paersch, daß, was die Währung und den Betrieb der Emissionsbank angehe, die Dinge sich verhältnismäßig in Ordnung vorwärts bewegten.

Weiter

Weiter bittet Bankdirigent Dr. Paersch, ein Schreiben an den Reichsbankpräsidenten richten zu dürfen, in welchem die gegenwärtige Situation der Emissionsbank dargelegt ist.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Genehmigung dazu.

15^{50} Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg übermittelt im Auftrage des Auswärtigen Amtes dem Herrn Generalgouverneur eine vertrauliche Nachricht, nach welcher Möglichkeiten beständen, daß zwischen der deutschen und der polnischen Exilregierung Verbindungen über einen vertraulichen Verbindungsmann aufgenommen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur bittet Botschaftsrat Dr. Schumburg, festzustellen, welche Stellung Reichsaußenminister Ribbentrop zu dieser Mitteilung aus Budapest einnehme, und erklärt sich bereit, einmal gemeinschaftlich mit Reichsaußenminister Ribbentrop persönlich über diese Angelegenheit zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur legt im übrigen dar, welche Schwierigkeiten einer wirklich seiner Meinung nach längst notwendigen Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses ihm wieder aus jenen Meinungsbereichen erstünden, die ausschließlich die Methode der schärfsten Gewalt gegenüber dem Polentum als Richtlinie verträten. Der Herr Generalgouverneur hält es im gegenwärtigen Augenblick nicht für möglich, eine wesentliche Änderung dieser Erwägungen, so notwendig sie seines Erachtens für das Reich wären, herbeizuführen. Daher wäre es auch geboten, daß Reichsaußenminister von Ribbentrop einmal posotiv zu diesem Problem Stellung nehme.

5.8.44.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsführer-SS Himmler:

„Lieber Parteigenosse Himmler! Mir wurde heute angedeutet, daß Ihnen mitgeteilt worden sei, in Krakau herrsche bei der Regierung so etwas wie Panikstimmung oder Unruhe, und es würde hier überstürzt abgebaut. Ich stelle dazu fest, daß jede solche Behauptung eine gemeine Verleumdung ist. Ich bitte Sie, mir jeden anzugeben, der etwas derartiges behauptet. Es ist überflüssig zu sagen, daß die maßgeblichen Männer des Generalgouvernements hier an entscheidender Stelle getreu ihrer Pflicht in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten und mit Erfolg Schwierigkeiten meistern, wie sie wohl in diesem Ausmaß selten an jemand herantreten."

17^{00} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler Kenntnis von dem soeben an Reichsführer-SS Himmler gerichteten Fernschreiben und ersucht ihn, ein Fernschreiben ähnlichen Inhalts an Staatssekretär Stuckart zu richten. In diesem Fernschreiben müsse festgestellt werden, daß die bisher von der Regierung des Generalgouvernements eingeleiteten Maßnahmen im Einvernehmen mit der Wehrmacht, Partei und den maßgebenden Reichsstellen getroffen worden seien.

20^{00} Telefongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer

Gouverneur Dr. Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die gegenwärtige Lage in Warschau. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß sich die Angriffe der Stukas bereits ausgewirkt hätten. In Warschau haben die Aufständischen ein maßloses Elend über die Bevölkerung gebracht. Die Verluste der Deutschen

5.8.44.

seien ziemlich erheblich. Im Besitze der Deutschen befänden sich noch einige Inseln; u.a. werde die deutsche Oberschule von der SA. in vorbildlicher Weise gehalten. Es herrsche unter den Deutschen eine großartige Stimmung der Entschlossenheit.

Der Herr Generalgouverneur spricht Gouverneur Dr. Fischer sein besonderes Lob über die vorbildliche Haltung der deutschen Verwaltungsbeamten und -Angestellten aus und verspricht, daß er alles tun werde, damit die militärischen und polizeilichen Entsatzkräfte möglichst bald in Warschau eintreffen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Gouverneur Dr. Fischer seine große Anerkennung für sein Verhalten aus und gibt vor allem seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß er mit General Stahel so vortrefflich zusammenarbeite.

20^{05} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers:

„Nach dem eben eingegangenen Bericht des Gouverneurs Dr. Fischer ist die Lage in Warschau heute noch im wesentlichen unverändert. Der größte deutsche Bereich ist der zusammenhängende Komplex um den Adolf Hitler-Platz, umfassend das Dienstgebäude des Gouverneurs, das Dienstgebäude des Kmpfkommandanten General Stahel, das Hotel „Europäischer Hof", das Hotel „Bristol" und das „Deutsche Haus". Rings um diesen Bereich haben die Aufständischen starke Barrikaden gebaut, von denen aus sie ein fortgesetztes Feuer auf die Gebäude unterhalten.

Die Stadt Warschau steht zum größten Teil in Flammen. Die Niederbrennung von Häusern ist auch

das sicherste Mittel, den Aufständischen Schlupfwinkel zu entziehen. Die deutschen Entsatztruppen haben etwa heute früh um 10 Uhr mit der Kampftätigkeit an drei Stellen der Außenstadt begonnen. Eine Auswirkung in der Innenstadt, etwa im Sinne einer Verbesserung der Lage der Deutschen in dem von Barrikaden umgebenen Bereich, ist noch nicht festzustellen.

In der Stadt mit ihrer Millionenbevölkerung herrscht ein unvorstellbares Elend. Nach diesem Aufstand und seiner Niederschlagung wird Warschau dem verdienten Schicksal seiner völligen Vernichtung mit Recht anheimgefallen sein. oder unterzogen werden.

Die Stimmung der Deutschen ist ausgezeichnet; die Zusammenarbeit von Wehrmacht und Verwaltung vorbildlich. Alle Verwaltungsbeamten und -Angestellten sind in die Wehrmacht eingereiht und machen soldatischen Dienst. Ausgezeichnet bewährt sich in der gleichfalls ringsum von Aufständischen zernierten deutschen Oberschule die Warschauer SA., die, zum größten Teil aus Volksdeutschen bestehend, sich hervorragend tapfer einer vielfachen Übermacht gegenüber seit Tagen hält. Unsere Verluste sind leider erheblich. Im Zusammenhang mit der sich auch gerade südöstlich von Warschau wesentlich verbessernden allgemeinen militärischen Lage kann bei Fortschreiten der Entsatzunternehmung in einigen Tagen mit der völligen Beendigung dieses Aufstandes gerechnet werden.

Im Distrikt Krakau vollziehen sich die militärischen Bewegungen völlig planmäßig. Nordwestlich der Weichsel sind die russischen Panzerspitzen bis

auf etwa 8o km an Krakau herangekommen. In Krakau herrscht weder Panik, noch Unruhe noch Unordnung. Alle diesbezüglichen Behauptungen sind erstunken und erlogen. Die Regierung des Generalgouvernements, überhaupt alle Staats-, Wehrmachts- und Parteidienststellen sind nach ordnungsmäßiger Durchführung der notwendigen Entlastungsmaßnahmen in reibungsloser, klarer Zusammenarbeit. Was irgendwie an Männern frei gemacht werden kann, macht entweder Polizeidienst oder Schanzarbeit, ohne Rücksicht auf Stellung, Rang oder Alter.

Die allgemeine Lage des Restgeneralgouvernements ist trotzdem führungsmäßig sehr ernst. Man kann sich auch vorstellen, daß Ernährungs-, Währungs-, Transport- und Bevölkerungsprobleme uns nunmehr schwerste Sorgen bereiten werden."

Krakau

Sonnabend, den 12. August 1944.

9^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Lagebesprechung im Königssaal der Burg.
(Teilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Der Herr Generalgouverneur leitet die Besprechung mit folgenden Worten ein:

Meine Herren! Ich habe Sie zusammengerufen, um mit Ihnen einige im Vordergrund stehende Probleme zu erörtern. Wie mir scheint, entwickelt sich die Lage an der Ostfront verhältnismässig günstig. Unsere militärische Lage hat sich zweifellos in den letzten Tagen stabilisiert, und für mich ist es gar kein Zweifel, daß angesichts des Hereinströmens deutscher Kräfte es möglich sein wird, den Vormarsch der Sowjets auf Krakau aufzuhalten.

Im Zusammenhang mit diesen militärischen Bewegungen ist nun eine Reihe schwerster Probleme aufgetreten, die uns immer wieder beschäftigen. Es ist selbstverständlich leicht in solchen Zeiten aufgeregter Stimmung und spürbaren Nervendruckes die Regierung des Generalgouvernements für alle möglichen Schäden verantwortlich zu machen. Aber das Spiel kennen wir. Ich kann amtlich feststellen, daß ich keine Dienststelle weiß, die nicht in diesen Tagen und Wochen pflichtgemäß das Äusserste und Letzte geleistet hat, was überhaupt möglich ist. Wenn einer 2 oder 3 Stunden hier hereinriecht und uns seine Weisheit auftischen will, so macht das auf uns keinen Eindruck. Unser größter Nachteil ist ja, daß man uns immer mit einem Heimatgau vergleicht. Das zeigt aber, daß man von den Verhältnissen des Generalgouvernements nichts weiss. Wir haben keine Polizei im Lande und sollen hunderttausende von Polen zusammenfassen. Wie soll man das erreichen? Darauf erhält man nur die Antwort: Tun Sie es!

12.8.1944

Ich wollte Ihnen das ganz allgemein sagen, um Ihnen mit aller Deutlichkeit klarzumachen, daß die Regierung des Generalgouvernements wie bisher gerade in diesen Tagen ihre Pflicht erfüllt hat. Ich werde mit Keulen um mich schlangen, wenn jemand gegen uns mit Kritik anzugehen wagt. Gewiß, auch wir sind nicht fehlerlos; aber uns dürfte nur jemand kritisieren, der selber fehlerlos ist. Wir haben geglaubt, daß die deutsche Wehrmacht imstande sein würde, den Raum zu schützen. Aber in knapp 12 Tagen war die Hälfte des Generalgouvernements verloren: Galizien und Lublin. Dann kam der Aufstand in Warschau, weiter der Abzug von beinahe 6 Polizeiregimentern in dieser Zeit, endlich die Gesamtstimmung der Bevölkerung, die infolge einer einseitigen Behandlung an einem deutschen Sieg nicht interessiert ist. Trotz alle-dem haben wir doch das Wunder vollbracht, daß der jetzt im Vordergrund stehende Stellungsbau mit tausenden und abertausenden von Arbeitskräften durchgeführt wird. Man muß jedenfalls anerkennen, daß alle Dienststellen des Generalgouvernements das Beste geleistet haben.

Staatssekretär Koppe berichtet, daß der Stellungsbau bedeutsame Fortschritte mache. Es seien jetzt schon mehr als 85 000 Köpfe für die A1- und A2-Stellung eingesetzt und jeden Tag würden neue Kräfte für den Stellungsbau gewonnen. Die Schwierigkeiten, die sich dem Stellungsbau entgegenstellten, seien nicht gering, die Verluste an Kraftwagen, an Material, Lebensmittel usw. angesichts der Tätigkeit der Banden manchmal recht erheblich. Deshalb wären noch ein Sicherungsregiment und weitere Bataillone eingesetzt worden. Die Leistungen wüchsen von Tag zu Tag. Gestern seien z.B. 230 000 cbm Erde bewegt worden. Er sei einen grossen Teil der A2 abgeflogen und habe festgestellt, daß durchweg bis auf wenige Unterbrechungen eine durchlaufende Linie hergestellt sei.

An den Schwerpunkten z.B. bei Bochnia und Neu-Sandez sei bereits ein vorbildliches Grabensystem geschaffen worden.

Er habe immer darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Stellungsbau nicht allein um eine Aufgabe der Polizei und SS handeln könne, sondern hier die Gemeinschaftsarbeit aller eingreifen müsse. Diese gemeinschaftliche Arbeit sei auch im grossen und ganzen erfolgt, wenn vielleicht da und dort auch das Tempo etwas beschleunigt werden könnte. Er bitte deshalb die Hauptabteilungspräsidenten, ihre untergeordneten Dienststellen mit entsprechenden Anweisungen zu versehen und nicht erst auf die Weisungen der Stäbe zu warten. Die A1- und A2-Stellungen hätten die wichtigste Dringlichkeitsstufe, die es je gegeben habe, und deshalb müsse auch das Letzte hergegeben werden. Darüber hinaus befinde man sich in einem edlen Wettstreit mit den verschiedenen Nachbargauen. Die Spitze habe immer noch Gauleiter Koch, dem es gelungen sei, in wenigen Tagen Hunderttausende für den Stellungsbau zu mobilisieren, die natürlich besser arbeiteten als die Polen. Um diesen Wettstreit zu bestehen, müsse alles nur Mögliche getan werden. Menschen, Lastkraftwagen, Material, Arbeitsgerät usw. müßten von den Dienststellen ohne besondere Aufforderung von sich aus angeboten werden. Wenn es gelinge, dieses Stellungssystem in denkbar großzügiger Weise auszubauen, werde der Russe vergeblich dagegen anrennen.

Auch der Herr Generalgouverneur richtet das dringende Ersuchen an sämtliche Hauptabteilungspräsidenten, für den Stellungsbau alles nur irgendwie Mögliche zu tun. Die ganze Existenz des Reiches könne von diesem Stellungsbau abhängen. Freilich weise er mit allem Nachdruck darauf hin, daß eigentlich bisher schon alles nur irgendwie Mögliche auf diesem Gebiet geschehen sei. Im Übrigen sei zu bedenken, daß auf den Männern der Verwaltung die grosse Last des Polizeihilfsdienstes und der Räumung liege.

Gleichwohl bitte er, sich nicht durch negative Kritik von der allen Dienststellen jetzt obliegenden Pflichterfüllung abhalten zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß die Arbeit der letzten Wochen unter der Ungewißheit gestanden habe: wieweit soll geräumt werden, kann damit gerechnet werden, daß das Gebiet, daß wir noch halten, dauernd oder für absehbare Zeit in unseren Händen bleibt? Die Ungewißheit der militärischen Meldungen lasse immer wieder die Befürchtung aufkommen, daß sich die Lage verschlechtern, daß die Räumung von wertvollen Gütern forciert werde usw. Weiter müsse man sich Gedanken darüber machen, wie man den Verwaltungsapparat und die Arbeit gestalten solle um aus dem Restgebiet das Möglichste herauszuholen. Weiter müsse dafür gesorgt werden, daß im Rücken der Front kein Chaos entstehe. Sorgen bereite auch die Tatsache, daß in einem Teil des Landes ein Aufstand ausgebrochen und für andere Teile Aufstände angekündigt seien. Die Anforderungen der Wehrmacht seien noch gestiegen. Dazu komme die grosse, dem Generalgouvernement übertragene Aufgabe des Stellungsbaues, der durchgeführt werden müsse, obwohl es an einer ausreichenden Exekutive fehle. Die Verwaltungskräfte seien weitgehend in den Polizeidienst eingeschaltet; die Regierung und die Dienststellen hätten trotz der sehr schwierigen Verhältnisse weit mehr als 30% ihrer Kräfte abgegeben. Er habe zusammen mit dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereichs gleichwohl dazu aufgefordert, alle Dienststellen, Betriebe und Arbeitsstätten daraufhin zu untersuchen, ob nicht doch noch Kräfte für die Wehrmacht, den Stellungsbau oder den Polizeidienst zur Verfügung gestellt werden könnten. Für den Stellungsbau sei alles nur irgendwie Mögliche getan worden: man habe Arbeitsgerät und Lastkraftwagen gestellt und auch jeden

KODAK SAFETY FILM

einzelnen Kreishauptmann aufgefordert, sich mit aller Energie der Aufgabe des Stellungsbaues zu widmen.

Auf den Hinweis des Präsidenten Ohlenbusch, dass sich zwar die Bevölkerung vielfach zum Stellungsbau melde, aber nicht zu den Baustellen abtransportiert werden könne, erwidert Staatssekretär Koppe, daß es natürlich angesichts des Wagenmangels größten Schwierigkeiten begegne, etwa 10 000 Menschen von Krakau zu den Baustellen zu bringen. Andererseits sei man darauf angewiesen, aus den den Stellungsbauten nächstgelegenen Dörfern die Arbeitskräfte auf eine Entfernung von manchmal 20 km heranzuholen. Es fehle an Lastkraftwagen. Man habe zwar 102 Lastkraftwagen erhalten, aber es sei nicht möglich gewesen, mit ihnen das in 20 oder 30 Zügen herangebrachte Material wegzuschaffen, and man bediene sich deshalb für den Abtransport des Materials der Panjewagen. Dazu komme die Notwendigkeit, etwa 90 000 Polen und 23 000 Deutsche täglich zu ernähren; also schon der dafür benötigte Transportraum sei ganz erheblich. Die Propaganda könne natürlich in vorsichtiger Form für den Ste-llungsbau eingesetzt werden, denn ihm wäre es natürlich auch lieber, wenn für diesen Zweck 200 000 Polen zur Verfügung ständen. Leider zeige sich bei den Polen vielfach ein passiver Widerstand gegen die Arbeit im Stellungsbau. Viele Polen seien von der Arbeit fortgelaufen, und die Widerstandsbewegung mache sich auch hier sehr bemerkbar. Sie gehe so weit, daß sie Boten herausschicke und die beim Stellungsbau beschäftigten Polen auffordere, sich der Widerstandsbewegung anzuschliessen. Dabei müsse selbstverständlich auch bedacht werden, daß die Polen vielfach aus Angst vor einem etwaigen Einfall der Russen die Arbeit verliessen.

Präsident Dr. Eißfeldt geht auf die Schwierigkeiten ein, die sich z.Zt. dem Holzeinschlag entgegenstellten. Die Forstarbeiten würden vielfach von ihren Arbeits-

plätzen zum Schanzen fortgenommen. Deshalb müßten ihnen Ausweise gegeben werden, auf Grund deren sie ihre forstliche Arbeit fortsetzen könnten, und nicht zu Schanzarbeiten herangezogen würden.

Staatssekretär Koppe sagt Abstellung dieses Mißstandes zu. Er weist dann darauf hin, daß leider die Wirtschaft bei der Gestellung von Arbeitskräften für den Stellungsbau versagt habe und nicht imstande gewesen sei, die geforderten 10 bis 15% der Belegschaft abzugeben.

Regierungsdirektor Dr. Heuber führt das darauf zurück, daß die Belegschaftsmitglieder zum grossen Teil als zu alt zurückgewiesen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß von einem Versagen der Wirtschaft gesprochen werde, wenn zur Verfügung gestellte Arbeiter von den maßgebenden Stellen zurückgewiesen würden.

Präsident Struve stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Gouverneure, die Polizei und auch andere Dienststellen jetzt mehr denn je von sich aus den Arbeitseinsatz zu regeln versuchten. Keine Stelle sei daher mehr in der Lage, ein umfassendes Bild des Arbeitseinsatzes zu haben, da es auch an der notwendigen Erfahrung fehle, auf welche Weise man am besten Arbeitskontingente stellen könne. Die anderen Dienststellen müßten daher ein Schema entwerfen, auf Grund dessen die Arbeitseinsatzverwaltung auch wirklich zeitig genug eingeschaltet werden könne. Er habe mit Regierungskommissar Dr. Heuber vereinbart, daß die Betriebe, die dringendste Fertigungen hätten, mit den deutschen Betriebsführern an die Arbeitsplätze gingen. Das sei deshalb notwendig, weil angesichts der mangelnden Exekutive bei noch so starkem Einsatz eine wirklich erfolgreiche Überwachung nicht erfolgen könne. - Die von Regierungskommissar Dr. Heuber ausgearbeitete Rahmenordnung müsse

für alle Betriebe in Kraft gesetzt werden. Eine Reihe von teilweise auch weniger wichtigen Fertigungen müsse aufrechterhalten werden. Im übrigen sei er der Auffassung, daß die Arbeitszeit der Leute, die von Krakau nach Bochnia kämen, für die Dauer zu lang sei. Auch sei es zweckmässig, daß die Arbeiter mit der Bahn nach Slomnicki gebracht würden, statt daß an der Baustelle gehalten werde.

Der Herr Generalgouverneur meint, daß gewisse Schwierigkeiten in Kauf genommen werden müßten. Er sei damit einverstanden, daß die Rahmenordnung in Kraft gesetzt werde. Der Arbeitseinsatz müsse rechtzeitig mitgeteilt werden, damit der Betriebsführer seine Dispositionen treffen könne.

Präsident Naumann gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Ernte nicht rechtzeitig eingebracht werden könne. Die landwirtschaftlichen Betriebe, Mühlen, Molkereien usw. müßten unter allen Umständen geschützt werden, weil sie angesichts des Hereinströmens der Heeresgruppe grössere Leistungen zu erfüllen hätten. Es sei auch gelungen, z.B. die Bäckereien wieder auf 70% ihrer Leistungsfähigkeit zu bringen, andere Betriebe auf 50%. Leider würden Last- und Personenkraftwagen nach wie vor beschlagnahmt.

Der Herr Generalgouverneur hält es für ausgeschlossen, daß unter solchen Umständen noch eine Verantwortung getragen werden kann. Auch Präsident Naumann glaubt, eine Verantwortung für die Sicherung der Versorgung nicht übernehmen zu können, wenn eine Abstellung dieser Übelstände nicht möglich sei. Die Anordnungen, die von den SS- und Polizeiführern gegeben würden, müßten unbedingt beachtet werden. Vor allem müsse die Beschlagnahme von Lastkraftwagen aufhören. Weiter müsse er sich aufs schärfste gegen die Art verwahren, in der die Kreislandwirte vor allem in den Kreisen Sochaczew und Lowicz

von dem Beauftragten des Gauleiters Koch behandelt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm eingehenden schriftlichen Bericht darüber zu erstatten. Wenn hier keine Änderung eintrete, werde er seinen Rücktritt erklären, da er unter diesen Umständen unmöglich die Verantwortung für diese Zustände tragen könne. Es gehe nicht an, daß fremde Elemente die Ordnung des Generalgouvernements bewußt und systematisch zerstörten.

Präsident Naumann führt weiter aus, daß die Erntearbeiten vielleicht noch für 5 oder 6 Tage zurückgestellt werden könnten. Alle seine Dienststellen seien angewiesen worden, die Erntearbeiten als vordringlich zu betrachten. Man hoffe, die Ernte noch bergen zu können, wenn es gelinge, die geschilderten Mißstände zu beseitigen. Dann lasse sich auch wieder eine Verantwortung übernehmen.

Präsident Gerteis berichtet, daß ein Teil des nichtdeutschen Ostbahnpersonals die Arbeitsplätze verlassen habe. Die Ostbahn habe eine grössere Anzahl deutscher Eisenbahner erhalten, wodurch polnische Eisenbahner überzählig würden. Er wolle diese polnischen Eisenbahner aber behalten und würde demnächst in der Lage sein, für den Stellungsbau Mannschaften zur Verfügung zu stellen, die von deutschen Technikern geführt würden. Diese Eisenbahner könnten dann später wieder in den Dienst der Ostbahn gestellt werden. – Die Ostbahn habe 40 freigewordene Lastkraftwagen zur Verfügung gestellt, von denen aber leider 13 auf dem Wege von Oberschlesien beschlagnahmt worden seien. – Im übrigen sei es möglich, die angefallenen Transporte zu bewältigen. Der Ausbau der Strecken könne jedoch unter den derzeit herrschenden Verhältnissen nicht weitergeführt werden.

12.8.1944

Staatssekretär Koppe geht dann in eingehenden Ausführungen auf die ihm gestellte Aufgabe des Stellungsbaus ein und weist auf die zahlreichen Schwierigkeiten hin, die sich der Erfüllung dieser Aufgabe entgegenstellten, insbesondere hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Lastkraftwagen. Er könne aber zusammenfassend sagen, daß er und seine Mitarbeiter mit allen beteiligten Dienststellen von Partei, Staat und Wehrmacht im besten Sinne kameradschaftlich zusammenarbeiteten.

Der Herr Generalgouverneur hält im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs Koppe die Schaffung eines geregelten Ausweissystems für die zum Stellungsbau eingesetzten Kräfte für ausserordentlich wichtig und will die Autorität dieser Ausweise unbedingt durchgesetzt wissen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Meinung Ausdruck, daß die erwähnten Schwierigkeiten wohl vornehmlich darauf zurückzuführen seien, daß dieser Stellungsbau improvisiert habe eingeleitet werden müssen. S.E. handle es sich aber nur um Anlaufschwierigkeiten, die in kurzer Zeit behoben sein würden.

Die Räumung sei nunmehr nach Ablauf von 3 Wochen grundsätzlich abgeschlossen. Für den Gütertransport herrsche auf den Bahnhöfen eine gute Ordnung. Die mit den Nachbargauen schwebenden Grenzfragen seien gleichfalls geregelt, sodaß keine Schwierigkeiten mehr für den Grenzübertritt beständen. Die Regierung habe Ausweichstellen im Reich eingerichtet. Sie seien auf ein Mindestmaß von Personal beschränkt, und niemand sei dort tätig, der für den Einsatz im Polizeidienst oder Stellungsbau infrage komme. Für die Regierung habe dieser Grundsatz von jeher gegolten, für die mittleren und unteren Instanzen sei er in der letzten Woche zur Durchführung gebracht worden. Zur Hilfspolizei würden

also diejenigen abgegeben, die aus den Räumungsbezirken gekommen seien, ferner alle diejenigen, die hier nicht irgendwie in wichtiger Stellung tätig seien. Aus dem Bereich der Regierung seien weit über 1000 Mann für Stellungsbau und Polizeihilfsdienst abgegeben worden. Er beabsichtige, alle Beamten und Angestellten des Jahrganges 1906 und früher der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der in Schlüsselstellungen Beschäftigten werde sehr gering sein. Die Arbeit sei weitgehend auf weibliche Kräfte übertragen. Er rechne damit, daß die Arbeit mit 300 bis 400 männlichen Beamten und Angestellten bewältigt werden könne, die zumeist für Stellungsbau, Polizeidienst und Wehrmacht nicht einsatzfähig seien. - Der Regierung des Generalgouvernements unterständen nunmehr noch 10 Landkreise und 4 Stadtkreise, was etwa einem Fünftel des bisherigen Generalgouvernements entspreche.

Generalleutnant Höring teilt mit, daß die Exekutivkräfte, die man aus den östlichen Gebieten zurückgezogen habe, zur Verstärkung der Gendarmerieposten im westlichen Teil des Generalgouvernements eingesetzt worden seien. Auch habe man Gendarmeriekräfte truppenmässig zum Ausbau der Stellungen zusammengezogen, sodaß die vorhandene Exekutive weniger bei der Verwaltung unmittelbar als beim Stellungsbau in Erscheinung trete.

Der Herr Generalgouverneur nimmt an, daß nach Beendigung des Stellungsbaus die Verwaltung die Exekutivkräfte erhalten könne.

Präsident Dr. Emmerich berichtet, daß die Räumung auf dem gewerblichen Sektor befriedigende Fortschritte gemacht habe. Man wisse allerdings nicht, ob man in Warschau noch wichtigste Güter bergen könne, denn der Kampfkommandant von Warschau lasse die Bergungskommandos nicht in die Stadt hinein kommen. - Den Anforderungen

von gewerblichen Gütern für die Heeresgruppe und den
Stellungsbau habe genügt werden können. Aber für die
Aufgaben, die bei einer Rückgewinnung gewisser Gebiete
gestellt würden, fehlten die Menschen und die warenmä-
ßigen Voraussetzungen. - Die Einschränkungsmaßnahmen
auf dem Sektor der Nachrichtenmittel gingen wohl über
die notwendigen Bedürfnisse hinaus und bereiteten eine
Gesamtstimmung und Geisteshaltung, die den wahrschein-
lich in kürze gestellten Aufbauaufgaben durchaus ab-
träglich seien. Wenn man die Ordnung in bestimmten
Teilen des Landes wieder herstellen und Betriebe, die
man jetzt gelähmt habe, wieder zur Arbeit bringen wolle,
dann werde man mit den wenigen noch verbliebenen Men-
schen vor viel grösseren Aufgaben stehen, als man sie
im früheren normalen Ablauf zu überwinden gehabt habe.

Präsident Struve nimmt zu den Problemen Stellung,
die sich für die Arbeitseinsatzverwaltung aus dem
Stellungsbau ergeben. Angesichts des Fehlens einer aus-
reichenden Exekutive müsse endlich etwas Durchgreifen-
des geschehen. Ein entsprechender Befehlsentwurf liege
dem Staatssekretär vor, und er bitte, ihn zu vollziehen.
Er solle erst zur Geltung kommen, wenn sich die Haupt-
kampflinie gefestigt habe und die Stellungsbauten in
groben Zügen fertiggestellt seien. Im übrigen bestehe
völlige Klarheit darüber, daß allein mit Zwangsmitteln
grössere Kräfte nicht zu erfassen seien. Für die Ar-
beit im Reich meldeten sich jetzt freiwillig täglich
noch 150 Menschen, teilweise aus den weiteren Ostge-
bieten. Die Schwierigkeit, daß sie in Schlesien für
den Stellungsbau festgehalten würden, sei mittlerweile
ausgeräumt.

SS-Oberführer Bierkamp weist darauf hin, daß die
Sicherheitslage in erster Linie durch den Aufstand in
Warschau bedingt sei. Man könne damit rechnen, daß
dieser Aufstand in 5 oder 6 Tagen beendigt sei.

12.8.1944

Eine grosse Gefahr stelle die Mobilisierung der jungen Mannschaft dar, die in die Wälder gerufen sei und sich in bestimmten Gebieten aufhalte. Die Sicherheitspolizei habe das Bestreben gehabt, zunächst einmal in Krakau als der Regierungshauptstadt zu einer zu einer Beruhigung zu kommen. Man habe deshalb am vergangenen Sonntag einen Schlag gegen die A.K. geführt und sie etwas durcheinander gebracht. Daneben habe man noch verschiedene einzelne Aktionen durchgeführt. Er könne mit Bestimmtheit sagen, daß in Krakau in der nächsten Zeit kein Aufstand ausbrechen werde. Gleiche Maßnahmen habe man über das ganze Land erstreckt und sie hätten bei den Polen die Überzeugung wachgerufen, daß der Deutsche noch immer Herr im Lande sei. Andererseits müsse natürlich der Pole auch wieder fühlen, daß man bestrebt sei, ihn gerecht zu behandeln. Daher habe man sofort nach der Aktion diejenigen, die in der Rüstungsindustrie und in sonstigen wichtigen Betrieben arbeiteten, wieder entlassen. Für die Stimmung der Bevölkerung werde es auch von guter Wirkung sein, wenn diejenigen, die sich in die Wälder begeben hätten, nicht festgenommen würden.

Präsident Dr. Lauxmann teilt mit, daß in Warschau noch 3 grosse Fernsprechbetriebe eingeschlossen seien. Man habe aber die Verbindung mit ihnen noch aufrechterhalten können. Die beiden anderen Ämter seien ausgeschaltet. Es werde jetzt versucht werden, der Besatzung mit Flugzeugen Hilfe zu bringen. Weiter beständen noch direkte Leitungen von der Regierung und dem Kommandeur der Ordnungspolizei zum Gouverneur. Leider seien die Verbindungen nach dem Reich in letzter Zeit durch diese Ereignisse in Mitleidenschaft gezogen worden.

12.8.1944

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß seine Mitarbeiter intensover als je in die Zusammenarbeit mit dem SD und der Heeresgruppe Süd eingeschaltet seien. Sie seien z.Zt. propagandistisch sowohl für die besetzten wie die unbesetzten Gebiete eingesetzt. - Der Sender Weichsel könne nur über Krakau bedient werden, da es zu schwierig sei, von Berlin direkt Material zu erhalten.

Präsident Dr. Eißfeldt führt aus, daß die Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements für den Stellungsbau und den Holzbedarf der Truppe eingesetzt sei. Wenn die Stellungen als Winterstellungen ausgebaut werden sollten, dann müsse sofort für den Abtransport des notwendigen Schnittholzes gesorgt werden. Den personellen Apparat dafür habe man sich schaffen können, indem man die Forstbeamten aus den aufgegebenen Gebieten zusammengefaßt habe.

Die Besprechung wird darauf unterbrochen.

Die Teilnehmer begeben sich in das Grüne Zimmer. Dort hält in Gegenwart des Generals der Flieger Vierling und des Generalleutnants Bork Generalmajor Xylander einen Vortrag über die gegenwärtige militärische Lage an der Ostfront mit besonderer Berücksichtigung des Generalgouvernements.

Nach Wiederaufnahme der Besprechung berichtet Präsident Gerteis über die gegenwärtige Lage bei der Ostbahn. Er teilt mit, welche Bahnen im Raum des Generalgouvernements z.Zt. noch im Betriebe sind. Da östlich der Weichsel vollkommene Ruhe herrsche, könnten die Hauptabteilungen Wirtschaft und Ernährung und Landwirtschaft daran denken, die Räumung von Warschau durchzuführen. Die Ostbahn sei durchaus wieder in der Lage jede angemessene Zahl von Wagen in Warschau zu

stellen. Der Abtransport der gutgesinnten Bevölkerung aus Warschau werde ohne Gefährdung der Güterräumung nicht ohne weiteres möglich sein. Immerhin festige sich die Lage von Tag zu Tag, abgesehen natürlich von einzelnen Terrorakten. - Die Wagengestellung sei im allgemeinen nicht sehr hoch, gleichwohl sei Ordnung in die Sache gekommen, sodaß die Räumung auch in anderen Bezirken als durchaus befriedigend angesehen werden könne. Die Zahl der nichtdeutschen Eisenbahner habe sich wesentlich verringert und werde auf etwa 85 000 geschätzt.

Präsident Naumann kann von einem guten Fortgang der Ernteeinbringung berichten. Man stehe nun vor dem grossen Problem der Erfassung. Bisher habe man von den Vorräten des vergangenen Jahres gelebt. Demnächst werde mit einem primitiven Erfassungssystem, daß noch überlegt und besprochen werden müsse, versucht werden, die Getreideernte schnellstens in die Hand zu bekommen. Man müsse sich jedoch entschliessen, von der erfaßten Getreideernte grosse Mengen ins Reich zu transportieren, weil kein ausreichender Lagerraum mehr zur Verfügung stehe. - Bisher hätten nur 37 000 Menschen aus Warschau die Durchgangsläger passiert. Ihre Versorgung sei gesichert. - Die Getreideläger in Warschau, die etwa 43 000 to enthielten, seien im grossen und ganzen restlos erhalten geblieben, ebenso die Mühlen. Eine völlige Zerstörung Warschaus würde bedeuten, daß wichtigste Versorgungsbetriebe zerschlagen und anderswo neu aufgebaut werden müßten. Es müsse also klargelegt werden, daß Lagerräume, Bäckereien usw. etwa in Lowicz, Zyrardow oder sonstwo errichtet werden müßten, die für die Versorgung des Raumes und auch der kämpfenden Truppe zur Verfügung stünden.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet, daß die Emissionsbank in den letzten Tagen besonders starken Anforderungen habe nachkommen müssen, vor allem seitens der Wehrmacht im Zusammenhang mit den hereinströmenden

Truppen in das Generalgouvernement. Ebenso habe der Zahlungsverkehr für Reichsdeutsche und Volksdeutsche erheblich zugenommen. Die einheimische Gefolgschaft habe allen diesen Anforderungen genüge geleistet. In Warschau sei noch die Niederlassung der Emissionsbank geblieben und gegenwärtig von den Aufständischen besetzt. Der Kampfkommandant habe die Belegschaft durch ein Panzerkommando herausholen lassen. Die Belegschaft befinde sich jetzt in Tomaczow, und dort werde der Bankbetrieb wieder eröffnet.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist darauf hin, daß durch einen Erlaß vom 11. August die Durchkämmung aller Dienststellen und Privatbetriebe nach Uk-Gestellten angeordnet worden sei. Auf Grund dieses Erlasses habe Staatssekretär Dr. Bühler im Einvernehmen mit Oberdienstleiter Tießler und Parteirichter Brodmann ihn, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, als Kommissar für diese Aufgabe eingesetzt. Er werde sich diesem Befehl nicht entziehen, gebe aber zu bedenken, daß er als Gouverneur des Distrikts Krakau schon übermässig belastet sei. - Neben den Schwierigkeiten des Stellungsbaues ergäben sich noch andere Schwierigkeiten. Die Wehrmacht gehe immer mehr dazu über, sich nicht mehr der Kreishauptmänner und der anderen Instanzen zu bedienen, sondern rücksichtslos zu requirieren. Gegen diesen Mißstand müsse von den maßgebenden Wehrmachtstellen unter allen Umständen schärfstens vorgegangen werden. Auch werde über die Übelstände geklagt, die sich aus dem Verkehr der ukrainischen Treks ergäben.

Präsident Dr. Senkowski führt aus, daß die Einlagen bei Banken und Sparkassen begreiflicherweise zurückgegangen seien. Er könne noch nicht übersehen, ob die kassenmässigen Vorgänge auf Schwierigkeiten bei der Zahlungsüberweisung zurückzuführen seien oder ob tatsächlich Einnahmeausfälle in Betracht kämen.

Es sei fast unmöglich, einen Monatsabschluß aufzustellen. Gleichwohl sei es bislang noch gelungen, die Einnahmen der Monopolverwaltung zu halten. Die letzte Ablieferung mit 30 Millionen Zloty vor 10 Tagen entspreche dem Durchschnitt der bisherigen Zeit. Aber auch die Ausgaben seien infolge des Wegfalls weiterer Gebiete zurückgegangen, soweit es sich um Sachausgaben und Ausgaben für das nichtdeutsche Personal des öffentlichen Dienstes, das an Ort und Stelle zurückgeblieben sei, handle. Dagegen seien die Ausgaben für Deutsche auf diesem Gebiete voll und ganz aufrechterhalten geblieben.

Daß in der ersten Aufregung die Geschehnisse in Warschau maßlos überschätzt worden seien zeige die Tatsache, daß der frühere Kreishauptmann von Sielce als Beauftragter des Gouverneurs gebeten habe, 60 Millionen Zloty für Evakuierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Dann habe sich herausgestellt, daß ein Betrag von 10 Millionen Zloty vollkommen ausreiche.

Die Dienststelle der Hauptabteilung Finanzen sei mittlerweile in Grünwald eingerichtet worden. Die Hauptkasse solle eine Zweigstelle in Brückenberg einrichten, er habe jedoch im Einvernehmen mit Staatssekretär Dr. Boepple die Genehmigung erteilt, daß die Hauptkasse im Zusammenhang mit der dort schon eingerichteten Zweigstelle in Breslau ihre Tätigkeit aufnehme. Ferner sei eine Ausweichstelle der Generaldirektion der Monopole im Regierungsbezirk Troppau geschaffen worden. Diese Stelle wolle er aber angesichts des unfreundlichen Verhaltens der dortigen Dienststellen wieder zurückziehen, und sie werde in Zakopane ihren Dienst wieder aufnehmen können.

Die Monopolverwaltung habe viele wichtige Betriebe verloren, so in Lemberg eine grosse Fabrik, in Lublin 2 Zigarettenfabriken u.a. Eine neue Zigarettenfabrik befinde sich bereits seit einer Woche in Neumarkt in

der Errichtung. Ferner sei es gelungen, aus Lublin fast sämtliche wichtigen Apparaturen der Branntweinerzeugung abzutransportieren, und es werde möglich sein, sie an einem geeigneten Platz des Generalgouvernements einzusetzen.

Zur Aufrechterhaltung der Arbeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle habe die Regierung mit Genehmigung des Staatssekretärs die Garantie für die Verlängerung von Wechselkrediten, die am 31.7. fällig waren, übernommen. Dadurch werde ein wichtiges Institut der Regierung zur Einbringung der Ernte auch in diesen kritischen Zeiten aufrechterhalten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest:

Aus dem Verlauf der Besprechung habe man den Gesamteindruck gewinnen können, daß die Regierung in dem Bereich, den sie habe, Herr der Lage sei. Auch könne man damit rechnen, daß nach den Auskünften der militärischen Ratgeber die Lage sich noch bessern würde, daß das Bild noch günstiger würde.

12[25] Schluß der Lagebesprechung.

12[35] Verabschiedung des Leiters des Technischen Zentralamtes, Präsident Bauder.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Worte an Präsident Bauder:

Herr Präsident Bauder, Sie verlassen uns heute. Ich möchte diesen Anlaß dazu benutzen, um Ihnen als einem Mann, den wir seit Jahren als einen unserer bewährtesten Mitarbeiter kennen, mit dem wir immer auf das beste zusammengearbeitet haben, meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Ich will Sie nun im Namen des Führers und des Reiches aus dem Generalgouvernement verabschieden.

Sie verlassen uns in einem Augenblick, in dem dieses Generalgouvernement, das Sie auf dem Gebiet des Bauwesens und der technischen Verwaltung ja hervorragend

mit gestaltet haben, die schwersten Stunden seit seinem Entstehen durchzumachen hat. Auf uns lagern Probleme und Schwierigkeiten, wie wir sie bis dahin noch nicht erlebt haben. Aber mit der Tatkraft, mit der wir einmal dieses Werk auf Befehl des Führers übernommen haben, werden wir dieser Schwierigkeiten Herr werden.

Die Zukunft, die heute auf dem Schicksal unserer Waffen liegt, wird ganz zweifellos den Sieg im Osten herbeiführen und auch das Generalgouvernement wieder in seiner alten Grösse und Schönheit auferstehen lassen.

Herr Präsident Bauder, es fällt mir persönlich schwer, mich von Ihnen zu trennen. Sie haben mein volles Vertrauen in den Jahren gehabt. Sie haben mir geholfen, die ungeheuer schwierigen Probleme des Hoch-, Tief- und Strassenbaues in einem völlig zerrütteten und gerade auf diesem Gebiete besonders rückständigen Bereich Europas zu meistern. Sie haben dabei eine hervorragend persönliche Tatkraft gezeigt. Sie haben es auch verstanden, sich wirklich tüchtiger Kräfte zu bedienen. Sie haben in jedem Hinblick mehr geleistet, als irgend jemand selbst bei strengsten Anforderungen jemals hätte erwarten können. Daß es geglückt ist, das völlig verschmutzte und verkommene Strassennetz mitten im Kriege unter größten Schwierigkeiten einigermassen herzurichten, daß hunderte von Bauten der Verwaltung, des Staates, der Wehrmacht, der Wirtschaft usw. hier entstanden sind, daß das ganze grosse Netz technischer Leitungen hier aufgerichtet werden konnte, das alles ist im Grunde mit Ihr Verdienst.

Ich möchte Ihnen daher als Zeichen meiner besonderen Verbundenheit, meines persönlichen Dankes und der kameradschaftlichen Verbundenheit von uns allen dieses Bild zur Erinnerung mitgeben.

<u>12.8.1944</u>

Präsident Bender dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Worte, die er aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Generalgouvernement an ihn gerichtet habe. Er führt dann weiter aus:

Es fällt mir in den augenblicklich schwersten Stunden des Generalgouvernements nicht sehr leicht, meine Gefolgschaft und die Kameraden, mit denen ich zusammengearbeitet habe, zu verlassen. Aber die Kriegsnotwendigkeiten müssen solche persönlichen Überlegungen und Gefühle unbedingt zurücktreten lassen.

Es sind nun fast 5 Jahre, seit ich den Boden des Generalgouvernements zum ersten Male betreten habe. Wenn ich auf diese Zeit zurückblicke, so darf ich wohl sagen, daß wir uns alle Mühe gegeben haben, aus diesem Lande das Menschenmögliche herauszuholen und zu gestalten. Für uns liegt gerade in den letzten Monaten und Wochen eine grosse Tragik darin, daß nun ein grosser Teil unserer Arbeit den Russen in die Hände gefallen ist oder aus strategischen Gründen vernichtet werden mußte, eine Tragik, die nicht nur uns, sondern auch im grossen Ausmaße den Osten trifft.

Ich hoffe und ich weiss es auch: Das Generalgouvernement wird im Laufe der Zeit wieder seine alten Grenzen erhalten und wird dann unter Überwindung vieler Schwierigkeiten wieder aufbauen müssen. Aber die Kräfte, die all' die Jahre hindurch zusammengearbeitet haben, werden auch diese Arbeit leisten.

Ihnen, hochverehrter Herr Generalgouverneur, möchte ich persönlich auf das herzlichste für das grosse Verständnis, für das absolute Entgegenkommen und das restlose Vertrauen danken, das Sie mir in diesen Jahren entgegengebracht haben. Ich habe mich bemüht, teilweise unter nicht ganz einfachen Verhältnissen, diesem Entgegenkommen und Verständnis durch eine unbedingte Gefolgschaftstreue zu danken. Diese

12.8.1944

Gefolgschaftstreue will ich Ihnen auch weiterhin absolut bewähren, wenn ich mich jetzt auch dienstlich von Ihnen trennen muß. Die Zeiten sind etwas bewegt geworden; aber die Entwicklung kann vielleicht über kurz oder lang doch wieder die Gelegenheit geben, daß Sie in irgendeiner Form mit mir wieder zusammenarbeiten werden. Deshalb erkläre ich auch schon heute: Das Vertrauen, die absolute Treue, die Sie, Herr Generalgouverneur, mir all' die Jahre hindurch gehalten haben, werde auch ich Ihnen in der kommenden Zeit halten. Das soll mein Gelöbnis sein.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Landesinspekteur Schalk, der sich aus Anlaß seines Eintritts in den Heeresdienst beim Herrn Generalgouverneur abmeldet.

16^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Geisenheyner.

Anwesenheitsliste

Sitzung: Lagebesprechung
am 12. August 1944
in Königsaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Senkowsky	Präsident	H.Abt. für [illegible]
Schmid	Direktor	H.Abt. [illegible]
Dr. [illegible]	Kreishauptmann	[illegible]
Schneidinger		
Dr. [illegible]		
[illegible]		
Dr. Thäuer		
[illegible]		
Dr. Huber		[illegible]

Name	[illegible]	Vertretene Dienststelle
v. [illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Präsident	E. u. L.
Gerstein		
Zipper	Präsident	HA [illegible]
[illegible]	"	G. A. [illegible] z. [illegible]
Langmann	Präs.	H. Abt. Post
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	SS Obersturmführer	
[illegible]	Präs.	H. Abt. Arbeit
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Präs.	Hauptabt. [illegible]
Höring	[illegible]	[illegible]
[illegible]		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible signature]		

IV/8 Krakau

7

Sonntag, den 13. August 1944.

Der Herr Generalgouverneur empfängt im Laufe des Tages Präsident Dr. von Craushaar, Staatssekretär Koppe, Generalingenieur Kumpf und General der Flieger Vierling.

Montag, den 14. August 1944

12^{30} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar, der von einer Fahrt nach Warschau zurückgekehrt ist, erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Lage in Warschau. Er teilt mit, daß Gouverneur Dr. Fischer mittlerweile Warschau verlassen habe und bei seinem Abzug aus Warschau leicht verwundet worden sei. Weiter schildert er die näheren Umstände, unter denen Vizegouverneur Dr. Hummel getötet worden ist. Bei der Beerdigung des Vizegouverneurs Dr. Hummel habe er im Namen des Generalgouverneurs einige Worte am Grabe gesprochen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Präsidenten Dr. von Craushaar an Hand der Karte einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Front im und am Generalgouvernement.

Abschliessend beauftragt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten Dr. von Craushaar, ihm einen Bericht über die Lage in Warschau zuzuleiten, auf Grund dessen er dann einen zusammenhängenden Bericht an Reichsminister Dr. Lammers erstatten könne.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß die Zivilverwaltung des Distrikts Warschau wie bisher bestehen bleiben und nach Möglichkeit mit der Militärverwaltung zusammenarbeiten solle.

4/IX

Montag, den 4. September 1944.

11^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Gouverneur Kundt, Botschaftsrat Dr. Schumburg, und Gouverneur Dr von Burgsdorff.

Präsident Dr. von Craushaar behandelt zunächst die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine allgemeine Befriedung der polnischen Bevölkerung erreicht werden kann. Von großer Bedeutung für die allgemeine Lage seien die Schritte, die gegebenenfalls zur Herbeiführung einer Kapitulation der Aufständischen in der Stadt Warschau ergriffen würden. Aus Kreisen des Polnischen Hauptausschußes seien inbezug auf eine etwa abzuschließende Kapitulation folgende Wünsche geäußert worden:

1) Verbringung der Aufständischen in ein Kriegsgefangenenlager
2) Abstoppen der Zerstörung der Stadt Warschau
3) fürsorgerische Maßnahmen zugunsten der Warschauer Bevölkerung.

Wenn diese drei Bedingungen zugestanden und durchgeführt würden, so würde man damit ein wesentliches Material für die Weltpropaganda gewinnen. Versuche, eine Kapitulation zu erreichen, hätten bisher noch keinen ausschlaggebenden Erfolg gehabt. Es frage sich daher, ob man von deutscher Seite aus durch ein offizielles Angebot unter genauer Skizzierung der Bedingungen der anderen Seite die Übergabe leicht machen könne. Sollte dieses Angebot abgelehnt werden, so könnte man die Verantwortung gegenüber der polnischen Bevölkerung der anderen Seite zuschieben. Er schlage vor, zunächst noch abzuwarten, ob die Führung der Aufständischen einen Parlamentär schicke.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, daß es den Polen jetzt vornehmlich darauf ankomme, ihre Hauptstadt Warschau zu retten. Wenn die Stadt Warschau ein Trümmerhaufen sei, dann verliere

die polnische Nation ihr Zentrum. Dieser Druck liege also zur Zeit auf der polnischen Bevölkerung. Er sei überzeugt, daß, wenn sich die militärische Lage bei Warschau nicht ganz katastrophal verschlechtere, gute Aussichten für den Abschluß einer Kapitulation bestünden. Freilich dürfe über alledem nicht vergessen werden, daß der Aufstand vom polnischen Standpunkt aus ein absoluter Fehler gewesen sei, was sowohl die internationalen Beziehungen zu wie die Beziehungen zu Deutschland angehe. Dieser Aufstand sei ausgebrochen, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die Mikolajczyk in Moskau gehabt, und ohne Rücksicht darauf, daß Churchill Polen aufgegeben und aus eigenem eine ganz scharfe Einstellung gegen Moskau gezeigt habe.

Staatssekretär Koppe ist der Auffassung, daß Churchill von sich aus keinen Anlaß haben werde, zugunsten Polens einen Schritt zu unternehmen. Diese Feststellung sei wichtig für den Fall, daß er den Versuch unternehmen wolle, den Fürstersbischof Sapieha für eine Aktion anzusetzen. Er werde aber keine Bitte aussprechen, umso weniger, als sich die militärische Lage bei Warschau mit jedem Tag bessere. Hinter den Bestrebungen zur Herbeiführung einer Kapitulation müße eine starke Persönlichkeit stehen. Der von dem Polnischen Hauptausschuß gemachte Vorschlag sei zwar durchaus beachtlich, aber auch hinter ihm stehe keine maßgebende Persönlichkeit. Angesichts der unklaren Haltung der Polen, die heute mit Stalin, morgen mit Churchill und übermorgen mit Deutschland rechneten, handle es sich natürlich um ein kühnes Unterfangen, das man aber vielleicht versuchen könnte.

Der Herr Generalgouverneur hält es danach für zweckmäßig, daß Staatssekretär Dr. Bühler anheimgestellt werde, mit Fürstersbischof Sapieha in Verhandlungen einzutreten. Im übrigen könne man nur eine abwartende Stellung einnehmen.

4.9.44.

Präsident Dr. von Craushaar betont, daß es heute von großer Wichtigkeit sei, Verbindungen zu maßgebenden Kreisen der polnischen Bevölkerung zu haben. Die Möglichkeiten, die der Polnische Hauptausschuß biete, seien nur beschränkt, weil seine Mitglieder sich nicht alles zu sagen getrauten. Zudem seien der zweite und dritte Vorsitzende des Polnischen Hauptausschußes vor kurzem verhaftet worden. Die Freilassung der Inhaftierten würde zur Zeit von gewissen Erfolgen begleitet sein.

Der Herr Generalgouverneur ist gewillt, wie sich die Lage auch entwickle, an dem von ihm eingeschlagenen Kurs festzuhalten. Er werde sein Bestreben darauf lenken, jede Gelegenheit auszunutzen, um die Stimmung in der polnischen Bevölkerung zu bereinigen. An seiner grundsätzlichen Einstellung werde sich nichts ändern. Er werde das auch positiv dem Führerhauptquartier mitteilen. Deutschland habe nicht mehr viel Aktivum an fremdvölkischen Besitz. Eine entsprechende Haltung gegenüber den Polen würde sich also durchaus positiv auswirken können. Im übrigen dürfe er sich darauf berufen, daß er sich seit Jahr und Tag in dieser Richtung bemüht habe. Er drehe gar nicht um, sondern er würde nur sagen: jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in dem das Reich in einer ungeheuren Anstrengung für Europa stehe und eine entsprechende Politik betrieben werden müße.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß aufgrund der militärischen Lage in Warschau damit gerechnet werden könne, daß etwa binnen acht Tagen auch der Rest der Aufständischen erledigt sei. Militärisch sei also der Gewinn nicht groß, wenn man das Angebot einer Kapitulation mache; umso größer wäre aber der dauernde Erfolg. Es frage sich nur, was mit der AK geschehen solle.

4.9.44.

Der Herr Generalgouverneur will dieses völlig isolierte Sonderunternehmen von der allgemeinen anderen Politik streng unterschieden sehen. Warschau sei sozusagen nur der politische Anlaß, der Stichpunkt, von dem aus sich die anderen Verhältnisse wenden oder entwickeln würden. Warschau solle ein Schulbeispiel werden, aber man dürfe mit der Frage Warschau nicht die Beziehungen der deutschen Führung zur AK verquicken. Im Interesse des Zustandekommens einer Übereinkunft müße man den Polen die Chance lassen, zu sagen: der Warschauer Aufstand sei lediglich ein Vorprellen gewesen. Man dürfe also nicht alles, was an einen Widerstand gedacht habe, für die Geschehnisse in Warschau verantwortlich machen. Er behaupte, daß das Unternehmen in Warschau das persönliche Unternehmen eines vorgeprellten Teiles der AK unter General Bor sei. Wenn man die AK noch als Gegebenheit anerkenne und sie als Todfeind ansehe, dann riskierten ihre Anhänger in Warschau, daß sie auch als Todfeinde liquidiert würden. Darunter dürfe aber nicht die ganze Politik leiden, und deshalb müsse man den Aufstand in Warschau als ein Sonderunternehmen betrachten. Die übrigen AK dürfe nicht in diesen Kreis hineingezogen werden; denn das sei eine Sache für sich. Es werde davon abhängen, wie sich die Dinge in Warschau entwickelten. Im positiven Sinne werde er im gegenwärtigen Zeitpunkt jeden Schritt begrüßen, der geeignet sei, mit den Polen zu einer grundsätzlichen Bereinigung der Gesamtsituation zu gelangen. Selbst wenn in Warschau sämtliche Aufständischen erschoßen werden müßten, müße die Möglichkeit bleiben, daraus nicht einen Racheprozess werden zu lassen, sondern man werde erklären: das haben die Aufständischen in Warschau zu verantworten, ihr von der übrigen AK seid unschuldig. Selbstverständlich könne man nicht daran

denken, die AK bewaffnen zu lassen; denn die AK sei eine illegale Organisation, und er spreche vom polnischen Volk. Im übrigen müße man sich darauf berufen, daß das Deutsche Reich in einem schweren Kampfe stehe. Wenn die Liquidierung in Warschau so oder so möglich sei, dann sei das seit Stalingrad der erste Sieg, den Deutschland errungen habe. Die Polen hätten angesichts der unklaren Einstellung Englands und Sowjetrußlands von diesen Staaten nichts zu erwarten, nur Deutschland könne sich ihnen gegenüber jetzt noch gnädig erweisen. Die Zerstörung Warschaus liege nun in deutscher Hand, und niemand könnte verhindern, daß die Stadt Warschau in Schutt und Trümmer gelegt werde. Er sei entschlossen, diesen Kaufpreis hinzunehmen. Andererseits erheische die Lage Deutschlands eine gewisse Bereitwilligkeit zu Konzessionen. Der Fall Warschau könne nicht in eine immanente innere Totalbeziehung zur polnischen Sache gebracht werden. Was in Warschau bestraft werde, werde nicht als AK bestraft, sondern deshalb, weil es mehr dem General Bor als den allgemeinen polnischen Notwendigkeiten gefolgt sei.

Staatssekretär Koppe hält eine Beteiligung des Klerus bei den Verhandlungen für unbedingt geboten. Auch müße die Sicherheitspolizei dafür sorgen, daß einige Führer der AK hinzugezogen würden. Es müßte etwas Ähnliches geschaffen werden, wie man es in Böhmen-Mähren habe, eine kleine innere Verwaltung, an deren Spitze ein Dreimännerkollegium stehe.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß es zwei Wege für die Verhandlungen mit den polnischen Aufständischen gebe: erstens müße festgestellt werden, ob sie kapitulieren oder bis zum Schluß weiterkämpfen wollten; zweitens müße versucht werden, die Verhandlungen mit Fürsterzbischof Sapieha und anderen Persönlichkeiten zu einem befriedigenden Ergebnis zu bringen. Weiter halte er

es für zweckmäßig, den Polnischen Hauptausschuß umzubenennen in "Polnischen Nationalausschuß", ein Begriff, der auch sonst allgemein üblich sei. Der Präsident oder Leiter dieses Polnischen Nationalausschußes hätte damit schon eine gewisse anders geartete Funktion. Er wolle in diesen Ausschuß einige Männer berufen, die einwandfrei seien und im Laufe der Jahre Verständnis für die Zusammenarbeit mit der deutschen Führung gezeigt hätten, wie z.B. den Fürsterzbischof Sapieha und andere.

Weiter würde er sich bereit finden, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Generalgouvernements die Wojts zu einer wirklichen Verwaltungsinstanz zu erheben, der von den Kreishauptmännern gewisse Funktionen übertragen werden könnten. Einen Wojt aus jedem Kreis würde man dann zum Repräsentanten des Polnischen Nationalausschußes beim Kreishauptmann machen. Der Kreishauptmann wäre verpflichtet, diesen "Chef-Wojt" zu allen wichtigen Angelegenheiten beizuziehen. Der Chef-Wojt müßte dann auch eine gewisse staatliche Funktion ausüben können, z.B. bei der Überwachung der polnischen Rechtsprechung, des Steuerbetriebes, der Gemeindeverwaltung, der Ernteerfassung usw. Ferner könnte man innerhalb des Regierungs- und Distriktsbereiches künftig die Vertreter dieser Wojts zu allen großzügigen Planungen und Beratungen allgemeiner Art hinzuziehen, wobei man allerdings das Risiko in Kauf nehmen müßte, daß diese Vertreter als Querulanten peinlich würden.

Der Polnische Nationalausschuß müßte sich zur polnischen Nationalität bekennen, also zum Antibolschewismus, da Bolschewismus mit Antipolonismus zu identifizieren wären. Er würde auch dem Polnischen Nationalausschuß die Möglichkeit geben, zu prüfen, wie gewisse Dinge, die die Polen besonders belasteten - Arbeitsverfassung der Polen, Einkommensverhältnisse, Ernährungslage usw. - von diesem Ausschuß amtlich im Auftrage des Generalgouverneurs vorbearbeitet würden. Er werde dann den Polen sagen

können: wenn sich diese Einrichtungen bewähren, dann bin ich fest überzeugt, daß der Führer nach siegreich beendetem Kriege den Polen ein Eigenleben geben wird. Wenn die notwendigen Vorbereitungen getroffen seien, dann würde er eines Tages den Polnischen Nationalausschuß bezw. die Vertreter der Wojts zu einer Art polnischer Sitzung in Krakau zusammenrufen, in der man alle diese Dinge nach aussen hin besprechen könnte.

Zu den von dem Herrn Generalgouverneur gemachten Vorschlägen nimmt zunächst Botschaftsrat Dr. Schumburg Stellung. Er betont, daß das Auswärtige Amt das größte Interesse daran habe, daß nach außenhin gezeigt werde, daß die Deutschen nicht totale Eroberer seien, sondern mit Vernunft eine Verwaltung aufbauten, bei der das unterworfene Volk zu seinem Recht komme. Vielleicht könnte auch anläßlich der Mitwirkung der Polen bei den Schanzarbeiten eine Geste gemacht werden, die zweifellos auch heute noch eine starke Wirkung haben werde. Ebenso werde natürlich eine großzügige Behandlung der Aufständischen nach Erreichung der Kapitulation stärkeren Eindruck machen, als wenn man den Aufstand mit militärischen Kräften niederschlüge. Er befürchte allerdings, daß Obergruppenführer von dem Bach auf diesen militärischen Erfolg nicht verzichten werde. Jedenfalls halte er es für fraglos, daß die von dem Herrn Generalgouverneur beabsichtigte entgegenkommende Politik vom Auswärtigen Amt aus rein außenpolitischen Gründen begrüßt und gebilligt werden würde.

Staatssekretär Koppe meint, daß die den Polen zu machende Konzession nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß das Gremium des Polnischen Nationalausschußes anders als der Polnische Hauptausschuß auch tatsächlich die Polen hinter sich habe. Ferner müßte erreicht werden, daß alles, was bisher an nationaler Widerstandsbewegung vorhanden sei, sich nunmehr irgendwie in eine Ordnung einfüge. Im übrigen sei er überzeugt, daß es sich bewähren müßte,

wenn der Pole sehe, daß man irgendetwas tue. Die Regulative müßten natürlich fest in der Hand maßgebender Deutscher sein. Die polnischen Vertreter könnten zwar die Rechtspflege, das Steuerwesen usw. in ihrem Kreis überwachen, dürften aber politiv nichts zu sagen haben.

Der Herr Generalgouverneur geht bei seinen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, daß allgemeine eine gewisse Vermenschlichung, eine Vereuropäisierung und eine völlig gerechte Behandlung des Polentums eintreten müßten. Für Millionen polnischer Arbeiter und Bediensteter treffe es einfach nicht zu, daß jeder Pole ein Gauner sei. Weiter bedürfe es einer grundsätzlichen Änderung der Einstellung des SD. Darüber hinaus müßten selbstverständlich auch entsprechende Weisungen vom Reich kommen. Voraussetzung für diese Politik sei ferner die völlige Umstellung auch der letzten Teile, die an der alten Ausrottungs-, Zerstörungs- und Degradierungspolitik mit aller Gewalt festhalten wollten. In ganz Europa seien aus dieser furchtbaren Verkennung der Wirklichkeit im Laufe der Jahre ungeheure Schäden entstanden. Dem-gegenüber müße man jetzt zu einer inneren aufflammenden europäischen Verantwortung kommen. Er könne amtlich feststellen: seit Staatssekretät Koppe das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen übernommen habe, sei überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, an solche Dinge zu denken. Daß er, der Generalgouverneur, den Mut habe, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, danke er dem Staatssekretär Koppe.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff hält für die Durchführung dieser Ideen eine möglichst rasche Umstellung der Verwaltung für unbedingt erforderlich. Man müße dazu kommen, die Polen verwalten zu lassen. Die deutsche Verwaltung habe sich lediglich auf die deutschen Aufgaben zu beschränken. Das Ziel müße die Schaffung einer polnischen Selbstverwaltung sein.

Auch Gouverneur Kundt sieht in den Vorschlägen des Herrn Generalgouverneurs einen bedeutsamen

Schritt zu einer Besserung der Verhältnisse. Allerdings würde eine Hinzuziehung polnischer Vertreter zu den Kollegien der Regierung, der Distrikte und Kreishauptmannschaften die Folge haben, daß diese polnischen Vertreter selbstverständlich darnach trachten würden, um ihre nationale Ehre gegenüber der anderen polnischen Bevölkerung nicht zerstören zu lassen, laufend an die Staatsverwaltung mit Wünschen heranzutreten. Gleichwohl seien besondere Gefahren davon nicht zu befürchten; denn die Entscheidung liege ja in deutscher Hand. Wenn man die polnischen Vertreter entsprechend behandle, würden sie immer mehr den illegalen Elementen ihren Einfluß nehmen.

Präsident Dr. von Craushaar begrüßt ebenfalls die von dem Herrn Generalgouverneur gemachten Vorschläge, äußert aber Zweifel hinsichtlich ihrer sofortigen Durchführbarkeit. Er will daher Vorkehrungen getroffen sehen, daß Schwierigkeiten schlimmster Art ausgeschaltet würden. Er bezweifelt auch, ob es gelingen werde, die Zustimmung maßgebender Männer zum Eintritt in einen Nationalausschuß zu finden. Ferner sei es fraglich, ob der Polnische Hauptausschuß bereit wäre, sich "Nationalausschuß" nennen zu lassen, da seine Mitglieder um ihr Leben bangten. Hier müßten Verhandlungen, aber nicht nur von Seiten der Sicherheitspolizei, mit den maßgebenden Männern gepflogen werden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt, daß die Mitwirkung der Sicherheitspolizei bei diesen Dingen kaum zu einem Erfolg führen werde. Hier handle es sich um ein politisches Übereinkommen, und der Sicherheitspolizei könne lediglich die Aufgabe zufallen, vor unzuverlässigen Elementen zu warnen.

Präsident Dr. von Craushaar ist weiter der Auffassung, daß von Seiten der polnischen Bevölkerung

den Erklärungen der Regierung keine besondere Beachtung mehr geschenkt werde. Man gebe zwar der Überzeugung Ausdruck, daß der Generalgouverneur besten Willens sei, weise aber darauf hin, daß die Praxis eine andere sei. Aus diesem Grunde lege er, Präsident Dr. von Craushaar, auf die Kapitulation der Aufständischen in Warschau größten Wert. Vielleicht könnten dem Obergruppenführer von dem Bach die von der Regierung für richtig gehaltenen Kapitulationsbedingungen zur Bekanntgabe an die Aufständischen mitgeteilt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für geboten, die Vorschläge des Herrn Generalgouverneurs, soweit sie den Verwaltungssektor betreffen, durchzuführen, selbst wenn die Aufständischen in Warschau nicht kapitulierten. Die Zeit sei reif für die Durchführung solcher Pläne. Auch wenn man Schwierigkeiten daraus befürchte, so müße man jetzt an das große Ziel denken. Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Gesamtprogramms sei es, daß dieses Programm nicht vom Reich zerschlagen werde. Das könnte allerdings geschehen, wenn z.B. die in diesen Tagen 10500 Arbeitskräfte entgegen den Zusicherungen fortgeschleppt würden, wenn sich solche Einbrüche wiederholten und die Polen im Reich nach wie vor wie die Hunde behandelt würden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung zusammen. Er ersucht dann Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer zu beauftragen, in seinem, des Generalgouverneurs Namen, das Angebot an die Aufständischen zu machen, unter der Voraussetzung, dass Obergruppenführer von dem Bach damit einverstanden ist. – Was die allgemeine Polen-Politik angehe, so sei abzuwarten, wie sich die Zusammenarbeit in der nächsten Zeit entwickle. Er würde dann einen eingehend begründeten Vorschlag unmittelbar dem Führer überreichen. Von diesem Vorschlag müßten auch Reichsführer SS Himmler, Reichsminister Dr. Lammers und Reichsleiter Bormann in Kenntnis gesetzt werden. Die Frage, welche Richtung in der Polen-Politik endgültig eingeschlagen werden solle, müße

müsse der Führer entscheiden. Sollte der Vorschlag wirklich wieder abgelehnt werden, dann könne er die Verantwortung für die Dinge nicht mehr tragen.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Amtschef Schlüter-Lublin die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum Vizegouverneur und überträgt ihm gleichzeitig für die Dauer der Abwesenheit des Regierungsrats Frhr.v.Medem die Leitung des Personalamts in der Regierung des Generalgouvernements.

12^{55} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

15^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Frauenschaftsleiterin Frl. Aldinger.

15^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Befehlshaber des Wehrkreises VIII Generaloberst Koch-Erpach in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Staatssekretärs Koppe, des Präsidenten Dr. von Craushaar, der Gouverneure Kundt und Dr. von Burgsdorff.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist die Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze von Oberschlesien in das Gebiet des Generalgouvernements bis einschließlich Tschenstochau.

Einleitend führt der Herr Generalgouverneur aus, daß er seinerzeit mit Reichsminister Dr.Lammers über gewisse Grenzverlegungsfragen gesprochen und dieser ihm im Auftrage des Führers erklärt habe, daß entsprechend einer Weisung des Führers an dem bisherigen Zustand grundsätzlich nichts geändert werden solle. Nun erfahre er plötzlich zu seinem größten Befremden von einer beabsichtigten Vorverlegung der Grenze in das Generalgouvernement.

Generaloberst Koch-Erpach betont, daß diese Vorverlegung der Grenze seiner Ansicht nach nur militärischen Erfordernissen im Rahmen des Stellungsbaues genügen solle. An einer Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Gebiet des Generalgouvernements habe das Wehrkreiskommando keinerlei Interesse. Er habe mit Gauleiter Hanke über diese Frage bisher auch nicht gesprochen. Allerdings sei ein Befehl des Reichsführers SS Himmler gekommen, nach welchem die Zoll- und Polizeigrenze weiter nach dem Osten verlegt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß es für ihn gleichgültig sei, wie die Wehrkreisgrenze verlaufe. Es sei jedoch seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Gebiet des Generalgouvernements als einheitliches Polizei-, Zoll- und Wirtschaftsgebilde erhalten bleibe. Er bitte daher Generaloberst Koch-Erpach, in einem Sammelbefehl eine entsprechende Weisung ergehen zu lassen.

Generaloberst Koch-Erpach bemerkt, daß der Befehl zur Vorverlegung der Grenze offenbar auf eine Weisung des Pioniergenerals Benecke zurückzuführen sei, der einerseits ihm und andererseits dem Generaloberst Guderian unterstehe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze eingehend Stellung genommen. Sowohl die Gouverneure Kundt und Dr. von Burgsdorff wie die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe und Präsident Dr. von Craushaar sprechen sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement aus.

Auch Generaloberst Koch-Erpach muß zugeben, daß er keine Veranlassung sehe, im Zusammenhang mit den Notwendigkeiten des Stellungsbaues an eine Änderung der politischen Grenze heranzugehen, und erklärt sich bereit, diesen seinen Standpunkt bei den maßgebenden Stellen zu vertreten.

Der Herr Generalgouverneur trifft darauf folgende Feststellung:

> Es geht unter keinen Umständen an, daß etwa untergeordnete militärische Instanzen eine Grenzkontrolle innerhalb eines geschlossenen Wirtschafts-, Währungs- und Verwaltungsgebietes einrichten. Das entspricht auch nicht der Meinung des Führers, die dem Generalgouverneur durch Reichsminister Lammers ausdrücklich bekanntgegeben worden ist. Jedes Organ, das einen solchen Schritt unternähme, würde einem Befehl des Führers zuwiderhandeln. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Verwaltung des Generalgouvernements in Ruhe arbeiten kann.

Der Herr Generalgouverneur dankt Generaloberst Koch-Erpach dafür, daß er sich bereitfinden wolle, die Frage einer Klärung zuzuführen.

16³⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar und Gouverneur Dr. von Burgsdorff.

In dieser Besprechung wird nochmals zur Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, ihm Entwürfe von Fernschreiben an Reichsführer SS Himmler, Reichsminister Dr. Lammers und Reichsleiter Bormann vorzulegen. Vor allem müsse Reichsführer SS veranlaßt werden, seinen Befehl für die Vorverlegung der Grenze zurückzunehmen.

IV/8 Seite 1 Krakau

Dienstag, den 5. September 1944.

8^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

9^{00} Eröffnung eines Schulungskurses für NS-Führungsoffiziere der Heeresgruppe Nord-Ukraine.

Generaloberst Harpe:

Wir grüssen zunächst den Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht mit einem dreifachen Sieg Heil!

Meine Herren! Ich darf in Ihrer aller Namen den Herrn Generalgouverneur begrüssen und ihm herzlich dafür danken, daß er sich bereit erklärt hat, anläßlich der Tagung unserer NS-Führungsoffiziere zu uns zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch meinen persönlichen und der Heeresgruppe Dank für die Aufnahme, die dienstliche und kameradschaftliche Unterstützung anschliessen, die wir im Generalgouvernement gefunden haben. Das wird für uns ein Ansporn sein, alles zu tun, was auch dem Generalgouvernement von Nutzen und dienlich ist.

Meine Herren! Ich darf Sie alle begrüssen und mich dafür bedanken, daß Sie so zahlreich zu der Tagung gekommen sind, die durch einen Vortrag des Herrn Generalgouverneurs eingeleitet werden soll. Ich bin darüber besonders erfreut, wird doch damit auch öffentlich dokumentiert, daß das, was wir unseren Offizieren mit auf den Weg geben wollen, unsere gemeinsame Sache ist. Ich möchte deshalb das, was ich den NS-Führungsoffizieren zu Beginn der Tagung sagen wollte, Ihnen allen sagen, weil es uns alle auch gemeinsam angeht.

5.9.1944

Was ich zu sagen habe, sind nur einige kurze Leitsätze, die ich den Führungsoffizieren als Richtlinien für diese Tagung, vor allem aber für ihre Arbeit mitgeben will. Wenn wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus aus dem Kampf des letzten Krieges geboren ist, daß wir ihn heute vor uns sehen, in einer politisch abgeschlossenen, ganz klar herausgestellten Form, so glaube ich, werden Sie alle mit mir das Empfinden haben, daß die weltanschauliche Seite des Nationalsozialismus ihre Formung noch nicht abgeschlossen hat. Wir alle haben wohl das Gefühl, daß durch das Geschehen dieses Krieges ein gewaltiger Schritt vorwärts getan worden ist auf dem Weg dieser Entwicklung. Wenn wir uns darüber klar sind, dann müssen wir aber daraus auch die ebenso klare Schlußfolgerung ziehen, daß alle diejenigen, die an diesem gewaltigen Ringen, das ja letzten Endes nur um eine Weltanschauung geht, führend beteiligt sind, sich auch mit diesen Gedanken der Entwicklung und des Abschlusses der Weltanschauung des Nationalsozialismus befassen müssen.

Das ist nun für unsere NS-Führungsoffiziere von ganz besonderer Bedeutung, da sie hauptamtlich berufen sind, sich mit diesen Gedanken ernstlich zu beschäftigen, damit sie mit ihren Anregungen bei der Truppe so wirken können, wie es der jeweiligen Lage entspricht und der Sache dient.

Ich sagte, daß der Krieg letzten Endes um eine Weltanschauung geführt wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Führungsoffizieren folgendes mit auf den Weg geben: Es kommt darauf an, daß wir den Krieg gewinnen und daß alles andere, vor allem alles persönliche und divergierende auf diesem Gebiet bekämpft und ausgeschaltet werden muß. Jeder, der es mit diesen Dingen wirklich ernst meint, hat sich jeden Tag und jede Stunde zu fragen: Was hast du in diesem Sinne für den Sieg getan? - Auf dich und

Wirken kommt es an. Wenn das der Sinn und vor allem der Erfolg der NS-Führungsoffiziere ist, dann haben sie recht getan.

Die Aufgabe ist an sich nicht schwer; denn die Herzen sind bereit. Es muß nur verstanden werden, sie richtig zu nehmen. Gläubigere, deutscher eingestellte, tapferere und von besserem Blut geformte Menschen als unsere Soldaten draussen gibt es nicht. Es bedarf nur des kleinsten Anstossen, um sie politisch in eine bestimmte Richtung, die ihrer inneren Auffassung entspricht, zu treiben. Weiter bedarf es aber auch des guten Beispiels, der inneren Überzeugung und der Anregung des gesprochenen Wortes. Wer es versteht, da draussen in der Sprache des Mannes zu reden, der wird auch sein Herz gewinnen, wenn er die zweite Voraussetzung mitbringt, daß er selber durch sein Beispiel jedem das Wirken des nationalsozialistischen Menschen und Kämpfers und Soldaten vorlebt.

Ich hoffe, daß diese Tagung, Ihre Besprechung und Ihre gegenseitige Aussprache in diesem Sinne vollen Erfolg haben werden. Dann wird einst, wenn dieses gewaltige Ringen beendet ist, auch auf Ihnen der Dank des ganzen Heeres und der Dank des Vaterlandes ruhen. - So wünsche ich Ihnen denn für Ihre Tagung vollen Erfolg.

Ich bitte nun, den Herrn Generalgouverneur, zu uns zu sprechen.

(Lebhafter Beifall)

[Generalgouverneur Dr. Frank ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:]

Herr Generaloberst! Sie haben uns Nationalsozialisten dieses Raumes eben aus dem Herzen gesprochen, und mich bewegt in diesem Augenblick ein stolzes Gefühl. Es ist nunmehr kurz nach einem wie ein

schwerer Schatten über das Reich hinwegziehenden Ereignis eine ganz besonders eindrucksvolle Handlung, daß sich der oberste Militär des Generalgouvernements hier im Parteihaus einfindet, um in Anwesenheit von wichtigsten Vertretern der Partei, des Staates und der Wehrmacht seinen Führungsoffizieren nationalsozialistische Richtlinien auf den Weg zu geben. Eine schönere Symbolik für die Einheit unseres deutschen Kampfes kann ich mir im gegenwärtigen Augenblick gar nicht denken. Seien Sie daher überzeugt, Herr Generaloberst, daß das, was Sie uns heute hier gesagt haben, einen Widerhall in unseren Herzen gefunden hat. Der Umstand, daß Sie selber heute diesen Lehrgang eröffnet und mit uns zusammen, trotzdem Sie doch angesichts der unmittelbaren Frontverantwortung, die das Tiefste Ihres Wesens ausfüllt, so stark in Anspruch genommen sind, die Zeit dafür gefunden haben, erfüllt uns alle mit grosser Dankbarkeit. Ich könnte Ihnen und allen Ihren Offizieren gegenüber nur die Versicherung wiederholen, daß wir in Partei und Staat alles tun wollen, um dem soldatischen Leben in diesem Raum jenen Rückhalt zu geben, den die nichtmilitärischen Stellen ihm irgendwie geben können.

Krakau ist heute die Zelle des deutschen Ostens geworden. Die Front vor Krakau ist die Front vor dem Innersten, auf das nunmehr die gesamte deutsche Ostfront im Süden sich zusammengeballt hat. Ihnen, Herr Generaloberst, und Ihren Soldaten ist daher eine Frontstellung von so ungeheurer nationalsozialistischer Bedeutung anvertraut, wie sie vielleicht nicht jedermann ohne weiteres einleuchtet. Wir können Frankreich und Belgien als westliche Bereiche vielleicht angesichts der hin- und herwogenden Ereignisse des Kampfes vorübergehend dem Feinde überlassen. Im Osten indes und gerade hier auf einem

Wege entlang der Weichsel stehen wir auf den nationalsozialistischen programmatischen Punkten, von denen Adolf Hitler im Buch"Mein Kampf" spricht. Der Osten ist die Voraussetzung der deutschen Zukunft - so etwa drückt sich Adolf Hitler aus. - Der Westen ist für uns höchstens ein Machtbereich, der Osten ein Lebensbereich. Insofern haben Sie, Herr Generaloberst, und Ihre Soldaten hier eine nationalsozialistische Stellung im Gesamtgefüge der Anschauungen des Führers.

Ich habe mir vorgenommen, Ihnen, meine Herren, die Sie uns die Freude machen, hier im Parteihaus zu erscheinen, einiges besonders darüber vortragen zu wollen. Die Einrichtung des nationalsozialistischen Führungsoffiziers ist weder von einem Mißtrauen gegen die Stimmung der Wehrmacht noch von einer Notwendigkeit diktiert, daß etwa die Partei eine nationalsozialistische Erziehung der Offiziere vornehmen sollte. Die Einrichtung des nationalsozialistischen Führungsoffiziers ist eine aus dem Eigenbedürfnis der Wehrmacht von Wehrmachtdienststellen ausschließlich geschaffene Einrichtung. Die Partei steht dieser Einrichtung mit innerster Freude und Anteilnahme gegenüber. Indessen glaube ich, daß es dieser Einrichtung nicht etwa bedurft hätte, um dem Nationalsozialismus in unseren deutschen Soldaten Raum zu geben. Ich sehe daher in dieser Einrichtung nicht irgendwie ein Instrument der Partei, nicht das Bestreben der Partei, sich irgendwie in die Wehrmacht einspannen zu wollen, nein, die Wehrmacht selbst hat in dieser Einrichtung des natiosozialistischen Führungsoffiziers eine Methode übernommen; Sie will dafür sorgen, daß in ihren eigenen Reihen eine klare Rüstkammer entschlossensten nationalsozialistischen Denkens und Handelns

in persönlicher und charakterlicher Weise immer aktiv verfügbar ist. Es wäre ja sehr leicht, eine Weltanschauung, also die Totalität des Anblickes der Welt und der Dinge in der Welt etwa im Rahmen eines Vortrages Ihnen vorzuführen. Darauf kommt es jetzt nicht an. Der Herr Generaloberst hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die nationalsozialistische Weltanschauung sich in der Formung befindet. Denn so sehr klar auch das Parteiprogramm ist, so sehr bedingt die Verwirklichung des Parteiprogramms die Erfüllung gewisser zeiträumlicher Voraussetzungen, die bestenfalls nach diesem Kriege gegeben sein werden.

Wenn ich daher vor Ihnen nun das Wort im Namen der Partei des Generalgouvernements ergreife, dann setze ich dies alles als selbstverständlich voraus. Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers ist das Fundament, auf dem allein überhaupt versucht werden konnte, einem Weltblockgiganten wie dem Bolschewismus Widerstand zu leisten. Jeder, der die kritische Sonde anlegt und untersuchen will: Brauchen wir denn heute Weltanschauung, brauchen wir denn heute eine NSDAP, brauchen wir überhaupt angesichts des Kriegsgeschehens an den Fronten eine Partei? - der soll sich das Bild Deutschlands ausmalen, das er heute fände, wenn etwa das Regierungssystem von 1919 bis 1932 einem massierten plötzlichen Ansturm der bolschewistischen Wehrmacht ausgeliefert worden wäre. Man stelle sich vor: Polen wäre von den Bolschewiken selbstverständlich ohne weiteres in einem Blitzkrieg überrannt worden, und jenseits Polens lag ja für die Moskowiter nur das 100 000-Mann-Heer der deutschen Republik. Es ist nicht so einfach, daß man heute vielleicht da und dort sagt: Wenn wir die Nazis nicht hätten, hätten wir den Krieg nicht. Sie wissen ja, daß dieses Problem immer und immer wieder angeschnitten wird, und ich bekenne Ihnen ganz offen, meine Herren Offiziere: es ist menschlich begreiflich, daß man nach fünf Jahren eines solchen opferreichen Krieges mit so ungeheuren Rück-

schlägen da und dort die Frage stellt: war denn dieser Krieg überhaupt notwendig? Diese Frage zu stellen ist ein menschliches Recht. Und wir wollen nur den Mut haben, diese Frage sofort blitzartig zu beantworten und zu sagen: eine Wahl, ob dieser Krieg kommt oder nicht, hatten wir Deutsche überhaupt nicht, seit es den Bolschewismus gibt. Der Krieg wäre früher oder später so oder so in jedem Fälle gekommen; er war absolut unvermeidbar.

(Lebhafter Beifall)

Man darf also nicht fragen: Mußte dieser Krieg kommen? - nein, wir müssen fragen: unter welchen Voraussetzungen war denn überhaupt daran zu denken, daß Deutschland diesen denn doch noch notwendigerweise kommenden Krieg würde bestehen können? Und diese Frage stellt sich jeder von uns und weiß sie auch zu beantworten. Es ist ganz klar, daß ein Reich, das in 47 Parteien zerfällt, daß ein Staat, in welchem es eine Volksordnung überhaupt nicht gibt, daß ein Staat ohne Autorität, ohne Kalrheit, ohne Ehrlichkeit, ohne Sozialismus, ohne echten herzlichen Volksgemeinschaftsgedanken einem solchen Giganten von 200 Millionen Menschen und 22 Millionen Quadratkilometern Fläche nicht gewachsen gewesen wäre. Was die Bolschewiken an Blut und Material auf dem Marsch zwischen den Vorfeldern von Moskau und Warschau gelassen haben, war das, was sie bei schwächlicher Konstitution Deutschlands nach Deutschland direkt gebracht hätten. So muß man die weltgeschichtliche Lage dieses bolschewistischen Krieges betrachten.

Sie wissen, daß es vielleicht der größte Stolz ist, den wir Nationalsozialisten haben, insbesondere wir, diese ganz kleine Gruppe, die von sich sagen kann, daß sie in diesem Jahre 25 Jahre beim Führer ist - seit 1919 stehen wir ja als diese letzte kleine Gruppe bei ihm - , daß es unser größter Stolz

ist, daß wir einen Führer unserer Bewegung haben, der diese Gefahr von Anfang an deutlich erkannt hat.

Die Frage, ob dieser Krieg notwendig war oder nicht, wird selbstverständlich stimmungsmässig durch die massierten Sehnsüchte des Volkes nach Frieden, Ruhe, Befreiung von den Opfern unterbaut, durch die begreifliche Sehnsucht aller, wieder in ein irgendwie geordnetes oder gesichertes Leben zu kommen. Diese ungeheuer sich möglicherweise ausbreitenden Stimmungsfaktoren kombinieren sich nun mit diesem Problem des Krieges an sich. Und hier beginnt mit ganz besonderem Nachdruck offenbar die Arbeit, die sich Ihr Befehlshaber und die maßgeblichen Herren der Wehrmacht bei ihrer Aufgabe, wenn ich sie richtig sehe, besonders gedacht haben. Es ist Ihre Sendung, die Flamme der Begeisterung, diesen über das Einzelne hinaus ziehenden Geist der Hochhaltung des Ichs als Sehnsucht gegenüber dem Pflichtenkreis zu bewähren. Jeder von Ihnen befindet sich in der gleichen Lage wie der Alte Fritz, daß er so wie der Alte Fritz einer ganzen anstürmenden Woge von Zweifel, Mißtrauen, Unordnung, Unzufriedenheit, Bedenklichkeit, Verzweiflung gegenüber besteht und sagt: In mir stirbt Preussen, und deshalb werde ich die Fahne nicht fallen lassen, ganz gleich, was kommen mag. Entscheidend ist auch heute nicht, wo wir stehen, sondern wie wir stehen, und das entscheidet nicht nur über uns, nicht nur über den Nationalsozialismus, entscheidet nicht nur über das Reich, sondern es entscheidet überhaupt über die Totalität unseres Lebens, unseres Volkes für die kommenden 2000 Jahre. Wenn wir heute schwach werden, ist es mit Deutschland für zwei Jahrtausende vorbei.

5.9.1944

Daher glaube ich, daß der Alte Fritz heute dem Führer die Hand geben würde; denn was waren schon die Sorgen des Alten Fritz gegenüber den Sorgen, die ein Adolf Hitler auf sich zu nehmen hat? Der Alte Fritz hat seine Zeit wunderbar erfüllt; er hat den deutschen soldatischen Glauben wieder mit grosser Inbrunst entfacht, er hat die Kriege der damaligen Zeit mit den damaligen Methoden als Genie sondergleichen bestanden. Aber der Siebenjährige Krieg war ein Krieg zwischen Großmächten und einem Staat, der eine Großmacht werden wollte. Der heutige Krieg ist mit keinem Krieg zu vergleichen; denn der Bolschewismus steht ausserhalb des Rahmens der bisherigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen. In dem Bolschewismus hat sich der Jude das Schema eines terroristischen Herrschersystems aufgebaut, das mechanisch auf alle Völker der Welt angewendet werden könnte. Der Jude würde erst dann völlig triumpfieren können, wenn keine Nation der Welt irgendwie eigengesetzlich leben könnte. Ein solches Problem zu bestehen, war dem Alten Fritz nicht aufgegeben. Ich will damit keinen Wertmaßstab anlegen und einen Vergleich zwischen dem Alten Fritz und unserem Führer ziehen. Denn die Größ-e Friedrich des Großen ist so einzigartig, daß sie historisch eindeutig feststeht. Ich will nur betonen, daß der Vergleich, der heute gern zwischen Adolf Hitler und Friedrich dem Großen gezogen wird, wie alle historischen Vergleiche hinkt, daß Adolf Hitler eine unendlich grössere, unendlich schwierigere und sorgenreichere Aufgabe gestellt ist, als sie dem Alten Fritz gestellt war. Adolf Hitler hat diesen Kampf gegen das Weltjudentum zu bestehen; er allein hat ihn aufgegriffen, er allein kann von sich sagen, daß er ihm aufgegeben ist, und er allein wird ihn auch bestehen.

<u>3.9.1944</u>

Der Bolschewismus ist unser Gegner, Täuschen wir uns nicht darüber, daß selbst die Möglichkeit, einmal mit dem bolschewistischen Reich vielleicht vorübergehend zu einer Regelung des Krieges zu kommen, etwa in der Form, daß man zu einem Frieden in diesem Bereich käme, an dem Grundsatz des Antibolschewistischen, des Antijüdischen unseres Reiches nichts ändern würde. England ist in diesem Krieg auf jeden Fall verloren; ganz gleich, wer siegt, England ist dahin. Das ist so allgemein bekannt, daß man davon nicht mehr zu sprechen braucht. Amerika ist ein in Gärung befindliches völlig neues Land mit ungeheuren technischen Möglichkeiten. Es kommt, wie immer, England zu Hilfe, diesmal mit der schlauen Berechnung, England endgültig zu beerben, im übrigen mit stärkster materiell ungeheurer Anspannung, die ganz aussergewöhnlich belastend auf unserem deutschen Kriegsschicksal liegt. Was diesmal die Amerikaner an technischer Ausrüstung und Vorbereitung rein militärisch-generalstabsmässiger Art aufbieten, läßt alles weit hinter sich zurück, was jemals von den Amerikanern geleistet wurde. Das eigentliche Problem des Westens ist die materielle und menschliche ungeheuerste Anstrengung, die die Vereinigten Staaten je gefunden haben.

Wir wollen uns auch darüber klar sein, daß die Lage ungewöhnlich ernst ist. Der Feind ist im Vormarsch auf Belgien, im Vormarsch gegen unsere alten deutschen Reichslande. Der Feind ist absolut entschlossen, nun mit Deutschland endgültig Schluß zu machen. Unsere Verbündeten, selbst das gute, edle Finnland, fallen von uns ab. Die Lage der deutschen Heeresverbände in Rumänien ist ungeheur schwierig. Wir sind in einer Stabilisierung begriffen, von der man nicht weiß, wie lange sie dauert. Alle Völker Europas sind gegen uns aufgewühlt. Aber die innere

Lage unseres Volkes ist zu einer großartigen Entschlossenheit bestimmt, und das ist das einzige ganz entscheidende und wirklich auch zukunftsweisende Moment. Heute wäre es ein Kinderspiel, mies zu machen. Wir wollen uns darüber klar sein, daß es geschieht. Wir wollen in unserem Kreise auch ehrlich genug sein festzustellen, daß das, was jetzt unter der Decke über dem Tisch hinweg zwischen den Ohrmuscheln getuschelt, geschwätzt und geredet wird, so einem Lüftchen entspringt, das von ausserhalb gar nicht in unsere Reihen einzudringen braucht. Wer heute miesmachen will, der hat gewiß manchen auf seiner Seite. Aber nun ist es doch so: der deutsche Soldat wird klar geführt. Die Feinde können mit allem rechnen, aber mit zwei Dingen nicht: der deutsche Soldat wird treu und gehorsam zu unserem Führer stehen und ihn niemals verlassen, und das deutsche Volk in der Heimat wird in seiner Treue und seinem Gehorsam niemals wankend werden.

Auf diesen beiden Fundamenten baut sich nun folgendes auf: Ganz gleich, in welchen Massenzahlen und materiellen, immer wieder sich zeigenden Überlegenheiten die Feinde von allen Seiten gegen uns anrennen: Das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht werden mit allen und jeden Mitteln jedes Haus des deutschen Vaterlandes einer ganzen Welt von Feinden gegenüber verteidigen. Man wird keinen Winkel Deutschlands finden, in welchem nicht mit leidenschaftlicher Hingabe das Letzte an Lebenskraft aufgewendet wird, um den Todesdrohungen unseres Volkes zu begegnen.

Und Sie, meine Herren Führungsoffiziere, sollen den Komplex dieser Gedanken ununterbrochen repräsentieren, gerade denen gegenüber, die überall versuchen, mit Hilfe der Auslandspropaganda diese innere Ordnung, diese Geschlossenheit der Gesinnung, dieses markante, einzig dastehende Beispiel der vorbildhaften Haltung unseres Volkes und Heeres zu zerstören.

5.9.1944

Ausserdem sei Ihnen folgendes mit auf den Weg gegeben, meine Herren! In den nächsten Monaten werden 800 000 Männer in Deutschland zur Wehrmacht eingezogen. Allein in diesem einen Monat sind von den Gauleitern der NSDAP mit Hilfe der verschiedenen Dienststellen 300 000 Mann für den sofortigen Einzug zur Wehrmacht freigemacht worden. Das Rüstungspotential des Reiches ist bis jetzt noch nicht zerstört und wesentlich in Mitleidenschaft gezogen. Der einzige furchtbare Engpass ist die Treibstoffversorgung. Hier muß durch radikalste Einsparung jedes irgendwie überflüssigen Benzinverbrauches dafür gesorgt werden, daß die Wehrmacht das, was sie braucht, auf jeden Fall erhält. Im übrigen werden die Ölraffinerien unter die Erde gelegt. Reichsminister Speer hat am vergangenen Montag in Berlin persönlich versichert, daß in keiner Weise eine dauernde Entwertung unseres Rüstungspotentials eintritt. Es ist also nicht an dem, daß wir diesen Ansturm der Feinde zu fürchten hätten.

Die Partei würde daher von sich sagen können: Die Geschlossenheit, die sie der Wehrmacht gab, in Gesinnung, Haltung und Willen, im Glauben, im Beharren, in der Tapferkeit, in diesem Vorbild des alten deutschen besten Soldatentums, diese Geschlossenheit will die Partei auch in der Heimat verwirklichen. Es ist klar, daß dies nicht ohne Härten abgeht. Da hört man dann die ewigen Klagen über die bösen Gauleiter, die so hart, so entschieden und so energisch sind, über die Kreisleiter und die Funktionäre der Bewegung, die mit aller Energie versuchen müssen, das Volk immer wieder aufzurichten, den Opfergeist immer wieder anzufachen, die immer wieder die tausend täglichen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen haben, einem Volk immer wieder die Richtung vorzulehren und vorzuleben, meine Herren Offiziere, haben Sie Verständnis für die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen heute jeder Parteidiensttuer zu kämpfen hat. Es ist unter Umständen sehr viel einfacher, im Ehrenkleid des Soldaten,

geschmückt mit Auszeichnungen dieses Krieges, vor dem Volke zu erscheinen, als in dem unscheinbaren Gewand eines politischen Amtswalters nun gerade die Dinge des Lebens durchsetzen zu wollen, die Versammlungen, Organisierungen, Einteilungen, dienstlichen Vorbereitungen, Nahrungsmittelverteilungen, Fürsorgeunternehmen usw. mitten im Kriege durchzuhalten. Der Führer weiß schon, warum er seinen maßgeblichen Parteiführern unter keinen Umständen die Möglichkeit geben kann, auch mit der Waffe in der Hand Dienst zu tun. Die 80% der Parteidienstuer, die ohnedies bei der Wehrmacht sind, und sich die Ehrenzeichen erworben haben, zeigen doch, daß in der Partei selbst dieser Soldatengeist vorhanden ist.

Ich will Ihnen aber ganz offen etwas sagen: Es ist unerträglich, wenn diesem unermüdlichen Wirken der Bewegung gegenüber gerade oft von Seiten der Wehrmacht mit der Kritik begegnet wird, das seien Heimkrieger, die zuhause säßen, während wir draussen die Front zu bestehen hätten. Meine Herren, Sie tun damit einer der Voraussetzungen auch Ihres Amtes an der Front größtes Unrecht. Wir sind auf Befehl des Führers, genauso wie Sie, auf unseren Platz gestellt. Ich möchte es daher in dieser Stunde auch einmal ganz offen aussprechen, daß uns nichts so sehr treffen kann, wie wenn da und dort immer so mit einer gewissen hämischen Überlegenheit von diesem Wirken in der Partei und in der Heimat als einem mit dem Kriegsgeschehen nicht notwendigerweise Verbundenen gesprochen wird. Es könnte daher auch eine Ihrer Aufgaben sein, meine Herren Offiziere, dafür zu sorgen, daß diese Art völlig unhaltbarer und ungerechter Kritik - von einzelnen Fällen, die Anlaß zur Kritik geben, selbstverständlich abgesehen - im allgemeinen jedenfalls verschwindet. Denken wir doch einmal daran, was die Partei für die Verbundenheit des Volkes leistet, was sie leistet für die zuhause gebliebenen Familien, was dieser

totale Einsatz nunmehr für die Industrie, für die Rüstung, für alle die Werkarbeiter bedeutet. Mit wem will sich denn auch in diesem Augenblick eine Kriegführung innerhalb eines 80-Millionen-Volkes durchsetzen, wenn nicht dieser einheitlich geschlossene, disziplinierte und leidenschaftliche Apparat des Parteiführungskorps vorhanden wäre? Man vergesse das nie!

Ich verspreche mir also von dieser erneuten Intensivierung des Verständnisses für das Parteileben auch eine ungeheure seelische Unterbauung des unerläßlich notwendigen kameradschaftlichen Zusammenstehens von Wehrmacht und Partei. Nur uns beide hat der Führer. Wir sind seine Instrumente in dem Kampf. Wehrmacht und Partei sind diejenigen, die gemeinsam mit Hilfe des Staates und aller seiner Einrichtungen diesen Krieg einer Welt gegenüber zu bestehen haben. Wenn man eine Karte oder einen Globus nimmt und Deutschland sucht und ihm gegenüber nun die ungeheuren Flächen betrachtet, die unsere Feinde beherrschen, so zeigt das nur die Voraussetzungen für den Mut, den wir haben müssen. Das sind keine Argumente gegen diesen Krieg; denn der Kleine ist nicht klein zu werten nach Raum oder Volkszahl gegenüber der Welt. Klein ist nur, wer seelisch und geistig klein ist, und das war Deutschland nie in diesem Kriege.

Wenn man nun sagt: ja, aber es wird doch von Tag zu Tag schwieriger, - dann entgegnen wir: je schwieriger die äussere Lage wird, desto gehobener und entschlossener wird die Lage unseres Volkes im Innern. Der 20. Juli hat ja gezeigt, daß dieses völlig isolierte verbrecherische Unternehmen in keinem inneren Wesenszusammenhang mit der deutschen Wehrmacht oder mit dem deutschen Volke steht. Die Feinde werden sich daher verrechnen, wenn sie glauben, daß die Wehrmacht oder das deutsche Volk den Führer verläßt.

5.9.1944

Die Frage ist nur, wird der Führer alle diese Aufgaben meistern? Dazu ein ernstes Wort: Unser Führer hat eine Verantwortung zu tragen und durchzuhalten, die so ungeheuer ist, daß man sich darüber meistens keine Vorstellungen macht. Es müßte unser tägliches Gebet sein, daß der Herrgott unseren Führer gesund erhalten möge. Nehmen Sie nun ein Ereignis der letzten acht Wochen. Stellen Sie sich bitte vor, wie die letzten 8 Wochen im Führerhauptquartier gewesen sind, wo von früh bis zum Abend und vom Abend bis zum Morgen eigentlich von allen Seiten in jeder Beziehung nur das Fürchterlichste erlebt oder gemeldet wurde, und ermessen Sie daran die Grösse dieser einzigartigen Persönlichkeit. Daraus sind auch die Versuche des Feindes zu verstehen, zwischen Adolf Hitler und dem deutschen Volke, zwischen Adolf Hitler und der deutschen Wehrmacht eine Trennungslinie zu ziehen. Das wissen unsere Feinde: Wenn Adolf Hitler sänke und unser Volk führerlos werden würde, dann wäre es einem furchtbaren Schicksal ausgeliefert. Solange aber Adolf Hitler an unserer Spitze steht, für uns sorgt, arbeitet, glaubt, er, der seit 25 Jahren die Fahne des Glaubens vor dem deutschen Volke einherträgt, so lange wird auch der Herrgott mit uns sein. Diesen Glauben müssen Sie, meine Herren Offiziere als das Fundament auch Ihrer Arbeit ansehen. Sie haben es ja leicht. Eine andere Zeit hätte mit Ideologien gearbeitet, wir können wieder mit einer Persönlichkeit vor das Volk treten, der Persönlichkeit Adolf Hitlers, gegen die eine ganze Welt in Marsch gesetzt ist. Das Heldenleben unserer Soldaten verpflichtet uns, allüberall zu unserem Eigenen zu stehen. Jeder muß mit sich zu Rate gehen, was er noch tun könnte. Mit Recht sagte Herr Generaloberst Harpe, daß man sich jeden Tag zu fragen hätte: Was hast Du heute für den Sieg getan?

<u>5.9.1944</u>

Das Generalgouvernement ist eine Einrichtung des Reiches. Es hat als solche im Laufe der Jahre seine Bewährungsprobe bestanden. Heute ist es klein geworden, geschrumpft und in seiner Bedeutung vielleicht zurückgegangen, was das Materielle angeht. Die Bedeutung des Generalgouvernements aber als Vorbastion des Reiches im Osten bitte ich Sie, meine Herren, in ihre Vorstellungswelt mitaufzunehmen. Die Burg zu Krakau ist ein Symbol dafür, daß Deutschland im Osten war, ist und bleiben wird. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist hier im Generalgouvernement gänzlich zuhause. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieses Gebiet das Sammelbecken aller deutschen Stämme, aller deutschen Berufe, der deutschen Menschen aller Gaue ist. Hier kennt man nur die Heimat des großen deutschen Vaterlandes schlechthin. Der Soldat, der hier hereinkommt, soll sich hier wie zuhause fühlen; das war meine Absicht und es ist im grossen und ganzen auch geglückt.

Wir haben hier nun ein Problem zu betreuen, auf das ich ganz zum Schluß noch eingehen will, das <u>Polenproblem</u>. Wir haben im Rumpf-Generalgouvernement eine Bevölkerung von annähernd 10 Millionen. Diese 10 Millionen sind uns anvertraut und aufgegeben. Die Theorie, daß alle diese Fremdvölker, deren Herren wir geworden sind, rechtlos seien, ist falsch. Wir haben gerade, weil wir das neue Europa aufbauen wollen, diesen fremden Völkern gegenüber selbstverständlich nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Daher ist die Polenpolitik des Deutschen Reiches, die wir nunmehr mit Intensivität vorwärtsführen wollen, davon abhängig, daß wir klar einsehen: Die deutsche Führung dieses Raumes ist mit von einer fremdvölkischen Bevölkerung zu tragen, die letzten Endes in der Zugehörigkeit zur deutschen Reichszone eine irgendwie geartete eigene Lebenssicherung er-

blickt. Die Theorie von der totalen Ausrottung, der restlosen Versklavung, der völligen Rechtlosmachung ist ein schwerer Verstoß gegen die Interessen unseres Vaterlandes. Daher müssen gerade wir betonen: das deutsche Volk und das Deutsche Reich müssen Verständnis dafür aufbringen, daß es Aufgabe der maßgeblichen, in diesen fremden Gebieten eingesetzten Repräsentanten ist, diese Bevölkerung immer wieder aufzurichten, sie mit dem Glauben an Deutschland zu erfüllen, sie gerecht zu behandeln, ihr gewisse kulturelle und religiöse Eigentümlichkeiten sicherzustellen, sodaß allmählich im Leben der Polen das allgemeine Gefühl entsteht: Es ist doch besser, bei Deutschland zu bleiben als in die Hände der Bolschewiken zu fallen. Justament das, glaube ich, haben wir in weiterem Umfange erreicht. Der Sonderfall des Aufstandes in Warschau, die da und dort sich breitmachenden Partisanen dürfen uns nicht hindern, an dem Glauben festzuhalten, daß auch heute noch Hunderttausende von Polen für Deutschland in diesem Raume ohne Sabotage und Streik arbeiten. Ich bekenne mich offen und jedermann gegenüber zu der Notwendigkeit, daß das Deutsche Reich und seine Vertreter diesen fremden, uns nunmehr aufgegebenen Volkstümern jede nur erdenkliche Form von Aufgeschlossenheit zu zeigen haben. Das ist das Polenproblem in der Form, wie wir es gesehen haben.

Die Welt löst das Polenproblem nicht. Churchill hat Polen aufgegeben. Die Amerikaner haben es noch nicht ganz positiv gesagt, wohin sie tendieren. Die Bolschewiken haben jedenfalls erklärt: Für sie ist Polen nichts anderes als eine Beute, ähnlich so, wie es Finnland geht, ähnlich, wie Rumänien bereits verschluckt ist, und ähnlich, wie es vielleicht Ungarn gehen wird. Die Polen haben jetzt nur eine Chance, unter deutscher Führung leben zu können. Sorgen wir dafür, daß das Polenproblem so gelöst wird, daß von hier aus nach ganz Europa sich die Einsicht ausbreitet, die heute bereits in Paris ver-

breitet sein soll, daß die nationalsozialistische Führung und vor allem auch die Repräsentanz der deutschen Wehrmacht in diesen Gebieten unendlich vorzuziehen ist dem Hereinbrechen kommunistischer Banden. Wenn de Gaulle einen Kommunisten sich zum Präfekten einsetzt und der alle reichen Leute umbringen läßt, so deutet das klar auf die Richtung, in der sich dann alles vorwärts bewegt. Nur wir sind gefeit gegen den Bolschewismus, nur unter unserem Schutze kann Europa europäisch bleiben.

Meine Herren Führungsoffiziere! Skizzenhaft habe ich Ihnen heute den einen oder anderen Gedanken nahegebracht. Es ging mir mehr darum, die Stimmung des Raumes zum Erklingen zu bringen und Ihnen nochmals zu sagen, wie sehr ich mich als Parteiführer des Generalgouvernements darüber freue, daß Sie heute bei uns waren. Schwere Arbeit liegt über uns allen; lassen wir sie uns gemeinsam bestehen. Die Stunde ist ernst; es hat keinen Zweck, das zu verschweigen. Deutschland steht vor der schwersten inneren Entwicklungsposition, die es jemals in seiner Geschichte hatte, Ebenso ernst aber ist unser Entschluß, diese Krisis zu überwinden, und wir werden sie überwinden.

In Anwesenheit der Parteiführer habe ich den Vertretern der Wehrmacht für die Ehre des Besuches zu danken. Auch die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements sind anwesend, sodaß ich in diesem Zeitpunkt zu einem obersten Führungsgremium dieses Raumes sprechen zu können glaube. Wir haben dem Führer vielleicht noch niemals die Treue und den Gehorsam so zu halten gehabt wie in dieser Stunde. Sich im Augenblick des Glückes zu irgendeinem Schicksalsträger zu bekennen, ist eine Kleinigkeit. In einem Augenblic aber, da die Sorgen kommen und das Grauen der Rückschläge, mit besonderem Nachdruck Treue und Gehorsam zu zeigen und Bewährung zu leisten, das war seit Jahrhunderten der stolze Inhalt besten deutschen Mannestums. Zweitausend Jahre leben wir so,

5.9.1944

daß wir uns einen Herzog oder Führer wählten und mit ihm durch Dick und Dünn Germaniens Schicksal gemeistert haben. Hier schauen diese zweitausend Jahre auf uns herab. Sie leuchten alle. Sie waren alle einmal in der gleichen Sorge und Not. Wir sprechen immer wieder von diesen Heroen und erwähnen immer wieder ihre Nöte und Sorgen und Lasten und glauben vielleicht manchmal, es würde uns erspart bleiben. Nein, wir sind jetzt daran, und wir müssen in jedem Augenblick die Jahrtausendbedeutung dieser Stunde spüren. Die Welt darf uns nicht unterkriegen; der Bolschewismus wird uns nicht zerschmettern, Deutschland wird den Kampf bestehen. Das ist der Inhalt unseres Glaubens, unseres Handelns, unseres Wirkens und unseres ganzen Daseins geworden. Nur, wenn wir diesen Gluthauch der uns aufgegebenen schicksalhaften Einmaligkeit spüren, dann sind wir für unser Amt heute am Platze. Ob es der Feldherr ist, der eine Heeresgruppe als deutscher Soldat führt, ob es irgendein Repräsentant des Staates ist, Chef der Regierung oder Staatssekretär für das Sicherheitswesen, ob es die Parteiführung ist, ein Gouverneur, ein Gauleiter, ein Kreishauptmann oder was immer, - in jedem muß heute das gleiche Flammen und Glühen sein. Denn wir sind nichts, aber Deutschland ist alles. Deutschland ist heute in Gefahr, und deshalb müssen wir am Platze stehen. Kritik gilt nichts, Handeln alles.

Meine Herren Offiziere! Die Partei hat Sie heute empfangen. Nehmen Sie den Nationalsozialismus mit. Der Nationalsozialismus ist im Grunde genommen nichts anderes als die Form, in der allein dieser Krieg überstanden werden kann. Es ist kein Geheimnis an ihm. Man kann ihn nicht ersetzen; denn irgendwie ist der Inhalt dieser Bewegung restlos notwendig. Wir brauchen die Volksgemeinschaft, die Kameradschaft, wir brauchen die Geschlossenheit der absoluten Hingabe. Kann es

5.9.1944

etwas Soldatischeres geben als den Nationalsozialismus im Volke? Und kann es innerhalb des Soldatentums eine andere politische Haltung geben als die nationalsozialistische? Ist nicht vor der Front jeder gleich? Und wird er nicht lediglich nach seinem Bewähren gewertet? Ist das nicht die vorgelebte Volksgemeinschaft? Ist es nicht letzten Endes so, daß das soldatische Wesen seit Jahrhunderten schon nationalsozialistisch war und nur darauf gewartet hat, daß einmal durch ein Genie sondergleichen dieses Soldatische in das Politische übertragen werden würde? War denn der Kompaniechef mit seiner Kompanie nicht immer schon durch die Jahrhunderte hindurch das gleiche geschlossene Volksgemeinschaftsband von Führung und Gefolgschaft, wie es leider durch die Jahrzehnte hindurch im Volksleben selbst nicht der Fall war?

Ja, Sie könnten, wenn Sie ganz besonders schlau sind, meine Herren, uns sagen: spät seid Ihr gekommen, Ihr Männer der Politik, sehr spät, nachdem seit Jahrhunderten das deutsche Heereswesen, die deutsche Wehrmacht diese Form von Volksgemeinschaft schon längst in ihren Reihen durchgesetzt hatte.

Wir können aus dieser notwendigen Einheit, aus dieser logischen, geschichtlich bedingten, geistig einfach unwiderleglichen Geschlossenheit von politischer Führung im Kriegsgeschehen, von Partei und Wehrmacht, von Volk und Führung nun auch vor den ewigen Herrgott treten und sagen: Zweitausend Jahre marschieren wir durch die Welt über Höhen und Tiefen, wir haben Weltreiche aufgerichtet, von Meer zu Meer wir haben regiert, wir waren immer wieder zerrissen worden. Plötzlich kam wieder eine fremde Politik, das deutsche Volk wurde wieder zu jenem Volk, das von Osten, Westen, Norden und Süden angegriffen wurde. Erfolge haben wir immer nur dann gehabt, wenn wir aus eigener Kraft imstande waren, diesem von allen Seiten herandrängenden Sturm der anderen entgegenzutreten. Heute geht es um das Letzte. Mit derselben Siegeszuversicht wie irgend wann eine vor uns lebende Gene-

ration unseres Volkes treten wir vor den Herrgott und bitten ihn: Segne unsere Waffen in diesem einzigen, grossen Schlußkampf des Krieges. Wenn es Dir, Herr, gefallen soll, daß Deutschland nicht mehr leben wird, dann wollen wir alle als Soldaten und deutsche Männer restlos untergehen, als daß wir als irgendwie unterworfene Sklaven weiterleben.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Nach der Rede des Herrn Generalgouverneurs spricht Generaloberst Harpe dem Herrn Generalgouverneur den Dank der Tagungsteilnehmer für die begeisternden Worte aus, die er an die Offiziere gerichtet habe. Er schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Seien Sie versichert, Herr Generalgouverneur, daß wir Ihre Gedankengänge, Ihre Aufmunterungen nicht nur verstanden haben, sondern ihnen aus vollem Herzen zustimmen. Wir werden uns stets mit Freude dieser Feierstunde erinnern.

Mit dem von Oberdienstleiter Tießler ausgebrachten Sieg Heil auf den Führer schließt die Veranstaltung.

10^{05} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{00} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar und Botschaftsrat Dr. Schumburg.

12^{20} Besprechung mit Präsident Prof. Dr. Teitge.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Radom Landgerichtsrat Dr. Kampmann.

13^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

5.9.1944

18[00] Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Gotischen Hof des Instituts für Deutsche Ostarbeit unter Leitung des Kapellmeisters Swarowsky.

20[15] Abendessen. Gäste sind u.a. Generaloberst Harpe und Offiziere seines Stabes.

Krakau

Mittwoch, den 6. September 1944

12^{25} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Dr. von Craushaar den Kreishauptmann Dr. Wendt-Zloczow.

Kreishauptmann Dr. Wendt gibt dem Herrn Generalgouverneur eine kurze Schilderung seiner Erlebnisse während der letzten Tage seines Aufenthaltes in seiner Kreishauptmannschaft. Er weist insbesondere darauf hin, daß die Verwaltung bis zum letzten Augenblick in Wirksamkeit geblieben sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kreishauptmann Dr. Wendt seinen Dank und seine Anerkennung für sein vorbildliches Verhalten aus.

16^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Dr. von Streit in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Im Anschluß an die Besprechung, die die Entlassung des Ministerialrats Dr. von Streit aus seinem bisherigen Amt als Etat-Referent der Hauptabteilung Finanzen zum Gegenstand hat, richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Präsident Dr. Senkowsky:

> Ich habe heute in Anwesenheit des Staatssekretärs der Regierung den Herrn Ministerialrat Dr. von Streit empfangen, der sich bei mir aus Anlaß seiner Einberufung in das Reichsfinanzministerium abmelden wollte. Ich habe erst bei dieser Gelegenheit erfahren, daß Ministerialrat Dr. von Streit dem Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellt worden ist. Ich kann diese Zurverfügungstellung des Herrn

von Streit nicht annehmen, da ich gerade in diesem Augenblick ihn als völlig unentbehrlich ansehe. Ich habe deshalb heute das Ihnen hiermit in Abschrift übermittelte Fernschreiben an den Herrn Reichsfinanzminister gerichtet, von dessen Inhalt ich Sie Kenntnis zu nehmen bitte.

Das Fernschreiben an den Reichsfinanzminister hat folgenden Wortlaut:

Ich bitte Sie dringend, die von Ihnen vorgenommene Einberufung des Ministerialrats Dr. von Streit in das Reichsfinanzministerium bis auf weiteres zurückzustellen, da ich angesichts der sehr schwierig werdenden Etat-Angelegenheiten des Generalgouvernements auf die Kraft des Herrn von Streit auf keinen Fall verzichten kann.

16.35 Besprechung mit Präsident Naumann in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Im Anschluß an die Mitteilung des Präsidenten Naumann, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Lage sei, der Heeresgruppe Nord-Ukraine für verdiente Frontsoldaten gewisse Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Generaloberst Harpe:

Sehr geehrter Herr Generaloberst!

Ich habe die grosse Freude, Ihnen mitzuteilen, daß es mir dank der Fürsorge, die der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Präsident Naumann treffen konnte, möglich ist, Ihnen für eine einmalige Sonderzuteilung an ca. 30 000 verdiente Frontsoldaten der Heeresgruppe Nord-Ukraine folgende Nahrungsmittelmengen zur Verfügung zu stellen:

30 000 Flaschen Wein,
30 000 kg Weizenmehl,
30 000 " Fleischkonserven,
30 000 " Zucker,
30 000 " Hülsenfrüchte.

Ich freue mich besonders, Herr Generaloberst, Ihnen diese Mengen zur Verfügung stellen zu können, da ich weiss, welche grossen Verdienste Sie und Ihre tapferen Truppen um das Generalgouvernement in den letzten Monaten sich erworben haben.

Präsident Naumann legt dann dem Herrn Generalgouverneur die Muster der neuen Prämienmarken vor, deren Verwendung für die Ernteerfassungsaktion der Herr Generalgouverneur genehmigt.

Weiter teilt Präsident Naumann mit, daß ᛋᛋ-Gruppenführer Fegelein an ihn das Angebot gerichtet habe, 25 nach Kosel in Oberschlesien verbrachte Springpferde an die Waffen-ᛋᛋ zu verkaufen. Falls dieses Angebot angenommen werden sollte, bestände die Gefahr, daß die Pferde von der Wehrmacht beschlagnahmt bezw. in Anspruch genommen werden würden.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Präsident Naumann, auf das Schreiben des ᛋᛋ-Gruppenführers Fegelein zu antworten, daß entsprechend den grossen Erwartungen, die man in die Siege der deutschen Wehrmacht im Osten lege, schon demnächst mit der Zurückführung der Pferde zu rechnen sei und daher jegliche Verfügung darüber unterlassen werden müsse.

Abschliessend bittet Präsident Naumann den Herrn Generalgouverneur, dafür einzutreten, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 10 Mitarbeiter des Jahres 06 und jünger für die Ernteerfassung bis zum 30. November freigestellt erhalte.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage im Einvernehmen mit Gouverneur Dr. von Burgsdorff entschieden wissen.

17⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr. Coblitz zur Verabschiedung.

17²⁰ Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur den Vertreter des Graf Reischach-Pressedienstes Schriftleiter Portner vor, der sich z.Zt. im Generalgouvernement aufhält und Bericht über die Schanzarbeiten und die Beteiligung politischer Leiter aus dem Reich an diesen Arbeiten erstattet.

18⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Koppe und Pressechef Gassner.

Wie Staatssekretär Koppe dem Herrn Generalgouverneur mitteilt, will Oberdienstleiter Tießler in der Krakauer Zeitung eine Notiz veröffentlicht wissen, nach welcher ein Bereichsleiter Lindau mit sofortiger Wirkung zum Bevollmächtigten des Reichsleiters Bormann für die Grenzbefestigungen der gesamten Ostfront ernannt worden sei. Diese Nachricht sei aber irreführend und könne schon mit Rücksicht darauf nicht veröffentlicht werden, daß Gauleiter Koch dagegen entschieden protestieren würde.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß von einer Veröffentlichung dieser Notiz Abstand genommen werde, und erklärt sich bereit, mit Oberdienstleiter Tießler noch über diese Frage zu sprechen. Gegebenenfalls könnte eine solche Notiz in die "Deutsche Wacht" aufgenommen werden.

IV/3 Krakau

<u>Donnerstag, den 7. September 1944</u>

Keine besonderen Vorkommnisse.

Freitag, den 8. September 1944

11[00] Besprechung mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs I. Staatsanwalt Dr. Meidinger, Referent von Palésieux und Musikreferent Walter Bader.

Im Anschluß an diese Besprechung trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1) Ab sofort tritt der Referent für Musikerziehung in der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements Walter Bader in die Kanzlei des Generalgouverneurs ein.

2) Er wird stellvertretender Referent für Kunst- und Bauwesen in der Kanzlei des Generalgouverneurs und in dieser Eigenschaft dem Referenten von Palésieux unmittelbar unterstellt. Referent Bader übernimmt im Falle der Behinderung des Herrn von Palésieux seine Vertretung.

3) In seiner Stellung, seinem Rang und seinen Einkünften wird für Referent Bader durch diese Einrüchtung in der Kanzlei des Generalgouverneurs keinerlei Nachteil erstehen.

4) Der Chef der Kanzlei I. Staatsanwalt Dr. Meidinger wird von dem Herrn Generalgouverneur beauftragt, die notwendigen dienstlichen Maßnahmen zur Durchführung dieser Regelung zu treffen.

11[30] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Präsidenten Dr. von Craushaar Kenntnis von einem Fernschreiben, das Reichsführer SS Himmler in der Angelegenheit der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze an den Herrn Generalgouverneur gerichtet hat. In diesem

8.9.1944

Fernschreiben wird allen dem Reichsführer SS unterstehenden Dienststellen mitgeteilt, daß zunächst für die Dauer des Stellungsbaues die Zoll- und Polizeigrenze an die Berta-Linie vorverlegt wird, und ihnen aufgegeben, den Vollzug des Befehls bis zum 10. September zu melden. Gleichzeitig wird in dem Fernschreiben festgestellt, daß diese aus praktischen Gründen befohlene Regelung keine Gebietsänderung zwischen dem Gau Oberschlesien und dem Generalgouvernement bedeute oder bedeuten werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. von Craushaar, daß auch nach seiner Meinung eine Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze für das Generalgouvernement wirtschaftlich zu den größten Schwierigkeiten führen werde.

Der Herr Generalgouverneur richtet im Anschluß an diese Besprechung ein Fernschreiben an Reichsführer SS Himmler, in welchem er gegen die beabsichtigte Maßnahme der Grenzvorverlegung im Hinblick auf die ungeheuren wirtschaftlichen und politischen wie verwaltungstechnischen Unmöglichkeiten, die mit dieser Vorverlegung der Grenze verbunden sind, scharfen Protest einlegt. Weiter stellt der Herr Generalgouverneur in diesem Fernschreiben fest, daß nach den wiederholten Versicherungen des Gauleiters Bracht dieser niemals den Antrag auf Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze gestellt habe. Auch der Befehlshaber des Wehrkreises VIII Generaloberst Koch-Erpach habe kürzlich bei einer eingehenden Aussprache auf der Burg ausdrücklich erklärt, daß er an einer Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze für die Zwecke des Stellungsbaues nicht das geringste Interesse habe, da es für ihn vom Standpunkt des Stellungsbaues aus genüge, die notwendigen technischen Sicherungen, die er ohne Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze vornehmen könne, durchzuführen. Wenn wirklich, so meint der Herr General-

gouverneur, an der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze mit ihren katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen festgehalten werden sollte, dann werde für eine irgendwie geordnete verantwortungsbewußte Verwaltung des einheitlichen Raumes Generalgouvernement kein Platz mehr sein.

Der Herr Generalgouverneur bittet in dem Fernschreiben den Reichsführer ᛋᛋ Himmler, die Maßnahme zunächst zu vertagen und eine gemeinsame Besprechung der Angelegenheit unter den beteiligten Faktoren anzusetzen.

Eine Abschrift dieses Fernschreibens wird dem Reichsminister Dr. Lammers zugeleitet.

16⁰⁰ Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

19⁰⁰ In der Angelegenheit der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement richtet der Herr Generalgouverneur ein streng persönliches Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers in welchem er darum bittet, die Entscheidung des Führers herbeizuführen.

Samstag, den 9. September 1944

10⁰⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

11³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar den Landkommissar Hauptmann der Reserve Wolf-Worochta.

12⁰⁰ Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Tresors der Emissionsbank in Warschau unbeschädigt vorgefunden worden seien. Die Banditen hätten vor allem auch nichts gewaltsam zerstört oder übernommen. Auch die Wehrmacht habe mit ihren Sprengungen keine Beschädigungen an der Emissionsbank herbeigeführt. Sämtliche Werte des Tresor--Inhalts könnten geborgen werden.

Weiter geht Bankdirigent Dr. Paersch auf die Räumung der Emissionsbank ein und legt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Reichswirtschaftsministers Funk vor, das dieser am 26. August 1944 - 2197/44 g - an den Herrn Generalgouverneur in dieser Angelegenheit gerichtet hat. In diesem Schreiben werde zwar den Vorschlägen des Herrn Generalgouverneurs vollinhaltlich zugestimmt, es aber doch für notwendig gehalten, mit den Wehrmachtsdienststellen wegen der Mitnahme der Notenreserven und Druckstöcke eine Verbindung aufzunehmen. Er, Bankdirigent Dr. Paersch, habe dieserhalb mit Staatssekretär Dr. Bühler gesprochen. Dieser habe Bedenken dagegen geäußert, mit den örtlichen Wehrmachtsdienststellen darüber zu sprechen, weil sie die Dinge nicht übersehen könnten und nur in Berlin zurückfragen würden. Er halte deshalb eine Rücksprache mit dem OKH für zweckmässig.

9.9.1944

Bankdirigent Dr. Paersch nimmt Gelegenheit, diese Angelegenheit nochmals vorzutragen, und weist gleichzeitig darauf hin, daß in den bisher praktisch gewordenen wichtigen Fällen - Frankreich und Belgien - die Mitnahme der Druckstöcke nicht habe erreicht werden können. Entsprechendes gelte für die vollen Notenreserven.

Der Herr Generalgouverneur hält die Rücksprache mit der Wehrmacht nicht für wichtig. Er habe ja deshalb auch die Auffassung vertreten, daß die Angelegenheit erledigt sei. Er empfiehlt dem Bankdirigenten Dr. Paersch die Anfertigung eines Aktenvermerkes hierüber und die Übernahme des Vorganges zu den Akten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Bankdirigenten Dr. Paersch Kenntnis von der beabsichtigten Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze des Reiches in das Generalgouvernement. Diese Angelegenheit sei immer noch in der Schwebe. Er bitte deshalb Bankdirigent Dr. Paersch, durch Reichswirtschaftsminister Funk zu veranlassen, daß gegen diese Maßnahme Einspruch erhoben wird.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt sich bereit, einen entsprechenden Schritt zu unternehmen.

12^{20} Polizeihauptmann Zisenis erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die militärische Lage an der Ostfront.

16^{15} Vorführung des Schumann-Filmes "Träumerei" im Türkenzelt der Burg.

Sonntag, den 10. September 1944

11.45 Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers:

Ich bin leider noch ohne Antwort auf mein vorgestriges Fernschreiben. Die Zoll- und Polizeigrenze wurde heute gewaltsam ohne meine Zustimmung und ohne Rücksicht auf meinen Protest und die eingehenden Darlegungen aller sachlichen Argumente, die diese Zerreissung eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebietes in dringendster Stunde notwendigerweise als schwerste Gesamtschädigung verurteilen, in das Gebiet des Generalgouvernements vorverlegt. Damit hat für mich die Möglichkeit verantwortlichen Wirkens in diesem Raume aufgehört. Ich bitte daher dringendst um die Entscheidung des Führers.

Donnerstag, den 14. September 1944

11^{30} Der Herr Generalgouverneur richtet ein Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers, in welchem er nochmals zu der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement Stellung nimmt.

12^{30} Polizeihauptmann Ziesenis erstattet den Lagebericht.

12^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

14^{50} Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Leiter des Personalamtes in der Regierung des Generalgouvernements Regierungsrat Frhr. von Medem anlässlich seiner Einziehung zum Wehrdienst sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift und spricht ihm bei dieser Gelegenheit seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vortreffliche Arbeit aus.

15^{10} Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die nachteiligen wirtschaftlichen und politischen Folgen der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement.

15^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg mehrere Ritterkreuzträger und Inhaber anderer hoher Kriegsauszeichnungen. Er richtet dabei folgende Ansprache an sie:

Meine Kameraden! Die Burg zu Krakau ist das letzte Bollwerk, die letzte Bastion der deutschen Führung im Osten. Sie können ermessen, was es für mich bedeutet, von dieser Burg, in die wir vor nunmehr fast 5 Jahren eingezogen sind, mit dem Blick in das weite Land die Geschicke des Generalgouvernements zu leiten und feststellen zu müssen,

daß von hier aus einmal die Front und die deutsche Macht sich beinahe bis zum Kaukasus erstreckten. Daher ist mit dieser Vorstellung der deutschen Führung und der deutschen Burg zu Krakau ein ausgesprochen politisches Symptom verbunden. Solange hier noch die Flagge des Reiches weht, so lange ist eine Urzelle vorhanden, von der aus man dem deutschen Volk im Osten wiederum den Lebensraum erkämpfen kann.

Der Blick von dieser Burg ist daher im gegenwärtigen Zeitpunkt ein sehr ernster. Er ist aber auch gerade deshalb, weil wir auf dieser Burg durch viele Jahrhunderte hindurch die deutsche Führung verfolgen können, immer wieder ein Hoffnung tragender. Immer wieder waren deutsche Fürsten hier im Lande, und der bekannteste von ihnen war August II., der Starke, der öfter auf dieser Burg weilte, Deutsche Baumeister, deutsche Künstler, Handwerker, Kaufleute und andere haben sich hier immer wieder durchgesetzt und durchgehalten.

So ist es denn auch unser fester Glaube, daß diese Burg zu Krakau, dieses ganz grosse Stück deutschen Ostens und Ostwesens, in deutscher Hand bleiben wird. Auf dieser Burg ist praktisch nichts polnisch: die Fundamente der Burg sind deutsch, der Ausbau war deutsch und italienisch. Was Sie hier sehen, ist nicht polnischen Ursprungs. Das einzig Polnische an der Burg sind die Öfen, die teilweise aber auch nach italienischem Muster geschaffen worden sind. Vor 5 Jahren etwa haben wir die Burg in völlig verwahrlostem Zustande übernommen. Die Polen selbst hatten hier geraubt und geplündert. Wir haben uns dann im Laufe der Jahre bemüht, dafür zu sorgen, daß eine repräsentative Stätte des deutschen Reiches und seiner Führung hier im Osten entsteht.

14.9.1944

Meine Kameraden! Ich heisse Sie bei uns willkommen. Die Frage, die uns alle heute bewegt, ist nur dies: Wie wird es mit letzter grosser, gewaltiger Kraftanstrengung gelingen, dem vereinten Ansturm unserer Feinde gegen unsere Fronten irgendwie ein Paroli zu bieten? Aber es kann kein Zweifel sein, und ich bin der festen Überzeugung, daß im Osten wie im Westen wieder ein Wall aufgerichtet werden wird, der dem Vordringen der Feinde Widerstand leistet.

Meine Kameraden! Sie haben durch den Einsatz Ihres Lebens und durch Ihre Tapferkeit Ihre besondere Bewährung dargetan und damit dem Führer und seiner Armee eine stolze Freude bereitet. Die Burg zu Krakau ist dankbar für Ihren Besuch. Diese alten grauen Mauern, die von deutscher Grösse und deutscher Arbeit zeugen, sind glücklich darüber, daß junge deutsche Helden in ihrer Mitte weilen.

15.30 Besprechung mit Pressechef Gassner.

18.00 Serenade im Gotischen Hof des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Freitag, den 15. September 1944

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant der Flieger Reimann.

Generalleutnant Reimann stellt sich dem Herrn Generalgouverneur als neu ernannter Flak-Kommandant in Krakau vor. Er berichtet über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Flak-Artillerie und weist dabei auf die Schwierigkeiten seiner Aufgabe hin. - Er bittet dann den Herrn Generalgouverneur, vor den Offizieren seines Korps zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

11^{10} Besprechung mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp.

ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp entschuldigt sich zunächst wegen der Angelegenheit der sogenannten Lastkraftwagenfahrt nach Mün-chen und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß dieser Fall aufgeklärt worden sei. Damit sei die Angelegenheit für ihn erledigt.

Eine allgemeine politische Aussprache mit dem Chef der Sicherheitspolizei führt zu einer völligen Übereinstimmung in allen Punkten. Dabei gibt ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp vor allem der Meinung Ausdruck, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, in dem die von dem Herrn Generalgouverneur schon seit langen Jahren verfochtene grundsätzliche Änderung der Polenpolitik in die Tat umgesetzt werden könne.

ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp berichtet dann über den Fall des Stadthauptmanns Dr. Krämer. Gegen Stadthauptmann Dr. Krämer sei eine ganze Reihe von Vorwürfen teils erheblicher, teils völlig unerheblicher Art erhoben worden. Er mache aber darauf aufmerksam, daß er ein Verfahren nicht einleiten könne, da Stadthauptmann Dr. Krämer Mitglied des Reichstages sei.

15.9.1944

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß ϟϟ-Oberführer Bierkamp zunächst vertraulich mit Stadthauptmann Dr. Krämer alle gegen ihn gerichteten Angriffe durchsprechen solle. Auf Grund des Eindrucks, den ϟϟ-Oberführer Bierkamp im Verfolg dieser Aussprache gewinne, solle dann der endgültige Weg des weiteren Verfahrens erörtert werden.

11^{35} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Die beiden Staatssekretäre erstatten dem Herrn Generalgouverneur Bericht aus ihren Ressorts.

Staatssekretär Koppe berichtet über seine Reise zu Gauleiter Greiser. Dieser habe ihn gebeten, dem Herrn Generalgouverneur freundlichste Grüsse auszurichten. Gauleiter Greiser habe betont, daß er keineswegs gewillt sei, sich in die Belange des Generalgouvernements einzumengen; er lege im Gegenteil größtes Gewicht auf die Erhaltung des Generalgouvernements, da es auch für ihn in seiner nicht einfachen Lage im Warthegau von größter Bedeutung sei. Gauleiter Greiser habe lediglich in der äusserst kritischen Hochspannungslage des Warschauer Aufstandes und des Vordringens der Russen einige Sicherheitskommandos in den Distrikt Warschau entsandt, die aber mittlerweile wieder zurückgezogen worden seien. Ein Kreisleiter, der sich dabei sehr ungebührlich benommen habe, sei von Gauleiter Greiser persönlich zurückberufen worden. Im übrigen sei diese Angelegenheit erledigt, und Gauleiter Greiser sei zu jeder Form der Zusammenarbeit bereit.

Staatssekretär Koppe teilt dem Herrn Generalgouverneur weiter mit, daß Generalmajor von Xylander von der Heeresgruppe Nord-Ukraine gelegentlich eines Besuches den Wunsch übermittelt habe, angesichts der ausserordentlich ernsten Ersatzlage einige hundert Sonderdienstmänner sofort der Heeresgruppe

zur Verfügung gestellt zuhalten.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt zunächst die Zurverfügungstellung von 200 Sonderdienstmännern für den aktiven Frontdienst, die Staatssekretär Koppe aus dem Lager in Radom nehmen solle. Der Herr Generalgouverneur verfügt aber gleichzeitig, daß vor Abgabe dieser 200 Männer des Sonderdienstes noch eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem der Überführung des Sonderdienstes in die Wehrmacht anlässlich des letzten Schreibens des Generalfeldmarschalls Keitel stattfinden solle. In dieser Besprechung soll dann auch die Frage der sofortigen Abgabe von 200 Sonderdienstmännern erörtert und erledigt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet über die überaus schädlichen Auswirkungen der neuerdings vorgenommenen Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Gebiet des Generalgouvernements unter Vorlage einer vorläufigen schriftlichen Stellungnahme. Er kündigt weitere Berichte an.

Gegenstand der Besprechung ist weiter der Komplex des Lagers Maidanek bei Lublin. Von diesem Lager werde, wie der Herr Generalgouverneur betont, z.Zt. in der Weltpresse in ganz grosser Aufmachung gesprochen und unter Bezugnahme auf dieses Lager gegen Deutschland gehetzt.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt fest, daß über diese Angelegenheit der Regierung des Generalgouvernements nichts bekannt sei, da sie keinen Einblick in solche Lager irgendwann einmal besessen habe, da diese Lager grundsätzlich ausschließlich und direkt von der Berliner ᛋᛋ- und Polizeizentrale eingerichtet, geleitet seien und in ihrer Gesamtführung, der Verwaltung und ihrem Gesamtgeschehen lediglich von den Berliner Zentralstellen verantwortet werden müssen. Die Anberaumung einer Regierungssitzung

zur Besprechung dieses Themas sei aber inopportun; man müsse sich mit dieser Feststellung begnügen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dieser Auffassung zu, bestätigt auch, daß die Regierung des Generalgouvernements und alle Dienststellen einschl. des Distrikts Lublin keine Verantwortung für dieses Lagergeschehen träfe, da sie ausschließlich bei dem früheren Höheren SS- und Polizeiführer Krüger, bezw. bei den zuständigen Reichsinstanzen liege.

12.35 Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Bühler vor einigen Tagen vor den Botschaftern und Gesandten des Auswärtigen Amtes über die Polenpolitik berichtet und dabei die Grundsätze des Herrn Generalgouverneurs vorgetragen habe. Er sei mit seinen Ausführungen auf grosses Verständnis und auf Zustimmung gestossen. - In der Frage Warschau sehe er der weiteren Initiative entgegen und glaube, daß es vielleicht doch möglich sei, die unter General Bor kämpfenden Aufständischen angesichts des völligen Versagens Englands, Amerikas und der Sowjetunion in der Polenfrage durch ein vernünftiges Waffenstillstandsangebot nach den vom Generalgouverneur vorgeschlagenen Bedingungen auf die Seite der Deutschen zu bekommen. Im übrigen stehe jetzt die Polenpolitik irgendwie im Mittelpunkt der gesamten europäischen Interessen.

12.40 Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

Präsident Dr. Senkowsky gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Generalgouvernements, die sich im allgemeinen durchaus günstig vollziehe. Es sei fast ein Wunder zu nennen, wie pünktlich trotz

der Schwierigkeiten des Landes die Steuern eingingen und auch die Einnahmen aus den Monopolen durchaus in gesunder Stabilität aufrechterhalten werden könnten. Auch seien bisher keinerlei Etat- oder Kassenschwierigkeiten in Erscheinung getreten.

Weiter berichtet Präsident Dr. Senkowsky von den Verhandlungen, die er in den letzten Tagen mit dem Leiter der Reichstabakverwaltung geführt habe. Demnach werde die Produktion des Generalgouvernements auf dem Gebiet des Zigarren- und Zigarettenkonsums entsprechend den Ziffern des Reiches reduziert. Aber diese Ziffern würden sich, da ja das Gebiet des Generalgouvernements z.Zt. auf weniger als die Hälfte reduziert sei, doch so auswirken, daß im allgemeinen der Bedarf aus Eigenem gedeckt werden könnte. Im übrigen hätten die Monopolbetriebe des Generalgouvernements noch für 10 Monate Vorräte.

13[05] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, sich unverzüglich der Belange des Staatstheaters des Generalgouvernements anzunehmen. Aus den Kreisen der Schauspieler seien Beschwerden darüber laut geworden, daß der Generalintendant sich nicht mehr so recht um die persönlichen Belange der Künstler kümmere.

Der Herr Generalgouverneur wünscht auch eine besondere Betreuung der Philharmonie des Generalgouvernements. Er weist darauf hin, daß der kommissarische Chefdirigent Swarowsky ihm eine kleine ausserordentliche Lebensmittelzuwendung für die Orchestermitglieder vorgeschlagen habe. Angesichts des braven und treuen Verhaltens der Orchestermitglieder könne er eine solche Zuwendung sofort genehmigen.

Für die Zwecke des Ausbaues des Rundfunks und des Orchesterwesens des Generalgouvernements genehmigt der Herr Generalgouverneur die Abstellung einer Reihe von Künstlern aus dem Reich. In Aussicht genommen seien

15.9.1944

dafür z.B. Julius Patzak, Karina Kutz, Michael Bohnen und andere.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur richtet an Reichsminister Dr. Lammers nochmals ein Fernschreiben, in welchem er darauf hinweist, daß die Zustände infolge der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in ihrer Unhaltbarkeit sich allmählich zu einer wahrhaften Katastrophe entwickeln. Es wird berichtet, daß infolge des Einfliessens von Reichsmark ein lebhafter Schleichhandel eingesetzt habe und daß in dem Zwischengebiet, in dem zwar formal die Zloty-Währung aufrechterhalten sei, die Reichsmark aber nunmehr ungehinderten Eintritt habe, ein illegaler Geldverkehr stattfinde.

16^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor des Statistischen Amtes des Generalgouvernements Dr. Müller zur Verabschiedung. Er spricht bei dieser Gelegenheit Dr. Müller seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

19^{45} Vortrag des Stabsarztes Prof.Dr. Mikorey im Leichterkrankten-Kriegslazarett III über das Thema:

"Die Bedeutung der Panik für den Krieg!"

Im Anschluß an den Vortrag kameradschaftliches Beisammensein, an dem neben dem Herrn Generalgouverneur Generaloberst Harpe, Generalstabsarzt Dr. Kittel und Generalmajor von Xylander teilnehmen.

22^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

IV/8 Krakau

Samstag, den 16. September 1944

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

13^{00} Mittagessen, an dem teilnehmen Generalstabsarzt Dr. Kittel, Präsident Prof.Dr.Teitge, Stabsarzt Prof. Dr. Mikorey. Prof. Dr. Lauber, Stabsarzt Prof. Dr. Heilmeyer und einige Wehrmachtsärzte.

Sonntag, den 17. September 1944

10^{30} Der Herr Generalgouverneur diktiert anhand einer Urkunde aus dem Jahre 1529 eine Erzählung, die das Leben der Alonsa-Sposares-Aguirre zum Gegenstand hat.

13^{15} Mittagessen, an dem teilnehmen Chefdirigent Swarowsky, Kapellmeister Erb, Konzertmeister Sonnleitner und Frau sowie Referent Bader.

15^{45} Fortsetzung des Diktates.

IV/8

Krakau

Montag, den 18. September 1944

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe unddem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

IV/8 Krakau

Dienstag, den 19. September 1944

Keine besonderen Vorkommnisse.

Mittwoch, den 20. September 1944

9^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Tarnow und Okocim zur Besichtigung der Stellungsbauten.

19^{00} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Swarowsky.

Donnerstag, den 21. September 1944

10^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu Generaloberst Harpe, dem er seinen Glückwunsch zum Geburtstage ausspricht.

12^{20} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

12^{25} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{45} I. Staatsanwalt Dr. Meidinger stellt dem Herrn Generalgouverneur den Landgerichtsrat Schüler als neuen Referenten der Kanzlei des Generalgouverneurs vor.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes Dr. Wyss-Genf. Anwesend sind bei diesem Empfang Präsident Dr. von Craushaar, Präsident Prof. Dr. Teitge, Botschaftsrat Dr. Schumburg, Legationsrat Janz und Gesandtschaftsrat Standacher.

Dr. Wyss, der mit Präsident Prof. Dr. Teitge und den beiden Beauftragten des Auswärtigen Amtes das Durchgangslager Pruszkow besichtigt hat, in dem aus Warschau geflüchtete Polen untergebracht sind, schildert die Eindrücke, die er von dem Lager gewonnen hat. Er kann feststellen, daß von deutscher Seite alles getan worden ist, um das Los der Geflüchteten nach Möglichkeit zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang teilt Präsident Prof. Dr. Teitge mit, daß doch wohl etwa 500 000 Menschen aus Warschau herausgekommen seien. Er weist darauf hin, daß die vom Internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Liebesgaben von der Dienststelle

des hiesigen Roten Kreuzes verteilt würden. Die Delegation sei übrigens auch zu den Stellungsbauten gefahren und habe dort die Polen bei ihrer Arbeit beobachten können; überall sei sie von den polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen freudig begrüßt worden.

Auch die beiden Vertreter des Auswärtigen Amtes Legationsrat Janz und Gesandtschaftsrat Standacher haben den Eindruck gehabt, daß in dem Lager Bruszkow für die z.Zt. dort untergebrachten 42 000 Polen, Männer, Frauen, Kinder und Greise, alles getan werden was noch möglich sei, um ihr Los zu lindern.

Der Herr Generalgouverneur spricht der Delegation und vor allem dem Delegierten Dr. Wyss seinen Dank und seine Anerkennung für ihr Wirken aus; er gibt der Genugtuung darüber Ausdruck, daß es wenigstens bis zu einem gewissen Grade gelungen sei, den Geflüchteten zu helfen, die durch das Verbrechen und den Wahnsinn des Aufstandes in Warschau in diese furchtbare Lage gekommen seien.

13^{10} Mittagessen, an dem die obengenannten Herren teilnehmen.

Freitag, den 22. September 1944

10.30 Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

Präsident Dr. Eichholz berichtet dem Herrn Generalgouverneur zunächst von der Unterbringung der Krakauer Schulkinder in Kostenetz (Protektorat Böhmen und Mähren). Der Umstand, daß dieser neue Standort der Krakauer Oberschule sich nahe an der slowakischen Grenze befinde, gebe vorläufig zu Befürchtungen keinen Anlaß. Auch die Oberschule Zakopane sei in einem Ort des Böhmer Waldes unmittelbar an der Bayrischen Ostmark günstig untergebracht. Oberschulrat Dr. Pattscheider habe jedoch den Wunsch geäussert, daß diese Schulen möglichst an die Grenze des Reiches verlegt würden. Die Volkschulen des Generalgouvernements, die verlegt worden seien, seien nicht in eigenen Lagern untergebracht, sondern bestehenden Lagern angeschlossen worden. In den Westkreisen des Distrikts Radom befänden sich noch ungefähr 3000 deutsche Schulkinder aus den Kreisen Tomaczow und Petrikau. Er werde feststellen lassen, ob sie für den Fall, daß auch diese Gebiete geräumt werden müßten, in das Protektorat gebracht werden könnten. Die bisherige Mädchenoberschulen seien zu einer Oberschule zusammengefaßt worden.

11.00 Der Herr Generalgouverneur empfängt die Leiter der Antibolschewistischen Liga Broderski und Skiwski in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

In der anschliessenden Besprechung nimmt der Herr Generalgouverneur Gelegenheit, auf alle die Polenpolitik angehenden Fragen einzugehen. Dabei gibt er seiner grossen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß gerade in einer Zeit, in der sich eine allgemeine Befriedung der polnischen Verhältnisse anzubahnen

22.9.1944

schien, in Warschau ein Aufstand ausgebrochen sei, der unsägliches Elend über die Warschauer Bevölkerung gebracht habe. Wäre es gelungen, den Aufstand noch rechtzeitig zu liquidieren, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, die Front vor Praga noch stärker aufzubauen. Die Verhandlungen, die mit der Führung der Aufständischen eingeleitet worden seien, seien von der Gegenseite offenbar nur als Scheinverhandlungen geführt worden; denn die Kapitulation sei später mit Hohn abgelehnt worden.

Broderski gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß in der Polenpolitik der letzten Jahrzehnte zahlreiche grosse Fehler von der polnischen Regierung gemacht worden seien. Die Einsicht von dem, was dem polnischen Volke hätte nützen können, habe sich leider nicht durchgesetzt.

Der Herr Generalgouverneur macht dann den beiden Vertretern der Antibolschewistischen Liga von seinem Plan Mitteilung, am 26. Oktober d.J. eine Verordnung über die positive Teilnahme von Vertretern der polnischen Bevölkerung an der Verwaltung des Generalgouvernements bekanntzugeben. ±)

11.40 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar den bisherigen Kreishauptmann Busse-Hrubieszow, der dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über seine Erlebnisse in den letzten Tagen seines Aufenthaltes im Kreise Hrubieszow gibt.

12.00 Der Herr Generalgouverneur empfängt im Burghof eine Anzahl polnischer Männer und Frauen, die für Schanzarbeiten eingesetzt sind.

Staatssekretär Koppe gibt nach einem kurzen Überblick über die Tätigkeit der im Stellungsbau beschäftigten polnischen Männer und Frauen seiner Ge-

±) s. Besprechung vom 4.9.1944.

nugtuung Ausdruck, daß sich die polnische Bevölkerung in so grosser Zahl an diesen Arbeiten beteilige. Jetzt seien schon über 183 000 Menschen bei den Stellungsbauten beschäftigt. Diese polnischen Männer und Frauen seien zum größten Teil freiwillig gekommen, nur wenige hätten unter Zwang herangeführt werden müssen. Die jetzt länger als 7 Wochen ununterbrochen eingesetzten Polen hätten in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt und gute Leistungen vollbracht. Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich danke Euch, daß Ihr zu mir gekommen seid. Ich habe mit grosser Freude von Eurem Fleiß gehört und habe die Deputation empfangen, um durch diesen Empfang den 250 000 Polen und Polinnen im ganzen Lande zu danken, die nun seit Tagen und Wochen brav und fleissig ihre Pflicht im Stellungsbau erfüllen. Ich habe aus allen Berichten gehört und habe mich auch selber an den Baustellen davon überzeugt, wie fleissig die Arbeit vor sich geht. Ich habe dem Führer davon Mitteilung gemacht, und er hat mich beauftragt, dem polnischen Volke des Generalgouvernements seine besondere Anerkennung und Dankbarkeit für diese hervorragende Leistung zum Ausdruck zu bringen. So grüsse ich denn in diesem Augenblick im Namen des Führers das fleissige, brave, arbeitende polnische Volk.

Es handelt sich jetzt um den Schlußkampf gegen den Bolschewismus. Wir haben nach wie vor den festen Glauben und die feste Überzeugung, daß es uns bald gelingen wird, mit diesem bolschewistischen Weltfeind siegreich abzurechnen. Wir haben bereits neue Waffen und neue Divisionen, die schon in kurzer Zeit das Schicksal wieder auf unserer Seite günstig stimmen werden. Durch diese Gemeinschaftsarbeit von Deutschen und Polen im Generalgouvernement bereitet

sich auch eine neue Stimmung im Verhältnis der beiden Völker grundsätzlich vor. Meine seit Jahren verfolgte Absicht, den inneren Frieden dieses Raumes durch eine gerechte Verteilung aller Rechte und Pflichten auch der polnischen Bevölkerung gegenüber durchzusetzen, wird schon in den nächsten Wochen zur Tat werden. Jetzt handelt es sich darum, daß Ihr in diesen gemeinsamen Arbeiten ausharrt in Disziplin, Treue und Gehorsam. Wir müssen nun die letzte Kraft aufbieten, um hier einen Schutzwall für Deutsche und auch Polen aufzurichten und damit die deutsche und polnische Kultur vor der bolschewistischen Zerstörung zu bewahren.

Ich danke Euch daher. Ihr könnt sagen, daß Ihr auch für Euer Volk brav gearbeitet habt. Indem ich Euch den Dank des Führers übermittle, grüsse ich Euch auf der Burg zu Krakau und wünsche, daß Ihr gesund bald wieder Eure Arbeit aufnehmen könnt.

Mein besonderer Dank gilt aber den polnischen Frauen und Mädchen, die sich unter Einsatz ihrer Kräfte in den Dienst der Sache gestellt haben. Aus dieser gemeinsamen Arbeit von Deutschen und Polen wird Segen in alle Zukunft erblühen.

Anschliessend richtet noch der Vertreter der Antibolschewistischen Liga Roderski in polnischer Sprache einige Worte an die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die dann ein Eintopfessen gegeben wird.

15.30 Abteilungsleiter Jaenicke meldet sich bei dem Herrn Generalgouverneur zur Verabschiedung aus Anlaß seiner Einziehung zum Wehrdienst.

16.10 Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

5

22.9.1944

17[05] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, und Präsident Dr. von Craushaar.

Staatssekretär Dr. Boepple gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Unterbringung der Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements in verschiedenen Orten Schlesiens. Alles in allem seien in diesen Ausweichstellen noch etwa 250 Personen beschäftigt.

Da die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie lange die Arbeit der Abwicklung in diesen Ausweichstellen noch fortgesetzt werden müsse, nicht erschöpfend beantwortet werden kann, verfügt der Herr Generalgouverneur die Aufstellung eines Regulativs für die Aufträge, die von diesen Stellen noch zu erledigen sind, bezw. für die Aufgaben, die von den einzelnen Behörden noch erfüllt werden müssen. Dieses Regulativ soll sofort ausgearbeitet, und aus ihm soll ersichtlich werden:

1.) Welche Aufgaben haben die allgemeinen Behörden der Regierung noch zu erfüllen?
2.) Welche Aufgaben sind noch in den Distriktsbehörden zu erledigen?
3.) Welche Aufgaben haben die Kreishauptmannschaften noch zu erfüllen?

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, ob es möglich ist, von diesen ausserhalb des Generalgouvernements befindlichen Dienststellen einige wieder in das Generalgouvernement zurückzubringen.

Staatssekretär Dr. Bühler erwidert, daß z.B. auf dem Gebiet der Finanzen und Monopole die Verbringung in das Reich sich als ungünstig erwiesen und deshalb Präsident Dr. Senkowsky einige Dienststellen wieder zurückgerufen habe, die jetzt in Zakopane

und Neumarkt arbeiteten. Auch habe er, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Kundt angewiesen, Quartiere für diesen Zweck zur Verfügung zu halten.

Der Herr Generalgouverneur würde es begrüssen, wenn alle in das Reich verbrachten Dienststellen sofort nach Tschenstochau zurückgenommen werden könnten. Die Verlegung der Dienststellen an verschiedene Orte Schlesiens habe ein grosses Durcheinander verursacht und vor allem im Reich dem Gerücht Nahrung gegeben, daß die Behörden restlos das Generalgouvernement verlassen hätten.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt in diesem Zusammenhang, daß die Dienststäbe im Reich sämtlich kontrolliert würden und Staatssekretär Dr. Boepple überall Besprechungen mit den Stäben gehalten habe. Diese Prüfung habe ergeben, daß im allgemeinen durchaus objektiv und sachlich gearbeitet werde.

Der Herr Generalgouverneur hält es gleichwohl für notwendig, die Behörden des Generalgouvernements nach Möglichkeit aus dem Reich in das Generalgouvernement zurückzunehmen und in Tschenstochau unterzubringen. Dem OKW müsse allerdings mitgeteilt werden, daß er, der Generalgouverneur, sich angesichts der maßlosen Hetze gegen die Regierung des Generalgouvernements ausserstande sehe, auch trotz des Befehls des Führers die Behörden aus dem Generalgouvernement zu entfernen. Jedenfalls müsse zunächst einmal Klarheit darüber geschaffen werden, welche Behörden und welche Personen aus Krakau fortzubringen wär-en. Er würde vorschlagen, daß dieser Personenkreis, der jetzt fortgehe, zunächst nach Tschenstochau gebracht werde. Zu diesem Zweck müsse Tschenstochau freigemacht werden. Was nicht unbedingt als Dienststelle für den 2. Regierungssitz notwendig sei, müsse Tschenstochau verlassen. Ferner werde zu überlegen sein, ob nicht aus Schlesien die eine oder andere Dienst-

stelle nach Tschenstochau zurückzunehmen sei. Bei den Dingen, die in Schlesien bleiben müßten, werde es sich um wertvolles Akten- und Archivgut handeln, daß nicht wieder zurückgebracht werden könne und für dessen Bewachung und Betreuung selbstverständlich Personal zurückbleiben müsse.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, selber ein Programm für die Maßnahmen aufzustellen, die grundsätzlich im Verfolg des Führerbefehls zu treffen sind.

Der in dieser Besprechung erörterte Fragenkomplex soll Gegenstand einer Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler sein, die der Herr Generalgouverneur für den nächsten Tag unberaumt.

11⁴⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

I V/S

Krakau

Samstag, den 23. September 1944

11³⁰ Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers:

Sehr verehrter Herr Dr. Lammers!
Ich erhalte eben Ihr Fernschreiben mit der Entscheidung des Führer. Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt, denn die Verantwortungen sind nun klargestellt. Ich hätte ja auch niemals irgendeine Verantwortung für die durch diese Vorverlegung der Zollgrenze in das Gebiet des Generalgouvernements eingetretenen schauderhaften Zustände tragen können.
Ich bitte nur um Beantwortung einer Frage: In der Vorverlegungsregelung hieß es, daß die Zollgrenze vorübergehend vorverlegt würde. Ich bitte ergebenst um Nachricht, welcher Zeitpunkt für die Wiederzurückverlegung in Aussicht genommen ist. Die Beantwortung dieser Frage ist auch für Reichsminister Funk wichtig.
Ich bin im übrigen glücklich, daß der Führer sich so deutlich für die Weiterexistenz unseres alten, so viel geschmähten und doch so braven Generalgouvernements ausgesprochen hat. Das wird hier allgemeine Begeisterung erwecken.

11⁴⁰ Besprechnung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

23.9.1944

15^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg der NSDAP.

15^{30} Abschluß eines Schulungslehrganges von Offizieren der Luftwaffe.

Generalleutnant Reimann begrüßt den Herrn Generalgouverneur im Namen der Offiziere und dankt ihm herzlich für sein Kommen und seine Bereitwilligkeit, zu den Offizieren zu sprechen.

..

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren Offiziere der Luftwaffe! Ich bin sehr glücklich und dankbar, daß ich heute Gelegenheit habe, vor Ihnen einige Ausführungen zu machen. Der Krieg - das wissen Sie noch besser als jeder andere - ist in sein schwersten Stadium eingetreten. Es ist nun so weit, daß die Feinde bis vor wenigen Tagen angenommen haben, es würde ihnen ein neues 1918 gelingen. Es ist kein Zweifel, daß die Verschlechterungen, die die deutsche militärische und allgemeine Situation im Laufe des letzten Jahres erfahren hat, ausserordentlich schwerwiegend sind. Wir haben grosse Teile des Gebietes verloren, das wir noch vor einem Jahr in Händen hatten, und zwar im Osten sowohl wie im Westen und Süden. Wir haben daher wesentliche Einbussen nicht nur an operativen Zonen und an Möglichkeiten der Aufrechterhaltung von militärtaktischen und -strategischen Positionen, sondern auch besonders Verluste erlitten an der Möglichkeit, aus den Fremdländern Arbeitskräfte, Arbeitsleistungen, Rohstoffe, Lebensmittel usw. zu beziehen. Entgegen unseren Erwartungen hat sich leider auch der Luftterror über unseren Städten nicht vermindert, im Gegenteil, er hat sich noch besonders stark gesteigert.

11.9.1944

Die Situation ist mit jenem Punkt vergleichbar, den man in grossen entscheidenden weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen späterhin immer als den kritischen Tiefpunkt bezeichnet.

Es kann nun kein Zweifel sein, daß das deutsche Volk diese ungeheuere Krisis, in die wir durch die Ereignisse insgesamt in jedem Hinblick gekommen sind, nicht so überstanden hätte, wie das der Fall ist, wenn nicht 2 Voraussetzungen gegeben gewesen wären:

1) die Voraussetzung, daß an der Spitze der deutschen Nation und Wehrmacht und der gesamten kriegsmässig einsetzbaren Potenz unseres Volkes militärisch, politisch, wirtschaftlich, sozial usw. ein Mann steht, der nun einmal seinen Namen und die Wucht seiner historischen Persönlichkeit mit diesem Kriegsgeschehen identifiziert, und wenn

2) nicht dieses ganze deutsche Volk zusammengefaßt wäre durch eine grosse weltanschaulich klare antidefätistische Bewegung und politische Führung, die bis in die letzten Ausstrahlungen des Volkes hinein die totale Heranziehung aller, auch der letzten Energien im Dienste dieses Krieges möglich macht. Jede andere Form eines bürgerlichen Staates, ganz gleich, welche Sie sich vorstellen wollen, hätte diese Krisis nicht überstanden.

Nun kommt es aber in der Weltgeschichte noch viel weniger als auf Siege darauf an, daß man solche Krisen sieghaft übersteht. Die Geschichte lehrt, daß grosse Nationen durch grosse Siege, durch grosse ihnen zufallende plötzliche Ausdehnung ihrer Machtpositionen im Gefolge eines glücklichen Kriegsausganges noch nicht deshalb auch irgendwie geistig, seelisch oder ideell stärker geworden sind. Beispiele dafür sind insbesondere die Weltmächte, die vor England in der Geschichte da waren, als da sind Spanien, Holland, Frankreich, die durch Jahrhunderte hindurch einen ungeheueren Zuwachs an Machtausweitung in der ganzen Welt erfuhren, und zwar durch günstige Kriegs-

rische Ereignisse, durch großzügige kolonialpolitisch geglückte Unternehmungen, und die doch dadurch in keiner Weise stärker wurden. Ja, man konnte sogar feststellen, daß etwa durch die sieghafte Ausweitung des spanischen Territoriums von der iberischen Halbinsel nach Amerika, durch die Ausweitung des holländischen Territoriums nach Südafrika und Indien, des französischen Territoriums nach Nordamerika bis in die letzte Zeit hinein diese Völker mit solchen Ausweitungen einen Schwächekern angenommen haben, weil diese so plötzlich sieghaft eintretenden Expansionen die Folge einer allzu leichten Gewöhnung an die Anschauung mit sich bringen, als ob es nunmehr im Leben nichts weiter mehr bedürfte, als das, was einem durch ein grosses Glück zufiel, in gemütlicher Weise auszubeuten.

Ich sage also: viel wesentlicher ist für das Werden grosser Nationen das Bestehen derartiger entscheidender Krisen. Wir werden sie, naheliegend für uns Deutsche, immer wieder zurückführen auf die Betrachtung des Schicksals Friedrichs des Grossen. Als damals Preussen sich in einem unsagbar kritischen Kriegszustand bewegte, da waren diese Voraussetzungen, was nämlich die klare Führung angeht, gegeben. In dem Alten Fritz personifizierte sich das Beste an der preussischen Kraft. Denn nur, weil er da war, er ganz allein, absolut unersetzbar durch ein Kollektiv von anderen oder durch eine Massenstimmung oder eine Partei, nur weil er als Persönlichkeit da war mit der dieser Persönlichkeit besonders eigenen Charakterfülle wertvollster Merkmale, nur deshalb konnte dieser kritische Tiefpunkt, der etwa im Siebenjährigen Krieg um die Wende des Jahres 1960 eintrat, bestanden werden.

Es ist klar, daß das Bestehen eines solchen kritischen Tiefpunktes dann aber auch eine ungeheure echte, weil gesunde, wirklich totale Errichtung eines neuen staatlichen und politischen Machtgebildes mit sich bringt. Preussen wurde geschaffen durch die Beharrlichkeit, die Zielklarheit und absolut geniale Führungskraft Friedrichs

dem Grossen. Es gibt solcher Rückschläge, die, sieghaft bestanden, die eigentlichen Schöpfungsakte grosser Mächte in der Welt darstellen, eine Fülle. Aus der Antike ist das berühmteste Beispiel die Schlacht bei Cannae, die Schlacht, die Hannibal wenige Meilen weg von der römischen Hauptstadt im Jahre 216 v.Chr. schlug. Diese sieghafte Schlacht bedeutete zunächst die völlige Zertrümmerung der militärischen Macht des alten Rom. Wäre damals in Rom ein Senat oder ein Staatsmann von minderer Qualität gewesen, ein defätistisch angehauchter Kreis von Weichlingen oder sonstigen gleichgültigen Typen, dann würde die Schlacht bei Cannae zu der Entscheidung geführt haben, daß Hannibal und damit das phönizische, man könnte fast sagen: syrisch-jüdische Element in Europa jene Macht erhalten hätte, die dann noch fast 7 Jahrhunderte hindurch von den arisch-europäischen Völkern ausgeübt wurden. Es gibt eine Fülle solcher Beispiele; jeder kann sie sich aus der Geschichte holen.

Ich möchte also kurz sagen: die Geschichte lehrt, daß ein sieghaft bestandener Tiefstpunkt einer kriegerischen Entwicklung von segensreicherer Wirkung ist als irgendwie ein leicht errungener Sieg. Unsere Feinde aus dem Weltkrieg sind das typische Beispiel. Frankreich und selbst Italien waren in diesem Weltkrieg in den Besitz eines Sieges gekommen, der ihnen kraft ihrer eigenen Leistung gerechterweise nicht zugefallen war. Er war ihnen zugefallen durch das Versagen, durch das Nichtbestehen des schöpferisch möglich auswertbaren kritischen Tiefstandes der Entwicklung vom August 1918. Wäre damals statt des Geschreies nach dem Waffenstillstand der Schrei nach der totalen Mobilisierung aller deutschen Kräfte die Parole der Stunde gewesen und wäre es nicht nur eine Parole gewesen, sondern die totale Durchsetzung des Willens, jedes Opfer auf sich zu nehmen, dann wäre der Weltkrieg 1914-18 bestimmt wesentlich anders ausgegangen.

2[illegible].9.1944

Ich möchte also sagen, daß wir in der Betrachtung des Kriegsgeschehens der damaligen Zeit unsere Gedanken immer hoch aufsteigen lassen müssen. Wir dürfen niemals aus dem Augenblick des Tages, aus verlorenen Positionen, aus der Aufgabe von Quadratmeilen oder Quadratkilometern, aus Abschußzahlen Rückschlüsse ziehen auf die politisch mögliche Beihaltung eines Zeitereignisses. Wenn wir auch ganz offen feststellen, daß wir diesen kritischen Tiefstpunkt erreicht haben oder unmittelbar davor stehen in dem Augenblick, da die Feinde die deutsche Reichsgrenze überschritten haben, so müssen wir doch andererseits auch eingestehen, daß jetzt der absolut entscheidende Punkt gekommen ist, an dem sich nun zeigen wird, ob die Gesamtenergie unseres Volkes fähig ist, sieghaft einer Entwicklung in die Zukunft zuzusteuern, - und daran kann kein Zweifel sein- oder ob der völlige Zusammenbruch kommen würde, was eingetreten wäre, wenn wir eine schwache Regierung hätten.

Es kann nun kein Zweifel sein, daß sich in den Reihen unserer größten und erbittertster Feinde die Rechnung in der letzten Richtung bewegt. Das zeigt die ganze Weltpropaganda der letzten Wochen, das unausgesetzte Schmieden neuer Parolen, es zeigen die Versuche der Feinde, durch Mord, Terror, Unterdrückung, Zerstörung, durch maßlose wahnwitzige Übertragung des Krieges, seiner Maschinen und Technik auf die friedliche Bevölkerung ihr Ziel zu erreichen. Gerade die beiden Voraussetzungen, die allein es möglich machen, daß aus diesem kritischsten Tiefstand der endgültige Wiederaufstieg beginnt, nämlich erstens der Führer Adolf Hitler und zweitens die klare nationalsozialistische Weltanschauung unseres Reiches, sollten beseitigt werden.

Der <u>20. Juli</u> war eine dieser Explosionen. Aber der Klüngel, der sich da zusammengetan hatte, hatte mit dem deutschen Offizier nichts zu tun. Es ist ein Beweis, wie sehr doch manche unserer Feinde dies erkannt haben, wie genau sie wissen, daß die Situation unseres Volkes nur davon abhängt, daß wir die beiden Faktoren behalten, mit denen wir allein diese Krise bestehen können, nach deren

23.9.1944

Bestehen allerdings dann der deutsche Name und die Legitimation des deutschen Volkes für ein eigenes Weltreich von niemandem mehr wird bestritten werden können. Nachdem der Alte Fritz die Krise von 1760 überstanden hat – freilich durch ein Wunder oder durch das Ereignis, daß die Kaiserin Elisabeth starb, tatsächlich aber deswegen, daß er solange ausharrte, bis dieses Ereignis eingetreten war, – da war niemand mehr in der Welt, der den Spott über die Potsdamer Wachtgarde noch fortsetzte. Von da an war Preussen anerkannt und in die Reihen der europäischen Großmächte aufgenommen. Und als die Krisis bei Cannae bestanden war, da war kein Zweifel, daß nunmehr Rom berechtigt war, den Weg zur Weltmacht zu gehen.

Im übrigen steht wohl fest, daß gerade in der Entwicklung der letzten Wochen und Monate bei den Feinden eine ganz grosse Enttäuschung spürbar wurde. Sie liegt in der Kombination des nicht zusammengebrochenen Deutschlands und des Aufstiegs des bolschewistischen Reiches. Der Vormarsch der Bolschewiken in Rumänien und Bulgarien, so schwarz er für uns ist, ist die Antwort auf die völlig verfehlte politische Konstellation, wie sie Churchill betrieben hat. Nicht für uns ist es so sehr wichtig, was mit Konstantinopel geschieht, für England aber ist die doppelte Anzapfung dieser Position sowohl von Trazien wie vom Kaukasus her eine Bedrohung, ja eine Durchschneidung der Linie von London nach Indien. Die Konferenz von Quebec deutete nach dem wirklichen Inhalt, den Berichterstatter uns übermittelt haben, absolut an, daß zwischen Roosevelt einerseits und Churchill andererseits sich bereits ganz ungeheure Meinungsverschiedenheiten zu entwickeln beginnen. Für England ist der Verlust Konstantinopels oder auch nur der Verlust der politischen Vormachtsposition in Klein- oder Vorderasien eine ungewöhnliche Bedrohung des Empire. Inwieweit sich aus diesen Entwicklungen einmal etwas Positives, etwas für uns Günstiges gestalten wird, steht völlig dahin. Man soll ja nicht

Entwicklungen, die in sich den Keim für Jahrzehnte tragen, in wenigen Tagen und Wochen erwarten.

Aber eines steht fest: aus diesem Krieg, ganz gleich an sich, wie er ausgeht, wird der kommende Weltkrieg der Auseinandersetzung zwischen der bolschewistischen Weltmacht und den angelsächsischen Reichen mit aller Klarheit auferstehen. Eine amerikanische Zeitung hat vor wenigen Tagen eine sehr aufsehenerregende Artikelserie begonnen unter der Überschrift: Der Weltkrieg zwischen Individualismus und Kollektivismus. In dieser geradezu offiziell zu nennenden Formulierung, die auch im Hinblick auf die Kämpfe um die Wiederwahl Roosevelts jetzt sehr beachtlich ist, ist dieses Problem ganz deutlich besprochen. Man sagt: die Zerstörung Deutschlands mag vielleicht für England von größter Wichtigkeit sein, wird auch für die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die völlige Andersartigkeit der Anschauungen vor allem in der Rassenfrage von größter Bedeutung sein, aber das eigentliche Problem gilt es noch zu klären, nämlich die Frage: soll nunmehr der Individualismus in dem Sinne, in dem die Vereinigten Staaten ihre Verfassung und Wirtschaft aufgebaut haben, bleiben oder durch den bolschewistischen Kollektivismus allmählich von der entscheidenden Position der Weltpolitik verdrängt werden? Diese Frage kann in diesem Kriege nicht entschieden werden; sie wird aber entschieden werden müssen, denn sie steht über allem.

Solche Stimmen könnte man serienweise mitteilen. Ich habe sie als die markanteste zitiert, weil sie dieses Problem, das auch für uns politisch das wichtigste ist, meines Erachtens am klarsten formuliert. Denn, meine Herren, worum geht es denn? Wenn man den Nationalsozialismus betrachtet, so wird er meistens immer wieder in seiner innenpolitischen Bedingtheit gesehen. Man sieht ihn als eine der grossen genialen Gestaltungen politischen Wollens, von einem überragend grossen Mann geschaffen, um die Lebensprobleme seines Volkes in denkbar bester Weise nützlich und modern zu lösen. Im Nationalsozialismus ist eine Synthese der beiden ganz grossen Ideen gegeben, die das

19. Jahrhundert geschaffen und dem 20. Jahrhundert zur Lösung überlassen hat, der Ideen des Nationalismus und des Sozialismus.

Dieser Nationalsozialismus also war für uns die Rettung vor dem schon 1932/33 drohenden bolschewistischen Einmarsch, und er ist heute für uns die Ausgangsposition für unser gesamtes politisches Wollen. Der Nationalsozialismus wird leider oft zu sehr innenpolitisch gesehen. Man nimmt zu sehr zu ihm Stellung in seiner heutigen Auswirkung, in seinen vielfach durchaus störend in das Einzelleben eingreifenden Formen. Man kritisiert an seinen äusseren Erscheinungsbildern herum und den Notwendigkeiten, die mit einem einheitlich zu führenden autoritären Prinzip verbunden sind, daß der einzelne nicht alles reden, sein, lassen, tun kann, was er will, daß überall die Bewegung da ist, die dafür sorgt, daß nicht aus individuellen Neigungen heraus nun allzuviel des Ungemaches geschieht.

Aber, meine Herren, man muß sich doch immer wieder fragen: wie stellt man sich heute die Situation Deutschlands vor, wenn wir noch 46 oder 50 Parteien hätten? Was wäre dann aus Deutschland geworden? Und wenn man sagt: ja, aber durch den Nationalsozialismus ist ja der Krieg entstanden, wir hätten ja vielleicht den Krieg gar nicht, wenn der Nationalsozialismus nicht wäre, - so kann man darauf nur ganz ernst erwidern: den Krieg hätte das deutsche Volk in jedem Fall so oder so bekommen. Er war unvermeidlich, und nicht etwa deshalb, weil England und Amerika so wie 1914 uns einen Wiederaufstieg geneidet hätten, obwohl klar ist, daß der Krieg 1939 nicht ausgebrochen wäre, wenn nicht England und Amerika den Polen beigestanden hätten.

Entscheidend ist für die Auseinandersetzung zwischen dem Individualismus und Kollektivismus, daß in jedem Fall die bolschewistische Weltmacht und militärische Potenz bestimmt gewesen wäre, über Deutschland hinweg diese Halbinsel Europa, als die sie von Moskau aus angesehen werden kann, nun mit zu überschwämmen. Wir sehen es heute, mit welcher automatischen Selbstsicherheit sich diese Bolsche-

wisierungsmaschinerie in jedem Lande sofort in Gang setzt, das Moskau zum Opfer fällt. Man sieht es ganz deutlich an Rumänien und insbesondere auch an Bulgarien, wie weit diese Bolschewisierungstendenzen gehen, die ganz bestimmt Deutschland auch ergriffen hätten und mit aller Waffengewalt in Deutschland durchgesetzt worden wären. Das können wir an diesem Verhalten gegenüber diesen Staaten ermessen.

Mir ist eben Meldung gemacht worden von den Waffenstillstandsbedingungen, die Finnland auferlegt worden sind. Sie zeigen, wie in einem ganz bestimmten Punkt das Vorgehen der Moskauer absolut in einer Richtung liegt. Mir wird eben gemeldet, daß eine der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages zwischen Rußland und Finnland dahin lautet, daß sämtlich Offiziere der bisherigen finnischen Armee als Kriegsverbrecher an die Sowjets auszuliefern sind, - eine Erstreckung also, die man sehr wohl beachten muß. Sie hat keinerlei anderen Grund mehr als den, das finnische Volk durch die Einbeziehung aller Personen, die irgendwie noch imstande wären, durch den Einsatz ihres Lebens in Anwendung des alten Offizferehrenstandpunktes für ihr Volk gegen die völlige versklavung zu kämpfen, völlig wehrlos zu machen. Also diese Offiziere würden in jedem Fall sofort auszuliefern und selbstverständlich einer sofortigen Liquidierung zu unterziehen sein. In der betreffenden Klausel wird festgestellt, daß insbesondere sämtliche kommandierenden Generäle, alle Regimentschefs und Regimentsoffiziere sowie sämtliche Kompanieoffiziere bis herab zum Leutnant an die Sowjets ausgeliefert werden müssen. Es ist bezeichnend für die vollkommene Ohnmacht der finnischen Regierung, daß diese Klausel in Moskau unterzeichnet wurde. Diese Bedingung - und sie wird in ähnlicher Weise sicherlich auch Rumänien und Bulgarien auferlegt werden - zeigt, wie weit dieses Bolschewisierungsprogramm geht und wie raffiniert es angelegt ist.

Wenn man also sagt: der Nationalsozialismus hat den Krieg hervorgerufen, - wie es heute von feindlicher Seite immer wieder trompetet wird,- so wird dabei ganz vergessen, daß die Bolschewiken in jedem Fall entschlossen waren,

im Wege des Krieges Europa zu überfallen. Freilich wollten sie sich den Zeitpunkt in Aussicht nehmen, der für sie der günstigste gewesen wäre. Die Frage lautet also nicht: Wodurch ist der Krieg gekommen? - sondern: wodurch war er, wenn er schon kommen mußte und sollte, am besten zu führen? Und hier ist ganz klar: wenn das, was wir bis jetzt an sowjetrussischer militärischer Potenz in dem gigantischen Ausmaß erlebt haben, das uns nunmehr gegenübertritt, - wenn diese Potenz etwa von der damaligen polnischen Ostgrenze mit einem Schlag losgebraust wäre, dann möchte ich wissen, welche Regierungsform Deutschlands und welcher Form von Parteienkoalition, Parlamentarismus oder liberalistischem Regime imstande gewesen wäre, an deutschen Fronten diese Maschine noch zum Stehen zu bringen.

Ich sage daher, daß der Nationalsozialismus die einzige Form einer völkischen Organisation für Deutschland darstellte, die uns überhaupt in Stand setzte, mit dieser Militärpotenz der Sowjets uns einzulassen. Sie haben vieles opfern müssen bei diesem Vormarsch an die deutschen Grenzen. Und wie immer sie sich auch jetzt gerieren, aufrüsten, und massieren an allen Punkten der Front, - es ist nicht die soldatische Überlegenheit, die uns die Rückschläge bringt, sondern es ist die reine Überlegenheit der Masse und der Materie. Und hier muß eben Abhilfe geschaffen werden.

Ich glaube und bin fest überzeugt, daß es uns im Zusammenhang mit den neuen gigantischen Plänen des Führers, die offensichtlich schon binnen kurzem in entscheidender und völlig überraschender und die Kriegstechnik offensichtlich völlig revolutionierender Weise in die Tat umgesetzt werden, gelingen wird, diesen Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Es ist nicht meine Art, meine Herren Offiziere, und auch nicht die Art etwa der ältesten Kategorie der Männer um den Führer, solche Worte wie "Sieg" und "Krieg" einfach in den Mund zu nehmen und Ihnen das irgendwie nur so zu sagen, - das würde bei

23.9.1944

Ihnen vollkommen versagen. Wir sind hier nicht zusammen,
um uns in unserer Stimmung zu rühren, sondern wir sind heute
auch zusammen als deutsche Männer, die die Dinge besprechen.
Wenn ich also sage: ich habe die feste Überzeugung, daß
sich binnen kurzem eine die Kriegstechnik völlig revolu-
tionärende Neuerscheinung im Kriegsgeschehen auswirken
wird, und zwar ungewöhnlich stark, so seien Sie überzeugt,
daß ich weiß, warum ich es sage.

Der Individualismus oder Kollektivismus, die nationale
Gemeinschaft in der Erfüllung nationalsozialistischen
Ideen oder die totale Versklavung unter dem kollektiven
Imperialismus der Moskauer Sowjets, - das allein steht
zu Debatte. Es ist ganz klar, daß es keinen Sinn mehr hätte,
von einem Deutschland zu sprechen, wenn dieses Deutsch-
land etwa eine Form von Sowjetrepublik wäre. Denn die
Bezeichnung "Sowjetrepublik" bedeutet nichts anderes als
die Umschreibung für eine völlig versklavte anonyme Masse,
die vollkommen entgeistigt und entseelt, geradezu maschi-
nell gehorchen lernt und gehorchen gelernt hat, mit allem
Zwang und unter allem Terror, - ein Prinzip, das wir
einfach ablehnen müssen. Es muß der flammende Zorn in
uns sein, daß nunmehr, da wir das Schicksal zu bestehen
haben, daß alles, was Europa bedeutet an Geist, an Kultur,
tieferer Beglückung, an Persönlichem und, ich kann es auch
ruhig sagen, an Eigentum, an der Möglichkeit, kulturell
zu leben, frei zu leben, daß alles dieses mitschwingt in
der Problematik, um die es heute geht, daß von diesem
Standpunkt auch allein der Wahnsinn begriffen werden kann,
daß ein Churchill unter völliger Verkennung dieses Pro-
blems glaubt, in diesem für die Kultur und auch für sein
eigenes Land entscheidenden Augenblick einen Krieg gegen
Deutschland führen zu sollen, das den einzigen Schutzwall
auch für England gegenüber der Sowjetunion darstellt.

Dies ist eines der Verhängnisse, wie sie in der
germanischen Rasse immer wiederkehren. Denn was hier gegen-
seitig an bestem Blut von Angelsachsen und Deutschen ver-
lorengeht, das ist selbstverständlich in jedem Fall ein
Gewinn für den Moskauer Bolschewismus. Aus den Bedingungen,

<u>**23.9.1944**</u>

das die Sowjets der finnischen Regierung auferlegt haben, kann man aber auch erkennen, daß dort drüben eine völlig radikale Anschauung am Platze ist, daß man dort drüben keine Unterschiede mehr macht etwa nach Weltanschauungsgruppen und sagt: von den Finnen schonen wir alle, die irgendwie so oder so für die Sowjetunion geeignet wären, - nein, dort heißt es einfach: von den Finnen wird alles genommen, ganz gleich, wie es sich nennt oder uniformiert ist, was irgendwie imstande wäre, dem bolschewistischen Imperialismus entgegenzutreten.

Diese Formel zeigt also, daß wir alle auf dem gleichen Schiff sitzen, daß es nicht möglich ist, zu sagen: ja, der Krieg geht blos gegen die Nazis, er geht blos gegen Wilhelm den II., und wenn nachher Wilhelm II. oder die Nationalsozialisten gestürzt sind, dann wird für das deutsche Volk das und das kommen. Dies ist eine der Formulierungen, die 1918 einmal dem deutschen Volke den Sieg gekostet haben. Damals sagte man: weg mit dem Kaiser, weg mit dem Monarchen; wenn ihr euch eine demokratische Republik einrichtet, dann sind wir eure Freunde. Und was ist dann gekommen? Ich betrachte das als eine der üblichen Kriegslisten und Kriegsmethoden, wenn diese Formel gewählt wird. Aber gottlob hat das deutsche Volk aus diesem Ereignis von 1918 gelernt. Es ist ja beglückend und auch für unseren Führer ein erhebendes Gefühl, daß aus dem Ereignis von 20. Juli nichts entstand, daß sich das deutsche Volk wirklich vollkommen und restlos von diesen Subjekten distanzierte, daß das deutsche Volk still und gehorsam durch furchtbarstes Leid, durch entsetzenerfüllte Opfer den Pflichtenweg für unser Vaterland weiterschreitet. Eine erhabene Grösse liegt in diesem Opfergang unserer Nation, ein einzigartiges, man muß sagen, ein bis ins Tiefste hinein ergreifende Bild eines Volkes, das, einem inneren Triebe folgend, eine weltgeschichtliche Aufgabe sondergleichen unter Einsatz seiner letzten Kraft löst.

Wir haben in diesem Raum des Ostens nun die Aufgabe gesehen, dieses deutsche Führen fremden Völkern gegenüber zum ersten Mal in die Tat umzusetzen. Wir haben im <u>Gene-</u>

23.9.1944

Generalgouvernement eine besondere Politik getrieben, auf die ich nun kurz noch zu sprechen kommen will, weil es mir notwendig erscheint, daß wir uns hierüber ganz klar auch verstehen. Wir hatten 1940 alle europäischen Völker, die nicht neutral waren, in unsere Hand gebracht, vom Nordkap bis nach Sizilien, weit von Rußland her – 1941 – bis zu den Pyrenäen war Europa in unseren Händen. Angefangen hat dieses Herrschaftssystem in Polen. Und hier war der grosse Prüfstein unserer Fähigkeit, in fremden Ländern aufzurichten. Ich halte es für unbedingt notwendig zu bekennen, daß auf diesem Gebiete viele Fehler gemacht wurden. Es war für mich im Generalgouvernement unendlich schwer, die Einsicht durchzusetzen, daß die uns nun ausgelieferten Völker uns nicht zur Verfügung stehen, damit sie ausgerottet oder restlos unterjocht würden, sondern daß sie uns ein günstiges Kriegsschicksal gegeben hat, damit sie uns mit der ihnen eigenartigen Energie helfen. Die förderliche Behandlung der fremden Völker ist die einzige Möglichkeit, im Kriegszustand aus diesen Völkern positiv und dauernd Vorteile zu ziehen. Alle anderen Probleme, was mit Völkern geschieht, in welcher Form man sie dann später in einem siegreichgewordenen Weltreichorganisation eingliedert, müssen demgegenüber völlig zurückstehen. Ich habe mich daher dagegen gewährt, daß durch Aussiedlung von Polen oder Polen
durch eine unausgesetzten Unsicherheit rechtlicher Art den/
die Lebensfreude und die Hoffnung genommen werden sollte, irgendwie im Zusammenhang mit Deutschland einmal noch zu einer Art Lebens- und Kulturbefriedigung zu kommen. Dieser Kampf wurde all' die Jahre schlecht verstanden. Es gab und gibt viele Theoretiker, die völlig anderer Meinung sind und die sagen: nur die Gewalt ist das triumphierende Prinzip. Ich aber sage: nicht die Gewalt, sondern die Sicherheit, die Möglichkeit, über ein fremdes Land mit möglichst geringem Aufwand an Sicherheitskoeffizienten zu höchstmöglichen Leistungen in Industrie, Land-

<u>23.9.1944</u>

wirtschaft, Bauerntum, Arbeitertum zu gelangen, ist der
Kern. Ich glaube, daß durch die Entscheidung des Führers,
die er in diesem Frühjahr getroffen hat, wo er meinen
Prinzipien zustimmte, auch eine ungeheuere Wendung sich
vorbereitet hat.

Diese Völker wie das polnische z.B. sind absolut
geeignet, bei vernünftiger, ruhiger und auch menschlicher
Behandlung sich dem Gesamtschicksal Europas willig und
aktiv einzufügen. Wer etwas anderes behauptet, kennt die-
ses Volk nicht. Man darf sich davon auch nicht abbringen
lassen, etwa durch den Aufstand in Warschau oder das
Treiben der Partisanen. Ich bin fest überzeugt und könnte
auch den Beweis dafür antreten, daß diese Methode einer
pfleglichen, menschlichen und gerechten Behandlung der
fremden Volkstümer absolut und ausschließlich für unser
kämpfendes Vaterland nur Nutzen bringt.

Aus diesem Generalgouvernement haben wir in einem
Jahr, als es uns noch ganz gehörte, im Jahre 1942/43,
750 000 to Getreide für das Reich herausgewirtschaftet.
Wir haben über 1,2 Millionen Arbeitskräfte ins Reich
gebracht. Sie wurden dort nicht zweckmässig behandelt.
Sie waren gezwungen, dort ein degradierendes *F* zu
tragen und anderes mehr. Nicht richtig - gar nicht rich-
tig! - das ist grundfalsch, es ist eine Methode, die
nicht zu billigen ist. Denn wir müssen uns dessen be-
wußt sein, daß wir einen Namen behalten, nämlich den,
daß Deutschland in diesem Weltringen eine Macht des
grossen gerechten europäisch allgemein führenden Macht-
denkens ist.

Es ist kein Zweifel, daß, wenn wir noch einige
Zeit in Krakau bleiben - und wir werden hier bleiben,
dessen bin ich fest überzeugt, - <u>von Krakau aus</u> auch
<u>die gesamte Ostpolitik</u> vielleicht bis weit in neue Ge-
biete hinein, wenn wir sie wiederbekommen, nach diesen
Regeln wird aufgerichtet werden müssen. Die Frage, die
dabei im Vordergrunde steht, ist ausschließlich die:
was können wir aus den Fremdländern zweckmässig heraus-
wirtschaften, was ist die Höchstpotenz, die denkbar ist,
die geschaffen und auch dauernd durchgehalten werden
kann?

[illegible].1944

Diese Patenz liegt zunächst in der Sicherheit, die der fremdvölkische Mensch hat, daß, wenn er seine Pflicht gegenüber Deutschland erfüllt, ihm an Leib, Leben und Eigentum, auch an Religion, was sehr wichtig ist, nichts Ungebührliches zugemutet wird. Es klingt vielleicht komisch, wenn ich es sage, aber es ist Tatsache: ich habe die katholische Kirche, die bei dem Polen sehr starken Einfluß hat, in jeder erdenklichen Form in diesem Bereich eingeschaltet. Ich habe den Pfaffen gesagt: ihr könnt euern Kult treiben, wie ihr wollt, aber ich verlange von euch, daß ihr euch positiv zu meinen Forderungen einstellt. Nur mit Hilfe der Pfaffen ist es mir geglückt, die Ernte hereinzubringen, die Bevölkerung in weiterem Umfange immun zu halten gegenüber der feindlichen Propaganda und vor allem dafür zu sorgen, daß polnische Arbeitskräfte ins Reich gingen usw. Ich könnte ruhig sagen: Nach unseren Prinzipien können wir hier 1000 Jahre regieren. Innerhalb des polnischen Volkes ist auch eine starke Neigung vorhanden, uns als das in jeden Fall kleinere Übel den Russen vorzuziehen. Der Aufstand in Warschau, diese Wahnsinnstat einiger Verbrecher, ist geboren aus der Angst, daß Warschau von den Bolschewiken erobert werden könnte und damit für die polnische Mentalität verloren wäre.

Ich habe das alles mit dem Führer zu besprechen Gelegenheit gehabt. Der Führer hat diese meine Prinzipien restlos gebilligt und mich ermächtigt, diese Grundsätze als neue Polenpolitik vorzutragen. Ich gedenke, noch im nächsten Monat grundlegende Verordnungen zu erlassen, die nun eine viel intensivere Teilnahme der Bevölkerung an dem staatlichen und verwaltungsmässigen Geschehen dieses Raumes herbeiführen. Man muß in diesen Dingen absoluter Realpolitiker sein. Das heißt: man darf nicht einer Ideologie unterliegen, sondern ausschließlich von dem zweckmässigen Handeln innerhalb des Kriegsgeschehens ausgehen. Alles ideologische ist dann vom Übel, wenn es die Arbeitskraft eines Volkes lähmt, ganz gleich, wie es sich geriert und bezeichnet. Es wäre falsch, wenn

wir dahin tendieren wollten, etwa aus den Polen Nationalsozialisten oder Deutsche zu machen. Ich bin froh, daß es mir im weiten Umfange gelungen ist und noch gelingt, Millionen von Polen befriedet in den Arbeitsprozeß einzuführen. Darauf allein kommt es mir an und wird es mir weiter ankommen, wenn das Land in grösserem Umfange in unseren Händen bleibt.

Eine besondere Bedeutung in diesem Raum hatte die Judenfrage. Wir hatten allein im Generalgouvernement alten Umfanges 2,7 Millionen Juden. Wenn diese Juden im Lande geblieben wären, dann würde die Ruhe dieses Raumes in der jetzigen Zeit vollkommen zerstört sein. Und wenn die Partisanengruppen, die ja in der Hauptsache importiert, die vom Feinde geleitet, von feindlichen Fallschirmspringern geführt und kommandiert werden, versuchen sollten, die Ordnung zu stören, und das jüdische Element hätte noch in dem alten Umfange seinen Einfluß, dann würde das ganze Land ein einziges Flammenmeer sein. Dies festzustellen ist um so wichtiger, als ich keinerlei nennenswerte Polizeikräfte habe, die das Land sonst in Sicherheit halten würden. Wir würden dann auf einem Vulkan sitzen, der jeden Augenblick ausbrechen könnte. Sie wissen es selber aus Ihren Kriegserlebnissen ohnehin, daß die Sowjetrussen es meisterhaft verstehen, ihren Vormarsch durch weit-angelegte Partisanenoperationen vorzubereiten. Die Juden mußten also von hier weg; sie sind weggezogen und sind fort. Das ist eine notwendige Maßnahme gewesen, und gegen notwendige Maßnahmen kann man sich auch im Kriege nicht sperren.

Heute ist die Situation des Generalgouvernements denkbar ungünstig. Es ist ein schmaler Streifen geworden. Durch das Generalgouvernement läuft die Front. Währungsmässig, transportmässig, ernährungsmässig ist das Generalgouvernement ein ernstlich bedrohtes Gebiet. Ich kann Ihnen aber die Versicherung abgeben, daß entsprechend den Notwendigkeiten der Zeit alles gewährleistet ist, um

diese notwendigen Anforderungen, die seitens aller Stellen an uns gestellt werden, im weitesten Umfange zu erfüllen. Hier ist alles auf die Kriegsbetreuung ausgerichtet und eingestellt. Ein Beispiel werden Sie heute abend sehen, wenn Sie etwa das Konzert der Philharmonie besuchen sollten, das, glaube ich, für heute abend angesetzt ist. Dort werden Sie ein geglücktes Experiment finden. Ich habe seinerzeit die besten Musiker Polens aus dem ganzen Lande zusammengeholt und aus ihnen ein führendes Orchester geschaffen. Dieses Orchester ist ein stolzes Dokument der deutschen kulturellen Führung dieses Raumes. Ich glaube, auf diesem Wege könnte noch viel geschehen und wird noch viel zu geschehen haben.

Meine Herren, die Partei ist Ihnen dankbar, daß Sie Gelegenheit genommen haben, in der Schulungsburg der NSDAP Ihre Tagung abzuhalten. Unsere Bewegung ist der tragende Faktor weltanschaulicher und weltpolitischer Art, den das deutsche Volk sich geschaffen hat. In dieser Bewegung dürfen und sollen Sie sehen die grosse Kameradin und der Wehrmacht treu verbundene Einrichtung im deutschen Volke. Wenn unsere Soldaten an der Front den Kampf bestehen, so hilft ununterbrochen die Arbeit der Bewegung in der Heimat, die geistige positive Einstellung des gesamten Volkes zum Kriegsgeschehn aufrechtzuerhalten. Die NSDAP ist deshalb am meisten gehaßt von der Welt, weil sie das Rückgrad der deutschen Widerstandskraft im Innern darstellt.

Dieser Krieg ist nur zu erklären aus der Ohnmacht der angelsächsischen Welt, ein eigenes Rezept für die Bekämpfung des Bolschewismus zu finden. Wir haben dieses Rezept, und wir werden es durchhalten.

25 Jahre begleite ich unsern Führer Adolf Hitler auf seinem Wege. Seit 1919 stehe ich bei ihm. Ich kenne seine Überzeugungen. Ich weiss, daß dieser Mann vom Schicksal ausersehen ist, die grosse Sendung des deutschen Volkes zu erfüllen.

23.9.1944

Meine Herren! die Partei dankt Ihnen für das Bekenntnis zum Führer und zur Bewegung. Dieses Bekenntnis war nicht nötig; denn durch Ihre Taten haben Sie es schon tausendfach abgelegt. Aber daß sich gerade in diesen schwersten Tagen die Offiziere der Luftwaffe bereitgefunden haben, auf unserer Schulungsburg zu erscheinen, das erfüllt mich mit ganz besonders herzlicher Befriedigung. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Generalleutnant Müller: Herr Generalgouverneur! Meine Herren! Wir stehen am Ende dieser zweitägigen Schulung und haben eben den Höhepunkt mit der Rede unseres Herrn Generalgouverneurs erlebt. Wir sagen Ihnen, Herr Generalgouverneur, für Ihre wunderbaren, herrlichen Worte aufrichtigen Dank.

16.20 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

17.00 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple. Zu dieser Besprechung wird später noch Gouverneur Dr. Wendler hinzugezogen.

Krakau

<u>Sonntag, den 24. September 1944</u>

12^{30} Polizeihauptmann <u>Zisenis</u> erstattet den Lagebericht.

15^{20} Filmvorführung im Türkenzelt.

Zur Vorführung gelangen die Filme:

1) "<u>Sieben Jahre Pech</u>" mit Hans Moser,

2) "Hurra, ich bin Papa!" mit Heinz Rühmann.

IV/1

<u>Montag, den 25. September 1944.</u>

17^{30} Besprechung mit Generalintendant <u>Stampe</u> und Hauptschriftleiter <u>Geisenheyner</u>.

Dienstag, den 26.September 1944.

11[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, SS-Oberführer Bierkamp und Erstem Staatsanwalt Rother.

In dieser Besprechung wird zunächst zu der Erschießung des Priors des Karmeliter-Klosters Czerna Stellung genommen.

Da der vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement über diesen Vorfall erstattete Bericht +) nach Meinung des Herrn Generalgouverneurs Unklarheiten enthält und die Staatspolizeistelle Kattowitz selber "die Gewähr übernehmen will, daß in Zukunft nicht SA-Männer, sondern Polizeibeamte derartige Unternehmen durchführen", beauftragte der Herr Generalgouverneur den Ersten Staatsanwalt Rother mit einer eingehenden Untersuchung dieses Falles.

Im Zusammenhang mit dem Aufstand in Warschau und den sich daraus ergebenden Folgen geht SS-Oberführer Bierkamp auf die zur Zeit in der polnischen Bevölkerung herrschende Stimmung ein. Er betont dabei, daß zwar, je näher man an Warschau herankomme, die Polen eine große Empörung über das Treiben der A. K. zeigten, je weiter man sich aber von Warschau entferne, das politische Heldentum der Kämpfer in Warschau in den Vordergrund gerückt werde. Die Bevölkerung sehe in den Aufständischen von Warschau ihre Helden, die zwar an einem falschen Platz gekämpft hätten, gleichwohl aber als die letzten

---

+) siehe Anlage

Kämpfer für Polen in die Geschichte eingehen würden.

Staatssekretär Dr. Bühler erwähnt in diesem Zusammenhang die vortreffliche Denkschrift des SS-Oberführers Bierkamp, auf der man unbesehen aufbauen könnte.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich ebenso lobend über die Tatsachenberichte des SS-Oberführers Bierkamp aus, die in ihrer Objektivität vorbildlich seien. Er unterlasse es auch nicht, in geeigneten Fällen vertrauliche Auszüge dem Oberdienstleiter Tießler zuzuleiten, müsse sich aber im übrigen vorbehalten, gegenüber anderen Dienststellen den ihm jeweils geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seine Absicht bekannt, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Generalgouvernements am 26. Oktober 1944 einen großen geschichtlichen Staatsakt stattfinden zu lassen, dem eine große Parteiveranstaltung am Vortage vorangehen werde.

Weiter teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß die Staatstheater in Berlin entgegen der Verordnung des Reichspropagandaministers offenbar auf Veranlassung des Reichsmarschall Göring ihre Tätigkeit in einem gewissen Rahmen wieder aufgenommen hätten. Er behalte sich vor, daraus für eine Wiederaufnahme der künstlerischen Tätigkeit des Staatstheaters des Generalgouvernements gewisse Schlüsse zu ziehen.

Staatssekretär Koppe gibt sodann einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten am Stellungsbau und die Lage an der Ostfront, die

er im allgemeinen günstig beurteilt.

Der Herr Generalgouverneur geht nochmals auf die Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement ein und gibt Kenntnis von einem Fernschreiben des Reichsministers Dr. Lammers, nach welchem der Führer das Generalgouvernement unter allen Umständen erhalten wolle.

Auch die Räumungsfrage wird erörtert. Hier kann Gouverneur Dr. von Burgsdorff als Räumungskommissar für die Stadt Krakau feststellen, daß wertvolle Sachgüter in Krakau eigentlich nicht mehr in größerer Zahl zurückgeblieben seien. Andererseits werde die Beobachtung gemacht, daß zur Zeit viele Reichsdeutsche wieder nach Krakau zurückkehrten.

Der Herr Generalgouverneur will dagegen energische Schritte eingeleitet wissen und stellt anheim, Reichsdeutsche, die sich hinsichtlich ihrer Tätigkeit in Krakau nicht genügend ausweisen können, zu den Schanzarbeiten heranzuziehen.

Die Besprechung wendet sich dann allgemein politischen und militärischen Fragen zu. Auch wird die gegenwärtige internationale, politische und diplomatische Lage besprochen. In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur den Besprechungsteilnehmern Kenntnis von einem Telegramm, in welchem der Führer zum Ausdruck bringe, daß er nach wie vor größten Wert auf die Aufrechterhaltung des Generalgouvernements lege und der Generalgouverneur mit seiner Politik das volle Vertrauen des Führers genieße. Daraus ergebe sich also, so betont der Herr Generalgouverneur, daß Krakau jetzt zur Urzelle des Deutschtums im Osten geworden sei. Diese Bastion des Ostens müsse unter allen Umstände gehalten werden, und die Stadt Krakau dürfe ihren Charakter als einer deutschen Stadt niemals verlieren. Darum sei es anderer-

seits auch nicht zweckmäßig, daß diese Stadt von Deutschen zu sehr entblößt werde, wenn selbstverständlich auch unwürdige Elemente aus ihr zu entfernen seien. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Frauen, die sich ohne ausreichende Beschäftigung im Generalgouvernement aufhielten, gegebenenfalls zum Arbeitseinsatz herangezogen würden.

12³⁰ Besprechung mit dem Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Blauert in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Präsident Dr. Blauert überbringt dem Herrn Generalgouverneur zunächst Grüße des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Staatsministers Müller. Er teilt dann mit, daß der Rechnungshof des Generalgouvernements dem Rechnungshof des Deutschen Reiches angegliedert worden sei und seine Tätigkeit in Potsdam fortsetze.

Auf Antrag des Präsidenten Dr. Blauert genehmigt der Herr Generalgouverneur, daß der Rechnungshof des Generalgouvernements in etwas eingeschränkter Form nach Potsdam verlegt worden ist und daß nunmehr von dort aus die Rechnungsprüfungen vorgenommen werden.

Präsident Dr. Blauert überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Zwischenbericht über die Tätigkeit des Rechnungshofes und stellt einen eingehenden abschließenden Bericht in Aussicht.

Weiter weist Präsident Dr. Blauert darauf hin, daß sich aus der Personalunion von Hauptabteilung Finanzen und Generaldirektion der Monopole eine gewisse Interessenkollision ergebe. Die Prüfungsberichte der Monopolverwaltung seien bislang immer nur zur Hauptabteilung Finanzen gegangen und daraus entständen gewisse unerfreuliche Erscheinungen.

26.9.44.

Ferner müsse der nationalsozialistische Grundsatz zur Anwendung kommen, daß betriebsfremde Ausgaben nicht in eine Gesellschaft gehörten.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß die mit der Prüfung der Gesellschaft betrauten Treuhandgesellschaften nach anderen als staatsfinanziellen Gesichtspunkten prüften und darauf gewisse Rücksicht genommen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur ist bereit, dem Präsidenten Blauert alle Vollmachten zu erteilen, die er zur Ausübung seiner Tätigkeit brauche. Auf seine, des Generalgouverneurs, Weisung werde Präsident Dr. Blauert einen Brief des Staatssekretärs Dr. Bühler erhalten, in welchem diese Vollmachten erteilt würden. Der Inhalt dieses Briefes müsse von Präsiden Dr. Blauert formuliert werden. Vor allem müsse jetzt aber die Denkschrift des Rechnungshofes baldigst herauskommen. Er erkenne im übrigen die vorbildliche Tätigkeit des Rechnungshofes und seines Leiters vollauf an und sei deshalb der Auffassung, daß der Rechnungshof des Generalgouvernements absolut in seiner bisherigen Funktion erhalten bleiben müsse.

12^{40} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

13^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

13^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsident Dr. von Craushaar die Kreishauptmänner Frhr. von der Leyen, Lemberg-Land, und Anselm, Cholm, die ihm einen kurzen Bericht über ihre Erlebnisse

6

26.9.44.

vor dem Verlassen ihrer Kreishauptmannschaften erstatten.

17^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

19^{00} Vorlesung des Generalintendanten Heinrich George im Staatstheater.

Anlage

Abschrift.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement
- IV 4 - 1e36/44 -

Krakau, den 25.Sept.1944.

An den
Herrn Generalgouverneur
Reichsminister Dr. Frank
K r a k a u,
Burg.

Betr.: Prior des Karmeliter-Klosters Czerna.
Vorg.: Bekannt.

Der in Frage stehende Vorfall hat sich im Rahmen der Erfassung von Arbeitskräften zur Durchführung besonderer Bauvorhaben im Kreise Ilkenau ereignet. Er wurde dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau durch die Außendienststelle Kressendorf und den Stützpunkt Wolbrom bekannt. Da der Tatort im Bereich des Einsatzstabes Ilkenau liegt, wurden die Ermittlungen von der Staatspolizeileitstelle Kattowitz - Außenposten Ilkenau - geführt.

Auf Grund des vorliegenden Ermittlungsergebnisses ergibt sich folgender Sachverhalt:

Die termingemäße Durchführung des Bauvorhabens in dem genannten Gebiet war in Frage gestellt, da die einzelnen Gemeinden das ihnen auferlegte Soll an Arbeitskräften nicht stellten. Daher wurde von dem Baustab Kattowitz ein besonderes Kommando in Stärke von 12 SA-Männern beauftragt, in den einzelnen Dörfern Arbeitskräfte einzutreiben. Die Durchführung dieser Aufgabe seitens dieses SA-Einsatz-Kommandos ging in jedem Fall so vor sich, daß zunächst an den Dorfschulzen herangetreten und ihm das Anliegen vorgebracht wurde. Da die Dorfschulzen der erhaltenen Aufforderung nur säumig entsprachen, wurde es notwendig, die Häuser nach

Arbeitsfähigen zu durchkämmen. - In den meisten Fällen wurden die Männer des SA-Einsatz-Kommandos angeblich hierum sogar von den Dorfschulzen gebeten, da nach deren Aussagen die Bewohner nur unwillig der Arbeitsaufforderung nachkamen und sich widerspenstig zeigten. Bei der Überholung der Männer wurde von den anwesenden Bewohnern z.T. Widerstand geleistet, der mit der Waffe gebrochen werden mußte. Auf Grund der Tatsache, daß in dem genannten Raum in letzter Zeit mehrfach Banden aufgetreten sind, rechneten die SA-Männer damit, daß sich Bandenangehörige tagsüber in Zivil getarnt in den Dörfern aufhielten. Im übrigen wurde nach den Ermittlungen der Staatspolizeileitstelle Kattowitz bei der Erfassung der Arbeitskräfte auf die örtlichen Belange der Dörfer Rücksicht genommen und Arbeitskräfte wehrwirtschaftlicher Betriebe von der Maßnahme ausgenommen.

Der Prior des Klosters Czerna wurde in Nowojowa Gora von Angehörigen des SA-Einsatz-Kommandos erfaßt. Es wurde ihm aufgegeben, zunächst bei den Männern des SA-Einsatz-Kommandos zu verbleiben. Als sich die Angehörigen des Kommandos gerade in einem Hause befanden, um es nach Arbeitskräften zu durchsuchen, benutzte der Prior nach den Ermittlungen der Staatspolizeileitstelle Kattowitz diesen ihm geeignet erscheinenden Augenblick zur Flucht. Da er auf mehrmaligen Anruf und Abgabe einiger Warnschüsse nicht stehen blieb, sondern vielmehr sein Tempo beschleunigte und zu entkommen versuchte, wurde von der Waffe Gebrauch gemacht. - Der Prior war angehalten worden, weil er angeblich anderen Arbeitern gegenüber negative Äußerungen über den Ostwall und das Bauvorhaben gemacht hatte, die geeignet waren, den ohnehin geringen Arbeitswillen der Arbeiter noch weiter ungünstig zu beeinflussen. - Es war beabsichtigt, den Geistlichen zunächst zum Baustab in Nielepice und von dort zur Dienststelle der Sicherheitspolizei zu bringen, um weitere Ermittlungen in dieser Angelegenheit vorzunehmen.

Nach Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Kattowitz soll sichergestellt sein, daß in Zukunft nicht SA-Männer, sondern Polizeibeamte derartige Unternehmen durchführen.

gez. B i e r k a m p
SS-Oberführer
und Oberst der Polizei

IV/1

Mittwoch, den 27. September 1944.

11^30 Landesinspekteur Leutnant d.R. Schalk meldet dem Herrn Generalgouverneur seine Einziehung zur Wehrmacht und wird von dem Herrn Generalgouverneur mit Worten des Dankes und der Anerkennung für seine Tätigkeit im Generalgouvernemant verabschiedet.

12^10 Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^45 Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Generalintendant Stampe und dem kommissarischen Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements Swarowsky.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß nach einer ihm soeben von Hauptschriftleiter Geisenheyner gewordenen telefonischen Benachrichtigung die Staatstheater in Berlin in gewissem beschränkten Rahmen eine Tätigkeit wieder aufgenommen hätten. Es hätten Vorleseabende stattgefunden, und Intendant Gründgens sei dann auf den Gedanken gekommen, diese Vorleseabende theatermäßig aufzuziehen. So sei z.B. in ganz einfacher Ausstattung Szenen aus "Faust" I.Teil gegeben worden. Ob es bei diesen Veranstaltungen bleibe, hänge von der Entscheidung des Führerhauptquartiers ab. Eine Besprechung solcher Aufführungen sei jedenfalls vom Führerhauptquartier verboten worden, und man behalte sich dort die Entscheidung vor, ob Veranstaltungen dieser Art weiter gestattet werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt den Generalintendanten Stampe, in gleicher Weise wie in Berlin Aufführungen des Staatstheaters und der Staatsoper des Generalgouvernements in einfachster Form vorzubereiten.

27.9.44.

Gegenstand der Besprechung ist dann die "Feier des fünften Jahrestages des Generalgouvernements. Das Programm für diese Feier wird eingehend durchgesprochen. Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung: Es sollen vorbereitet werden

1) für den 25.Oktober abends 19 Uhr ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements in der Urania mit Solisten aus dem Reich

2) für den 26.Oktober eine Festveranstaltung im Staatstheater.

Die zu diesen Veranstaltungen aus dem Reich verpflichteten Künstler sollen gegebenenfalls an den folgenden Tagen in Radom, Tschenstochau und Tomaschow in Liederabenden usw. auftreten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Wunsche Ausdruck, daß Konzertmeister Sonnleitner bis zum 31.Dezember dieses Jahres vom Wehrdienst freigestellt wird.

Im Zusammenhang damit beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung der Frage der Einziehung zum Heeresdienst im Kultursektor im Hinblick auf die Praxis des Reiches für den nächsten Tag an.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, den Vertrag mit Kapellmeister Swarowsky zum 1.Oktober 1944 in Kraft zu setzen.

IV/1

Donnerstag, den 28. September 1944.

1o[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kampfkommandanten von Krakau, Generalleutnant Kittel und Generalleutnant Voltmann.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist zunächst die Tatsache, daß am 26. September ein Streifenführer den Panzerwagen des Generalgouverneurs und andere Wagen, die vor dem Staatstheater anläßlich des Heinrich George-Leseabends hielten, hat beschlagnahmen wollen.

Der Herr Generalgouverneur erkannt zwar an, daß der Streifenführer im Rahmen seiner Befugnisse und des ihm erteilten Auftrages gehandelt habe, ist sich auch der Tragweite des hinsichtlich der Benutzung von Kraftfahrzeugen erlassenen Führerbefehls voll bewußt, will aber für die Zukunft nach Möglichkeit derartige unliebsame Zwischenfaälle vermieden sehen und hält deshalb eine grundsätzliche Regelung dieser Frage für unbedingt geboten.

Generalleutnant Voltmann schildert den Vorfall auf Grund der von ihm getroffenen Feststellungen. Der Streifenführer habe gemäß seinem Auftrage feststellen wollen, ob diese Fahrten auf kurze Entfernungen kriegswichtig seien, und habe wohl auch nichts weiter veranlaßt. Er, Generalleutnant Voltmann, bitte den Herrn Generalleutnant, Verständnis für seine schwierige Aufgabe zu haben. Auf Grund der scharfen Bestimmungen müsse er seinen für die Überwachung des Kraftfahrzeugverkehrs eingesetzten Organen auch scharfe Weisungen geben. Selbstverständlich komme es gelegentlich vor, daß diese Organe über das Ziel hinaus schössen.

Generalleutnant Voltmann macht dann auf Grund statistischer Erhebungen eingehende Ausführungen über die von ihm und seinen Organen durchgeführte Kontrolle. Seit dem 6.August 1944 seien von 162 Wehrmacht-Kraftwagen 154 den Eigentümern wieder zurückgegeben worden, da ein Grund für eine weitere Beschlagnahme nicht vorgelegen habe. An zivilen Kraftfahrzeugen seien in dieser Zeit von 118 beschlagnahmten Wagen 39 nicht zurückgegeben worden. Diese beschlagnahmten Wagen würden Regierungsdirektor Wessel zur Verfügung gestellt; die beschlagnahmten Wehrmachtswagen erhalte die Heeresgruppe. Eine Beschwerdemöglichkeit gegen dieses Verfahren sei nicht gegeben.

In der weiteren Besprechung werden dann von dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Dr. Meidinger, mehrere Angaben über die Verwendung von Kraftwagen in der Kanzlei des Generalgouverneurs und der Burgverwaltung gemacht und die Wagen bezeichnet, die für Zwecke der Kanzlei des Generalgouverneurs bzw. der Burgverwaltung unbedingt als notwendig anerkannt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur will angesichts der schwierigen Treibstofflage und in Beachtung des Führerbefehls jede nicht unbedingt kriegswichtige Benutzung eines Kraftwagens unter allen Umständen vermieden wissen. Er verfügt, daß der bisher für Fahrten nach und von Kressendorf eingesetzte Lastkraftwagen ab 10.Oktober aus dem Verkehr gezogen und die Transporte mit der Eisenbahn bzw. mit Pferdefuhrwerken getätigt

werden soll.[en] Bei besonderen Anlässen werde er in seinem Panzerwagen fahren, der ihm zu seiner persönlichen Sicherheit vom Führer zur Verfügung gestellt worden sei, im übrigen sich aber auch eines kleinen Personenwagens bedienen, der ebenfalls von dem Chef der Kanzlei und seinen Referenten in besonders wichtigen Einzelfällen ausnahmsweise benutzt werden dürfe.

Generalleutnant Voltmann hat dagegen keine Einwendungen zu erheben.

Abschliessend bittet der Herr Generalgouverneur Generalleutnant Voltmann, dem Generaloberst Guderian von dem Inhalt der soeben stattgehabten Besprechung Kenntnis zu geben.

11[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Ohlenbusch, Gouverneur Dr.von Burgsdorff und Vizegouverneur Schlüter.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Besprechungsteilnehmern Kenntnis von der Verfügung, die er soeben für die Benutzung von Kraftfahrzeugen im Bereich der Kanzlei des Generalgouverneurs und der Burgverwaltung getroffen hat, und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, die Frage der Benutzung von Kraftfahrzeugen nochmals einer eingehenden Prüfung in Gemeinschaft mit den maßgebenden Hauptabteilungspräsidenten zu unterziehen.

Weiter ist Gegenstand der Besprechung die Frage der Uk-Stellung von Angehörigen der Verwaltung wie des Staatstheaters und der Philharmonie des Generalgouvernements.

28.9.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß für eine Anzahl von Mitarbeitern der Hauptabteilung E.u.L. eine Freistellung vom Wehrdienst bis zum Abschluß der Erntearbeiten, spätestens aber bis zum 3o.November 1944 beantragt wird. Über die von einer Deputation der Philharmonie des Generalgouvernements erbetenen weiteren Freistellungen des Kapellmeisters Erb und des Konzertmeisters Sonnleitner soll noch eine besondere Entscheidung getroffen werden. Die Freistellung des Leiters der Kulturabteilung in der Hauptabteilung Propaganda Jaenicke für den Wehrdienst will der Herr Generalgouverneur im Hinblick darauf zurückgenommen wissen, daß Abteilungsleiter Jaenicke dem Jahrgang 1889 angehöre und noch immer weit jüngere Beamte und Angestellte im Dienste des Generalgouvernements ständen.

Im übrigen weist der Herr Generalgouverneur Gouverneur Dr. von Burgsdorff an, zu prüfen, ob noch weitere Freistellungen aus dem Bereich der Hitler-Jugend, der Gewerblichen Wirtschaft, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten erfolgen könnten.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff teilt dann mit, daß sich nach seinen Feststellungen und auf Grund der ausgegebenen Stadtausweise noch 11 625 Deutsche, darunter 1058 Frauen in Krakau befänden. In diese Zahl seien allerdings auch die für den Polizeihilfsdienst und den Stellungsbau zur Verfügung gestellten Personen einbegriffen. Vor kurzem sei in einer Besprechung der Räumungsfrage der Wunsch laut geworden, man möge hinsichtlich der Personalevakuierung etwas vorsichtiger zu Werke gehen, da sonst auf die Dauer

ein geordneter Betrieb in Verwaltung, Wirtschaft usw. nicht mehr aufrecht erhalten werden könne.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Auffassung, daß auf diesem Gebiete nunmehr im Interesse einer geordneten Verwaltungs- und Wirtschaftsführung des Generalgouvernements von weiteren Personalbeschränkungen grundsätzlich Abstand genommen werden müsse; denn die Zivilverwaltung des Generalgouvernements sei durch einen Erlaß des Führers ausdrücklich aufrecht zu erhalten. Er müsse sich in diesem Zusammenhang auch gegen die in einem Befehl des Generalobersten Harpe getroffene Feststellung wenden, daß Frauen und weibliche Angestellte ziviler Dienststellen im Falle von Kampfhandlungen hinsichtlich ihrer Verwendung oder Verschleppung der Wehrmacht zur Last gelegt würden, obwohl sie im Kriegsgebiet nichts zu suchen hätten, und die auf diese Weise Gelegenheit nähmen, sich dem Kriegseinsatz in Deutschland zu entziehen, - wie gegen die weitere Behauptung, daß zivile Dienststellen, ohne die angeblich nicht Krieg geführt werden könne, mit gehortetem Betriebsstoff bis in das Zentrum des Reiches flüchten würden, sobald der erste Schuß falle.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß nach einer Verfügung des Reichspropagandaministeriums die in Berliner Zeitungen angekündigten sogenannten Vorleseabende und Aufführungen einzelner Szenen aus Dramen von Goethe usw. nunmehr endgültig(endgültig) verboten worden seien.

6

28.9.1944

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Ohlenbusch an, an das Reichspropagandaministerium ein Schreiben des Inhalts zu richten, daß er, Präsident Ohlenbusch, dem Generalgouverneur darüber Vortrag gehalten und mitgeteilt habe, daß diese Veranstaltungen, deren Ankündigungen in Berliner Zeitungen Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen hätten, nun nicht mehr stattfinden. Nur unter dieser Voraussetzung habe der Herr Generalgouverneur angeordnet, daß auch weiterhin die vorübergehende Stillegung des Staatstheaters des Generalgouvernements aufrecht erhalten bleibe.

12 35 Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

15 45 Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz: " Über die Gerechtigkeit". (Besprechung eines Buches des Schweizer Theologieprofessors Dr. Brunner)

IV/6 **Krakau**

Freitag, den 29.9.1944

11[30] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Der Herr Generalgouverneur geht zunächst auf die Verlautbarung des Generalobersten Harpe ein+) und teilt den beiden Staatssekretären mit, daß er in dieser Sache ein Schreiben an den Generaloberst Harpe richten werde.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem soeben von ihm mit dem Präsidenten Dr. von Craushaar geführten Telefongespräch, in welchem dieser der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß auf Grund des Führerbefehls und angesichts der neuerlichen Verschlechterung der militärischen Lage im Osten weitere Räumungsmaßnahmen, vor allem personeller Natur, durchgeführt werden müßten. Er, Staatssekretär Dr. Bühler, habe der Auffassung Audruck gegeben, daß auf Grund des Führerbefehls weitere Räumungsmaßnahmen überhaupt nicht getroffen zu werden brauchen.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Staatssekretär Dr. Bühler, die dem Präsidenten Dr. von Craushaar seinerzeit gegebene ausschließliche Zuständigkeit in Räumungsfragen nunmehr einzuschränken. Er sei gewillt, den beiden Staatssekretären die gemeinsame Vollmacht in Räumungsangelegenheiten zu übertragen, da er den Eindruck habe, daß Präsident Dr. von Craushaar auch in Reichsverteidigungsangelegenheiten eigene

---

+) siehe Bericht vom 28.9.1944

29.9.1944

Wege zu gehen scheine. Er, der Herr Generalgouverneur, habe jedenfalls nicht die Absicht, seine Tätigkeit als Reichsverteidigungskommissar etwa nach Oberschlesien zu verlegen. Im übrigen gehe es auch nicht an, daß Präsident von Craushaar selbständig mit Generalen verhandle. Wolle er solche Verhandlungen führen, dann dürfe er das nur nach vorheriger Berichterstattung bei Staatssekretär Dr. Bühler und in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe tun. Fürderhin dürfe Präsident Dr. von Craushaar zu Fragen der Räumung ebenso wie andere Hauptabteilungsleiter nur in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Stellung nehmen.

Der Herr Generalgouverneur trifft im Anschluß an diese Besprechung folgende Verfügung:

Angesichts der ausserordentlichen weit über das verwaltungsmäßige hinausgehenden politischen und sicherheitsmäßigen Bedeutung der Räumungsangelegenheiten verfüge ich mit sofortiger Wirkung:

1. Der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe übernehmen den gesamten dienstlichen Komplex der Räumungsangelegenheiten ohne jede Ausnahme in unmittelbare eigene Zuständigkeit.

2. Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe werden ein Gremium aus ihnen geeignet erscheinenden Mitgliedern der Regierung und Mitarbeitern des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen bilden. In diesem

Gremium wird den Vorsitz Staatssekretär Dr.Bühler, seine Stellvertretung Staatssekretär Koppe übernehmen.

3. Präsident Dr.von Craushaar wird im übrigen die Geschäfte des Reichsverteidigungssektors in unmittelbarer Unterstellung unter Staatssekretär Dr.Bühler fortführen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Auffassung Ausdruck, daß überhaupt die Grundlage für eine Verlegung von Dienststellen des Generalgouvernements in das Reich noch nicht geschaffen sei. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, über diese und andere Fragen bei seinem Berliner Aufenthalt mit Staatssekretär Dr. Stuckart, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner und Reichsminister Dr. Goebbels zu sprechen.

Weiter teilt Staatssekretär Dr. Bühler mit, daß das Tragen des degradierenden "P" für die Polen im Reich nach einer Verfügung des Reichsführers SS nunmehr aufgehoben und die Regierung des Generalgouvernements aufgefordert worden sei, entsprechende Vorschläge für eine Änderung dieser Bezeichnung zu machen.

Ferner gibt Staatssekretär Dr. Bühler dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß nunmehr die Angehörigen des Sonderdienstes in Wehrmachtsbetreuung genommen werden sollten und die Sonderdienstzeit restlos als Wehrmachtsdienstzeit angerechnet werde.

29.9.1944

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalintendanten Scheer, der seine Versetzung zur Führerreserve meldet.

IV/1

29.9.1944.

12^{40} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung über die Wehrpflicht und die Reichsarbeitdienstpflicht der deutschen Volkszugehörigen im Generalgouvernement
2) einer Verordnung über die Polizeidienstpflicht und die Bildung einer Stadt- und Landwacht im Generalgouvernement
3) einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Rechtsstellung der in die polnische Polizei und die ukrainische Hilfspolizei des Generalgouvernements eingestellten Anwärter
4) einer Verordnung über die Rechtsverbindlichkeit des deutschen Kreditabkommens von 1944 im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Dr. Weh, daß seit den kritischen Tagen des Ende Juli noch sieben Nummern des Verordnungsblattes erschienen seien und daß die Tätigkeit des Gesetzgebungsamtes noch weiter laufe, er deshalb auch nicht seine sämtlichen Mitarbeiter habe entlassen können. Auch der Amtliche Anzeiger erscheine wieder, wenn auch angesichts des geringeren Materials in eingeschränkter Form.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Dr. Weh, den Entwurf einer Verordnung über die Änderung der Polenpolitik - Schaffung von Beiräten bei der Regierung, den Distrikten und den Kreishauptmannschaften - noch rechtzeitig vor dem 26.Oktober ds.Jahres fertig zu stellen.

29.9.44.

12^{45} Präsident Ohlenbusch stellt dem Herrn Generalgouverneur den neu in die Hauptabteilung Propaganda eingeschtretenen Oberregierungsrat Schlecht vor.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant Scharto, Abschnittskommandanten für die beiden Verteidigungsstellungen bei Miechow und Jendreczow.

12^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalarzt Dr. Penner, der dem Herrn Generalgouverneur seine Versetzung zur Führerreserve meldet.

13^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{05} Lagebericht des Polizeihauptmanns Zisenis.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Tschebinia nach Wien.

IV/1

Samstag, den 3o.September 1944

bis

Mittwoch, den 4. Oktober 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf

IV/1

Donnerstag, den 5.Oktober 1944.

8^{26} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Tschebinia.

8^{45} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

9^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Regierungsrat Dr. Jänsch und Landgerichtsrat Schüler.

$1o^{3o}$ Diktat eines Aufsatzes "Der Dirigent".

IV/1

Kressendorf

Freitag, den 6.Oktober 1944.

16^{20} Besprechung mit Regierungsrat Dr.Jänsch.

16^{30} Besprechung mit Referent von Paléxzieux und Restaurator Kneisel.

17^{10} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Naumann und Ministerialrat im Reichsfinanzministerium Burmeister.

IV/1

Kressendorf.

Samstag, den 7.Oktober 1944.

16^{00} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch.

16^{30} Tee mit Gästen.

IV/1

Kressendorf.

Sonntag, den 8.Oktober 1944.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Kressendorf

IV/1

Montag, den 9.Oktober 1944.

12⁰⁰ Diktat einer Rede zu Nietzsche's 1oo. Geburtstag

13⁰⁰ Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch

16³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Generaloberst Harpe, der ihm einen Bericht über die Lage an der Ostfront gibt.

IV/1

Dienstag, den 1o.Oktober 1944.

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

IV/1

Mittwoch, den 11.Oktober 1944.

10[00] Regierungssitzung

(Protokoll siehe Beiakten)

11.10.1944

17^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, General der Polizei Wünenberg und Generalleutnant der Polizei Höring.

Der Herr Generalgouverneur gibt General der Polizei Wünenberg ein anschauliches Bild von den gegenwärtig im Generalgouvernement herrschenden Verhältnissen auf dem Gebiete der polizeilichen Sicherheit. Er weist insbesondere darauf hin, daß angesichts des Absiehens von Polizeiregimentern aus dem Generalgouvernement die Sicherheit im Lande sehr gelitten habe und es wohl zu dem Aufstand in Warschau nicht gekommen wäre, wenn genügend Polizeikräfte zur Verfügung gestanden hätten. Noch kurz vor dem Aufstande seien in Warschau nur 200 deutsche Polizisten tätig gewesen, und von Wehrmachtstruppenteilen sei in Warschau zu dieser Zeit fast nichts mehr vorhanden gewesen.

Anschließend werden verschiedene polizeiorganisatorische Fragen besprochen.

17^{10} Tee mit den obengenannten Herren.

18^{51} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Berlin.

IV/19

Donnerstag den 12. Oktober 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

IV/19

Freitag den 13. Oktober 1944

Kressendorf

8^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

8^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

12^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

12^{30} Rundgang durch die Räume des Hauses Kressendorf.

IV/19

Samstag, den 14. Oktober 1944

Kressendorf

9^{15} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz "Über den Dilettantismus".

12^{05} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Sturmbannführer Pfaffenroth.

17^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

IV/19

Sonntag den 15. Oktober 1944

Krakau

11[00] **Feierstunde** im Türkenzelt derBurg zu Krakau aus Anlaß des **100. Geburtstages** von **Friedrich Nietzsche.**

Die Feier wird eingeleitet durch ein Quintett von Beethoven, vorgetragen von Mitgliedern der Philharmonie des Generalgouvernements, am Flügel Kapellmeister **Swarowski**.

Der Herr **Generalgouverneur** ergreift dann das Wort zu einer Rede+), in der er einen Überblick über Leben und Werk Friedrich Nietzsches gibt.

Anschließend rezitiert Generalintendant **Stampe** den ersten Abschnitt aus Nietzsches Dichtung: "Also sprach Sarathustra".

Die Feier wird mit einem Vortrag des Quintetts geschlossen.

+) Die Rede erscheint in Broschürenform.

IV/19

Montag den 16. Oktober 1944

Krakau

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr.v. Craushaar und SS-Oberführer Bierkamp.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, unverzüglich den Text der zum 26. Oktober in Kraft tretenden Verordnung über die neue Polenpolitik Reichsführer SS Himmler, Reichminister Dr. Lammers, Staatssekretär Dr. Stuckart, General der Polizei Kaltenbrunner und Reichsleiter Bormann mitzuteilen.

12^{15} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den SS Kriegsberichterstatter Tank.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Oberführer Dierlewanger und SS-Untersturmführer Ammann in Gegenwart des SS-Sturmbannführers Pfaffenroth.

SS-Oberführer Dierlewanger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem Einsatz seiner Kampfgruppe in Warschau.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Dierlewanger seinen Dank und seine Anerkennung für den vorbildlichen Einsatz seiner Kampfgruppe bei den Kämpfen in Warschau aus.

13^{30} Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des SS-Oberführers Dierlewanger.

IV/19

Dienstag den 17. Oktober 1944

Krakau

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Oberdienstleiter Tießler die für den 26. Oktober aus Anlaß des 5-jährigen Bestehens des Generalgouvernements die in Aussicht genommenen Veranstaltungen und gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, daß die Feier in möglichst einfachem Rahmen gehalten werden soll.

Der Herr Generalgouverneur geht dann kurz auf die militärische Lage an den Fronten ein und gibt dabei seinem Befremden Ausdruck, daß die Stellungen in Ostpreußen so schnell von den Russen haben überrannt werden können.

Er ersucht Oberdienstleiter Tießler, nach den Gründen zu forschen, die zudem Zusammenbruch dieser Stellungen geführt haben.

Oberdienstleiter Tießler erstattet einen kurzen Bericht über die z.Zt. im Generalgouvernement noch betriebene Arbeit der Partei.

11^{40} Besprechung mit Präsident Naumann.

Präsident Naumann überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zur Besichtigung des Kühlhauses in Krakau.

12^{00} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch überreicht dem Herrn Generalgouverneur den Geschäftsbericht der Emissionsbank für das Jahr 1943, nebst einer vergleichenden Übersicht und teilt mit, daß Exemplare dieses Be-

Berichtes auch dem Reichsmarschall Göring, Reichsführer-SS Himmler, Reichsminister Dr. Lammers, Reichswirtschaftsminister Funk, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Reichsleiter Bormann und an das OKW übersendet werden.

Dem Vorschlage des Bankdirigenten Dr. Paersch, kleine Kriegsschäden wie z.B. Lombardschulden auf die Emissionsbank zu übernehmen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Weiter teilt Bankdirigent Dr. Paersch mit, daß von russischer Seite in Lemberg eine "Polnische Nationalbank" errichtet worden sei, von der Noten in verschiedenen Werten ausgegeben würden. Für das Generalgouvernement habe die Errichtung dieser Bank und ihre Tätigkeit keine nachteiligen Folgen.

Auf die Lage in Warschau eingehend, bemerkt Bankdirigent Dr. Paersch, daß man in Warschau die Notenbestände fast vollständig habe bergen können. Es seien auch neue Arbeitskräfte nach Warschau geschickt worden. Währungsmäßig seien die Ereignisse in Warschau für das Generalgouvernement verhältnismäßig günstig ausgelaufen, da viele Personen ihre Geldbestände nicht haben retten können und damit große Werte verloren gegangen seien.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur einige Tabellen vor, in denen die Entwicklung der ~~Wäh~~Preisverhältnisse dargestellt ist.

Abschliessend macht Bankdirigent Dr. Paersch noch Angaben über die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Kreditwesens. Er habe rechtzeitig noch gewisse Beschränkungen durchgeführt, die aber weder nach aussen wirkten noch Unruhe erweckten.

<u>17.10.1944</u>

Größere <u>Abhebungen</u>, z.B. seitens des Wirtschaftsamtes und der SS, habe er zu verhindern gewußt. Alle solchen Abhebungen von Einlagen würden nach Maßgabe des Bedürfnisses dosiert, um einer Erschütterung der Wirtschaftsordnung zu entgehen. Wenn auch die wirtschaftlichen Grundlagen sehr viel schlechter geworden seien, so sehe er doch keinerlei Grund zu irgendwelchen Besorgnissen. Die <u>Wehrmacht</u> habe in den beiden letzten Monaten geringere <u>Geldbeträge</u> in Anspruch genommen. Während es noch im Juli 460.000.000 Zloty gewesen seien, sei dieser Betrag schon im September auf 245.000.000 Zloty zurückgegangen. Naturgemäß wirke sich die angespannte Lage im Reich auch auf das Generalgouvernement aus.

Auf eine Frage des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> erwidert Bankdirigent Dr. <u>Paersch</u>, daß selbstverständlich über kurz oder lang die <u>Zollgrenze</u> wieder zurückverlegt werden müsse. Er arbeite in dieser Frage im Einvernehmen mit Präsident Dr. von Craushaar, der dafür federführend sei und ihm gegenüber der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß es wohl zweckmäßig sei, dem Reich in dieser Sache den Vortritt zu lassen.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> gibt Bankdirigent Dr. Paersch von der Besprechung Kenntnis, die er mit Reichswirtschaftsminister Funk in der Angelegenheit der Vorverlegung der Zollgrenze in Berlin gehabt habe, und weist Bankdirigent Dr. Paersch an, die Frage der Zollgrenze nochmals eingehend mit Präsident Dr. von Craushaar zu besprechen.

17.10.1944

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des polnischen Rundfunks Styrer.

Sendeleiter Styrer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die von deutscher Seite durchgeführte Rundfunkpropagandatätigkeit. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, daß von englischen Sendern an jedem Tag 11, von Moskau insgesamt 28 Sendungen in polnischer Sprache gebracht werden. Von einer Abteilung "Concordia" des Reichsrundfunks würden ebenfalls als polnisch getarnte Sendungen für englische und amerikanische Soldaten polnischer Nationalität gebracht, teilweise mit sehr gutem Unterrichtungsmaterial und viel polnischer Musik, für die polnische Schallplatten zur Verfügung ständen. Gesteuert werde diese Arbeit von Personen, die die polnische Sprache völlig beherrschten. – Was die Rundfunkpropaganda im Generalgouvernement angehe, so habe er bei den zuständigen Stellen, vor allem bei Präsident Ohlenbusch, immer größtes Verständnis gefunden, was ihm seine Aufgabe sehr erleichtere.

Nach der Stimmung der polnischen Bevölkerung gefragt, erwidert Sendeleiter Styrer, daß der Pole grundsätzlich das Gegenteil von dem sage, was von deutscher Seite gesagt werde. Der Pole nehme eben alles, was von deutscher Seite geschehe, als etwas auf, was gegen ihn gerichtet sei. Die Polen hätten ja auch in ihrer ganzen Geschichte stets einen Abwehrstoff bilden müssen, ob nun gegen Österreich, oder Preußen, oder Rußland: sie hätten sich eben gegen alles eingestellt, was sie beherrscht habe. Im übrigen stellten die Polen nun einmal kein aufbauendes Element dar, was z.B.

ihre Haltung gegenüber den Pilsudsky'schen Plänen beweise. In den vom Generalgouverneur im Generalgouvernement ergriffenen Maßnahmen werde von den Polen des Warthegaues und Westpreußens eine besondere rücksichtsvolle Behandlung des Polentums erblickt. Man sagt dort, im Generalgouvernement sei ein Mann tätig, der der polnischen Seele mit großem Verständnis gegenüberstehe, wenngleich er auch manchmal stark daneben greife. Wie weit dabei andere Kräfte im Spiele seien, wüßten die Polen nicht. - Die Polen seien, wie Slawen überhaupt, mit Kleinigkeiten zufrieden; große Dinge nähmen sie nicht so ernst. Wenn die Polen auch nicht an den deutschen Sieg glaubten, fürchteten sie sich doch, an den Sieg der Bolschewisten zu glauben. Es gehe sogar das Gerückt in der polnischen Bevölkerung um, daß es zu einem Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten kommen werde. Dann könnten alle Völker gemeinsam gegen den Bolschewismus vorgehen.

13^{50} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur zunächst eine Schilderung von den Ereignissen in Budapest, die zur Absetzung des Reichsverwesers Horty geführt haben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage Stellung genommen, ob in beschränktem Umfange ein Theaterbetrieb wieder aufgenommen werden kann.

Präsident Ohlenbusch teilt mit, daß nunmehr auf Grund einer Verfügung des Reichsministers Dr.Goebbels die Aufführung einzelner Szenen aus klassischen Dramen grundsätzlich verboten sei. Auch die Staats-

schauspieler Heinrich George und Gründgens müßten, wenn sie nicht beim Film oder Rundfunk beschäftigt seien, in einer Fabrik arbeiten.

Der Herr Generalgouverneur will die von Reichsminister Dr. Goebbels getroffene Entscheidung auch für das Generalgouvernement als maßgeblich anerkennen, wendet sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die Aufrechterhaltung der sogenannten "Göttlichen Liste", auf Grund derer es immer noch möglich sei, daß z.B. Schauspielerinnen vom Berliner Metropoltheater oder weibliche Filmstars sich der Arbeit für den totalen Kriegseinsatz entzögen. Im übrigen halte er nach wie vor die Schließung der Theater für einen der größten Fehler, den man habe machen können. Wenn man für das Reich eine sogenannte Prominentenliste zum Zwecke der Betreuung etwa des Rundfunks zusammenstelle, so verlange er für das Nebenland des Deutschen Reiches, das künstlerisch ganz auf sich angewiesen sei, die Freigabe einiger Künstler.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinem großen Befremden darüber Ausdruck, daß angeblich Aufführungen der Neunten Sinfonie von Beethoven verboten werden sollten, und beauftragt Präsident Ohlenbusch, festzustellen, ob dieses Verbot tatsächlich ausgesprochen worden sei.

IV/9

17.1o.1944

16^{5o} Besprechung mit Oberst Fischer.

17^{15} Besprechung mit Pressechef Gassner und Verlagsleiter Strozyk.

Pressechef Gassner berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die in der letzten Regierungssitzung zur Sprache gekommene Frage der Aufrechterhaltung des Kurier Warszawski als Armeezeitung.

Verlagsleiter Strozyk teilt ergänzend mit, dass die Armeegruppe nach wie vor den grössten Wert darauf lege, dass die Zeitung gedruckt werde, und auch mitgeholfen habe, den Betrieb von Warschau nach Tschenstochau zu verlagern. Es sei anzunehmen, dass die Armeegruppe gewillt sei, die Zeitung anzukaufen. Man wolle wohl auch die nötigen Papiermengen beschaffen, um dann die Aufgaben einer Armee pressepolitisch betreuen zu können.

Pressechef Gassner gibt der Ansicht Ausdruck, daß eine Armee überhaupt keine Zeitung herauszugeben habe, solange noch eine Zivilverwaltung vorhanden sei. Und diesen seinen Standpunkt habe er auch in Galizien durchgesetzt. Er beabsichtige, die Angelegenheit mit Staatssekretär Dr.Bühler zu besprechen und dann mit dem Chef der Armeegruppe in Verbindung zu treten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Pressechef Gassner, sich unverzüglich mit Staatssekretär Dr.Bühler wegen Anberaumung einer Sitzung in dieser Frage in Verbindung zu setzen.

Mittwoch, den 18.Oktober 1944

11[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Kreishauptmann des Kreises Stryj von Dewitz.

Kreishauptmann von Dewitz erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Massnahmen, die er für die Verwaltung der Kreishauptmannschaft seit den Tagen des Russeneinmarsches Anfang August 1944 ergriffen hat. Die Verwaltung ist vor etwa zehn Tagen noch in Skole stationiert gewesen und dann vorübergehend nach Munkacz in Ungarn verlegt worden. Jetzt sei eine Ausweichstelle für die Kreisverwaltung in Waldenburg (Schlesien) eingerichtet worden, zu der er sich nunmehr begeben werde.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kreishauptmann von Dewitz seinen Dank und seine Anerkennung für das von ihm an den Tag gelegte vorbildliche Verhalten aus.

11[25] Besprechung mit Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremdarüber Ausdruck, dass in der Krakauer Zeitung ein Bericht über die Rede des Oberdienstleiters Tießler erschienen sei, die dieser aus Anlass der Einführung eines neuen Standortführers in Krakau gehalten habe. Es gehe unmöglich an, dass solche Reden, die sich kritisch mit dem Verhalten von Reichsdeutschen und Parteigenossen beschäftigten, in der führenden Zeitung des Generalgouvernements veröffentlicht würden. Für solche Veröffentlichungen stehe dem Oberdienstleiter Tießler gegebenenfalls die " Deutsche Wacht " zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Pressechef Gassner, einen Artikel in der Krakauer Zeitung zu bringen, in welchem über den Empfang des neuen Standortführers bei dem Generalgouverneur in anderer Form berichtet wird.

IV/9
2

18.1o.1944

11[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Gouverneurs Distriktstandortführers Dr. von Burgsdorff den neu ernannten Standortführer Hilpisch des Standortes Horst Wessel.

In der anschliessenden Besprechung erkundigt sich der Herr Generalgouverneur nach den Parteiverhältnissen im Distrikt und in der Stadt Krakau.

Distriktstandortführer Dr. von Burgsdorff weist darauf hin, dass die Zahl der Parteigenossen im Generalgouvernement angesichts der durchgeführten Räumungsmassnahmen sehr zusammengeschmolzen sei. In Krakau gebe es zurzeit noch etwa 1.5oo Parteigenossen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass es in den vergangenen fünf Jahren trotz der Gesamtstruktur des Landes gelungen sei, ein Parteileben überhaupt in Gang zu halten. Das eigentliche Volk des Generalgouvernements sei ja polnisch, und infolgedessen liege notwendigerweise das Übergewicht bei den staatlichen Funktionen. Das deutsche Leben habe sich im Gefolge der Parteiarbeit erfreulicherweise sehr gehoben. Es gebe wohl kaum einen Arbeitsbereich, der auch nur annähernd diese Leistungen vollführt habe. Deshalb müsste auch im Generalgouvernement an der bewährten Struktur der Partei festgehalten werden. Von der Partei verlange er, dass sie ihm in der Aufrichtung der Deutschen zur Disziplin, Tapferkeit, Sauberkeit und einer mutvollen Gesinnung helfe. Jetzt sei für die Parteiarbeit noch die grosse Aufgabe des Stellungsbaues hinzugekommen, die sie befriedigend zu lösen imstande sei. Im übrigen erwarte er ein enges Zusammenarbeiten von Partei und Staat auch für die Zukunft. Am wichtigsten sei wohl die Feststellung, dass es gelungen sei, aus Krakau eine Heimstätte kulturellen Lebens zu machen. Wenn sich Stimmen ausserhalb des Generalgouvernements vernehmen liessen,

IV/9
3

18.1o.1944

die an manchen Zuständen im Generalgouvernement Kritik übten, so müsse man bedenken, dass im Generalgouvernement unter "Fremdvölkischen" kein Parteileben möglich sei in der Art wie im Reich.

12^{05} Besprechung mit Oberstleutnant Roedenbeck.

Oberstleutnant Roedenbeck gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die militärische Lage an der Ostfront.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst von Schewen zur Verabschiedung.

12^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten zur Herstellung des Films " Das Generalgouvernement ".

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Gestaltung der Feiern aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements.

Krakau

Donnerstag, den 19.Oktober 1944

10⁵⁰ Besprechung mit Presschef Gassner.

Gegenstand der Besprechung ist die Abfassung von Artikeln für die Krakauer Zeitung und die Zeitschrift " Das Generalgouvernement "aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements.

11⁰⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe und Generalleutnant der Polizei Höring.

Auch in dieser Besprechung wird zur Gestaltung der Feier aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements Stellung genommen.

Weiter wird die Frage eingehend erörtert, was angesichts der Errichtung des Volkssturmes im Reich nunmehr im Generalgouvernement in dieser Beziehung geschehen soll. Der Herr Generalgouverneur teilt mit, er habe gestern Oberst Fischer zum OKW bezw. OKH geschickt und ihm Aufklärung über die Gesamtlage auf Grund von Besprechungen mit Generaloberst Harpe gegeben. Dieser habe ihn, den Generalgouverneur, dringend gebeten, auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Aus dem Wehrmachtsbericht sei zu entnehmen, dass die Stellungen in Ostpreussen an einigen Stellen glatt durchstossen worden seien. Man müsste jetzt festzustellen suchen, welches der Grund dafür gewesen sei.

Staatssekretär Koppe geht auf den Erlass des Führers über die Errichtung des Volkssturmes im Grossdeutschen Reich ein. Wenn man den Inhalt des Erlasses auf das Generalgouvernement anwenden wolle, so bedeute das, dass man sich auch im Generalgouvernement auf den Kampf einstelle und jedem waffenfähigen Mann die notwendige Ausrüstung gegeben werden müsse. Wolle man im Generalgouvernement einen Volkssturm aufstellen, so habe das den Nachteil, dass sich Oberdienstleiter Tießler zu stark einschalten könne, und unter Umständen alles durcheinander gebracht werde. Eine Regelung

19.10.1944

dieser Frage könne nur so getroffen werden, dass der Generalgouverneur die Initiative ergreife und gewisse Aufgaben auf andere Stellen übertrage. Nun läge jetzt bereits eine Verfügung über die Erfassung des Polizeihilfsdienstes und die Bildung einer Stadt-und Landwacht vor. Man könnte den Begriff des Volkssturmes auf denjenigen der Stadt- und Landwacht übertragen. Auch im Generalgouvernement solle jeder Mann vom 16. bis. 60. Lebensjahr dafür mobilisiert und eine allgemeine Meldepflicht eingeführt werden. Die Frage der Bekleidung, Bewaffnung und Ausbildung der Männer bedürfe noch besonderer Regelung. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei habe bereits einen Aufruf entworfen, der demnächst vom Generalgouverneur unterzeichnet werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den Vorschlägen des Staatssekretärs Koppe einverstanden. Er weist dann darauf hin, dass die Gestaltung dieser dem Volkssturm gleichen den Stadt- und Landwacht selbstverständlich im Sinne der Haager Landkriegsordnung geschehen müsse, die die Aufstellung solcher Notverbände vorsehe, allerdings unter der Bedingung, dass die Männer der Stadt-und Landwacht ein allgemein auch dem Feind bekannt gewordenes Abzeichen etwa in Gestalt einer Armbinde trügen, das sie als Soldaten kennzeichne. Natürlich dürften die Angehörigen dieser Formation nicht als Partisanen auftreten, da dann die Armbinde wertlos sei und sie nicht als Kriegsgefangene, sondern als Franktireurs behandelt würden.

Nachdem noch Staatssekretär Bühler und Generalleutnant Höring zu dieser Frage Stellung genommen haben, erlässt der Herr Generalgouverneur auf Grund der Besprechung folgende Verfügung :

1. Die Bestimmungen über den Volkssturm gelten nach Erlaß des Führers vom 29.9.1944 offensichtlich nur im Deutschen Reich.
2. Trotzdem halte ich es für geboten, dass entsprechend den Vorschlägen der Staatssekretäre der Regierung und für das Sicherheitswesen im

IV/9
5

19.1o.1944

im Generalgouvernement eine volkssturmartige Organisation der Deutschen mit stärkster Intensität ins Leben gerufen wird.

3. Zu diesem Zweck wird die bereits auf Befehl des Reichsführers SS gebildete Stadt- und Landwacht (Verordnung des Generalgouverneurs vom 29.9.44) ausgebaut und verstärkt.

4. Die Hilfspolizeidienstpflichtigen werden demnach künftig in die Stadt- und Landwacht überführt mit der Wirkung, dass die eigentliche Institution der Hilfspolizei auf die Stadt- und Landwacht übergeht.

5. Für die Durchführung dieser Massnahmen ist der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Organ des Generalgouverneurs.

6. Alle deutschen Männer vom 16. bis zum 6o. Lebensjahrwerden nunmehr als dienstpflichtig für die Stadt- und Landwehr erklärt.- Diese Dienstpflicht erstreckt sich auf sämtliche deutschen Reichsbürger, auf die deutschstämmigen Bürger und die Siedlungsdeutschen des Generalgouvernements.

7. Auf Anregung des Staatsekretärs der Regierung des Generalgouvernements wird festgestellt, dass die Stadt- und Landwacht als Alarmsicherungstruppe des Generalgouvernements anzusehen ist und nicht zu den normalen polizeilichen Kräften als Dauerdiensttuer gehört, ausgenommen diejenigen Teile, die sich heute bereits im Polizeieinsatz befinden.

8. Ich ermächtige den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, staffelweise zum Zwecke der Ausbildung und Ausrichtung die für die Stadt- und Landwacht Dienstpflichtigen zu Ausbildungslehrgängen von etwa 14 Tagen Dauer einzuberufen.

IV/9
4

19.1o.1944

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur die Veröffentlichung eines Aufrufes in der Krakauer Zeitung, mit dessen Abfassung er Generalleutnant Höring und Pressechef Gassner beauftragt.

12³⁵ Besprechung mit Präsident Dr. Lauxmann.

Präsident Dr. Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar der für den 26.1o.1944 bestimmten 1o-Zloty Sondermarke vor.

17⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

17³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

IV/9

Kressendorf

Freitag, den 2o.Oktober 1944

11^{oo} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen für die Krakauer Zeitung bestimmten Leitartikel : "5 Jahre Generalgouvernement".

12^{3o} Der Herr Generalgouverneur überreicht 5 polnischen Mädchen, die am 1. Oktober 1944 die Erntekrone gebracht haben, Geschenke.

12^{45} Besprechung mit Chef der Kanzlei Dr. Meidinger.

IV/9

Kressendorf

Samstag, den 21.Oktober 1944

9^{45} Ferngespräch mit Gouverneur Dr. Wächter, zurzeit Militärverwaltungschef in Oberitalien.

11^{10} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz "Über den Dilettantismus".

IV/9

Sonntag, den 22.Oktober und

Montag , den 23.Oktober 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
in Kressendorf.

IV/9

Kressendorf

Dienstag, den 24.Oktober 1944.

15.20 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger, Oberbereichsleiter Löbsack, der ihm einen Brief des Gauleiters Forster überbringt.

Der Herr Generalgouverneur hat dann mit Oberbereichsleiter Löbsack als Vertreter des Gauleiters Forster eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage und die Polenpolitik. Die Aussprache verläuft in herzlicher Verbundenheit, wie sie der Ausdruck des Verhältnisses zwischen dem Generalgouverneur und Gauleiter Forster ist.

16.10 Der Herr Generalgouverneur empfängt, vorgestellt von Staatssekretär Dr.Bühler, den Ministerialdirigenten im Reichsministerium für die Ostgebiete Kleist, der zugleich Sonderbeauftragter des Reichsaussenministers von Ribbentrop für osteuropäische Fragen ist. Er bespricht mit Ministerialdirigent Kleist eingehend die gegenwärtige Situation der Polenpolitik und betont bei dieser Gelegenheit: Er habe den Eindruck, dass im allgemeinen seine seit Jahren zur Anwendung gebrachten Bemühungen für eine positive Änderung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen nunmehr zu einem gewissen Erfolg kommen könnten.

Der Herr Generalgouverneur begrüsst den Versuch des Reichsaussenministers von Ribbentrop, sich persönlich an Ort und Stelle im Generalgouvernement Informationen erteilen zu lassen, mit Freude und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, bis in die kleinste Einzelheit hinein dem Ministerialdirigenten Kleist Einblick in die polenpolitische Situation zu geben.

16.30 Telefonisches Gespräch mit Generalmajor von Xylander.

Dieser teilt dem Herrn Generalgouverneur im Auftrage des Generalobersten Harpe mit: Der Führer habe genehmigt, dass die Polen nunmehr als Dienstfreiwilli-

24.1o.1944

ge (Hilfswillige) in die Dienste der Heeresgruppe Harpe und damit der deutschen Wehrmacht eintreten könnten.- Der Herr Generalgouverneur begrüsst diese Meldung ganz besonders, da sie völlig in seiner Richtung liegt.

Mittwoch, den 25.Oktober 1944.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

15^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{10} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an den Führer des Großdeutschen Reiches Adolf Hitler:

Mein Führer! Das Generalgouvernement vollendet heute das 5.Jahr seines Bestehens. Aus diesem Anlass richten sich die Blicke aller deutschen Männer und Frauen, die hier auf Ihren Befehl in Treue und Gehorsam nun alle die Jahre hindurch gearbeitet haben, auf Sie, mein Führer, in gläubiger Ergebenheit und Verbundenheit. Wir bekennen uns zu unserem Gemeinschaftswerk Ihnen, mein Führer, gegenüber. In diesen schweren Entwicklungsjahren hat dieser Raum seinen Beitrag zu dem großdeutschen Freiheitskampf unseres nationalsozialistischen Reiches erbracht.

Wir stehen nun wieder in frontnächstem Bereich. Ich kann Ihnen, mein Führer, in unser aller Namen die Versicherung geben, dass wir auch in Zukunft unsere beste Kraft mit fanatischer Entschlossenheit, härtester Haltung und politischer Klarheit einsetzen werden, um Ihnen, mein Führer, mitzuhelfen bei der Erreichung der endgültigen Grösse unseres nationalsozialistischen Reiches. Bitte, mein Führer, nehmen Sie dieses unser Bekenntnis gütigst entgegen.

Es ist in diesen Tagen 25 Jahre her, dass ich damals in München als Student zum ersten Mal in den Kreis unserer ersten Bewegung trat. Wer daher so wie ich nun mit Ihren ältesten Vorkämpfern all' das Hohe und Leuchtende ebenso wie das Schwere und Kummervolle dieser Entwicklung zu seinem bescheidenen Teil mit erleben durfte, der ist des unabdingbaren Glaubens an Ihre einmalige schicksalhafte gottgewollte Sendung und Berufung. Heil Ihnen, mein Führer!

IV/9 Krakau

Donnerstag, den 26.Oktober 1944.

9.30 Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen I. und II. Klasse im grossen Saal des Regierungsgebäudes durch den Herrn Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Ansprache an die etwa 200 Auszuzeichnenden:

Am 5.Jahrestage der Errichtung des Generalgouvernements durch den Führer habe ich die grosse Ehre Sie, meine Kameraden, hier im Hauptsaal des Regierungsgebäudes zu Krakau zu begrüssen und Ihnen den Dank des Führers und des Reiches für Ihre treue Diensterfüllung zu übermitteln. Unter Ihnen befinden sich die Männer, die nunmehr viele Jahre hindurch unter unvorstellbaren, aber unvergleichlich schwierigen Bedingungen das Ansehen und das Mannestum des deutschen Beamten und Angestellten in leuchtenden Farben emporgetragen haben. Neben den Soldaten der kämpfenden Front waren es die deutschen Beamten und Angestellten der Verwaltung, der Polizei, der Eisenbahn, der Post und aller dienstlichen Bereiche, die in hervorragender Bewährung mitgeholfen haben, diesen Ostraum im Dienste des kämpfenden deutschen Volkes zu halten. Wir alle, die wir damals in diesem Land die Zerstörung übernommen haben, wissen, was es geheissen hat, aus dem völlig korrumpierten, wirtschaftlich verelendeten, transportmässig verwüsteten, vollkommen zerstörten Land ohne Währung, ohne irgendwelche Lebensadern des Verkehrs, ohne Bevölkerung - denn sie war damals in wilden Haufen auf die Flucht gegangen - den Aufbau zu beginnen. Wir können alle gemeinsam auf diese Wunderleistung stolz sein.

Meine Kameraden, mit ganz besonderer Freude überreiche ich Ihnen heute die Auszeichnungen, die der Führer Ihnen verliehen hat. Der Führer hat mich beauftragt, Ihnen seine besondere Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Seine Sorgen sind ja grösser als die von uns allen zusammengenommen. In seinem Namen kämpft heute

das deutsche Volk um seine Freiheit und die Aufrechterhaltung seiner Zukunft. Er weiss, dass wir nunmehr im Generalgouvernement die letzte grosse Bastion der deutschen Ostfront darstellen. Mit der Auszeichnung, die ich Ihnen jetzt überreiche, ist daher die Erwartung des Führers verbunden, dass wir nun auch in Zukunft und in dem jetzt begonnenen 6. Jahre des Generalgouvernements mit demselben Nachdruck und demselben unerbittlichen Einsatz aller Energien und Kräfte dem deutschen Volk dienen wollen. Ich danke Ihnen.

Nach Überreichung der Auszeichnungen durch den Herrn Generalgouverneur wird der feierliche Akt mit dem von Staatssekretär Dr. Bühler ausgebrachten Siegheil auf den Führer geschlossen.

9.50 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

11.00 Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front der im Hof des Kanzleigebäudes aufgestellten Ehrenformationen des Sonderdienstes und der Hilfspolizei ab.

11.10 Staatsakt aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements im Regierungssaal der Burg zu Krakau.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet den Staatsakt mit folgenden Worten:

Herr Generaloberst! Meine Herren! Im Namen der Deutschen des Generalgouvernements eröffne ich in dem neu errichteten Regierungssaal der Burg zu Krakau den Staatsakt aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements. Vor 5 Jahren hat der Führer die entscheidende Verordnung unterzeichnet, mit der dieses Nebenland des Deutschen Reiches als konstruktiver Abschluss des wenige Wochen dauernden Polenfeldzuges geschaffen worden ist. Über die Ergebnisse der Arbeit wird der Chef der Regierung des Generalgouvernements berichten.

IV/9
3

26.1o.1944

Staatssekretär Dr.Bühler gibt darauf einen eingehenden Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit und Leistung der Regierung des Generalgouvernements in den vergangenen 5 Jahren.

(Siehe Beiakten)

Zum Abschluss des Staatsaktes ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache :

5 Jahre sind eine charakteristische Zahl. Es ist ein Lustrum abgelaufen, ein markanter Abschnitt der Vorwärtsentwicklung in Zeit und Raum. Als ein Symbol dieses Aufbauwerkes mitten im Kriege stehen wir nun in der Wirklichkeit des schwersten Ringens.

Aber der Einblick, den der Chef der Regierung, Staatssekretär Dr.Bühler, im Namen aller staatlichen Dienststellen gegeben hat, war nur ein Teilblick in die Arbeit des Nebenlandes. Man könnte noch eine ungeheure Summe von Einzelleistungen anführen, die diesen Aufbau ermöglicht haben. Denn zwei Gesichter hat ein kämpfendes Reich: Das eine schaut über die kämpfende Front dem Feind ins Auge, das andere kehrt in seiner Sorge den mühevollen Blick der Binnenlage der Nation zu. Der erste Blick kulminiert in der Aufgabe des Soldaten unserer grossen herrlichen deutschen Wehrmacht, die nun unter wirklich historischen einmaligen Schwierigkeiten in einem schlechterdings mit keinem Abschnitt der Weltgeschichte vergleichbaren Masse von Strapazen und Opfermut diesen gewaltigen Kampf unserer Nation zu bestehen hat.

Aber im viel erörterten früher sogenannten Hinterland regt sich die Vielfalt der Geister und Seelen und Arme, damit dieser Kampf an der Front bestanden werden kann. Das Generalgouvernement hat in seinem kleinen Sektor diese beiden Aufgaben deutlich spürbar auch zu erfüllen. Was wir übernommen haben, ist ein zerstörtes Land. Was die Verwaltung dieses Raumes aufgebaut hat, ist heute eine der festgefügten staatlichen Bastionen des deutschen Ostens.

26.1o.1944

Es obliegt mir nun, in erster Linie der Wehrmacht zu danken, dass sie in so treuer unausgesetzter Kameradschaftlichkeit in diesen 5 Jahren mir und allen meinen Mitarbeitern in diesem Raum geholfen hat. Sie war es, die immer wieder einsprang, wenn Not am Mann war, die uns half die Ernte bergen, die uns in den kritischen Zeiten zur Verfügung stand, wenn schwierige Fragen gelöst werden mussten.

Ich danke aber in unmittelbarem Zusammenhang damit vor allem auch dem geradezu einzigartigen vorbildlichen Verhalten unserer deutschen Polizeikräfte. Was sie in diesen 5 Jahren unter denkbar schwierigsten Umständen, zahlenmässig klein, waffenmässig durchaus nicht dem grossen modernen Krieg entsprechend gerüstet, geleistet haben, ist eins der stolzesten Kapitel der deutschen Sicherheits- und Polizeigeschichte. Hunderte braver deutscher Männer der Polizei sind in diesem Kampf gefallen. Und hierzu gleich noch ein Wort: Wenn immer wieder auf die angebliche terroristische Herrschaft der Deutschen in diesem Raum in der Welt hetzerisch hingewiesen wird, so möchte ich besonders sagen : Mit einer Hand voll Polizeikräfte regieren wir das Land. Denn das, was wir an Banditen, Partisanen oder sonstigen Gegnern in wilden Wäldern erlebt haben, was zu schwersten, opfervollsten und mühevollsten Kämpfen führte, das kam nicht aus dem Generalgouvernement, sondern wurde uns über die Grenze des Generalgouvernements aus dem Osten hingeschickt. Die Bevölkerung dieses Raumes hat sich abgesehen von dem einen einzigen Verbrechen des Aufstandes in Warschau, das deshalb auch weithin Empörung erregt hat, im allgemeinen völlig loyal, sachlich und brav verhalten. Die deutsche Polizei unter Ihrer Führung, verehrter Parteigenosse Koppe, hat sich hier wirklich ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte geschaffen. Aber die Gesamtverwaltung

IV/9
5

26.1o.1944

nimmt daran teil. Wir haben hier mit einer Hand voll Verwaltungsbeamten zu arbeiten gehabt. Es waren insgesamt im günstigsten Zeitraum wenige tausende deutsche führende Verwaltungskräfte, die wir für einen Raum von 15o ooo qkm zur Verfügung hatten.

Hineingestellt sind wir nun mit alledem in den volksfremden Raum. Die Zahl der deutschen Bevölkerung hier im Lande verhält sich zu der Zahl der einheimischen Bevölkerung von früher wie 1 : 1oo, eine Zahl, die man sich immer wieder vor Augen halten muss, die wichtig ist, weil sie die Schwierigkeit unserer Arbeit kennzeichnet. Im übrigen aber muss ich sagen : Wenn wir in 5 Jahren hier Aufbauarbeit leisten konnten, dann verdanke ich persönlich das vor allem der unausgesetzten verständnisvollen Unterstützung , die mir der Führer zuteil werden liess.

Es ist nun klar, dass sich, wenn an den so neuen völlig eigenartigen Aufbau herangegangen werden muss, die hämischen und lächerlichen Kritiker finden, solche, die selber keine Erfahrung und nie im Leben etwas geleistet haben, die aber doch das Maul aufreissen und glauben, sich mit leichten spöttischen Worten über die ernste Arbeit verantwortungsbewusster Männer, die schwerste Leistungen zu vollbringen haben, hermachen zu können. Die deutsche Beamtenschaft des Generalgouvernements in allen ihren Kategorien und Fächern, die deutsche Staatsangestelltenschaft sind erhaben über jeden derartigen lächerlichen Einwand. Wir wissen, dass der Führer persönlich unsere Leistungen kennt; und dass er sie gewürdigt hat, das wissen wir auch.

Alles, was wir bis jetzt erlebt haben, war nur ein Vorspiel zu dem, was uns nunmehr an Verantwortung auferlegt sein wird. Der Aufruf zum Volkssturm, der wie ein Brausen von Entschlossenheit die deutsche seelische Haltung aufrüttelt, ist nur die psychologi-

26.1o.1944

sche Umformung der Wirklichkeit, d.h.: Die Situation eines Reiches und Volkes in dem Zeitpunkt, in dem der Feind die Grenzen überschritten hat, ist völlig eigenartig. Hier gibt es nicht mehr den normalen Krieg der Fronten, den die Soldaten ausfechten, sondern hier kommt der wahrhafte Volkskrieg zu erstehen.

Und so müssen wir zu alledem, was uns an Arbeit schon aufgebürdet ist - und gerade wir, die Männer der Verwaltung und des Staates in diesem Raum - uns darauf besinnen, dass wir hier nicht eine Stunde länger wären, als das deutsche Schwert uns die Möglichkeit zur Arbeit gibt, dass daher auch das deutsche Schwert den Primat in der Dienstverpflichtung besitzt gegenüber jedem Binnendienst der Nation.

Wir wenigen deutschen Männer dieses Raumes haben uns somit Mann für Mann in die Stadt- und Landwacht zu begeben, haben uns dort in weitestem Umfang zu üben, um ebenfalls mit dem Einsatz unserer Person nunmehr das zu verteidigen, was wir hier in fünfjähriger Arbeit aufgebaut haben.

Die Zeit ist nicht für feierliche pompöse pathetische Erklärungen geschaffen. Heute geht es nur darum, ob die Waffe in der Hand desjenigen ist, der sie im entscheidenden Augenblick braucht, und ob sich der Betreffende an der Stelle befindet, an der er gerade notwendig ist. Voll Vertrauen, Herr Generaloberst, gebe ich Ihnen in unser aller Namen im Rahmen dieses Staatsaktes die Versicherung: Wie ein Mann werden sich auch diese Männer im Generalgouvernement Ihnen zur Verfügung stellen.

Die Arbeit geht unentwegt weiter. Die Fragen der inneren politischen Haltung dieses Raumes sind von dem Chef der Regierung eingehend erörtert worden. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Eins aber muss ich doch noch sagen: Das polnische Volk ist eines der ärmsten auf der Welt. Verraten und verkauft von seinen angeblichen

Freunden, hängt es mit seiner ganzen Existenz nunmehr von dem Schicksal der deutschen Waffen ab: Nicht anders übrigens als ganz Europa. Ich habe mir zur Aufgabe gestellt, dieses deutsch-polnische Problem so zu lösen, dass es zum Segen für die Ostordnung wird. Das wird geschehen; verlassen Sie darauf. Der Führer hat mir hierzu seine Vollmachten gegeben, und wir werden sie zweckmässig und planvoll in die Tat umsetzen. Das Verhältnis zwischen der deutschen Nation und dem polnischen Volk wird binnen kurzem absolut geklärt sein.

Mein Herren ! Ich rufe Sie auf, mit mir den Mann zu grüssen, dem wir unsere Leistungen zu verdanken haben.

Mit einem dreifachen Siegheil auf den Führer und den Liedern der Nation findet der Staatsakt seinen Abschluss.

12.50 Im Anschluss an den Staatsakt empfängt der Herr Generalgouverneur in dem Saal des Kanzleibaues eine Anzahl ausländischer (+) und inländischer Pressevertreter, die an dem Staatsakt teilgenommen haben. Er hält vor ihnen eine Ansprache, in der er vor allem auf den Aufstand in Warschau eingeht und die katastrophalen Folgen dieses Unternehmens schildert. Weiter nimmt der Herr Generalgouverneur eingehend Stellung zu der Frage des Verhältnisses von Deutschen und Polen im Generalgouvernement und erwähnt dabei die Tatsache, dass demnächst bei den Kreishauptmannschaften polnische Beiräte errichtet werden würden, die dann auch in ähnlicher Form bei den Gouverneuren und der Regierung eingesetzt werden sollten. Der Herr Generalgouverneur schliesst die Ansprache mit folgenden Worten: Es ist klar, dass wir das polnische Problem ungeheuer wichtig nehmen. Wir stehen mit diesem Problem in steter Verbindung, leben wir doch mit und unter dem polnischen Volk. Das polni-

26.10.1944

sche Volk lebt unter unserer Führung, und ich darf wohl sagen, dass derjenige, der künftig etwa glauben sollte, aus dem Konflikt zwischen Deutschland und Polen Nutzen ziehen zu können, sich täuschen wird. Der Konflikt zwischen Deutschland und Polen wird in diesem Raum ausgetragen. Für uns handelt es sich nur noch um die Formen, in denen wir das Problem am zweckmässigsten lösen. Ich möchte auch annehmen, dass die Lösung dieser polnischen Frage, die wir nunmehr ganz konsequent und ohne jede Nervosität sachlich und nüchtern als Praktiker der engen Zusammenarbeit mit den Polen in Angriff nehmen, einen Gewinn auch ganz allgemein für Europa bringen wird. Tatsache ist, dass die Polen auf keinen Fall mit den Bolschewisten gehen wollen. Die Machenschaften des Herrn Churchill, der mit seiner Unterwürfigkeit erreichen will, dass sich Mikolajczyk mit den Russen verständigt, sind bekannt; sie zeigen die Blödheit der Engländer und ihre Unfähigkeit, sich den Ideen eines anderen Volkes anzupassen. Aber wir alle durchschauen diese Manöver des Herrn Churchill. Ich glaube, ich wäre der einzige, der im Namen des Führers mit Mikolajczyk zu einer vernünftigen Lösung kommen kann. Vielleicht liegt die Entwicklung in dieser Richtung.

15.30 Verwundeten-Betreuung im Staatskasino.

An der Spitze von Vertretern aus Partei und Staat nimmt der Herr Generalgouverneur an dieser Nachmit-

---

+) Folgende ausländische Pressevertreter sind anwesend:

Luigi Cucco	(Italienische Zeitungen)
Dr.Eduard Geilinger	(Neue Züricher Zeitung)
Pablo de Pedraza	(Solidariad National)
Dr.Henrik Ringstedt	(Politiken Kopenhagen)
Ivar Vesterlund	(Dagens Nyheter).

tage-Veranstaltung für Verwundete im Staatskasino teil und widmet dabei den Verwundeten folgende Begrüssungsworte :

Ich bin ausserordentlich glücklich, Euch im Namen der Regierung des Generalgouvernements als ihre Gäste willkommen heissen zu dürfen. Wir sind stolz, dass Ihr unserer Einladung Folge geleistet habt, und dass wir hier einige Zeit gemütlich zusammen sein können.

Als man Euch einmal sagte, Ihr solltet gelegentlich einmal nach Krakau kommen, hat sich wohl mancher von Euch gedacht: Was mag das für elendes polnisches Drecknest sein, dieses Krakau? Ich glaube aber, dass Ihr überzeugt seid, dass es Krakau verdient, dass wir Deutsche unser Augenmerk auf diese Stadt lenken und nie vergessen, dass diese Stadt die Heimstätte einer Jahrhunderte alten deutschen Kultur ist, eine Stadt, die ihrer geschichtlichen und geographischen Bedeutung nach eine einzigartige Position im Osten unseres Vaterlandes zu erfüllen hat. Angesichts der Frontentwicklung, die dieses Jahr eingetreten ist, ist nunmehr unser Generalgouvernement und insbesondere die Stadt Krakau in eine besonders bedeutungsvolle Beziehung zu Heimat und Front gekommen. Was liegt da näher, als dass die Staatsdienststellen dieses Raumes ihre engste Verbundenheit mit der deutschen Wehrmacht und mit Euch, Kameraden, dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie den Feiertag, an dem uns der Führer vor 5 Jahren das Generalgouvernement anvertraut hat, gemeinsam mit verwundeten Soldaten feiern? Seid davon überzeugt, dass wir unsere wichtigste Aufgabe darin sehen, der kämpfenden Front und der kämpfenden Heimat zu helfen.

Nach der Begrüssungsansprache des Herrn Generalgouverneurs folgt die Bewirtung der Verwundeten und künstlerische Darbietungen.

IV/9
1o

26.1o.1944

19^{30} Festkonzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Swarosky im Haus Urania.

Anschliessend Empfang auf der Burg.

Krakau

Freitag, den 27.Oktober 1944

9⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

9¹⁵ Besprechung mit Gouverneur Dr.Fischer.

10¹⁰ Besprechung mit Gouverneur Dr.Wendler.

11⁰⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

11¹⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und dem Direktor des Institutes für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr.Coblitz.

Direktor Dr.Coblitz erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Arbeiten zum Zwecke der Verlagerung des Institutes für Deutsche Ostarbeit. Der grösste Teil der Sektionen des Institutes sei in die beiden Schlösser Miltach und Zandtern in der Bayrischen Ostmark übergesiedelt, während die Sektion Landeskunde unter der Leitung von Dr.Graul noch in Krakau arbeite. Die Sektion Landeskunde habe im wesentlichen die Aufgabe, für die Heeresgruppen im Osten nach Flugbildaufnahmen der Luftwaffe die kartographischen Unterlagen für den Panzereinsatz zu schaffen. Bei dem Abtransport der Geräte, Apparate usw. der anderen Sektionen sei leider manches verloren gegangen. Entscheidend sei jedenfalls, dass das Institut für Deutsche Ostarbeit als solches weiterbestehe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberregierungsrat Dr.Coblitz seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorsorgliche Arbeit aus und ermächtigt ihn gleichzeitig, aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements eine Sondernummer der Zeitschrift "Die Burg" herauszugeben. Auch er hält das Weiterbestehen des Institutes für deutsche Ostarbeit unter allen Umständen für notwendig und erklärt sich bereit, stets für die Aufrechterhaltung des Institutes einzutreten.

IV/9
2

27.10.1944

Oberregierungsrat Dr.Coblitz macht dann noch vertrauliche Angaben über die Arbeit der Sektionen Physik und Chemie im Dienste der Rüstung.

11.50 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Referenten von Palézieux den Fabrikaten Rath, Inhaber der Wiener Firma Lobmeyr.

12.45 Besprechung mit Präsident Dr.Eichholz.

13.15 Mittagessen. Gäste sind die Staatssekretäre Dr. Bühler, Dr.Boepple und die Hauptabteilungspräsidenten.

Der Herr Generalgouverneur bringt folgenden Trinkspruch aus: Meine Herren! Ich danke Ihnen für die Arbeit in den vergangenen Jahren und hoffe, dass wir im kommenden Jahr ebenso gut zusammenarbeiten werden. Ich trinke auf Ihr Wohl.

Staatssekretär Dr.Bühler erwidert mit folgenden Worten: Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen im Namen der Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements für Ihre liebenswürdige Einladung danken. Besucher aus dem Reich haben mir gerade in den letzten Monaten wiederholt die Ansicht geäussert, dass eine geschlossene Gemeinschaft, wie sie hier im Generalgouvernement zu beobachten sei, in keinem der besetzten Gebiete bestehe. Ich kann diese Ansicht aus meiner engeren Erfahrung heraus nur bestätigen. Wir sind in fünfjähriger Arbeit zusammengewachsen und eine harte geschlossene Gemeinschaft geworden. Die Frage etwa, ob die Kreise Tomaschow und Petrikau zum Generalgouvernement oder zum Distrikt Radom gehören, interessiert nicht; denn heute ist jeder Angehörige des Generalgouvernements mit seiner Lage auf dieses Gebiet angewiesen. Herr Generalgouverneur, diese Gemeinschaft wird durch Ihr Vertrauen getragen, das uns erst unsere Arbeit und unser Werk ermöglicht hat.

IV/9
5

27.10.1944

Aus Anlass des fünften Jahrestages des Generalgouvernements bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, uns weiterhin dieses Vertrauen zu erhalten.
Meine Herren, ich bitte Sie, auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und auf weitere gedeihliche Zusammenarbeit zu trinken.

16[20] Tee-Empfang, zu dem die ausländischen und inländischen Pressevertreter als Gäste erschienen sind.

20[08] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Wien .

IV/9

Samstag, den 28.Oktober 1944

bis

Dienstag, den 7.November 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

IV/9 **Kressendorf**

Mittwoch, den 8.November 1944.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

10^{15} Besprechung mit Dr.Meidinger.

17^{45} Tee, zu dem als Gäste erschienen sind: Präsident Ohlenbusch, Abteilungsleiter Jaenicke, Kulturreferent Scherzer, stellvertretender Leiter des Künstler-Einsatzstabes, Kammersänger Bockelmann und Staatskapellmeister Lothar.

Im Mittelpunkt der während des Tees gepflogenen Unterhaltung steht die Frage des Einsatzes von Künstlern aus dem Reich im Generalgouvernement.

Kulturreferent Scherzer vom Reichspropaganda-Ministerium berichtet über seine Arbeit auf diesem Gebiet und sagt weitestgehende Unterstützung der Pläne des Generalgouverneurs zu.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Ministerialdirigenten Dr.Schlösser vor, in welchem diesem für das Interesse an den kulturellen Fragen des Generalgouvernements gedankt wird, das er für die Bereitstellung namhafter Künstler und zuletzt auch durch die Entsendung des Referenten Scherzer nach Krakau zur persönlichen Besprechung und Klärung grundsätzlicher Fragen bewiesen hat. Dieses Schreiben enthält gleichzeitig eine an Ministerialdirigenten Dr.Schlösser gerichtete Einladung, über die Kulturarbeit während des Krieges, über die kulturellen Aufgaben des Ostens und über ein anderes genehmes Thema vor einem grösseren Kreis führender Persönlichkeiten des Generalgouvernements zu sprechen.

Das von Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur vorgelegte Programm für eine Heldengedenkfeier am 12.November 1944 findet die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

IV/9
2

<u>8.11.1944</u>

Im Anschluss an den Tee bringt Kammersänger <u>Bockelmann</u>, begleitet von Staatskapellmeister <u>Lothar</u>, einige Lieder zu Gehör. Staatskapellmeister Lothar, der Komponist der Oper "Schneider Wibbel", trägt Teile aus seiner neuen Oper "Brabant" vor.

IV/9 Kressendorf

Donnerstag, den 9. November 1944

12.05 Besprechung mit Dr. Meidinger.

12.10 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. von Craushaar.

18.20 Tee, zu dem als Gäste erschienen sind: Abteilungsleiter Jaenicke, Sendeleiter Noglik und Kulturreferent Scherzer. Dabei wird nochmals die Frage des Künstler-Einsatzes eingehend besprochen.

Abteilungsleiter Jaenicke weist insbesondere darauf hin, dass die Kulturabteilung der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements sich sozusagen als Filiale der Künstler-Einsatzstelle für das Generalgouvernement betrachte und in dieser Eigenschaft bemüht sei, eine allen Interessen dienende Tätigkeit auszuüben. Allerdings gehe es nicht an, dass die beabsichtigte einheitliche Regelung dieser Frage durch andere Stellen unterbrochen werde, etwa dadurch, dass der Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements von sich aus selbständig Künstler und Künstlerinnen verpflichte.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Abteilungsleiter Jaenicke, ihm den Entwurf eines Erlasses vorzulegen, der für alle staatlichen und Parteistellen massgebend sein und eine einheitliche Regelung der Künstler-Einsatzfrage gewährleisten soll.

IV/9 **Kressendorf**

Freitag, den 1o.November 1944

9^{00} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenloher.

Kressendorf

Samstag, den 11.November 1944

11^{00} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz: "Verwaltung und Verwaltungsrecht". (Besprechung eines Buches des Oberverwaltungsrates Dr.jur.Bodo Dennewitz, Lehrbeauftragten für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Welthandel in Wien).

16^{45} Besprechung mit Präsident Naumann.

17^{00} Tee. Als Gäste sind anwesend: Präsident Naumann, die Violinvirtuosin Frau Martzy, ihr Gatte Dr.von Cillery, Chefdirigent Swarowsky, Hauptschriftleiter Geisenheyner, Referent Bader, Fräulein Aldinger, Fräulein Pelz.

IV/9 **Sonntag, den 12.November 1944** **Krakau**

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Heldenfriedhof, wo er einen Kranz niederlegt.

11[30] Heldengedenkfeier auf dem Adolf-Hitlerplatz.

Generaloberst Harpe leitet die Feierstunde mit folgenden Worten ein: Kameraden ! Deutsche Männer und Frauen ! Auf diesem historischen Platz, der symbolisch von der alten Burg zu Krakau bewacht wird, vereint uns heute eine gemeinsame Feierstunde, verbindet uns ein ewiger Schwur mit den vielen Millionen Deutscher, die von Urzeiten unseres Vaterlandes her für Deutschland gekämpft und gerungen haben. Diese Feierstunde soll uns in Sonderheit verbinden mit den Toten des 1.Weltkrieges, aus deren Blutopfer der Nationalsozialismus geboren wurde. Sie soll uns verbinden mit den Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung und nicht zuletzt mit den vielen tausenden deutscher Männer und Frauen, die im Verlauf dieses Krieges Schulter an Schulter mit uns draussen an der Front und an der kämpfenden Heimatfront den Heldentod für unser grossdeutsches Vaterland und unseren Führer Adolf Hitler gestorben sind. Wie ein Signal soll dieses Bekenntnis zu unseren toten Helden, zu dem sich heute ganz Deutschland vereint, durch die Welt schallen, gleichzeitig ein Fanal für unseren unbändigen Glauben an den Sieg und für unsere feste Überzeugung zur nationalsozialistischen Weltanschauung. Wir grüssen in Ehrfurcht und stolzen Sinnes unsere toten Helden, indem wir uns zum Leben und zum Kampf für das Leben bekennen, mit dem ewigen Schwur : Deutschland wird leben, auch wenn wir sterben.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache : Deutsche Männer ! Deutsche Frauen ! Kameraden ! Als in den Novembertagen 1923 unserem Volk die völlige Auflösung seiner gesamten inneren Ordnung und Lebenskräfte drohte, da rief Adolf Hilter in einem entscheidungsvollsten Augenblick die

<u>12.11.1944</u>

wenigen Männer auf, die er damals bereits in den Reihen der nationalsozialistischen Bewegung in München um sich gesammelt hatte. Es kam zu einer ersten grossen flammenden Empörungstat deutscher Entschlossenheit gegenüber den Zerstörungs- und Versklavungsplänen der ganzen Welt, die sich gegen uns verschworen hatte. Wenn auch damals der Marsch zur Feldherrnhalle nicht mit dem unmittelbaren politischen Sieg endete, so war doch dies Ereignis für die ganze Welt das Zeichen dafür, dass das deutsche Volk entschlossen war, die Sklavenketten von Versailles zu sprengen und wieder den eigenen Weg seines ihm vom ewigen Herrgott vorbestimmten Schicksals zu beschreiten. Das ist die weihevolle Symbolik, die mit den Toten dieses Novembertages 1923 verbunden ist und verbunden bleiben wird. Sie waren vielleicht die letzten Gefallenen des Krieges 1914 - 1918, sie waren - das können wir heute sagen - die ersten Toten dieser jetzt in Gang befindlichen Weltauseinandersetzung.

Wenn wir heute gemeinsam - die deutschen Männer, die Frauen, die Soldaten - auf diesem alten Platz zu Krakau dieser Toten gedacht haben, so geschah es in dem gleichen unzerstörbaren Geist, in dem sie damals gefallen sind. Heute ist Adolf Hitler genau so wie damals der durch nichts zu erschütternde, vom tiefsten Glauben beseelte und von gläubigster Leidenschaft gehaltene stolze Künder der unabgänglichen Kraft unserer Nation. So wie damals im Jahre 1923 sind auch heute die deutschen Männer und Frauen bereit, eher ihr Leben hinzugeben, als die Zerstörung ihres Vaterlandes hinzunehmen.

So sind unsere Gedanken heute nicht nur ein wehmütiges Zurückschauen, nicht nur das Empfinden, an einem Grab zu stehen, sondern tragen in sich die ewige Aufgerichtetheit, dass ein Volk, das entschlossen ist, das Letzte für seine Freiheit zu geben, von einer ganzen Welt nicht niedergekämpft werden kann. Gerade wir in Krakau,

der Hauptstadt des Nebenlandes des großdeutschen Reiches, haben allen Anlass, dieses Tages zu gedenken. Wir, die wir vom Führer eingesetzt sind, um dieses Land in den Dienst des Krieges zu stellen, danken diesen Opfern, die im Nationalsozialismus die ewige Opferbereitschaft vorgelebt haben und vorgestorben sind.

Wir danken Euch, Kameraden der Front, die nun durch das Generalgouvernement zieht, für Euren Einsatz, wir danken den Grenadieren und allen denen, die mit der Waffe in der Hand und unter Einsatz ihres Lebens diese grosse zentrale Bastion des deutschen Ostens an Weichsel und Beskiden halten. Wir wissen, dass sie der gleiche Geist auch in den kommenden Wochen und Monaten beseelen wird. Mag die ganze Welt gegen uns sein, der Herrgott wird für uns sein.

Wir verlassen daher diese Gedenkstunde für unsere Toten mit dem gläubigen durch nichts zu erschütternden Vertrauen auf den Führer, unser großdeutsches Vaterland und das herrliche deutsche Volk.

Mit den Liedern der Nation findet die Gedenkfeier ihren Abschluss.

16^{30} Tee mit Angehörigen der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Montag, den 13. November 1944 Krakau

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

In dieser Besprechung wird zunächst eingehend zur militärischen und Sicherheitslage Stellung genommen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welche Kräfte für die Besetzung der neuen im Generalgouvernement angelegten Stellungen zur Verfügung stehen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf die grosse Bedeutung hin, welche die Stadt Krakau als letzte Bastion des Ostens für Oberschlesien und für das Reich überhaupt hat.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Koppe, dass gegenwärtig kaum eine grössere militärische Unterstützung durch Zurverfügungstellung von Divisionen für das Generalgouvernement zu erwarten sei. Es müsse daher nach wie vor damit gerechnet werden, dass die im Generalgouvernement vorhandenen Kräfte der Polizei, der Hilfspolizei, der Stadt- und Landwacht usw. für die Verteidigung eingesetzt würden. Man wolle auch nicht die ganzen Befestigungslinien durchlaufend besetzen, sondern vor allem bestimmte Schwerpunkte zu halten versuchen. Reichsführer ᛋᛋ Himmler will sich im übrigen zu einer Hilfeleistung nur dann verstehen, wenn auch die Heeresgruppe Harpe alle verfügbaren Truppen für die Verteidigung bereitstelle.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Besprechung dieser Frage mit Generaloberst Harpe für dringend geboten und ersucht Staatssekretär Koppe, sich unverzüglich mit ihm ins Benehmen zu setzen.

Staatssekretär Koppe berichtet weiter über den gegenwärtigen Stand der Banden-Bewegung. Er habe nunmehr ganz schwere Massnahmen in dieser Beziehung getroffen. Jeder Gendarmerie- und Postenführer sei beauftragt worden, die volle Verantwortung für seinen Bereich zu übernehmen. Er werde auch jeden Gendarmerie-

führer usw. unter Anklage stellen, der nicht nachweisen könne, dass er im gegebenen Fall von sich aus mit eigener Initiative etwas gegen die Bandentätigkeit unternommen habe. Der von ihm in dieser Beziehung erlassene Befehl habe auch schon gute Früchte gezeigt.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf den Erlaß des Führers ein betreffend die Nichtverwendung von Beamten in exponierten Stellungen für den militärischen Einsatz in den besetzten Gebieten. Nach diesem Führer-Erlaß solle vor allem vermieden werden, dass solche Beamten in Gefangenschaft gerieten und dann gegen sie Schauprozesse eingeleitet und durchgeführt würden. Man werde deshalb bei der Auswahl der Mannschaften für die Stadt- und Landwacht und die Hilfspolizei grösste Vorsicht walten lassen müssen. Von Wichtigkeit sei besonders in dem Führerbefehl die Weisung, dass vorgenannte Geheimnisträger im Zeitpunkt der Gefahr das Gebiet, im vorliegenden Falle also das Generalgouvernement, sofort zu verlassen hätten.- Was die Zurückverlegung der Zoll- und Polizeigrenze angehe, so hoffe er angesichts der entgegenkommenden Haltung des Reichsführers ϟϟ, den er über diese Fragen ins Bild gesetzt habe, auf eine baldige zufriedenstellende Lösung.- Über die allgemeine Polenpolitik mit den Zentralen in Berlin zu sprechen, habe er bisher noch keine Gelegenheit gehabt. Er sei gewillt, völlig selbständig in dieser Frage vorzugehen, und könne sich dabei auf den Erlaß des Führers vom 26.10.1939 berufen, nach dem er dem Führer gegenüber die Verantwortung für diesen Raum allein trage. Reichsführer ϟϟ sei auf seine wiederholten Anregungen nicht eingegangen. Demnach habe es den Anschein, als wolle man im Reich keine Entscheidung treffen. Die Polenfrage stehe aber zurzeit im Mittelpunkt des Weltinteresses, und deshalb halte er es für seine Pflicht, nach freiem Ermessen eine Lösung dieser Frage zu suchen.

13.11.1944

Staatssekretär Koppe bemerkt dazu, der Führer stehe auf dem Standpunkt, dass man hinsichtlich der Polenpolitik die letzten Trümpfe noch nicht aus der Hand geben dürfe.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, dass man in der Polenpoltik, die im Generalgouvernement getrieben werde, vorerst ja auch mit aller Vorsicht vorgehen wolle. Man beginne mit der Schaffung von Beiräten bei den Kreis- und Stadthauptmännern und wolle dann dieses Institut langsam auch auf die Distrikte und die Regierung erstrecken. Zurzeit habe er für die Polenpolitik im Generalgouvernement keine Sorge. Das Land stehe immer noch unter deutschem Einfluss trotz des Wirkens der A.K. Zu bedauern sei nur, dass man das Generalgouvernement gewissermassen als Aussenseiter und als etwas weit Abliegendes zu behandeln gewohnt sei. Ein Krieg müsse eben auch politisch geführt werden, und in dieser Beziehung habe man grosse Fehler gemacht.

11[30] Besprechung mit Präsident Dr.von Craushaar in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr.Bühler und Koppe.

Präsident Dr.von Craushaar setzt den Herrn Generalgouverneur davon in Kenntnis, welche Fragen bei dem Empfang des Polnischen Hauptausschusses erörtert werden sollen.

11[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Grünen Zimmer der Burg den Vorsitzenden und die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses. Anwesend sind bei diesem Empfang Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident von Craushaar, Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur folgende Eingabe :

IV/9
4

13.11.1944

Das Schicksal, das viele Städte in Europa, darunter auch Städte im Generalgouvernement im Laufe dieses Krieges getroffen hat, weckt bei den Bewohnern der bis jetzt unversehrt gebliebenen Stadt Krakau Befürchtungen vor dem, was ihnen bevorsteht. Gleichzeitig aber regt es alle Interessierten dazu an, Mittel und Wege zu suchen, um diese Stadt vor Vernichtung und nicht wieder gut zu machenden Schäden zu bewahren und ihr drohendes Unheil abzuwenden, wenn es nicht unabwendbar ist.

Ist ja doch die Stadt Krakau,gar jetzt nach der Räumung der Millionenstadt Warschau, die letzte grössere Stadt der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements und als solche für dieselbe von besonders grosser allgemein völkischer Bedeutung. Denn dank ihrer Jahrhunderte alten Geschichte ist sie heute das letzte Zentrum, das den grössten Teil der von Vernichtung in diesem Kriege verschonten Werke polnischer Kultur enthält, sie ist auch das letzte Zentrum der eigenen polnischen freien Fürsorge.

Wohl dessen bewusst, dass im Laufe eines Kampfes allein Rücksichten ausschlaggebend sein müssen, die dieser Kampf erfordert, glaubt die polnische Bevölkerung Krakaus dennoch, dass dies nicht die Möglichkeit ausschliesst, auf eine derartige Gestaltung der Ereignisse abzuzielen, welche eine weitmöglichste Schonung der Stadt, ihrer Gebäude und Kulturgüter sowie ihrer Bevölkerung mit den Erfordernissen der Kriegslage vereinbaren könnte.

In dieser Überzeugung möchten sich Vertreter des PHA, als jener Institution, der die Betreuung polnischer Fürsorgebedürftiger anvertraut ist, und der Stadtbevölkerung den entscheidenden Ein-

fluss massgebender Persönlichkeiten sichern,
um
1. durch grösstmögliche Schonung der Stadt bei allfälligen Kampfhandlungen dieselbe und die in ihr befindlichen Kulturgüter der Zukunft unserer Volksgemeinschaft zu erhalten,
2. durch grösstmögliche Schonung der Stadtbevölkerung dieselbe vor dem Elend und Verderben bringenden Schicksal von Ausgesiedelten, dem sie insbesondere auch im Falle einer zwangsweisen Evakuierung verfallen müsste, zu bewahren.

Der Herr Generalgouverneur weist zunächst auf die Tatsache hin, dass es in Deutschland nur noch wenige Großstädte gebe, die nicht durch Terrorangriffe zerstört wären. Das gleiche Schicksal könne selbstverständlich auch bei einem Angriff russischer Flieger die Stadt Krakau treffen, die vielleicht schon nach fünf von verhältnismässig wenigen Flugzeugen durchgeführten Angriffen in Schutt und Trümmer gelegt werden würde. Wenn Krakau zurzeit noch von diesen Angriffen verschont geblieben sei, so hänge das wohl damit zusammen, dass die Russen diese Taktik überhaupt nicht pflegten, oder politische Gründe für eine Schonung der Stadt Krakau massgebend seien. Wie dem aber auch sei, es müssten jetzt vor allem die eingeleiteten Luftschutzmassnahmen genau geprüft und festgestellt werden, ob genügend Splitterschutzgräben angelegt worden seien, ob Ausweichquartiere für die bombengeschädigte Bevölkerung zur Verfügung ständen und auch Massnahmen für die Rettung von Menschen vorgesehen seien.

Ein Mitglied des Polnischen Hauptausschusses bemerkt, dass das Polnische Hilfskomitee der Stadt Krakau bereits in diese Dinge eingeschaltet worden sei, und nach Möglichkeit vorbereitende Massnahmen getroffen habe.

IV/9
5

13.11.1944

Der Herr Generalgouverneur betont, dass die deutsche Wehrmacht selbstverständlich durch Zurverfügungstellung von Flakbatterien und Jägerschutz alles tun werde, um die Stadt Krakau nach Möglichkeit zu schützen. Um jedoch den durch einen Fliegerangriff angerichteten Schäden vorzubeugen, müsse nunmehr energisch an den Ausbau der Luftschutzkeller, der Splitterschutzgräben usw. herangegangen, auch müsse die Bevölkerung soweit möglich über die Gefahren belehrt werden. Weiter sei an eine Evakuierung Krakaus von Frauen und Kindern schon in einem Zeitpunkt zu denken, in welchem ein Luftangriff noch nicht stattgefunden habe.

Präsident Dr.von Craushaar teilt mit, dass die Vorbereitung von Notunterkünften und Notkrankenhäusern angesichts der Überfüllung der Stadt Krakau mit Flüchtlingen aus Warschau auf Schwierigkeiten stosse. Deshalb dürfen sich nur solche Personen in Krakau aufhalten, die eine Genehmigung der Polizeidirektion hätten. Sie müssten gegebenenfalls in erster Linie den Schutz der Krakauer Bevölkerung übernehmen.

Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses gibt zu bedenken, dass der Ausweichraum ziemlich beschränkt sei. Wenn Krakau bedroht wäre, dann wäre wahrscheinlich der nördlich gelegene Teil des Landes auch bedroht. Im ganzen Generalgouvernement bleibe also nur noch ein kleiner Streifen Landes als Ausweichraum übrig.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß vor allem Kinder sehr wohl bei Bauern untergebracht werden können.

Im Zusammenhang mit den erörterten Fragen geht der Herr Generalgouverneur dann auf den Warschauer Aufstand ein, den er als den grössten Wahnsinn in der Geschichte Polens bezeichnete. Deutsche und Poelen hätten seit 1939 das teilweise zerstörte Warschau gemeinsam wieder aufgebaut. Den Bewohnern Warschaus sei es eigentlich in den vergangenen 5 Jahren nicht schlecht gegangen

Das wirtschaftliche Leben sei aufgeblüht, die Arbeiter hätten gut verdient usw. Die deutsche Führung habe ja auch sehr viel für Warschau getan.

Präsident Dr.von Craushaar erblickt eine Aufgabe des Polnischen Hauptausschusses auch darin, auf dem Weg über die katholische Kirche der bäuerlichen Bevölkerung die Notwendigkeit einer Hilfeleistung klar zu machen.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, dass eine Hilfsbereitschaft innerhalb des polnischen Volkes mehr gepflegt werden müsse. Leider seien die Polen noch nicht für eine Volksgemeinschaft erzogen. Hier könnte die Kirche helfen. Die Geistlichen könnten in ihren Predigten die Bauern darauf hinweisen, dass es eine Ehrenpflicht für sie sei, den armen Städtern in ihrer Notlage zu helfen. Auf diese selbstverständliche Pflicht müsste auch der Fürst Erzbischof Sapieha in seiner Eigenschaft als geistliches Oberhaupt der polnischen katholischen Kirche hinweisen.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Frage ein, ob die Stadt Krakau möglicherweise infolge der Kampfhandlungen schwer beschädigt werden würde. Zu dieser Frage irgend eine Erklärung abzugeben, sei er völlig ausserstande, weil er den Verlauf des Kriegsgeschehens nicht beurteilen könne. Es sei aber durchaus denkbar, dass sich die militärische Führung entschliessen werde, die Stadt Krakau mit Rücksicht auf Oberschlesien unter allen Umständen zu halten.

Ein Mitglied des Polnischen Hauptausschusses verweist in diesem Zusammenhang auf eine offizielle Äusserung des Generalobersten Harpe, nach welcher die Stadt Krakau nicht kampflos den Bolschewisten überlassen werden könne. Der Polnische Hauptausschuss habe aber so viel Vertrauen zur Führung der Kampfhandlungen, dass er es als möglich annehme, den Kampf um Oberschlesien

auf dem Vorfeld Krakaus oder im Rücken dieser Stadt, nicht aber etwa auf dem Adolf Hitlerplatz in Krakau zu führen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, dass die Stellungen, die eigentlich Krakau schützen sollen, etwa 100 km östlich der Stadt lägen . Daraus sei zu entnehmen, dass es offenbar die Absicht der deutschen militärischen Führung sei, den Kampf um Krakau und Schlesien dort aufzunehmen. Sonst würde man offensichtlich Stellungen direkt bei Krakau bezogen haben. Die Stadt Krakau sei ja an sich schon schwer zu verteidigen. Aus diesen beiden Momenten ergebe sich ein gewisser Optimismus für die Annahme, dass die Verteidigung etwa bei Tarnow vor sich gehen werde. Zudem beständen ja auch westlich Krakau Verteidigungslinien. Aller Wahrscheinlichkeit nach plane also die militärische Führung nicht, Krakau zu einem Schützengraben zu machen. Die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses könnten demnach der Bevölkerung der Stadt Krakau beruhigende Erklärungen abgeben.

Präsident Dr.von Craushaar glaubt auf Grund seiner Erfahrungen auf dem westlichen Kriegsschauplatz,die Versicherung abgeben zu können, dass nach Möglichkeit Kunstwerke, Kunstbauten, Kirchen und sonstige Kulturbauten geschont werden würden. Aus der Tatsache, dass der Herr Generalgouverneur das grösste Verständnis für die schönen Bauten gerade der alten Stadt Krakau habe, könne man schliessen, dass alles für ihren möglichsten Schutz geschehen werde.

Der Herr Generalgouverneur betont, dass er sich stets um die Erhaltung und Erweiterung der grossen europäischen Kulturgemeinschaft bemüht habe. So habe er unter anderem in Gestalt der Philharmonie des Generalgouvernements ein grosses polnisches Orchester gegründet. Er könne mit allem Vorbehalt sagen, dass er die Sorgen der polnischen Bevölkerung um die Stadt Krakau nicht für berechtigt halte. Eine Evakuierung Krakaus

sei nicht beabsichtigt, wenn auch angesichts der Luftgefahr Frauen, Kinder und Greise gegebenenfalls aus Krakau fortgebracht werden müssen. Er sei auch bereit, in der polnischen Presse eine Notiz des Inhalts publizieren zu lassen, dass eine Evakuierung Krakaus in keiner Weise geplant sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zu verschiedenen Fragen Stellung genommen. Im Vordergrund steht dabei das Problem der Ernährung der polnischen Bevölkerung. Hier erwähnt der Vorsitzende des polnischen Hauptausschusses die Tatsache, dass dank dem Entgegenkommen der Behörden des Generalgouvernements dem Hauptausschuss ein namhafter Vorschuss gegeben worden sei, der bis zum gewissen Grad über die ersten Schwierigkeiten hinweggeholfen habe, aber nicht für allzu lange Zeit ausreichen werde. Man hoffe deshalb, dass für den Kreis der Hilfsbedürftigen noch weitere Massnahmen ergriffen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur geht noch kurz auf die Tätigkeit der A.K. ein und gibt dem Bedauern darüber Ausdruck, dass die A.K. immer noch, trotz der in Warschau gemachten Erfahrungen, einen schädigenden Einfluss ausübe.

Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses glaubt sich von einer grosszügigen Behandlung der Mitglieder der A.K. eine Befriedung der Verhältnisse versprechen zu können. Seiner Ansicht nach sei es durchaus möglich, die zum grossen Teil in Wäldern sich aufhaltenden Mitglieder der A.K. etwa durch das Versprechen, sie als Kriegsgefangene zu behandeln, wieder einem geordneten Leben zuzuführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diesen Weg ernstlich zu überlegen.

Der Herr Generalgouverneur trifft die Verfügung, dass dem Polnischen Hauptausschuss eine Summe von

13.11.1944

2o Millionen zur Förderung des Hilfswerkes für notleidende Polen zur Verfügung gestellt wird.

12[40] Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt den neu ernannten Kampfkommandanten von Krakau Generalmajor Kruse und seinen Generalstabschef Oberstleutnant Brokade.

15[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Küspert, Reichsbeauftragten der Porzellan-Industrie, und Direktor Herold (Spolem), Leiter der Handelszentrale der Verbrauchergenossenschaften im Generalgouvernement, die dem Herrn Generalgouverneur verschiedene für den Export freigegebene Porzellan-Gegenstände zur Besichtigung vorlegen.

16[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Lehrer Max Lange, der sich wissenschaftlich mit soziologischen Fragen beschäftigt und in einem Schreiben zu dem in der Krakauer Zeitung erschienenen Aufsatz des Herrn Generalgouverneurs "Über die Gerechtigkeit" Stellung genommen hat.

16[30] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Generalintendant Stampe.

Gegenstand der Besprechung ist ein Schreiben, in welchem Generalintendant Stampe mitteilt, dass er beabsichtige, zum 1.Januar 1945 in den Wehrdienst einzutreten.

Der Herr Generalgouverneur nimmt amtlich zu diesem Schreiben Stellung und bemerkt dazu: Es liege nicht in der Politik des Reiches und daher selbstverständlich auch nicht in seiner, des Generalgouverneurs, Politik, die massgeblichen Theaterführungskräfte deshalb zu entlassen, weil zurzeit die Theater vorübergehend geschlossen seien. Er könne deshalb den Generalintendanten nicht freigeben, bitte ihn jedoch, seine

13.11.1944

künstlerische Kraft ausserhalb der Führung seiner Dienstgeschäfte als Generalintendant zur Verfügung zu stellen, und z.B. wie bei der Nietzschefeier, als Sprecher aufzutreten. Im übrigen sei das Staatstheater des Generalgouvernements mit dem Namen des Generalintendanten Stampe eng verbunden. Die Möglichkeit, das Theater wieder zu öffnen, sei jederzeit gegeben, und daher müsse Generalintendant Stampe in der ihm seinerseit übertragenen Position verbleiben.

16^{50} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Präsident Dr.Eichholz.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, wo und in welcher Form der Vortrag des Generalgouverneurs "Über den Dilettantismus" gehalten und welche Einladungen dazu ergehen sollen. Nach Erörterung dieser Frage wird ein Saal im Gebäude der Staatsbibliothek als Vortragsraum ausersehen. Den Kreis der einzuladenden Persönlichkeiten sollen Präsident Dr.Eichholz und Referent Bader bestimmen.

Krakau

IV/9 Dienstag, den 14.November 1944

10⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg zu Krakau eine Abordnung polnischer Bauern und Bäuerinnen. Anwesend sind bei diesem Empfang Staatssekretär Dr.Bühler, Präsident Naumann, Ministerialrat Albert und verschiedene Pressevertreter.

Nach dem Vortrag eines Musikstückes durch eine Bauernkapelle werden die Mitglieder der Abordnung dem Herrn Generalgouverneur durch Ministerialrat Albert vorgestellt.

Zunächst begrüsst Präsident Naumann den Herrn Generalgouverneur in einer kurzen Ansprache. Er weist darauf hin, dass nunmehr die Ernte eingebracht und die Ablieferung in gutem Fortgang begriffen sei. Er dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, dass unter seiner Führung in den vergangenen 5 Jahren auf dem Agrarsektor ein Aufbau durchgeführt worden sei, der sich bis in die letzte Bauernhütte bemerkbar mache. Die Masse des polnischen Landvolkes habe in den letzten Jahren ihre Felder hervorragend bestellt, ihre sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten mit grossem Fleiss verrichtet, und sei jetzt dabei, die Produktion ihrer Arbeit an die Sammel- und Erfassungsstellen abzuführen, damit sie im Dienst des europäischen Ernährungs-Potential nutzbar gemacht werden könne. Darüber hinaus habe sich aber auch in steigendem Masse die polnische Landbevölkerung in den letzten Monaten neben ihrer schweren Arbeit im Stellungsbau betätigt.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache :

Bauern und Bäuerinnen des Generalgouvernements ! Zu Ende des Erntejahres 1944 habe ich Euch wieder hierher auf die Burg zu Krakau gebeten zu einer besinnlichen Feierstunde. Es war für Euch ein Jahr harter Arbeit. Die Entwicklung der Kriegsereignisse hat tief in Euer Leben und Eure Arbeit hineingewirkt. Neben dem Dienst an der Erde musstet Ihr auch die vielfältigen Aufgaben erfüllen, die ich Euch angesichts der herannahenden bolschewistischen Front stellen musste. In treuer

14.11.1944

Bereitwilligkeit habt Ihr alle Eure Pflichten nach besten Kräften erfüllt. Es ist mir deshalb in diesem Jahre ein besonderes Bedürfnis, Euch zu danken und Euch meine Anerkennung für Eure Leistungen auszusprechen. Dieser Dank gilt nicht nur für Euch, die Ihr heute hier seid, sondern auch für alle die braven Bauern und Bäuerinnen des ganzen Landes. Durch Euren Fleiß und Eure Bereitwilligkeit, den Anweisungen und Ratschlägen der Kreislandwirte, Bezirkslandwirte und Agronomen zu folgen, konnte wieder eine gute Ernte auf den Aeckern des Generalgouvernements erzielt werden. Trotz aller besonderen Schwierigkeiten wurde diese Ernte auch gut geborgen und in den festgesetzten Kontingenten auch zum grössten Teil ordnungsgemäss abgeliefert.

Mit meinem Dank und meiner Anerkennung verbinde ich die Aufforderung: "Tut auch weiterhin treu und fleissig den Dienst an Eurer Erde, wie Euer bäuerliches Gewissen es Euch befiehlt. Bauer sein ist ein hoher Beruf. Ihr habt als Bauern den Vorzug, ständig in engster Verbundenheit mit allem Lebendigen in der Natur, mit der Erde, der Pflanzenwelt und dem Tierreich, mit den Sonnenkräften, dem Regen und dem Wind zu schaffen und zu wirken. Mehr als die Menschen anderer Berufe seid Ihr so auch mit den göttlichen Schöpferkräften verbunden, deren Wirken Ihr immer wieder im Wechsel der Jahreszeiten erlebt. Aus der bäuerlichen Arbeit mit der lebendigen Natur erwächst Ehrfurcht vor allem Lebendigen, damit auch ein gesundes Denken und eine vernünftige Haltung gegenüber allen Problemen des Lebens. Wer als Bauer fleissig der Erde dient, ist auch innerlich geschützt vor Ansteckung durch wahnsinnige Pläne verstiegener Köpfe und blindehrgeiziger Politiker. Die Katastrophe von Warschau, deren Träger Großstadtmenschen entwurzelter Art und nicht arbeitende Bauern waren, hat eindringlich gezeigt, wie sehr Menschen, die nicht in der Erde wurzeln, und ihr tätig dienen, den gesunden Blick für die Wirklichkeit verlieren können. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass

IV/9
5

14.11.1944

gerade in der breiten bäuerlichen Bevölkerung während der vergangenen Aufbaujahre ein so erfeuliches Vertrauensverhältnis zur deutschen Führung entstanden ist. Erwachsen ist dieses Vertrauen aus dem gesunden Sinn für die lebendige Wirklichkeit. Gerade die besten Bauern unter Euch haben immer klarer erkannt, dass die deutsche Führung in der Landwirtschaft bei allen kriegsbedingten Forderungen, die sie stellen muss, doch entscheidend von dem Bestreben getragen ist, die besten Kräfte in diesem Land zu wecken und zur Entfaltung zu bringen. Was Ihr, polnische Bauern und Bäuerinnen, von der deutschen Führung angenommen habt an besseren landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden und Leistungen , das habt Ihr der Erde dieses Raumes und Eurem Volkstum als unverlierbaren Dauergewinn geschenkt.

Unser diesjähriges Treffen auf der Burg zu Krakau erfolgt in einem geschichtlich grossen Zeitpunkt, in einer Entwicklung, die vor allem für das Bauertum ganz Europas von grösster Bedeutung ist. Die Ereignisse auf dem Balkan, in Finnland und im Baltenland, aber auch in Italien und Frankreich zeigen immer wieder unverhüllter, dass sich in Europa nur eine Macht brutal und skrupellos durchsetzen würde, wenn Deutschland seinen jetzigen Kampf nicht bestehen könnte, das ist der Bolschewismus unter Judas Führung. Das aber würde den Tod allen Bauerntums bedeuten. Der Bolschewismus will nicht jene tiefe, an das Religiöse heranreichende Verbindung des Menschen mit der Erde, wie sie der auf eigener Scholle arbeitende Bauer darstellt. Die gottlose Weltanschauung des Bolschewismus weiss ja auch nichts davon, dass die Erde ein lebendiges Wesen voll göttlicher Schöpferkräfte ist, sondern betrachtet sie nur als toten Stoff und Ausbeutungsobjekt. Deshalb kann der Bolschewismus keine selbständigen Bauern brauchen, sondern nur Kolchossklaven, ein Teil jenes Massenmenschentums, auf dem das ganze bolschewistische System beruht.

Diese Front: "Hier Bauerntum, dort Bolschewismus" ist heute klarer denn je. Ich bitte Euch daher, überzeugt zu sein, dass so wie bisher ich an Eurem Schicksal und Eurer Arbeit das grösste Interesse nehme. Ich danke Euch, dass Ihr zu mir auf die Burg gekommen seid, dass Ihr in Euren schönen Trachten diesen schönen Saal hier schmückt, und dass Ihr diese prächtigen Früchte Eurer Arbeit in diesen stolzen Kreis heraufgebracht habt. Mein herzlicher Wunsch ist es, dass Eure Arbeit immer vom ewigen Herrgott gesegnet und dass Euren Kindern eine glückliche Zukunft beschieden sein möge. In diesem Sinne heisse ich Sie herzlich willkommen.

Im Anschluß an die Worte des Herrn Generalgouverneurs dankt ein polnischer Bauer dem Herrn Generalgouverneur für die Einladung auf die Burg und bittet ihn, als Zeichen dieses Dankes einige Erntegaben entgegenzunehmen.

Ein anderer polnischer Bauer gibt dem Dank dafür Ausdruck, dass der Bauernabordnung eine Besichtigung der Burgkathedrale und des Grabes Pilsudskis ermöglicht worden sei.

Die Abordnung wird dann in einem Saal der Burg bewirtet.

11^{25} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Oberregierungsrat Schecht.

Gegenstand der Besprechung sind verschiedene Propagandafragen. Dabei gibt der Herr Generalgouverneur seinem grossen Bedauern darüber Ausdruck, dass die vom Reich betriebene Propaganda oft falsche Wege gehe. Es sei erschütternd, festzustellen, wie manchmal die offizielle Propaganda neben dem echten Volksempfinden herlaufe. Daher sei es dringend notwendig, dass nun endlich neue Wege beschritten würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Ohlenbusch, dass der Film "Krakau"

demnächst fertiggestellt sein werde.- Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass die Erstaufführung dieses Films in einem gewissen festlichen Rahmen vor sich gehen soll.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gassner den Hauptschriftleiter Dr. Büchsenschütz.

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg zu Krakau eine Abordnung ukrainischer Bauern und Bäuerinnen.

In seiner Begrüssungsansprache führt Präsident Naumann aus, dass ukrainische Landleute unter Führung des Prof. Kubijowitsch auf der Burg erschienen seien, um dem Herrn Generalgouverneur für all das zu danken, was er der ukrainischen Landbevölkerung im letzten Jahre deutscher Verwaltungsarbeit gegeben habe. Gerade auf dem Agrarsektor hätten dem ukrainischen Landvolk so viele Erfahrungen der deutschen Landwirtschaft zunutze gemacht werden können, dass es dankbar dieser Zeit gedenke. Mit Wehmut gedächten auch die ukrainischen Bauern und Bäuerinnen des Landes Galizien, wo Millionen ihrer Brüder und Schwestern unter dem bolschewistischen Joch zu leiden hätten. Sie alle wünschen gemeinsam mit der deutschen Führung, dass möglichst bald die Zeit kommen möge, da das wieder errungen werde, was im Interesse der ukrainischen Bevölkerung und Europas nötig sei.

Der Herr Generalgouverneur richtet dann folgende Ansprache an die ukrainische Abordnung :

Bauern und Bäuerinnen des ukrainischen Volkstums im Generalgouvernement ! Zu Ende des Erntejahres 1944 habe ich Euch wieder hierher auf die Burg zu Krakau gebeten zu einer besinnlichen Feierstunde. Es war für Euch ein Jahr harter Arbeit. Die Entwicklung der Kriegsereignisse hat tief in Euer Leben und Eure Arbeit hinein-

IV/9
6

14.11.1944

gewirkt. Neben dem Dienst an der Erde musstet Ihr auch die vielfältigen Aufgaben erfüllen, die ich Euch angesichts der herannahenden bolschewistischen Front stellen musste. In treuer Bereitwilligkeit habt Ihr alle Eure Pflichten nach besten Kräften erfüllt. Es ist mir deshalb in diesem Jahre ein besonderes Bedürfnis, Euch zu danken und Euch meine Anerkennung für Eure Leistungen auszusprechen. Dieser Dank gilt nicht nur für Euch sondern auch für alle die braven Bauern und Bäuerinnen des ganzen Landes. Durch Euren Fleiss und Eure Bereitwilligkeit, den Anweisungen und Ratschlägen der Kreislandwirte, Bezirkslandwirte und Agronomen zu folgen, konnte wieder eine gute Ernte auf den Äckern des Generalgouvernements erzielt werden. Trotz aller besonderen Schwierigkeiten wurde diese Ernte auch gut geborgen und in den festgesetzten Kontingenten auch zum grossen Teil ordnungsgemäss abgeliefert.

Mit meinem Dank und meiner Anerkennung verbinde ich die Aufforderung: "Tut auch weiterhin treu und fleissig den Dienst an Eurer Erde, wie Euer bäuerliches Gewissen es Euch befiehlt."

Euch ukrainische Bauern und Bäuerinnen, heute hier zu empfangen, lag mir besonders am Herzen. Ihr seid die Vertretung jenes kleinen Teiles Eures Volkstums, der sich noch einer selbständigen bäuerlichen Existenz erfreuen kann. Die grosse Mehrheit Eurer volkstumsmässigen Brüder und Schwestern steht unter der Herrschaft des Bolschewismus. In Eurem Volkstum lebt aus eigener bitterer Erfahrung das Wissen davon, dass der Bolschewismus kein selbständiges Bauertum auf eigener Scholle duldet. Wo er hinkommt, da wird - wenn auch manchmal schrittweise - das Bauertum mit eiskalter und brutaler Folgerichtigkeit vernichtet und zum Kolchossklaven erniedrigt, d.h. zu einem persönlichkeitslosen Massenmenschentum, wie der Bolschewismus es allein für sein System bracuehn kann. Die jüdischen Drahtzieher des

Bolschewismus wissen genau, warum in ihrem System kein Raum sein kann für ein bodenverbundenes Bauerntum. Das Wesen des bolschewistischen Systems besteht in der Ausschaltung der freien schöpferischen Persönlichkeit. In jedem Volk aber ist die unversiegbare Quelle ständig neuer Persönlichkeitsbildung das Bauerntum. Jedes echte Bauertum lebt in Ehrfurcht vor den lebendigen Kräften der Erde. Bäuerliches Denken sieht in der Erde keine tote Materie, sondern ein lebendiges Wesen, eine Schöpferwerkstätte göttlicher Kräfte, mit denen sich der Mensch in seiner Arbeit an der Erde verbindet. Die Völker des russichen Raumes tragen das Wissen um die Lebendigkeit der Erde tief in ihrem Bewusstsein. Das Wort vom "Mütterchen Erde", von der Mutter Erde ist in ihrer Sprache auch heute noch lebendig, obschon der Bolschewismus die Erde zu totem Stoff, zu einer Fabrikationswerkstatt für Nahrungsmittel herabgewürdigt hat. Es ist dies vielleicht das grösste Verbrechen der jüdischen Drahtzieher des Bolschewismus, daß sie gerade die russischen Völker, denen die Liebe zur Mutter Erde im Blute liegt, zum Werkzeug ihrer Experimente und ihrer Weltherrschaftspläne gemacht haben.

Ihr, ukrainische Bauern und Bäuerinnen, die Ihr unter dem Schutz des Großdeutschen Reiches noch Bauern auf eigener Scholle sein könnt, habt darum eine besondere Aufgabe. Ihr müsst die unzerstörbare Keimzelle östlicher Bäuerlichkeit bilden, bis auch in den anderen Volksstämmen das bäuerliche Bewusstsein erwacht und die wesensfremde Form des Bolschewismus hinweggefegt sein wird. Dass dieser Tag kommen wird, dafür bietet die sichere Gewähr das Deutsche Volk, das unter seinem Führer Adolf Hitler den opfervollen Kampf gegen den Bolschewismus und seine geistigen Urheber, die kapitalistischen Westmächte, begonnen hat und unbeirrbar zu Ende führen wird. In diesem Kampf erweist sich das Großdeutsche Reich als die Schutzmacht des gesamten

IV/9
8

14.11.1944

europäischen Bauerntums. Solange das Reich kämpft, wird auch die Fahne, die Idee des Bauerntums in Europa hochgehalten. Um diese Fahne werden sich alle Bauern Europas scharen, die im Bolschewismus ihren Todfeind erkannt haben oder noch erkennen werden, unabhängig davon, wie jeweils die äusseren Fronten stehen werden.

Es ist mir eine besondere Genugtuung, diese geschichtliche Aufgabe des Reiches als Schutzmacht des europäischen Bauerntums hier von der Burg zu Krakau aus ins Bewusstsein aller rufen zu können, die von der Bedeutung des Bauerntums als der Grundlage alles schöpferischen Lebens wissen.

Und so heisse ich Sie, Bauern und Bäuerinnen des ukrainischen Volkstums auf das herzlichste willkommen.

Professor Kubijowitsch dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, dass er die ukrainische Abordnung empfangen habe und gibt das Versprechen ab, dass die ukrainische Landbevölkerung nach wie vor in Treue und Gehorsam zur deutschen Führung stehen werde.

Darauf werden dem Herrn Generalgouverneur eine Erntekrone und Erntegaben überreicht.

Im Anschluss an den Empfang werden die Mitglieder der Abordnung in einem Saal der Burg bewirtet.

15⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königsaal der Burg eine Abordnung von volksdeutschen Bauern und Bäuerinnen. Anwesend sind bei dem Empfang die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, ferner Präsident Naumann, Ministerialrat Albert und mehrere Pressevertreter.

Nach Begrüssungsworten des Minsterialrates Albert, der die Mitglieder der Abordnung dem Herrn Generalgouverneur vorstellt, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgende Ansprache :

Es ist mir, deutsche Bauern und Bäuerinnen dieser öst-

14.11.1944

lichen Erde, eine hohe Freude, Euch hier auf der Burg zu Krakau begrüssen zu können. Diese Burg zu Krakau, schon in Jahrhunderten ein Kristallisationspunkt deutschen Kulturwirkens, ist in den vergangenen 5 Jahren zu einem markanten deutschen Willenszentrum des Ostens geworden. Sie kündet von der deutschen Sendung im Osten, um deren Erfüllung schon Geschlechter vor uns gerungen haben und heute unsere Generation den härtesten Kampf aller Zeiten zu führen hat. Dass dieser Kampf so schwer und opfervoll ist, hat seine Ursache darin, dass es unsere Schicksalsaufgabe ist, im Namen ganz Europas kämpferisch anzutreten gegen jene Dämonie, die - vom westlichen Denken begründet - im Bolschewismus Gestalt gewonnen hat. So steht die Burg zu Krakau heute nicht nur als Künderin deutschen Kulturwillens da, sondern auch als Trutzburg gegen den heranstürmenden Bolschewismus, als Ausdruck unseres unerschütterlichen Willens, uns der roten Flut solange entgegenzustemmen, bis ihre Kraft gebrochen ist.

Ihr, deutsche Bauern und Bäuerinnen, steht in diesem Kampf gegen den Bolschewismus und für den Osten auf besonders verantwortlichem Posten. Es war seit jeher so: Wo und wann immer deutsche Kultur in den Osten hineingetragen wurde, stand der deutsche Bauer mit in vorderster Front. Der Pflug folgte dem Schwert, und nur dort, wo dies der Fall war, konnte sich deutscher Kultureinfluss dauerhaft erhalten. Es ist deshalb eine entscheidende Stellung, die Ihr als deutsche Bauern des Ostens innehabt. Wo immer eine deutsche Bauernhand auf eigener Scholle den Pflug führt, da ist deutsches Land, ist Deutschland.

Es ist schon ein Hohes, Bauer zu sein. Durch die Verwobenheit seiner Arbeit mit allem Lebendigen in der Natur, mit der lebendigen Erde, dem Reich der Pflanzen und der Welt der Tiere, sowie dem Wirken von Sonne, Wind und Regen, steht der Bauer in ständiger Verbunden-

14.11.1944

heit mit den göttlichen Schöpferkräften in der Welt. Seine feste Verwurzelung in der Erde bewahrt ihn vor der Gefahr, haltlos zu werden und "den Boden unter den Füssen zu verlieren". Verwurzelung in der Erde bedeutet aber auch feste Verankerung im Geistig-Göttlichen. Es lebt seit jeher im deutschen Denken das Bewusstsein, dass die Erde mit ihren Völkern eine höchste Offenbarung göttlichen Willens ist. Wenn daher Bauer sein schon etwas Hohes ist, so ist noch ein Höheres, deutscher Bauer zu sein. Auch andere Völker Europas haben ihr Bauerntum und besitzen darin die tragende Grundlage ihres volklichen Lebens. Aber kein Volk ist sich des Bauerntums und der tiefen Bedeutung bäuerlicher Verankerung so bewusst wie das deutsche. Das zeigt sich eindeutig darin, dass das deutsche Volk als einziges in der Welt sein Wissen um den Vorrang des Bauertums in einer grossen Rechtsschöpfung dokumentiert hat, im Reichserbhofgesetz. In diesem Gesetz hat die naturhafte Verbindung von Blut und Boden, von Mensch und Erde, von Bauer und Scholle, rechtlich Gestalt gewonnen. Mit der rechtlichen Anerkennung und Sicherung dieser bäuerlichen Verbundenheit von Mensch und Erde hat das deutsche Volk eine Tat von geschichtlichem Rang vollzogen. Denn es ist kein Zweifel, dass wir in der Zeitenstunde stehen in der es um die weitere Existenz eines wirklichen Bauerntums überhaupt geht. Aus dem Zeitalter des Materialismus wuchs das westliche Denken, dass den Bauern zum Händler entwickelte, und daraus wieder das bolschewistische System, das alles Bauerntum zu einer Kolchos-Sklavenherde erniedrigt. Der kapitalistische Westen und der bolschewistische Osten mussten zu dieser Verneinug des Bauerntums kommen, weil sie die Erde nur als toten Stoff ansahen, der nach gewerblich-industriellen Gesichtspunkten zu nutzen sei. Demgegenüber lebt im deutschen Volk das unzerstörbare Bewusstsein, dass die Erde ein lebendiges Wesen ist, das im Rhythmus des Jahres atmet und mit dessen Kräften der echte Bauer ehrfurchtsvoll arbei-

tet. Diese Art der bewussten Verankerung in der lebendigen Erde ist die Quelle aller echten Persönlichkeitsbildung. Der selbstverantwortlich auf seiner Scholle arbeitende Bauer ist der Grundtyp der Persönlichkeit. Mit der Vernichtung des Bauerntums würde in Europa der Urgrund schöpferischer Persönlichkeiten vernichtet werden. Das würde der wirkliche Tod Europas und der Untergang des Abendlandes sein. Darum, deutsche Bauern und Bäuerinnen, seid Euch der Bedeutung Eures bäuerlichen Seins in dieser Zeitenwende bewusst. Haltet fest an der Mutter Erde und bewahrt Eure bäuerliche Art. Als deutsche Bauern seid Ihr die Kerntruppe des europäischen Bauerntums, für dessen Erhaltung das deutsche Volk heute seinen schicksalsschweren Kampf führt.

Zum Schluß, meine lieben Bauern und Bäuerinnen, lasst mich Euch noch von Herzen danken für Eure treue und fleissige Arbeit, die Ihr in diesem Jahre trotz aller besonderen Schwierigkeiten, die die Kriegsverhältnisse mit sich gebracht haben, geleistet habt.

Mit dem von Ministerialrat Albert ausgebrachten Siegheil und den Liedern der Nation schliesst der Empfang.

Im Bankettsaal der Burg werden dann die Mitglieder der Abordnung mit Kaffee und Kuchen bewirtet.

16^{35} Besprechung mit Stadthauptmann Dr. Krämer.

Stadthauptmann Dr. Krämer legt dem Herrn Generalgouverneur den Plan eines vor kurzem entdeckten uralten Kanalsystems der Stadt Krakau vor. Dieses Kanalsystem könnte unter Umständen, wie Stadthauptmann Dr. Krämer betont, im Falle von Unruhen in der Stadt Krakau von Aufständischen für ihre Zwecke missbraucht werden.- Der Herr Generalgouverneur verfügt eine eingehende Untersuchung.

Stadthauptmann Dr. Krämer gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die für den Fall der

Verteidigung der Stadt Krakau in Aussicht genommenen Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang berichtet der Herr Generalgouverneur über den Empfang des Polnischen Hauptausschusses. Er habe bei dieser Gelegenheit den Mitgliedern des Hauptausschusses erklärt, dass an eine Evakuierung der Stadt nicht gedacht sei, habe jedoch den Mitgliedern des Hauptausschusses angeraten, diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die in jeder Stadt vorsorglich vor allem zur Abwendung von Fliegerschäden unter Mitwirkung aller Bürger getroffen würden.

Stadthauptmann Dr. Krämer macht dann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von der gegen ihn von verschiedenen Seiten betriebenen Hetze. Man habe gegen ihn eine Anklageschrift mit 15 Punkten eingereicht, von denen bereits 14 völlig zu seinen Gunsten geklärt seien. Bei dem letzten Punkt handle es sich um eine Treibstoffangelegenheit, die aber auch nicht von besonderer Wichtigkeit sei, nämlich um die Frage, ob eine Fahrt kriegsnotwendig gewesen sei. Leider müsse er feststellen, dass Gouverneur Dr. von Burgsdorff in der Behandlung der gegen ihn gerichteten Vorwürfe völlig einseitig vorgegangen sei. Gouverneur Dr. von Burgsdorff habe ihn wiederholt seines besonderen Vertrauens versichert, in Wirklichkeit sei aber doch ein Verfahren beim SD eingeleitet worden, das an die dunkelsten Zeiten der Inquisition erinnere. Erfreulicherweise habe aber Staatsekretär Dr. Bühler sofort eingegriffen. Zurückzuführen seien offenbar alle diese Machinationen gegen ihn auf das Verhalten des für die Wehrmacht freigegebenen Stadtkämmerers Wolf, der das ganze Material gesammelt und die Dinge dann in übelster Weise verdreht habe. Auch habe Regierungsdirektor Schmid den Präsidenten Dr. von Craushaar in einseitiger Weise zu seinen Ungunsten zu beeinflussen gesucht.

IV/9
15

14.11.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Staatssekretär Dr. Bühler zur Erstattung eines Berichtes über diese Vorgänge aufzufordern und dann eine spezielle Erklärung zu veranlassen, die allen Dienststellen mitgeteilt werden solle.

IV/9 **Mittwoch, den 15.November 1944** **Krakau**

10^{30} Regierungssitzung.

(Protokoll siehe Beiakten)

II/6 15.11.1944

18[20] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Eisenbahnerheim in der Kruppstraße.

18[30] Mitgliederappell des Standortes "Horst Wessel".

Der Mitgliederappell wird von Standortführer Hilpisch mit einer Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs eröffnet.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen! Ich habe dem Parteigenossen Hilpisch gegenüber die Bitte ausgesprochen, einmal im Kreise von alten Parteigenossen zu weilen, nicht nur aus Anlaß des 5-jährigen Bestehens des Generalgouvernements, sondern auch aus noch weiter zurückliegender Erinnerung. Ich denke in diesen Tagen noch mehr als einmal an die Zeit vor 25 Jahren, als damals im Spätherbst 1919 in München die unmittelbare organisatorische Vorgängerin der NSDAP, die sogenannte Deutsche Arbeiterpartei gegründet wurde. Vor 25 Jahren war damals eine Zeit, an die die meisten von Ihnen mit der schrecklichen Erinnerung zurückdenken werden, daß kurz vorher das deutsche Vaterland zusammengebrochen war, daß die Gesamtsituation unserer Nation sich in einem furchtbaren chaotischen Zerstören herabentwickelte, daß damals das Treiben der Juden und Börsenhyänen begann, daß die Währung, die Wirtschaft, die soziale Ordnung, das politische Gefüge völlig zerrüttet waren, daß damals das deutsche Volk zum ersten Mal in furchtbarer Weise die Geisel des Sklaventums spüren mußte, die ihm die Welthydra von Raub, Mord und Haß auferlegt hatte.

Damals sammelte sich in diesen Monaten die Elite der Arbeiterschaft Münchensunter Führung einiger entschlossener Männer. Und das größte Erlebnis dieses Kreises war das erstmalige Erscheinen Adolf Hitlers in ihren Reihen.

Wenn ich heute von Krakau aus an diese Zeit vor 25 Jahren zurückdenke, wenn ich Sie bitte, mir einen Augenblick in die damalige Zeit zu folgen, so geschieht es auch aus dem Gedanken heraus, eine Paralelle zu finden zu den heute so unendlich schweren Situationen, in die uns der Haß unserer Weltfeinde gebracht hat. Wäre damals die entschiedene kämpferisch eindeutige frontsoldatisch begründete Haltung eines einzigen völlig unbekannten Mannes Adolf Hitler nicht in Deutschland auferstanden, dann könnten wir uns allerdings überhaupt nicht mehr an diesen Tag irgendwie positiv erinnern; denn es wäre dann längst mit Deutschland aus. Mit der gleichen Energie nämlich, mit der damals die Entschlossenheit eines deutschen aufrechten Mannes die beste Kraft unseres Volkes im letzten Augenblick aus dem Niedergang noch einmal aufgebäumt hat, mit der gleichen so völlig zerstörerischen Tendenz wäre nämlich von Moskau aus das fanatische Vernichtungstreiben gegen Deutschland in die Tat umgesetzt worden. Wäre Adolf Hitler nicht mit seiner Bewegung gekommen, dann wäre es nicht so, wie heute da und dort manchmal vielleicht von Duckmäusern irgendwelcher Art gesagt wird, daß Frieden, Freiheit, Ehre, Glück und Sonne über Deutschland wären, - dann wäre nämlich bereits vor 20 Jahren oder höchstens 15 Jahren Deutschland in die Sowjetunion als Sowjetbereich eingegliedert worden. Das muß einmal gesagt werden; denn es

gibt da und dort Stimmen, die das vielleicht nicht wahr haben wollen.

Wir müssen uns daher ruhig auf diese Zeit vor 25 Jahren zurückbesinnen, um auch zu erkennen, welcher Mut, welche Entschlossenheit, welche Tatkraft dazu gehörten, ein sechzig-Millionen-Volk völlig aus der Urzelle einer Persönlichkeit heraus wieder aufzurichten.

Es waren dieselben Feinde, die wir heute haben; es war genau dieselbe Koalition, die heute mit demselben Argumenten tätig ist, das deutsche Volk zu vernichten. Es waren die Juden, die Bolschewisten, der internationale Kapitalistenklüngel Englands und Amerikas; es war die schwarze pfäffische Internationale, es war das gesamte Weltfeindwesen gegenüber dem Deutschtum. Der Friedensvertrag von Versailles wird in alle Zukunft hinein die großartigste Legitimation des deutschen Volkes zu diesem Widerstand einer Welt von Feinden gegenüber sein.

Damals hatte nun eine sogenannte Reichsregierung diesen Friedensvertrag unterzeichnet, hatte ihn damit legalisiert und sich damit selbst zum Vollstreckungsorgan der Zerstörungsabsichten unserer Feinde herabgewürdigt. Es war klar, daß mit den alten bürgerlichen auch noch so national sich gerierenden Grüppchen nichts anzufangen war. Sie waren innerlich schon deshalb völlig morsch, weil sie meistens aus Kreisen kamen, denen am das Kämpferische ohnedies nicht liegt, denen mehr an der Freude des Lebens als an der Aufopferung für die Gemeinschaft liegt. Es war daher keine Möglichkeit gegeben, in diesen sogenannten deutsch-nationalen oder nationalistischen Gruppen irgendwelcher schwarz-weiß-roter Prägung einen elementaren Volksaufstand

gegen die Unterdrückung ins Leben zu rufen .

Es mußte daher etwas völlig Neues und Eigenartiges geschaffen werden. Es war nur die Frage: War dem deutschen Volke von seinem höchsten Schöpfer her ein solches Glück bestimmt, noch einmal vor dem ihm drohenden Untergang eine Rettung zu erleben, oder nicht? Einen Mann, einen Adolf Hitler bekommt man entweder vom Schicksal oder man bekommt ihn nicht. Das heißt: man kann ihn nicht durch Parteikoalitionen ersetzen. Das Glück war auf der Seite des deutschen Volkes. Adolf Hitler hat Deutschland gerettet. Er hat in einer ungeheuren einmaligen Arbeit, für die es überhaupt keinen Vergleich in der Weltgeschichte gibt, dieses völlig in den Abgrund geschleuderte deutsche Volk wieder aufgerichtet. Ermessen Sie, was es heißt, daß wir, die wir in diesem Bereich die ältesten Parteigenossen sind, uns dieses Tages erinnern, da Adolf Hitler zum ersten Mal in München vor 25 Jahren in unseren Kreis trat. Es war in einem kleinen Nebenzimmer eines Münchner Lokals, in dem kaum 40 Menschen anwesend waren, als dieser bis dahin völlig unbekannte einfache Frontsoldat zu uns sprach. Es war ein aufflammendes Erlebnis, als einer hier in die Mitte trat, ein eiskalter Geist mit klarsten Vorstellungen und mit einer Flammenseele. Er stimmte nicht ein in die bis dahin immer so übliche allgemeine nationalistische reaktionäre Widerstandphraseologie, die ewig nur das Negieren des Friedensvertrages oder das Beseitigen des sozialistischen Regimes oder den Kampf gegen die Juden so mehr in in akademisch patriarchalischer Art predigte. Er erklärte vielmehr: wir haben mit dem Bekenntnis zu beginnen, daß wir alle die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands dann mittragen, wenn wir nicht unsere gesamte Lebensordnung, Lebensführung und Lebenshaltung von dem persönlichen Interesse auf das Interesse der Nation umstellen. Damals vor 25 Jahren hatte es ja schon keinen Sinn mehr, ein eigenes Lebensideal, abgeschlossen für sich, nach dem alten Schema aufrichten zu wollen.

15.11.1944

Adolf Hitler war es also, der mit einer völligen Neuformung des Lebensstiles unseres Volkes und seines nationalen Willens begann. Da war keine Rede vom Eintritt in eine Regierungskoalition, von irgendwelchen Verhandlungen, von dem Gedanken, auf parlamentarischem Wege etwa durch Mehrheitsabstimmung etwas zu erreichen.

Es war klar, daß damals in Adolf Hitler eben nicht der Parteigründer in unsere Mitte trat, sondern der Proklamator eines neuen deutschen Volkes, das seine ganze Lebensart nun von dem Einzelnen und seinen Interessen emporsteigerte zum Dienst an der gemeinsam aufgegebenen geschichtlichen Sendung unserer Nation.

Ein Unerhörtes war das. Wenn ich hernach Hunderte von Reden des Führers hören durfte und wir alle sie erlebt haben, so ist mir in diesen Tagen gerade diese erste Rede des Führers, in der er von der Notwendigkeit der Umformung des gesamten Lebensstils als Voraussetzung überhaupt einer wiederkehrenden Freiheit gesprochen hat, besonders in Erinnerung. Dieses Wort von damals ist ja heute sehr aktuell.

So war es also vor 25 Jahren, daß ein Mann aufstand, hinter dem nichts war, keine Partei, keine Bewegung, kein Kapital, kein irgendwie gearteter Klüngel von Interessenten, sondern der nur auf sich selbst gestellt, auf sein Gewissen und seinen Glauben an die unzerstörbare Kraft seiner Nation, und daß dieser Mann nun seinen Weg begann: Ein großartiger Augenblick, ein Augenblick, wie die Weltgeschichte nur wenige kennt.

15.11.1944

Ich glaube, daß einmal spätere Zeiten auf diese Periode des ersten Keimens unseres Nationalsozialismus eine ungeheure Bedeutung legen werden. Denn ganz gleich, was einmal auch kommen wird, was über uns das Schicksal noch an Prüfungen auf diesem Wege verhängen wird, eines steht fest: - und das stand vor 25 Jahren für uns, den kleinsten Kreis, damals schon fest - die Gestalt Adolf Hitlers wird für alle Zukunft nicht etwa nur wegen ihrer Leistung, wegen ihres Lebensstils, wegen dieser völligen Hingabe eines totalen Lebensinhalts an den Höchstwert des Volkes für alle Zeit ein ungeheuer wirksames Vorbild sein. Noch in Hunderten von Jahren wird der dann die deutsche Nation führende nationalsozialistische Führer, das dann blühende großdeutsche Reich sich an Hitler auszurichten haben.

Wenn ich mich jener Zeit erinnere, dann ergreift mich eine tiefe innere Beglückung. Wer dies erlebt hat, hat auch in seinem Leben für sich seine Aufgabe.

Ist Adolf Hitler nun in diesen 25 Jahren ein anderer geworden? Nein, er ist der gleiche schlichte von sich immer absehende, nur das Interesse seiner Nation als heilige Aufgabe tragende Mann geblieben, der schlichte, einfache, wahrhafte, anständige, charaktervolle, stark glühende Mann, der so groß ist, daß eine ganze Welt mit Kontinenten aufmarschiert, um diesen einzigen Mann zu treffen. Eine ganze Welt rüstete sich. Und es war deutlich spürbar: in diesem Ereignis vor 25 Jahren lag ja allein die Möglichkeit, Deutschland wirklich wieder aufzurichten. Adolf Hitler hat nicht nur als Prediger geredet, nicht nur ein Vorbild theatralisch besungen, hat nicht nur eine Fahne gezeichnet und eine

Bewegung entworfen. Er hat sich nicht in glühenden Prophezeiungen erschöpft, und er hat von dem Wege, den er vor 25 Jahren gegangen ist, nicht einen Schritt abseits getan.

Wir, die Parteigenossen der ersten Stunde, wenn ich so sagen darf, können heute bekennen, daß von diesem Erscheinen Adolf Hitlers an sich schon die großartigste Wirkung für unser Volk ausgeht. Schauen Sie sich unsere Grenadiere an, schauen Sie sich dieses ganze kämpfende Volk an! Ist es nicht für jeden von uns etwas ungeheuer Erschütterndes, wenn wir heute in unsere Heimat kommen, ganz gleich, wohin, und wir stehen etwa an der Ruine unseres Hauses, wir besuchen unsere Familie, die irgendwo untergebracht ist, und wir sehen dieses Volk, wie es unter dem Bombenhagel der ganzen haßerfüllten Welt eine Haltung bewahrt, wie sie noch kein Volk der Erde unter auch nur annähernd solchen Umständen jemals gezeigt hat! Das ist Adolf Hitler zu danken. Es ist etwas, was wir gar nicht hoch genug halten können; je bescheidener Adolf Hitler ist, je mehr er sich zurückhält, je mehr er die Sorgen für uns alle trägt, desto mehr haben wir die Pflicht, ihn als unser Vorbild, als leuchtende persönliche Kraft uns immer wieder erstrahlen zu lassen. Immer wieder müssen wir daher bekennen: in diesem Vierteljahrhundert hat sich das deutsche Volk bemüht, den Lebensstil Adolf Hitlers anzunehmen. Die Haltung der Männer und Frauen, die Haltung unserer Jugend ist allein ausgerichtet nach diesem idealen Vorbild. ~~vor~~ Vor 25 Jahren trat er so in unsere Mitte. Er sprach von dem deutschen Frontsoldaten. Es waren Worte einer leidenschaftlichen Erbitterung gegenüber

jenen, die diesem deutschen Frontsoldaten vom Rücken her das Heldentum beendet haben. Es war eine flammende Anklage und die totale Entschlossenheit, diesen größten Verrat der deutschen Geschichte nicht ungesühnt zu lassen. Adolf Hitler hat daraus nie ein Hehl gemacht, daß wenn er und seine Bewegung jemals zur Macht kommen würden, es vorbei sein werde mit der Möglichkeit, dass das veräterische Pack irgendwie sollte in Deutschland weiter existieren. Und dies ist dann auch geschehen. Aber, meine Parteigenossen, ist es denn nicht etwas Wunderbares? Denken Sie an die Ereignisse dieses Krieges: was hat in diesem furchtbar ernsten und schweren Feldzug das deutsche Heer, die deutsche Luftwaffe und die deutsche Marine nicht alles an Schlägen hinnehmen müssen? Von Stalingrad über Tunis bis Frankreich: Was war das nicht alles an ungeheuersten Opfern, an unglaublichen einmaligen Ereignissen, völlig unter dem starken Geist eines zähen Widerstandes gegen eine ungeheure, an manchen Stellen bis ins Zehnfache gehende Überlegenheit massierter Feinde an Menschen und Material! Stellen Sie sich vor, dies wäre in einem Feldzug eingetreten und wir hätten noch die gleichen parteipolitischen oder allgemeinen Zustände, wie sie der damaligen deutschen Reichsordnung entsprachen, bevor der Nationalsozialismus kam, wir hätten noch die 47 Parteien, noch den konfessionellen Hader, noch die Energievergeudung von Machtgruppe gegen Machtgruppe im Hinterland - es wäre beim ersten Rückschlag genau wieder so zum Zusammenbruch der inneren Ordnung gekommen, wie es damals 1918 geschah. Auch hier hat Adolf Hitler als Persönlichkeit und Schöpfer der inneren Ordnung das wahr gemacht, was er vor 25 Jahren gesagt hat: in einem jemals wiederkommenden Krieg für Deutschland - so sagte er damals -muß die erste Sorge der Reichs-

führung sein, darnach zu trachten, daß unter keinen Umständen die Front, die ihr Leben opfert, von hinten her erdolcht werden kann. Er hat es wahrgemacht: jeder Versuch, diese innere Ordnung des Reiches der Klarheit und Stärke zu stören, wäre von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Was am 2o.Juli ds.Js. geschah, war zwar für das deutsche Volk eine schwere, furchtbare Enttäuschung. Aber es wirkte auch in dem Volke wie eine endgültige Befreiung von dem Rest reaktionärer Falschheit und durchtriebener verbrecherischer Verräterclíquenwirtschaft. Heute hat Adolf Hitler die nationalsozialistische deutsche Volksarmee geschaffen, und sie wird siegen, wir wissen es.

Schon vor 25 Jahren hatte es der Führer erkannt, und jetzt vor wenigen Tagen hat er es in seiner Proklamation anläßlich der Wiederkehr des 8.und 9.November wieder betont: der Beschluß der damaligen Feinde ging dahin, Deutschland um 20 Millionen seiner Einwohner zu berauben, - die Zahl wurde mittlerweile auf 40 Millionen erhöht -Deutschland müßte also 40 Millioenen seines Volkstums verlieren, auf daß es in alle Zukunft ungefährlich wäre.

Adolf Hitler hat niemals den Versicherungen von Frieden, Treue, Freundschaft in der Welt irgendwie politisch-diplomatisch getraut. All' das war nur heuchlerisches Theater, um Deutschland einzulullen. Die Vernichtung Deutschlands stand erneut auf dem Programm unserer Feinde, als Adolf Hitler und sein Nationalsozialismus die Macht übernommen hatten. Schon vor 25 Jahren sagte der Führer: nicht ein politisches, sondern letzten Endes ein militärisches Problem gilt es zu lösen; denn was man im Kriege verloren hat,

kann man auch schließlich nur durch einen Freiheitskrieg wiedergewinnen. Wir, die alten Parteigenossen, können heute darauf zurückschauen und uns immer dessen erinnern, daß der Führer trotzdem versucht hat, in friedlicher Weise das Programm der Wiederaufrichtung Deutschlands in die Tat umzusetzen. Sie kennen alles das, was hier immer wieder dargelegt wurde. Wichtig ist mir nur, festzustellen, daß schon vor 25 Jahren Adolf Hitler ganz klar diese Notwendigkeit erkannt hat. Kein Wunder daher, daß er, kaum zur Macht gekommen, 1933 es als erste Aufgabe bezeichnete, die deutsche Wehrmacht wieder herzustellen.

Wir können nun, wenn wir uns dieser Zeit von damals erinnern, stolz sein, daß wir dem Führer 25 Jahre folgen durften. Es ist kein alltäglicher Vorgang und, weiß Gott, was unserem Volke jetzt zugemutet wird, wäre auch gar nicht erträglich, wenn es nicht von dieser großen Hoffnung getragen wäre, die für uns alle der Name, das Werk und die Persönlichkeit Adolf Hitlers darstellen.

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei wurde kurz darauf gegründet und stellte dann auch die endgültige Form dar, in der der Führer sein politisches Ideal in die Tat umsetzte. Die alten Namen von damals sind verweht; die meisten von Ihnen kennen sie nicht mehr, von denen wir sprechen, wenn wir im Kreise der allerältesten Parteigenossen zusammen sind, - die Namen Drexler, Harrer usw. Nur wenige aus jenen ersten Stunden sind heute noch da, auch das ist notwendig; denn die Partei muß sich immer wieder darauf besinnen, daß ihr Urgrund und ihre Aufgabe kämpferisch sind. Die Partei muß von jenem ersten Ausgangspunkt immer wieder erkennen, daß man, um das Volk aufzurichten, zum Volk sprechen muß.

15.11.1944

Die Partei muß sich immer wieder daran erinnern, daß sie keine staatliche Einrichtung ist, die allein auf dem Wege des Befehls arbeitet. Die Partei hat vielmehr ein lebendiger Organismus des Glaubens zu bleiben, für den man sich kämpferisch einsetzt, und der vor allem in seiner eigenen Sprache die Sprache des Volkes spricht. Es gibt für die Partei nur die Aufgabe, die Sorgen des Volkes zu begreifen. In der Partei kann es nur die Aufgabe geben, die Sendung des Volkes zu erfüllen. Die Partei hat keinen Selbstzweck, und sie wäre ein Schaden, wenn sie vergäße, daß sie im lebendigsten und beiderseits stets bejahten Kontakt mit dem Volke stehen muß. Dies ist die Lehre, mit der wir vor 25 Jahren angetreten sind. Dem Volk ins Auge schauen, dem Volk die Hände reichen, mit dem Volk atmen und leben, das war die Parole, die uns gegeben wurde.

Ich kann nur sagen: heute in ihrer großen schweren Zeit hat die Partei ihre Bewährungsprobe bestanden. Man stelle sich einmal die millionenfach gesteigerte Lebensnot unseres Volkes vor! Man denke an alle die Hunderttausende und Aberhunderttausende Evakuierter und Ausgebombter, wenn sie ohne diese großartige einmalige Massenorganisation wären, wie sie die Bewegung gerade auf dem Gebiet der Fürsorge, der Gemeinschaftshilfe, der Sozialbetreuung aufgerichtet hat. Man stelle sich das ungeheure Elend vor, das herrschen würde, wenn eine solche gigantische einmalige Organisation nicht bestände!

Wir haben es uns allerdings niemals anders vorgestellt. In der ersten Zeit waren wir nur ganz wenige, und trotzdem hat der Führer vom ersten Tage an gesagt: wir werden einmal das ganze deutsche Volk sein. Als er mit seiner Flagge zum ersten

Mal in unseren Kreis trat - auf einem Blatt Papier zeigte er uns eine Zeichnung, ich weißenoch wie heute, sie stellte diese rote Fahne mit der weißen Scheibe und dem Hakenkreuz dar, - da sagte er: diese Fahne, die heute noch niemand kennt, wird einmal über Deutschland wehen.

Wenn die Partei dieses gewaltige ursprüngliche Erleben immer wieder in ihrem besten Kämpfertum zeigt, wird sie auch immer vom deutschen Volke geliebt, geachtet und geehrt sein. Denn befehlen dem Volke muß der Staat. Die Partei aber soll für das Volk da sein, und zwar in einer herzlichen, einer menschlich parteigenössisch aufgeschlossenen belehrenden, aufrichtenden, helfenden Form. Die Methode des Parteilebens muß sich immer wieder an diesem ältesten Vorbilden aufrichten, die unsere Partei groß gemacht haben, wo der Herzschlag eines ganzen Volkes mit fanatischer Aufgerichtetheit der Partei im Sturmschritt nachmarschiert. Ich glaube, daß dieser Idealismus für das Parteikämpfertum in diesen schweren Zeiten unseres Volkes auch unbedingt die Aufrichtung des Volkes darstellt. Der Volkssturm, den die Partei zu führen und den die Partei geschaffen hat, ist ja die großartige Übertragung dieses Rhythmus einheitlich glühender Beseeltheit von großen Idealen auf die Masse unseres Volkes.

Vor 25 Jahren war das alles noch eine Idee, war das alles noch vor uns, sahen wir es kaum im Nebelgrau der Zeit. Niemals hätten wir einen anderen Weg zu gehen vermocht, als mit dem glühenden Herzen des Glaubens und über Adolf Hitler hinweg. Heute schauen wir auf Vieles bereits zurück: auf die großen Parteitage in Nürnberg, auf die großartigen Ereignisse unseres Parteikämpfens und Parteiringens, auf die

herrlichen Stunden der Gründung des großdeutschen Reiches, auf die machtvollste aller Kundgebungen, da der Führer vor der ganzen Welt die Rechte der Nation vertrat und verfocht. Heute müssen wir die Partei in ihrem großen Gefüge in den Kriegsdienst stellen und in die Gesamtordnung der Kriegsnotwendigkeiten einreihen.

Wenn wir auf diese große Kampfzeit zurückschauen, so können wir nur bekennen, daß es ein großes ungeheuer Einmaliges war, was ein Volk aus der Tiefe wieder zum Weltrang aufsteigen ließ. Und heute ist der Kampf derselbe. Man kann imer wieder die Frage stellen: ist es berechtigt, wenn die Nationalsozialistischen Redner ihre innerpolitischen Erfahrungen auf das weltpolitische Gebiet übertragen? Kann man wirklich sagen: weil wir damals den Kampf im Innern gegen Demokraten, Juden und Andere bestanden haben, deshalb kann mit den gleichen Methoden kämpferischer Entschlossenheit, unbeugsamster Geradlinigkeit, einmaliger Willenshärte auch aussen-und weltpolitisch in diesem Kriege ein Sieg errungen werden? Man könnte auch die Frage stellen: Ist es nicht ein völlig anderes, über Parteien zu siegen als über Staaten? Ist es nicht etwas anderes, die Kommunistische Partei in Deutschland zu schlagen als das bolschewistische Reich Moskaus? Und doch sage ich Ihnen: es ist vollkommen berechtigt, so zu denken; denn es kommt hier ganz und gar nicht auf das Objekt an, dem ich den Kampf ansage, als vielmehr auf die Methode, in der ich diesen Kampf führe. Und die Methode besteht darin, daß ein Volk, das entschlossen ist, sich auf keinen Fall zu unterwerfen und seine Zukunft zu verraten, einer ganzen Welt gegenüber den Kampf zu bestehen vermag.

Wir haben es 1939 gesehen, als der Führer an die Macht kam. Da war es wie ein Wunder, daß in knapp 14 Jahren eine Bewegung aus dem absoluten Nichts zur beherrschenden politischen Gruppierung eines großen Reiches und Volkes wurde.

Und heute? - Ich will Ihnen ganz kurz etwas zur Lage sagen. Wenn Sie sich heute die Karte vorstellen, wie sie etwa in dieser Stunde aussieht, so ist darnach die Lage die, daß England und Amerika mit ihren Trabanten im Westen versuchen, sowohl in Holland wie in Lothringen noch vor dem Hereinkommen des Winters zu einem letzten Durchbruch zu gelangen. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen zu untersuchen, was zu der Entwicklung im Westen geführt hat. Entscheidend ist für uns die ganz klare Zuversicht, daß es gelingen wird, diesen Anprall nunmehr in Lothringen und Holland genau so abzuwehren, wie das in irgend einer ähnlichen Situation unter ähnlichen Bedingungen der Weltgeschichte immer gelungen ist. Denn mit der Verkürzung der Front im Westen, der Verkürzung der Anmarsch-und Antransportwege tritt im Zusammenhang mit den Maßnahmen der totalen Mobilmachung, der Heranholung des letzten Mannes, der Intensivierung aller Pläne zur Festigung der Front im Westen, der Versorgung mit Munition, Waffen usw. eine Verstärkung der Verteidigungsfront ein, die im gleichen Maße ausgeglichen wird durch die Erschwerung der Anfahrtswege auf der Gegenseite. Es ist gar kein Zweifel - ich kann Ihnen das hier aus unmittelbarer Kenntnis etwa der Stimmung im Führerhauptquartier sagen, wo die absoluteste Siegeszuversicht, wo jeglicher Glaube und jegliche Ruhe herrschen - daß dieser Ansturm im Westen von uns siegreich bestanden werden wird. Ich bin sogar der Meinung, daß dieses Zerschlagen der letzten Möglichkeiten des Eindringens und Durchbrechens nach Deutschland hinein zur Folge

haben wird, daß in den nächsten Monaten politisch kolossale Schwierigkeiten im Lager der Feinde zu erwarten sind.

Die scheußlichste Erscheinung dieses Krieges ist die zur Zeit noch vorhandene Luftüberlegenheit der Feinde. Sie stellt wirklich eine ungeheure Belastung der Bevölkerung im Westen und der dortigen Kriegführung dar. Hier gibt es gar nichts abzuleugnen. Man kann lediglich feststellen, daß der Weg zu be-schreiten ist, diese Luftüberlegenheit durch das baldige wohl in Erscheinung-treten unseres neuen deutschen Jägers und durch andere entscheidende Maßnahmen auszugleichen. Aber auch diese Luftüberlegenheit wird in keinem Fall imstande sein, das Verteidigungsziel im Westen zu schwächen, nämlich das Ziel, den Feind um keinen Preis in die deutschen Stammbereiche unseres Gebietes eindringen zu lassen.

Wenn Sie bedenken, mit welchen Prophezeiungen Herr Churchill noch vor wenigen Monaten an die Öffentlichkeit trat, wenn Sie die Stimmung in der Welt bedenken, die teilweise vielleicht auch im deutschen Volke vorhanden war, so können Sie doch wohl sagen, daß etwa noch im August und September ds.Js. unser Feind im Westen völlig überzeugt war, Deutschland werde binnen kurzem seinen November 1918 in neuer Auflage erleben. Wenn Sie damit nun die heutige Lage vergleichen, wo sich Divisionen um Divisionen der Feinde an unseren jeden Tag stärker werdenden Verteidigungsstellen verbluten, wenn Sie bedenken, daß daraus zurückschlagend nun eine Welle der Enttäuschung über England hinwegfegt, die grauenhaft ist, so können wir nur sagen: auf der kleinen Seite unserer Vorteile stehen die Intensivierung und Massierung unserer Kriegsmaschine und unserer soldatischen Kraft.

Wir sind daher alle der vollen Überzeugung, daß der deutsche Grenadier im Westen seine Aufgabe siegreich erfüllen und dieser furchtbare Angriff zuschanden werden wird. Dazu kommt, daß justament in dem Augenblick, in dem die Engländer bestimmt erwartet hätten, daß Deutschland zusammenbrechen würde, nun unsere V 2 über London erscheint, diese ungeheure Waffe, von der ein schwedischer Journalist, der nach Stockholm kam, sagte, daß der Einschlag einer einzigen V 2 wie ein Erdbeben wirkt, und daß er selber gesehen habe, wie durch den einzigen Einbruch eines solchen raketenartigen Ungeheuers - kann man schon sagen - ein ganzer Häuserblock mit 100 Häusern zerstört worden sei.

Wenn wir also nach dem Westen sehen, so können wir beruhigt den kommenden Ereignissen ins Auge schauen. Freilich, die Opfer, die unser Volk, unsere braven Volksgenossen im Rheinland und den Rhein herauf in Baden und weit zurück bis Hannover und Bremen bringen müssen, sind ungeheuer: Tag und Tag, Stunde um Stunde, Nacht um Nacht Alarm, in die Keller hinein, heraus aus den Werken und Fabriken, weithin kein geregelter Verkehr, größte Schwierigkeit, Lebensmittel heranzuschaffen, Unzulänglichkeit der Wasserversorgung usw., von der Kohlenversorgung ganz zu schweigen. Und doch glüht über jede Not hinweg die Flamme der harten Entschlossenheit; gilt es doch, Deutschland frei zu halten von seinen Feinden.

Im <u>Süden</u> ist es den Anglo-Amerikanern bekanntlich nicht geglückt, einen Durchbruch in die Po-Ebene zu erreichen. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten auch auf diesem Gebiete, was Transport, Versorgung usw. angeht, ist absolut damit zu rechnen, daß diese Front gehalten wird. Alle Angriffe stoßen hier auf

einen ganz fanatisch zähen Widerstand, der auch angesichts der verhältnismäßig kurzen Antransportwege durchgehalten werden wird. Und wenn es hier immer wieder um ein oder zwei Kilometer vor und zurückgeht, so ist das auch ein Zeichen, daß ein Durchbruch in diesem Winter nicht möglich sein wird.

Wie sieht es nun bei uns im Osten aus? Es ist ein sehr ernster Blick, den wir gerade von Krakau aus in die knapp 120 km östlich von uns laufende Front zu werfen Gelegenheit haben. Diese Front, die nun von Kurland an der Grenze Ostpreußens entlang, bei Warschau die Weichsel herauf über den Brückenkopf, den sie im Weichselknie gebildet haben, über die Beskiden herab nach Ungarn verläuft, dort in einem Bogen bis zur Donau vorspringt und gegen Süden in die Richtung nach Üsküb in Serbien verläuft, ist zur Zeit nur an gewissen Brennpunkten in Bewegung. Auch hier kann man wohl sagen, daß es nach vielen Monaten schwersten opfervollsten Ringens gelingen wird, die Frontlinie zu halten. Eines ist sicher: auch der Sowjetrusse bewegt sich in schwerem Schritt. Es gab einmal eine Zeit, in der wir vielleicht die Bolschewisten unterschätzt haben, eine Epoche, in der wir es nicht ganz ernst genommen haben, was der Bolschewismus drüben mit seiner Massenversklavung geschaffen hat. Heute aber neigen viele dazu, den Bolschewismus haushoch zu überschätzen. Es ist gar kein Zweifel, daß sich die ungeheuren Verluste an Material und vor allem auch an Menschen, die dieser Koloß auf sich zu nehmen hat, um sich überhaupt so weit nach vorne zu begeben, auszuwirken beginnt. Jetzt greift schon der Bolschewismus in letzte Reserven. Offensichtlich hat er nun hauptsächlich das Interesse, noch im Spiel

15.11.1944

zu bleiben. Wenn die Russen sich auch zur Zeit in Ungarn in sieslichen Angriffsmanövern bewegen und versuchen werden, uns hier noch in der Ebene vielleicht Schläge zu versetzen, wenn es ihnen auch infolge des unheimlich gemeinen Verrats von Rumänien und Bulgarien geglückt ist, weite für uns wichtige Gebiete plötzlich zu überschwemmen, so wird es doch auch gerade in der Gegend um Budapest durch unlängst überstark herbeigeführte Verteidigungskräfte sicherlich gelingen, die Front in entsprechendem Ausmaß zu halten.

In Kurland ist der Feind in schwere Kämpfe mit uns verwickelt. Es ist ihm noch nicht geglückt, uns aus dem Lande zu treiben, und es wird ihm voraussichtlich auch nicht gelingen.

Geradezu großartig aber war der Abwehrerfolg bei Warschau und in Ostpreußen. Dort war eine riesige Truppenmacht angesetzt mit massierten Korps, Panzerdivisionen, Flugzeugen usw., um einen großen Einbruch in altes deutsches Reichsgebiet zu erzielen. Aber unseren übermenschlich kämpfenden Soldaten gelang es , auch diese Angriffe abzuwehren.

Daher ist für uns in Krakau wichtig, festzustellen, daß das von allen Deutschen unter reicher Heranziehung der einheimischen Bevölkerung, vor allem auch unter Führung altbewährter Parteigenossen ausgebaute großartige Stellungssystem absolute Gewähr dafür bietet, daß ein allfälsiger Angriff unserer Feinde in der Richtung Krakau mit ungeheuersten Verteidigungsmitteln zurückgeschlagen werden würde. Wir müssen uns dazu bekennen, daß auch jeder deutsche Mann in diesem Raum notfalls bereit ist, mit der Waffe in der Hand unter Einsatz seines Lebens diese große letzte Zentralbastion unseres Volkes im Osten, das Generalgouvernement, zu verteidigen. Wir wollen uns

dazu in jeder Form bereit erklären, daß wir, wenn der Befehl des Führers käme, keine andere Pflicht mehr sähen, als die, mit der Waffe in der Hand in die Stellungen einzurücken, um dort als Soldaten Großdeutschlands dem Ansturm der Bolschewisten entgegenzutreten.

Wenn wir das Bild der Lage im Osten damit abschliessen können, so können wir wohl sagen: wenn dort auch noch an manchen Teilen der Front Bewegung herrscht, so ist doch im wesentlichen damit zu rechnen, daß es, bevor noch neue Offensivbewegungen des Feindes beginnen, der deutschen Führung restlos gelungen ist, all überall an den möglichen Angriffspunkten nicht nur für Stellungen und Truppen, sondern auch für Reserven jeder Art zu sorgen.

Im Norden haben sich unsere Truppen auf den Punkt zurückgezogen, der für sie verteidigungsmäßig der günstigste ist: nach Norwegen. Es ist gar kein Zweifel, daß hier für die Dauer der Wintermonate etwas wesentliches nicht geschehen wird.

Bei diesem Rundblick militärischer Art also ist es nun entscheidend, sich immer wieder vor Augen zu halten, daß trotz aller Maschinen, trotz aller Technik und all der ungeheuren Waffensteigerung und ihrer Wirkung letzten Endes auch dieser Krieg wieder nur durch den Einsatz von Menschen entschieden werden wird. Die Leistungen des deutschen Soldaten können überhaupt nicht genug gerühmt werden. Es obliegt uns unausgesetzt, geradezu in innigster Verbindung unserer Grenadiere und der Soldaten aller Waffengattungen zu gedenken, die diesen einmaligen Kampf der Weltgeschichte zu bestehen haben. Was

sie unausgesetzt leisten, was immer ihnen aufgegeben ist, worauf sie verzichten müssen, was sie in ihrer Heimat haben, worum sie sich nicht kümmern können, was sie selbst unaufhörlich zu leiden und zu dulden, zu tragen, zu sorgen und zu nöten haben, das ist es, was jeder Einzelne sich stets vor Augen halten muß, wenn er über die kleinen Mühsale seiner Arbeit oder über seine eigenen Sorgen nachdenkt.

Es ist ja auch schlechterdings ein einmaliger Krieg. Noch niemals in der Weltgeschichte hat es ein solches Zerstörungsphänomen gegeben, wie diesen Krieg. Ihm gegenüber war der 30jährige Krieg ein Kinderspiel, wenn man zum Beispiel an die Zerstörung unserer Städte denkt. Überhaupt kein Ereignis in der Weltgeschichte ist auch nur annähernd mit ihm zu vergleichen. Vor allem ist es die Einschließung der Heimat in das Kriegsgeschehen, die diesen Krieg charakterisiert. Noch niemals wurde die Heimat so unmittelbar vom Kriegsgeschehen betroffen, wie in diesem Krieg.

Un-d all das steigert nun wieder die Bedeutung der Partei. Es sei, daß in diesem Kriege, gerade weil das Volk zuhause diese Leiden auf sich zu nehmen hat, eine Organisation vorhanden sein muß, die so wie die Wehrmacht an der Front das Volk in der Heimat mit dem klaren Bewußtsein des Geschehens dieser Zeit erfüllt, aufrichtet und durchhält. Die Partei ist daher aus unserem Gemeinschaftsleben nicht wegzudenken. Sie ist nicht ein zuhaus gebliebener organisierter Klub von politischen Interessenten, sondern sie ist das Lebensorgan des Volkes im größten, schwersten und kritischsten Zeitpunkt unserer Nation. Sie ist in der Heimat die Trägerin all dessen, was die Wehrmacht an der Front zu tragen hat. Was

15.11.1944

die Wehrmacht dem Soldaten, das ist die Partei dem Volksgenossen gegenüber. Und das zeigt, welche Bedeutung unser altes Ideal besitzt: längst sind wir in unserer Bewegung aus dem engen politischen Geschehen in den weltpolitischen Bereich aufgestiegen.

Wenn wir uns nun angesichts dieser Gesamtlage über die Zukunft klar werden wollen, so ist es eigentlich müßig, von der Zukunft zu sprechen. Eines steht fest: was immer auch unsere Feinde an Erbitterung, Haß und Entschlossenheit aufbringen mögen, unser Volk zu vernichten, das wird übersteigert durch die Leidenschaft unseres Volkes, es nicht dazu kommen zu lassen. Es kann kein Maß des Hasses gegen Deutschland geben, das irgendwie dem Maße der Liebe entspräche, die wir für Deutschland empfinden.

Das alles können wir nur, vor uns selbst bestehen und unsere Augen zum ewigen Herrgott aufrichtend. Wir kämpfen nicht für uns allein. Indem wir für Deutschland, seine Kultur, seine Seele, seine Geistigkeit, seine Menschen kämpfen, kämpfen wir für das große Wertstück auf dieser Erde. Von Deutschland kam durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder das Größte an Kultur und an Sendung aller Art für alle Völker der Welt. In Deutschland selbst geschahen die größten geistigen und seelischen Wunderwerke. Wir haben letzten Endes aber auch die größten Opfer für unsere Existenz gebracht. Es hätte keinen Sinn, daß der Herrgott das Entstehen eines deutschen Volkes zugelassen hätte, um es nunmehr den Todfeinden jeder Menschlichkeit und Kultur zum wehrlosen Opfer vorwerfen zu lassen.

Wir müssen uns darüber also völlig klar sein, daß irgend eine kritische Wertung der Vorgänge dieses Krieges, der Vorgänge, die zu diesem Kriege geführt

haben, oder der Methoden, die dieser Krieg bestimmte, uns nicht weiter führt. Jeder, der heute darauf die Sprache brächte, wäre ein Unnützer. Heute gilt es nur, treu und gehorsam, aktiv und tapfer zu sein, sonst gar nichts auf der Welt. Und wenn wir das aufbringen, dann sind wir allein als Generation berufen, diesen Kampf sieghaft zu bestehen.

Von jetzt an ist unser Krieg auch weltpolitisch ein gerechter Krieg. Mag man bis jetzt in der Welt geglaubt haben, Propagandaparolen gegen uns zu besitzen, weil wir andere Länder besetzt gehalten hätten oder Derartiges, - jetzt, wo wir auf eigenem Boden kämpfen, weiß jeder Engländer und Amerikaner: das ist der gerechteste Krieg, den ein Volk um sein Leben und seine Heimat führt. Die psychologische Auswirkung dieses Geschehens ist spürbar. Wir prophezeien nicht, aber wir wissen, daß ein Volk, das tapfer, klar und entschlossen ist, jedes Opfer für seine Freiheit zu bringen, noch niemals in der Geschichte besiegt werden konnte. Das muß uns genügen. Bis zu dem absolut eintretenden Fall, daß wir endgültig aus diesem Kriege unter Bewahrung der deutschen Freiheit und Ehre und der deutschen Stärke heraustreten werden, wird noch vieles Leid über uns kommen. Es ist noch nicht die Zeit, von einem Morgendämmern des Friedens zu sprechen. Eines nur ist sicher: wenn dieser Frieden kommt, dann geht er nicht gegen Deutschland, sondern nur mit Deutschland.

Meine Parteigenossen, wir haben hier in Krakau und im Generalgouvernement die große Aufgabe, uns auf einem Vorfeld des deutschen Volkes, auf diesem letzten großen Vorraum unseres Reiches zu bewähren. Wir sind nur eine ganz kleine Schar

von deutschen Männern und Frauen in diesem Raum. lo Millionen Polen müssen wir bei der Stange halten. Wir können dies nur dadurch erreichen, daß wir selber in diesem Raum ein absolut klar entschlossener Block von Willen, Klarheit und Sachlichkeit sind. Wer in diesem Augenblick glaubt, hier Persönliches der gemeinsamen Notwendigkeit voranstellen zu können, die Autorität des Führers und des Reiches in diesem Raum nicht mit allen Mitteln friedlicher und autoritärer Art zu vertreten, der würde sich aufs Schwerste gegen das deutsche Interesse versündigen. Ich bin mehr denn je entschlossen, diese Autorität des Reiches hier einheitlich durchgeführt zu wissen. Der Führer hat mir vor ganz wenigen Tagen in einem Fernschreiben mitgeteilt, daß er, komme, was kommen wolle, am Generalgouvernement unter allen Umständen festhält und daß er das vollste Vertrauen zu uns allen hat. Dieses Wort des Führers , das auf den Begriff "Generalgouvernement" also eine Verpflichtung legt, ist für uns alle bindend. Deutschland schaut auf uns. Wir haben in diesem Augenblick noch die Möglichkeit, zu wirken und zu arbeiten, zu schaffen und aus dem Lande herauszuholen, was möglich ist. Trotz der Kleinheit des Raumes, den wir heute noch haben, trotz der Schwierigkeit der Bedingungen des Lebens hier bin ich doch glücklich, daß ich unserer Heimat noch aus diesem kleinen Stück Landes über 15o 000 Tonnen Brotgetreide habe vor wenigen Wochen schicken können.

Gerade Sie, meine Parteigenossen, müssen daher in diesem Raum die <u>Vorkämpfer dieser Reichsautorität</u> sein. Wir sind hier nicht zu unserem Vergnügen, sondern zu einer ganz todernsten Aufgabe, und all das Schwätzen und Herumgeistern hilft uns nichts. Wo

Tausende sonst nötig sind, sind es hier Dutzende. Wo wir Polizei-und Sicherheitskräfte gegen die Banditen brauchten, haben wir nur wenige Männer zum Einsatz. Wo wir heute Hunderte von Beamten brauchten, haben wir wenige Zehn, wo wir Tausende von Arbeitern haben müßten, haben wir nur eine kleine Schar. Und sie alle stehen hier inmitten einer Masse von Polen, denen man bei noch so feierlichen Erklärungen über Loyalität doch nicht würde verdenken können, daß sie genau so gegen uns sich erklärten, wenn es das Unglück für uns wollte, wie es irgend ein anderes Volk auch täte. Wir müssen daher bei allem Versuchen, Ordnung und Ruhe in diesem Raum zu halten, doch immer daran denken, daß dieser kleine Kreis eine ungeheuer wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Wir haben hier kein Volk, das irgend ein Reichsgau hat. Wir haben hier zum Beispiel in Krakau 360000 Polen und 10000 Deutsche. Also das Volk ist hier polnisch. Das gibt auch der Parteiarbeit einen ganz eigenen Charakter, den sie sonst nirgendwo im Reiche hat. Wir müssen uns hier in die Partei als eine große Führungsorganisation im fremdvölkischen Raum hineindenken. Gerade diesem lauernden Blick eines Fremdvolkes gegenüber ist es daher umso notwendiger, daß sich die Garde der alten Parteigenossen für diesen offenen sachlichen Kämpfergeist freihält, der allein jetzt entscheidend ist. Alles andere kann man später austragen; da wird noch reichlich Zeit sein.

Es ist daher für mich eine große Beglückung, Sie, meine lieben Parteigenossen, heute abend zu sehen und Ihnen auch dafür zu danken, daß Sie dieses große Ziel mit uns erreichtet haben. Ohne die Partei und ohne diesen Flammengeist des reinen Ideals hätte

man hier nichts schaffen können. Dieses ganze Gesindel von gewinnstrebigen Burschen, die sich da und dort hereingeschlichen hatten, haben wir hoffentlich zum größten Teil im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Woche von uns stoßen können. Jetzt weht wirklich die Luft des Kämpferischen und Geistigen hier. Ich kann nur sagen: was wir hier in wenigen Jahren aus vollster Zerstörung, wie wir es 1939 übernommen haben, mühsam aufgebaut wurde, bleibt für alle Zukunft ein Musterbeispiel deutscher gemeinsamer Arbeit von Männern und Frauen aller Berufe, aller Stände und aller Ressorts. Es ist klar, daß die Erfüllung dieser Aufgabe viel leichter gewesen wäre, wenn uns nicht immer wieder die Kriegsumstände zurückgehalten hätten. Aber geschafft haben wir es.

Daß wir nun 5 Jahre in einem erstbesetzten Raum sind, das macht uns sozusagen zu dem Partriarchen der besetzten Gebiete in Europa überhaupt. Keiner kann uns irgend etwas sagen und keiner das Maul aufreißen über dem, was wir hier geschaffen haben, der nicht irgend etwas Ähnliches im Leben geleistet hat. Ich empfehle jedem, der uns kritisiert, uns erst einmal ein Generalgouvernement nachzumachen.

Daher, meine Parteigenossen, sind wir voll Stolz, voll Glauben und gemeinsamem Halt. Wir wollen nie vergessen, daß alles, was wir sind und werden können, alles, was wir im Leben geworden sind, - daß keiner von uns das wäre, wenn nicht Adolf Hitler dieses ganze Werk aufgerichtet hätte. Keiner kann hier irgendwie sagen, er sei es gewesen. Alles war und ist und wird sein Adolf Hitler!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Mit dem von Distriktsstandortführer Gouverneur Dr. von Burgsdorff ausgebrachtem Sieg Heil auf den Führer und den Liedern der Nation wird der Mitgliederappell geschlossen.

II/3
26

15.11.1944

20^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

20^{10} Aus Anlass des fünfjährigen Bestehens der Krakauer Zeitung und des Krakauer Zeitungsverlages empfängt der Herr Generalgouverneur Verlagsleiter Strozyk, Hauptschriftleiter Stöppler, die Schriftleiter und die technischen Leiter des Betriebes. Er ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache :

Meine Damen und Herren! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um Ihnen meinen Dank für die Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die Sie in den vergangenen 5 Jahren geleistet haben. Die Krakauer Zeitung ist eine der grössten und würdigsten Unternehmungen, die im Generalgouvernement entstanden sind. Es ist ein vorbildlich wirtschaftliches, soziales und politisches Werk, dass Sie hier aufgebaut haben, und dafür gebührt Ihnen meine ganz besondere Anerkennung.

Ich wollte diesen Tag, an dem vor fünf Jahren die Krakauer Zeitung ins Leben trat, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen einen Empfang auf der Burg zu bereiten. Sie haben sich mit Ihrem Werk auch voll und ganz in den Dienst meiner politischen Aufgabe gestellt, die ich im Auftrage des Führers zu erfüllen habe. Vor fünf Jahren ist es gewesen, als wir damals praktisch mit nichts begonnen haben. Wir haben dann allerdings eine grosse Idee, einen stürmischen Glauben und eine historische Bewusstheit in unsere Arbeit hineingebracht. Freilich hatte ich das grosse Glück, dass der Parteigenosse Amann mit grosszügigem und, wie ich sagen muss, vorbildlichem und damals noch sehr seltenem Verständnis für die Eigenart und die Notwendigkeit einer gewissen Autonomie dieses Raumes und seiner Führung mir geholfen hat.

In Ihnen, Herr Strozyk, ist mir ein vortrefflicher Fachmann gegeben worden, der das Land schon von früher her kannte. Sie haben tatsächlich die Krakauer Zeitung zu einer der grössten Unternehmungen des Deutschen Reiches gemacht.

IV/9
27

<u>15.11.1944</u>

Ich möchte vor allem aber auch der geistigen Seite danken und Ihnen, Herr Hauptschriftleiter Stöppler, allen Schriftleitern, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meinen ganz besonderen Dank sagen für die so ungewöhnlich verständnisvolle elastische geistige Art der Gestaltung des Inhalts der Krakauer Zeitung. Wenn sich dieses völlig neuartige und eigenartige Gebilde des Generalgouvernements heute doch alen kritischen und schwerwiegenden Betrachtungen im Reiche gegenüber durchgesetzt hat, so ist das nicht zuletzt der hochbedeutsamen Art der Schriftleitung und des Inhalts der Krakauer Zeitung zu danken. Ich bin immer stolz und glücklich, dass die Krakauer Zeitung als Organ ein so ungewöhnlich grosses Ansehen geniesst und dass sich dieses Ansehen gerade jetzt sogar noch weiter entwickelt hat.

Was vor uns liegt, wissen wir nicht. Umso stärker muss der Ansatzpunkt sein, den wir aus der Vergangenheit nehmen. Dass wir nun 5 Jahre hier sind, das hat uns sozusagen zu Patriarchen der besetzten Gebiete erhoben. Wir sind heute, wie ich sagen darf, die unerreichbaren Fachleute, und niemand kann eigentlich gegen uns an. Wenn irgendwo jemand über das Generalgouvernement schimpft, so können wir ihn nur fragen: Wo hast Du ein Generalgouvernement aufgebaut oder errichtet oder nachgelebt ? Bis jetzt hat es uns noch keiner nachgemacht. Gewiss will ich nicht behaupten, dass nicht auch uns Irrtümer unterlaufen sind. Vor allem habe ich die Feindschaft der Berliner Zentralen zu gering angesetzt.

Ich erwarte nun von Ihnen, Herr Verlagsleiter Strozyk, von Ihnen Herr Hauptschriftleiter Stöppler, und von allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, dass Sie wie bisher der Krakauer Zeitung und dem Krakauer Zeitungsverlag Ihre gemeinsame Arbeit für Führer und Reich zur Verfügung stellen. Dazu wünsche ich Ihnen allen von Herzen das Beste.

IV/9
28

15.11.1944

Im Anschluss an den Empfang findet ein Abendessen im Säulensaal statt.

IV/9 **Freitag, den 17.November 1944** **Krakau**

11^{50} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Präsident Dr.von Craushaar.

Staatssekretär Dr.Boepple erstattet zunächst Bericht über seine Tätigkeit in Schlesien undberichtet vor allem über die hervorragende Zusammenarbeit aller dort befindlichen Dienststellen des Generalgouvernements untereinander und seine persönlichen ausgezeichneten Beziehungen zu den Gauleitern Hanke und Bracht.

Präsident Dr.von Craushaar bemerkt dazu: Staatssekretär Dr.Stuckart habe ihm in Berlin vor einigen Tagen ausdrücklich versichert, dass alle einmal aufgetauchten Zweifel über die Richtigkeit des Vorgehens des Generalgouverneurs bei der Evakuierung ebenso wie die in der gleichen Richtung liegenden Vorwürfe, dass man im Generalgouvernement zu viel oder zu früh oder methodisch bedenklich geräumt habe, vollkommen erledigt seien. Alle diese Vorwürfe hätten sich als völlig unberechtigt herausgestellt. Das Verhalten des Generalgouverneurs und seiner Regierung in den letzten schwierigen Monaten habe nunmehr die völligste Zustimmung aller Reichstellen erlangt.

Staatssekretär Dr.Boepple legt dann dem Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit vor.

Der Herr Generalgouverneur erteilt nunmehr Staatssekretär Dr.Boepple den Auftrag, Staatssekretär Dr. Bühler für die Dauer seiner Abwesenheit von Krakau zu vertreten und das so erspriessliche und gute Zusammenarbeiten mit den Regierungsmitgliedern und allen Dienststellen des Generalgouvernements auf das beste zu pflegen.

Präsident Dr.von Craushaar berichtet über den Fortgang der Verhandlungen bezüglich der Zollgrenze und bemerkt, dass am 2o.November einige Persönlichkeiten

aus Kattowitz zu den abschliessenden Besprechungen kommen würden. Nach menschlichem Ermessen sei wohl damit zu rechnen, dass dadurch die Zollgrenzfrage endgültig bereinigt werde.

Zur Frage der Stadt- und Landwacht betont Präsident Dr.von Craushaar, dass die gestrige Besprechung mit Generaloberst Harpe auf der Burg unter Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs zu einer völligen Klärung der gesamten Angelegenheit geführt habe und nunmehr nach seinen heutigen Besprechungen mit den zuständigen Polizeidienststellen dieser gesamte Komplex als absolut geklärt angesehen werden könne.

13^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

Oberst Fischer teilt mit, dass er die Aufträge, die der Herr Generalgouverneur ihm gestern bei der Besprechung mit Generaloberst Harpe gegeben habe, in folgender Richtung ausgeführt habe: 1. Wegen der Nichtverwendung von im Generalgouvernement einmal tätig gewesenen Personen an der Front bittet die Heeresgruppe, die endgültige Entscheidung des OKW abzuwarten.
2. Die Heeresgruppe steht auf dem Standpunkt, dass die generelle Anwendung des bisherigen Erlasses nicht nötig sei, sondern von diesem Erlass hauptsächlich nur betroffen würden, die gehobenen, mit grösserer Verantwortung versehenen Beamten-und Angestellten- Gruppen des Generalgouvernements, dass dagegen die kleinen und niedrigen Dienstträger ruhig Dienst an der Ostfront machen könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, dass es mit der sozialistischen Grundanschauung des modernen Staates nicht vereinbar wäre, solche Unterschiede innerhalb der Beamten- und Angestellten- Kategorien zu machen.

Weiter berichtet Oberst Fischer, dass die Versorgung der Alarmeinheiten mit Wehrmachtsuniformen von der

Heeresgruppe mit aller Intensität betrieben werde. Es sei also damit zu rechnen, dass die Uniformierung dieser Alarmeinheiten schon bald durchgeführt werden könnte.

16³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsamtsleiter Dr. Freiherrn du Prel.

19³⁰ Vortrag des Herrn Generalgouverneurs im grossen Dienstzimmer der Staatsbibliothek über das Thema : "Über den Dilettantismus".

Präsident Dr. Eichholz gibt zunächst der Freude darüber Ausdruck, dass sich der Herr Generalgouverneur, der seinerzeit die Schirmherrschaft der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements übernommen habe, nun bereit erklärt habe, in einem geschlossenen Vortrag über ein von ihm selbst gewähltes Thema zu sprechen. Erfreulich sei es auch, dass dieser Vortrag in der Staatsbibliothek, einer Stätte wissenschaftlicher Forschung, stattfinden könne.-

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu seinem Votrag : "Über den Dilettantismus". +)

Präsident Dr. Eichholz schliesst die Veranstaltung mit einem Dank an den Herrn Generalgouverneur.

20⁵⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

+) Der Vortrag erscheint in Broschürenform.

IV/9

Krakau

Samstag, den 18.November 1944

16^{30} Der Herr Generalgouverner empfängt den Ministerialdirigenten Dr.Medicus.

20^{08} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Wien.

Sonntag, den 19.November 1944

bis

Dienstag, den 21.November 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 21.November 1944

18^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

19^{25} Besprechung mit Dr.Meidinger.

Kressendorf

XV/9

Mittwoch, den 22. November 1944

10^{15} Diktat einer Rede, die der Herr Generalgouverneur am 25.11.1944 halten will, mit dem Thema : "Partei und Staat".

12^{00} Besprechung mit Dr. Meidinger und Referent von Palésieux.

Kressendorf

XV/9

Donnerstag, den 23. November 1944

17[45] Besprechungen mit Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger, dem Inspektor des Sonderdienstes Dr. Hammerle und Regierungsrat Dr. Jänsch.

Freitag, den 24. November 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Samstag, den 25. November 1944

11^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

12^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung vom Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten Mikolajczyk.- Der Herr Generalgouverneur hält eine Ausnutzung dieser Sachlage durch die deutsche Propaganda vor allem auch im Generalgouvernement für sehr wünschenswert.

Weiter gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsch Ausdruck, einmal vor Polen in einer Betriebsversammlung, etwa vor der Gefolgschaft der Krakauer Zeitung, zu sprechen, und beauftragt Präsident Ohlenbusch, die dafür notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg des Arbeitsbereiches.

16^{05} Im Rahmen eines Schulungslehrganges für Verwaltungsbeamte hält der Herr Generalgouverneur einen Vortrag über das Thema: "Partei und Staat".

17^{35} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

17^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

IV/9 Sonntag, den 26. November 1944 Krakau

16[40] **Konzert** im Königssaal der Burg.

Mitwirkende sind: Das Orchester der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Swarowsky. Solisten : Pianist Karolyi, Kammersänger Julius Patzak, am Flügel Kapellmeister Schmidt.

Krakau

Montag, den 27. November 1944

8⁰⁰ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur geht durch verschiedene Räume des Hauses, in denen bisher der Dienstbetrieb noch nicht aufgenommen worden ist.

8¹⁵ erscheint Oberdienstleiter Tießler.

Im Arbeitszimmer des Oberdienstleiters Tießler hat der Herr Generalgouverneur mit diesem eine längere Besprechung.

In dieser Besprechung werden zunächst verschiedene Punkte berührt, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Herrn Generalgouverneur als Leiter des Arbeitsbereiches und Oberdienstleiter Tießler geführt haben.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass es zu diesen Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Er wolle deshalb versuchen, ein etwas besseres Verhältnis herbeizuführen, ohne damit zum Ausdruck bringen zu wollen, dass es eines besonderen Hinweises auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der Loyalität bedürfe. Er habe seinerzeit Oberdienstleiter Tießler als seinen Stellvertreter verpflichtet, müsse aber feststellen, dass dieser sich in seinen Äusserungen, Berichten und Anordnungen weniger als sein Stellvertreter denn als Beauftragter einer anderen Stelle, nämlich der Parteikanzlei, fühle. Oberdienstleiter Tießler habe unter anderem eine Anordnung erlassen, auf Grund deren sich mehrere Parteigenossen veranlasst gesehen hätten, sich nicht zum Dienst in der Stadt- und Landwacht zu melden. – Der Anlass, aus dem er zu Oberdienstleiter Tießler gekommen sei, liege in einem Schreiben des Reichsleiters Bormann vom 19.11.1944, in welchem dieser zu dem Erlass des Generalgouverneurs vom 13.10.1944 Stellung nehme und darauf hinweise, dass in diesem Erlass ganz allgemein von Stellungsbau die Rede sei, ohne den

besonderen Auftrag der Partei herauszustellen, weshalb die Ausgabe eines Ergänzungserlasses für notwendig gehalten werde.

Oberdienstleiter Tießler gibt in längeren Ausführungen die Gründe an, die ihn veranlasst haben, dem Reichsleiter Bormann über die Sachlage Bericht zu erstatten. Er habe lediglich bei der Kanzlei angefragt, wie der Befehl hinsichtlich der Durchführung der Ortssicherung auszulegen sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt demgegenüber fest, dass Oberdienstleiter Tießler ihm in dieser Angelegenheit niemals direkt Bericht erstattet habe. Er, der Generalgouverneur, habe lediglich eines Tages einen Brief von Oberdienstleiter Tießler erhalten, des Inhalts, dass Reichsleiter Bormann diesen Auftrag erteilt habe, nachdem alle Vorverhandlungenbereits abgeschlossen gewesen seien. Er müsse sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Verfahren wenden, und halte es für völlig ausgeschlossen, dass sein Stellvertreter, ohne ihn, den Leiter des Arbeitsbereiches, in Kenntnis zu setzen, etwas unternehme, was letzten Endes gegen seine, des Generalgouverneurs, Verantwortung für diesen Raum verstosse. Eine solche Maßnahme sei mit der Position des Stellvertreters des Arbeitsbereiches völlig unvereinbar. Die beiden Funktionen des Oberdienstleiters Tießler als des Beauftragten des Reichsleiters Bormann und als des Stellvertreters des Leiters des Arbeitsbereiches müssten streng voneinander geschieden werden. Was Oberdienstleiter Tießler jetzt im Auftrage des Reichsleiters Bormann im Generalgouvernement tue, müsse sich im Rahmen der Methode halten, in der sich alle Beauftragten von obersten Reichs- und Parteidienststellen gerierten. Was Oberdienstleiter Tießler als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches tue, habe er im engsten loyalsten Einvernehmen mit ihm als dem Leiter des Arbeitsbereiches durchzuführen; sonst müsste ja in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass ihm praktisch die Leitung

des Arbeitsbereiches entzogen sei. Wenn er, der Generalgouverneur, heute im Hause der NSDAP erschienen sei, so bedeute das die Wiederübernahme der Leitung des Arbeitsbereiches durch ihn, den Generalgouverneur, auch in tatsächlicher Beziehung.

Oberdienstleiter Tießler betont, dass er sich niemals als Instrument des Reichsleiters Bormann gegen den Generalgouverneur bezw. den Leiter des Arbeitsbereiches gefühlt habe, sondern stets aus eigenem Wollen und eigenen Bedürfnissen heraus handle. Auch in den Angelegenheiten, in denen der Leiter des Arbeitsbereiches mit ihm nicht zufrieden sei, habe er immer eine eigene Verantwortung übernommen. Er habe auch noch kürzlich einigen Vertretern des Staates gegenüber seiner Meinung dahingehend Ausdruck gegeben, dass die Einheit von Staat und Partei dokumentiert werden müsse.

Oberdienstleiter Tießler nimmt dann zu einem zweiten Fall Stellung, dem folgender Sachverhalt zu Grunde liegt : Er, Oberdienstleiter Tießler, habe dem Herrn Generalgouverneur auf der Burg gesagt, dass Parteirichter Brodmann offenbar einen Fehler gemacht habe, weil er nämlich behauptet hätte, dass sich ein Fernschreiben in den Privatakten des Oberdienstleiters Tießler befunden habe. In Wirklichkeit aber habe sich dieses Fernschreiben in den Privatakten des Parteigenossen Lindau befunden. Er, Oberdienstleiter Tießler, habe von diesem Fernschreiben erst durch den Generalgouverneur erfahren.

Weiter wird dann noch ein dritter Fall besprochen, in welchem es sich um einen Erlass handelt, der die Bildung einer Zentralstelle für alle Stellungsbau-Angelegenheiten zum Gegenstand hat. Auch hier sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Dienststellen der Regierung und der Partei entstanden.

Im Anschluss an die eingehende Behandlung dieser drei Fälle trifft der Herr Generalgouverneur folgende

27.11.1944

Feststellung: Alle diese Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten wären nicht eingetreten, wenn in ihm im Laufe der Zeit nicht der Eindruck hätte entstehen müssen, dass die Loyalität des Oberdienstleiters Tießler keine totale sei. Wenn Oberdienstleiter Tießler als sein, des Generalgouverneurs und Leiters des Arbeitsbereiches, Vertreter handle, dann müsse er auch im Sinne seiner Arbeit handeln. Im übrigen liege ihm garnichts am Persönlichen; er denke garnicht daran, jemanden beleidigen zu wollen und sei gern bereit, Äusserungen, die er vielleicht einmal in einer gewissen Erregung gebraucht habe, zurückzunehmen und sich zu entschuldigen.

Der Herr Generalgouverneur stellt dann folgende Fragen an Oberdienstleiter Tießler: Sind das die Punkte? Ist das nun erledigt? Können wir von diesen Dingen abgehen? Werden Sie darüber nun einen Bericht geben, dass das bereinigt ist, dass wir uns ausgesprochen haben, dass Sie mit mir wieder den Kontakt halten? Oberdienstleiter Tießler bejaht diese Fragen und erklärt sich bereit, in diesem Sinne zu handeln.

Der Herr Generalgouverneur führt dann fort: "Ich bin 25 Jahre beim Führer. Ich habe hier eine Aufgabe zu erfüllen, die nicht leicht ist; aber es wäre mir unmöglich, sie zu erfüllen, wenn ich nicht eins wäre mit den massgebenden Parteistellen. Ich habe am vergangenen Samstag eine Rede über das Verhältnis von Partei und Staat gehalten, in der ich sagte, dass die Wirksamkeit der Partei nicht von der Zahl der Menschen, sondern von der Intensität des Lebens abhängt. Wir können das Parteileben nur dann intensivieren, wenn wir im Rahmen der Aufgaben der Partei bleiben. Die Partei darf niemals zum Staat im Staate werden".

Der Herr Generalgouverneur richtet dann die Frage an Oberdienstleiter Tießler, ob er bei der Schulung von Verwaltungsbeamten gesagt habe: "Wir wollen einmal sehen, wer im Generalgouvernement führt".-

27.11.1944

Oberdienstleiter Tießler stellt entschieden in Abrede, jemals eine solche Äusserung getan zu haben. Für ihn gelte der Grundsatz, dass dem Staat gegeben werden müsse, was ihm gebühre, und der Partei, was ihr gebühre. Er beanspruche für die Partei nur die weltanschauliche und politische Ausrichtung der deutschen Menschen.

Der Herr Generalgouverneur gibt weiter seinem Befremden darüber Ausdruck, dass Oberdienstleiter Tießler in der letzten Zeit verschiedene Anordnungen erlassen, Artikel geschrieben habe, usw., ohne ihm den geringsten Einfluss darauf einzuräumen. Glaube Oberdienstleiter Tießler etwa, dass Staatssekretär Dr. Bühler solche Anordnungen durchführen werde?

Oberdienstleiter Tießler bemerkt demgegenüber, dass er Anordnungen grundsätzlicher Art regelmässig vorgelegt habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt darauf Oberdienstleiter Tießler von seinem Wunsch Kenntnis, die Arbeit der Partei im Generalgouvernement näher kennen zu lernen, und ersucht Oberdienstleiter Tießler, ihm sein Dienstzimmer für Besprechungen im Hause der NSDAP zur Verfügung zu stellen.

Oberdienstleiter Tießler erklärt sich damit einverstanden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Stadt- und Landwacht bezw. des Volkssturmes im Generalgouvernement Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner grundsätzlichen Auffassung dahin Ausdruck, dass Einberufungen zur Stadt- und Landwacht unbedingt Folge geleistet werden müsse. Wenn etwa von Parteidienststellen mit dem Argument gearbeitet werde, dass demnächst auch im Generalgouvernement ein Volkssturm errichtet werde, so verweise er darauf, dass die Stadt- und Landwacht

auf einem Erlass beruhe, der bereits im August 1942 ergangen sei.

Der Herr Generalgouverneur macht weiter darauf aufmerksam, dass Staatssekretär Koppe ihm drei Parteigenossen gemeldet habe, die sich unter Berufung auf eine Anordnung des Oberdienstleiters Tießler geweigert hätten, in der Stadt- und Landwacht Dienst zu tun.

Oberdienstleiter Tießler erklärt hierzu, dass eine schriftliche Anordnung seinerseits in der gesamten Angelegenheit des Volkssturmes bislang nicht ergangen sei, er daher auf mündliche Fragen einzelnen politischen Leitern die Auskunft gegeben habe, dass die Stadt- und Landwacht nicht der Volkssturm sei, sondern dieser erst ausgebildet werden würde; aus diesem Grunde bestehe für sie keine Verpflichtung, sich zu der unter der Bezeichnung "Volkssturm" arbeitenden Organisation der Stadt- und Landwacht zu melden.

Auf Vorschlag des Herrn Generalgouverneurs wird dann folgende Regelung getroffen: Unabhängig von der Bildung des Volkssturmes wird Oberdienstleiter Tießler den betreffenden Parteigenossen Bescheid geben, dass sie sich nunmehr der Stadt- und Landwacht zur Verfügung stellen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Besprechung der Frage der Stadt- und Landwacht bezw. des Volkssturmes für den 29.11.1944 im Hause der NSDAP an.

Die Kreisleiterfrage wird von dem Herrn Generalgouverneur für eine besondere Aussprache zurückgestellt.

Die auf Grund einer im Oktober stattgefundenen Besprechung zwischen Oberdienstleiter Tießler und den Parteigenossen Walkenhorst und Möckel vorgenommene Auflösung der Befehlsstelle der Reichsjugendführung im Generalgouvernement, der zufolge der bisherige Chef der Befehlsstelle, Hauptbannführer Schimmelpfeng, nur noch Leiter des Amtes für Jugend in der Regierung des

Generalgouvernements ist, wird vom Generalgouverneur, der bereits vor mehreren Wochen die Auflösung der Befehlsstelle gewünscht hat, gutgeheissen.

Im Einverständnis mit Oberdienstleiter Tießler stellt der Herr Generalgouverneur fest, dass nunmehr alle persönlichen Differenzen zwischen ihm und Oberdienstleiter Tießler beseitigt sind.

Nach Abschluss dieser Besprechung empfängt der Herr Generalgouverneur Oberbereichsleiter Kobusch, den Abschnittsleiter Lapp, den Bereichsleiter Jodeleit, den Distriktstandortführer Gouverneur Dr.von Burgsdorff, den Presseamtsleiter Pressechef Gassner, den Oberabschnittsleiter Straßmayr, den Organisationsleiter Präsident Ohlenbusch, die Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger, den Schulungsleiter Oberbereichsleiter Hohlweger, den SA-Brigadeführer Künemund, den Abteilungsleiter Ministerialrat Albert.

In Besprechungen mit den einzelnen Amtsleitern stellt der Herr Generalgouverneur fest, dass die Spannungen, die durch Missverständnisse und Handlungen auf beiden Seiten entstanden seien, beseitigt seien und sowohl von seiner als auch von der Seite des Oberdienstleiters Tießler der unbedingte Wille zu einer loyalen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit bestehe.

Der Herr Generalgouverneur lässt sich von den Amtsleitern Berichte über ihre Tätigkeit erstatten und gibt ihnen Weisungen für ihre weitere Arbeit.

In der Besprechung mit SA-Brigadeführer Künemund wird auch der Wunsch der Obersten SA-Führung berührt, SA-Brigadeführer Künemund als Stabsführer für den Volkssturm einzusetzen. In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, dass das für ihn selbstverständlich sei; denn durch die Erfüllung dieses Wunsches der Obersten SA-Führung werde das gute Verhältnis zur SA noch weiter gefestigt.

17/3

27.11.1944

In den Besprechungen mit den einzelnen Amtsleitern des Arbeitsbereiches betont der Herr Generalgouverneur jeweils besonders, wie sehr er eine Intensivierung der Parteiarbeit wünsche und von jedem einzelnen einen restlosen Einsatz erwarte.

12^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zu Burg.

12^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{10} Besprechung mit Staatsekretär Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Boepple meldet dem Herrn Generalgouverneur, dass er die Geschäfte wieder an Staatssekretär Dr. Bühler übergeben habe, und betont dabei, dass er den besten Eindruck von der Führung der Verwaltungsgeschäfte im Generalgouvernement gewonnen habe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, mit Gauleiter Bracht die Frage zu besprechen, ob nicht eine Möglichkeit gegeben sei, Mannschaften aus Oberschlesien für die Besetzung der Stellungen im Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/9

Krakau

Dienstag, den 28.November 1944

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP.

11^{15} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberdienstleiter Tießler, die Gouverneure Dr.Wächter und Dr.Wendler um Mitteilung darüber zu bitten, was mit den Parteiarchiven ihrer Distrikt-Standortführungen geschehen ist.

Weiter wird nochmals zur Frage des Volkssturmes Stellung genommen. Oberdienstleiter Tießler schlägt vor, den Volkssturm unter Führung des Generalgouverneurs aufzubauen und SA-Brigadeführer Künemund zum Stabsführer zu ernennen.

Der Herr Generalgouverneur will die Regelung dieser Frage der Besprechung am 29.11.44 vorbehalten wissen.

Im Anschluss an die Besprechung besichtigt der Herr Generalgouverneur die Kasinoräume des Hauses der NSDAP und rügt dabei den verwahrlosten Zustand des Hofes.

11^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu Burg.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur besichtigt die Diensträume der Kanzlei.

15^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Staatssekretär Koppe.

16^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant der Flieger Seidemann in Gegenwart des Oberstleutnants von Dazur.

IV/9
2

28.11.1944

Generalleutnant Seidemann ist kommandierender General des VIII. Fliegerkorps mit dem Sitz in Witkowice 3 km nördlich von Krakau.

Generalleutnant Seidemann ist dadurch bekannt geworden, dass er im Jahre 1930 für Deutschland den Europa-Flug gewonnen hat: 5 000 km Flug im Sportflugzeug durch alle Hauptstädte Europas. Im Kriege hat Generalleutnant Seidemann verschiedene Generalstabsstellen bekleidet und ist u.a. der letzte Chef des Generalstabes bei Generalfeldmarschall Kesselring gewesen. Kürzlich ist ihm das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen worden.

16[15] Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die gegenwärtige Währungslage im Generalgouvernement. Er weist dabei darauf hin, dass die Wehrmachtsanforderungen von 441 Millionen Zloty im Juli auf 226 Millionen Zloty im Oktober zurückgegangen seien und sich voraussichtlich im Monat November auf 200 Millionen Zloty belaufen würden. Dieser Rückgang sei wohl darauf zurückzuführen, dass mittlerweise bei der Wehrmacht besondere Abrechnungskassen eingerichtet worden seien und damit zusammenhängend eine Neuregelung der rechnerischen Durchführung der Besoldung eintrete.

XV/9 <u>Mittwoch, den 29.November 1944</u> <u>Krakau</u>

10^{30} Eintreffen des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> im Hause der NSDAP.

10^{35} Der Herr <u>Generalgouverneur</u> lässt sich von Oberdienstleiter Tießler den <u>Posteingang</u> vorlegen.

10^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr.<u>Bühler</u>, Staatssekretär <u>Koppe</u> und Oberdienstleiter <u>Tießler</u>.

Oberdienstleiter <u>Tießler</u> teilt zunächst mit, daß er gestern die Parteigenossen Clemens und Jaedicke vorgeladen und ihnen eröffnet habe, dass auch die Parteigenossen verpflichtet seien, an den Übungen der <u>Stadt- und Landwacht</u> teilzunehmen und Einberufungen zu solchen Übungen Folge zu leisten.

Dann wird zu dem <u>Fall Wolters</u> Stellung genommen.

Nach kurzer Besprechung dieses Falles, zu dem sich vor allem Staatssekretär <u>Koppe</u> äussert, umreisst der Herr <u>Generalgouverneur</u> seinen Standpunkt wie folgt : In der Zeit, als Wolters an der Übung habe teilnehmen sollen, habe die ernste Gefahr eines Durchbruches der Russen bestanden. Das von Wolters in diesem Zusammenhang an die zuständige Polizeistelle gerichtete Schreiben zeuge von einer völligen Verkennung der Sachlage. Deshalb treffe er folgende Feststellung: Dieser Fall Wolters müsse zum Anlass genommen werden, ganz allgemein klarzulegen, worum es im gegenwärtigen Zeitpunkt gehe. Er halte es deshalb für notwendig, dass von den zuständigen Stellen des Staates und der Partei gemeinsam eine allgemeine Befehlsordnung mit Strafandrohungen für den Alarmfall herausgegeben werde, in der klargelegt werde, unter welchen Voraussetzungen und von welchen Stellen Befehle erteilt werden können.

Staatssekretär Dr.<u>Bühler</u> bemerkt, dass eine solche Regelung bereits in Vorbereitung sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der Frage der eventuellen Aufstellung eines <u>Volks-</u>

sturmes im Generalgouvernement Stellung genommen.

Oberdienstleiter Tießler hat den Antrag gestellt, dass der Volkssturm nunmehr auch im Generalgouvernement gebildet wird, und zwar unter Leitung des Generalgouverneurs als Leiters des Arbeitsbereiches, und dass ihm SA-Brigadeführer Künemund als Stabsführer beigegeben wird, weiter dass die Stadt- und Landwacht in dem Volkssturm aufgehen bezw. von ihm übernommen werden soll.

Staatssekretär Koppe hat an sich gegen die Aufstellung eines Volkssturmes im Generalgouvernement nichts einzuwenden, äussert aber starke Bedenken dagegen, dass die SA die Führung dieses Volkssturmes übernehmen könne, weil sie zu schwach sei, eine solche Aufgabe zu erfüllen. Bisher werde die Stadt- und Landwacht von 10- bis 11 000 Männern der Polizei getragen, die ihr Wissen, ihr Können und ihre praktische Erfahrung in den Dienst der Sache stellten, und allein in der Lage seien, aus den Männern etwas zu machen. Auf eine diesbezügliche Frage habe auch Reichsführer SS Himmler geantwortet, daß die Führung ohne Zweifel nur bei dem Höheren SS-und Polizeiführer liegen könne.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, Generaloberst Harpe habe ihm bestätigt, dass er sich keine bessere Möglichkeit der Sicherung der Alarmeinheiten denken könne, als sie zurzeit stattfinde. Im übrigen halte er, der Generalgouverneur, es für richtig, zunächst die Stadt- und Landwacht weiter auszubauen, einen Volkssturm aber erst dann zu bilden, wenn man klarsehe, wie sich die allgemeine Situation entwickle. Weiter verweise er auf den Erlass des Reichsministers Lammers, nach welchem Anordnungen, Verfügungen und Gesetze des Reiches im Generalgouvernement nur Geltung hätten, wenn das in ihnen ausdrücklich gesagt sei. Da dieser Zusatz in der Verordnung über den Volkssturm nicht enthalten sei, gelte sie im Generalgouvernement nicht.

IV/9
3

29.11.1944

Oberdienstleiter <u>Tießler</u> betont demgegenüber, ihm sei lediglich von ᛋᛋ-Obergruppenführer Berger bzw. der Reichsführung ᛋᛋ mitgeteilt worden, dass im Generalgouvernement ein Volkssturm aufgezogen werden müsse.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> legt vor allem Wert darauf, dass die bestehende Organisation nicht zerschlagen werde. Solange der Volkssturm im Generalgouvernement nicht errichtet sei, müsse weiterhin in der Stadt- und Landwacht Dienst getan werden. Die Meinung des Obergruppenführers Berger könne für ihn nicht massgebend sein, da er als Generalgouverneur nur dem Führer unterstehe. Um aber allen diesen Missverständnissen aus dem Wege zu gehen, würde er sich mit der Bildung eines Volkssturmes abfinden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass bei seiner Organisation alles Notwendige berücksichtigt werde, damit dieser Volkssturm mit der gleichen Alarmsicherheit versehen werden könne wie bisher die Stadt- und Landwacht.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> gibt dann Staatssekretär Koppe folgende Richtlinien für die Besprechung, die am nächsten Freitag in Berlin mit der Reichsführung ᛋᛋ stattfinden soll :

1. Grundsätzlich gilt die Verordnung über die Bildung des Volkssturmes im Generalgouvernement nicht, da sie nicht den Zusatz enthält : "Gilt auch im Generalgouvernement".
2. Um der allgemeinen Optik willen erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, die Stadt- und Landwacht in den Volkssturm überzuführen unter der Voraussetzung, dass das feste Gefüge und die Zuverlässigkeit der Stadt- und Landwacht in der bisherigen Form gesichert werden.
3. Der Herr Generalgouverneur schlägt vor, dem SA-Führer im Generalgouvernement die Schießausbildung wie im Reich zu übertragen.

29.11.1944

Im weiteren Verlauf der Besprechung kommt es dann zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Oberdienstleiter Tießler und Staatssekretär Koppe, in der dieser u.a. den Vorwurf erhebt, dass Oberdienstleiter Tießler versucht habe, die ᛋᛋ etwas zu gängeln. Er, Staatssekretär Koppe, habe Wichtigeres zu tun, als auf den Inhalt der Schreiben des Oberdienstleiters Tießler einzugehen.

Oberdienstleiter Tießler macht demgegenüber geltend, dass er zu verschiedenen Malen bei Staatssekretär Koppe in dieser Angelegenheit vorgesprochen habe, dieser aber nicht ein einziges Mal es für nötig befunden habe, sich mit ihm über die Dinge auszusprechen.

Der Herr Generalgouverneur will unter keinen Umständen den Eindruck entstehen lassen, dass die Partei gegen den Staat oder die ᛋᛋ und Polizei Front mache. Das würde aufs schärfste gegen die Kriegsnotwendigkeiten verstossen. Es gehe keineswegs an, dass Parteigenossen aufgefordert würden, nicht in der Stadt- und Landwacht Dienst zu tun. Wenn man wirklich in dieser Sache scharf durchgegriffen hätte, wäre es weder Oberdienstleiter Tießler noch irgend jemand anderem gelungen, die betreffenden Personen vor einem kriegsgerichtlichen Verfahren zu bewahren. Oberdienstleiter Tießler könne auch für solche Dinge nicht die Verantwortung übernehmen, denn sie seien nicht zu verantworten.

11.45 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Oberdienstleiter Tießler, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, SA-Brigadeführer Künemund, Oberbereichsleiter Kobusch und Abschnittsleiter Rapp.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Aufstellung eines Volkssturmes im Generalgouvernement.

Oberdienstleiter Tießler legt den Standpunkt der Partei zu dieser Frage dar und führt aus: Nachdem der

IV/9
3

Führer die Anordnung herausgegeben habe und der Aufruf ergangen sei, seien er und mit ihm die politischen Leiter des Arbeitsbereiches wie die einzelnen Gliederungsführer der Auffassung gewesen, dass der Erlass über die Bildung des Volkssturmes auch für das Generalgouvernement gelten solle. Er habe sich persönlich bei der Parteikanzlei erkundigt und den Bescheid erhalten, dass der Erlass über die Bildung des Volkssturmes auch im Generalgouvernement Geltung habe. Er sei in seinem Eindruck dadurch bestärkt worden, dass ihm Durchschlag eines Fernschreibens des Staatssekretärs Koppe zur Kenntnis gebracht worden sei, ferner durch ein Schreiben des Obergruppenführers Berger vom 6.11.44, die beide von dem Standpunkt ausgegangen seien, dass ein Volkssturm im Generalgouvernement gebildet werden solle. Wenn er darum bitte, den Volkssturm im Generalgouvernement zu bilden, so verbinde er damit gleichzeitig den ihm von der Obersten SA-Führung nahegelegten Vorschlag, den SA-Brigadeführer Künemund zum Stabsführer des Leiters des Arbeitsbereiches in seiner Eigenschaft als Führers des Volkssturmes zu ernennen. In diesem Zusammenhang ergebe sich dann die Frage: Ist SA-Brigadeführer Künemund im Zusammenarbeiten mit den von der Partei zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage, diese Aufgabe zu meistern?

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, dass Erlasse, Anordnungen und Verordnungen des Führers im Generalgouvernement nur Gültigkeit hätten, wenn sie den Zusatz enthielten: "Gilt auch im Generalgouvernement". Diese Übung sei auch bisher allgemein zur Anwendung gekommen. Weiter sei auch eine Schlussfolgerung vom Protektorat auf das Generalgouvernement staatsrechtlich nicht möglich. Gleichwohl wolle er grundsätzlich dahin tendieren, dass der Volkssturm auch im Generalgouvernement in Erscheinung trete, allerdings unter der Gewähr, dass das feste Gefüge der Stadt- und Land-

29.11.1944

wacht, die sich nach einer Erklärung des Generaloberston Harpe aufs beste bewährt habe, nicht zerstört werde. Dieser Gesichtspunkt müsse bei der Besprechung, die am nächsten Freitag in Berlin stattfinde, und an der Staatssekretär Koppe und Oberdienstleiter Tießler teilnähmen, schärfstens betont werden.

Staatssekretär Koppe erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, dass die Stadt- und Landwacht in einen Volkssturm umgewandelt wird. Jedenfalls müsse aber die Stadt- und Landwacht bezw. der spätere Volkssturm von einer fest gefügten Organisation getragen werden. Dafür habe man bisher das starke tragende Fundament der Polizei in jeder Hinsicht herangezogen. Anders als im Altreich gebe es im Generalgouvernement Ortschaften, in denen sich überhaupt kein Deutscher befinde, höchstens vielleicht da oder dort ein Landwirtschaftsführer, Wirtschaftsführer, Treuhänder und dergleichen. Wer den Volkssturm führen wolle, müsse über Einrichtungen verfügen, die die Kristallisationspunkte für eine solche Institution abgehen. Die in Betracht kommenden Männer müssten im gegebenen Fall irgendwie alarmiert und gesammelt werden können. Die dafür notwendigen Mittel wie Nachrichtenapparate, Fernschreiber, Telefone usw. lägen allein in der Hand der Polizei und Gendarmerie. Man habe jetzt eine Anzahl von Gendarmerieposten, die verdoppelt würden, und das seien die Auffangstellen für die deutschen Menschen, die verstreut wohnten und sonst nicht erfasst werden könnten. Bezüglich der Ausbildung der Volkssturmmänner stele man im ersten Treffen: Der Volkssturm werde in der A1- und A2-Linie eingesetzt. Die SA verfüge heute noch über 1.400 oder 1.300 Männer, zum grössten Teil Volksdeutsche und Volksstämmige. Die Deutschstämmigen könne man grundsätzlich nicht in den Volkssturm aufnehmen, da dies einem Befehl der Reichsführung ‡‡ zuwiderlaufen würde.

IV/9 29.11.1944

Oberdienstleiter Tießler betont, dass auch er nur von sachlichen Momenten ausgehe. In dem Aufruf für die Bildung des Volksturmes wolle er auch ausdrücklich sagen, dass die Stadt- und Landwacht solange bestehen bleibe, bis die Aufgaben durch die Einheiten des deutschen Volkssturmes übernommen werden könnten.

SA-Brigadeführer Künemund nimmt in längeren Ausführungen zu der Frage Stellung, wie er sich die Aufstellung des Volkssturmes im Generalgouvernement denkt. Entsprechend dem Vorbild des Reiches beabsichtige er, alle bisher nicht erfassten Deutschen für den Volkssturm heranzuziehen und für die Aufgaben des Staates zur Verfügung zu stellen. Auf Anforderung des Staatssekretärs Koppe könnte er dann je nach dem 300, 500 oder 800 Männer zur Verfügung stellen. Diese Männer würden von der Partei herangezogen, auch, soweit möglich, ausgebildet, wofür die Hilfe der Wehrmacht und der Polizei zur Verfügung stehen müsste.

Der Herr Generalgouverneur will trotz allen mit der Aufstellung eines Volkssturmes verbunden Schwierigten das Ansehen der Partei und ihr Inerscheinungtreten unbedingt gefördert wissen. Gleichwohl wolle er an die Errichtung eines Volkssturmes erst dann herangehen, wenn er die Gewähr habe, dass das Neue an der bisher bewährten Struktur nichts ändere. Sein Wunsch sei es also, dass zwar das, was bisher im Generalgouvernement in Gestalt der Stadt- und Landwacht aufgebaut worden sei, zum Volkssturm werde, dass dieser Volkssturm genau wie im Reich unter die Führung der Partei zu stellen sei, dass aber die Umformung in den Volkssturm nicht zu Lasten der Sicherheitspotenzen des Generalgouvernements gehe. Deshalb habe er jetzt auch energisch darauf gedrungen, dass jede Verunklarung ausscheide und nicht etwa die Meinung aufkommen könne, kein Parteigenosse brauche zurzeit Dienst in der Stadt- und Landwacht zu tun. Sie stelle eine legale Einrichtung

dar, und jeder, der sich der Verpflichtung der Stadt- und Landwacht gegenüber entziehe, verfalle dem Kriegsrecht. Er erkenne in dieser Frage keine Prestigerücksichten an. Wenn es ihm möglich sei, die Organisation in Form eines parteiamtlich geführten Volkssturmes genau so sicherzustellen, wie in der jetzigen Form, dann ziehe er den Volkssturm vor. Aber diese Voraussetzung müsse unter allen Umständen gegeben sein. Der jetzige Zustand sei jedenfalls der, dass die Stadt- und Landwacht unter Führung des Höheren ᛋᛋ- und Polizeiführers genau den Status erreicht habe, den die Wehrmacht nach der Erklärung des Generalobersten Harpe für notwendig halte. Wenn eine Änderung einträte, würde er, der Generalgouverneur, persönlich den Befehl über den gesamten Volkssturm übernehmen und SA-Brigadeführer Künemund zu seinem Stabsführer ernennen. Im übrigen würde sich abernichts daran ändern, dass zur Verstärkung der Alarmeinheiten der Polizei auch die Hilfspolizei aufrechterhalten werde.

Abschliessend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Feststellung :

1. Bis die Neuregelung durchgeführt wird, und von dem Generalgouvernement nicht amtlich bestätigt ist, bleibt es bei der bisherigen Regelung.
2. Alle Teilnehmer der Besprechung werden verpflichtet, dafür zu sorgen, dass sie sich in ihren Bereichen hinsichtlich der zu treffenden Regelung durchsetzen.
3. Die Disziplin in der Stadt- und Landwacht muss unbedingt aufrechterhalten bleiben.
4. Die Aufstellung des Volkssturmes im Generalgouvernement wird für wünschenswert gehalten, aber in einer Form, die die gleiche Sicherheit gewährt wie bisher.
5. Staatssekretär Koppe und Oberdienstleiter Tießler werden am kommenden Freitag in Berlin an einer

IV/9
9

29.11.1944

Besprechung über die Frage der Aufstellung des Volkssturmes im Generalgouvernement teilnehmen und die in dieser Sitzung behandelten Gesichtspunkte zum Vortrag bringen.

12.50 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

15.00 Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

15.20 Besprechung mit Dr.Meidinger und Hofrat Sauer.

In dieser Besprechung wird folgende Vereinbarung über die Beschäftigung des Fräulein Rohmfeld getroffen: Fräulein Rohmfeld steht Hofrat Sauer am Montag, Freitag und Samstag, dem Bevollmächtigten Dr.Dresler am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag jeder Woche zur Verfügung. An den Tagen, an denen sich der Herr Generalgouverneur in Wien aufhält, hat sich Fräulein Rohmfeld für den Herrn Generalgouverneur ständig bereit zu halten.

15.35 Besprechung mit Oberst Fischer.

15.40 Besprechung mit Notar Gutbrod und Sturmbannführer Pfaffenroth.

Der Herr Generalgouverneur gibt Weisung für die Benutzung seiner im Reich befindlichen Wagen.

15.45 Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbaurat Hofer zur Verabschiedung.

16.00 Besprechung mit Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger.

Fräulein Aldinger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Besprechungen, die sie in Berlin mit der Reichsfrauenführung gehabt hat und glaubt aus dem Ergebnis dieser Besprechungen den Schluss ziehen zu

können, dass man ihre Aufgabe vielleicht im Reich nicht richtig sehe. Sie habe deshalb den Entschluss gefasst, der Reichsfrauenführerin mitzuteilen, dass sie eigentlich nicht gewillt sei, ihre Arbeit im Generalgouvernement noch weiter fortzusetzen. Vielleicht treffe die Reichsfrauenführerin weniger Schuld an dieser Verkennung der notwendigen Arbeit im Generalgouvernement als die Hauptabteilungsleiterin Vorwerk. Vielleicht verstehe man auch im Reich nicht, dass sie als Frauenschaftsleiterin im Generalgouvernement auf die fachliche Arbeit wie z.B. volkswirtschaftliche und hauswirtschaftliche Beratung nicht den Wert legen könne, wie es die Arbeit im Reich erfordere.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, an die Reichsfrauenführerin zu schreiben und auch im übrigen Fräulein Aldinger in jeder Weise zu helfen. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Fräulein Aldinger, die Reichsfrauenführerin nach Krakau einzuladen und ihr seine Grüsse zu übermitteln.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Fräulein Aldinger, dass sie angesichts des Ernstes der Situation alle weiblichen Personen im ärztlichen Hilfsdienst ausbilden lasse, was umso notwendiger sei, da man ja völlig auf die Selbsthilfe im Generalgouvernement angewiesen sei. Im übrigen habe sie auch einen neuen Organisationplan aufgestellt, der den örtlichen Gegebenheiten angepasst sei und bis zu einem gewissen Grade von demjenigen der Reichsfrauenführung abweiche. Sie habe z.B. eine Reihe von Planstellen für Aufgaben, die im Generalgouvernement nicht in Betracht kämen, während Planstellen für andere Aufgaben fehlten. Sie brauche vor allem hauptamtlich Führungskräfte und würde es daher begrüssen, wenn die Planstellen auch für andere Aufgaben zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, als Leiter des Arbeitsbereiches eine anderweitige Verwendung der Planstellen zuzulassen.

IV/9
11

29.11.1944

Einer Einladung der Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger für eine Morgenfeier am 17.12.1944 will der Herr Generalgouverneur Folge leisten.

18⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr.Pfeiffer und bespricht mit ihm verschiedene geschäftliche Angelegenheiten.

Krakau

Donnerstag, den 3o.November 1944.

11⁰⁰ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Haus der NSDAP.

11⁰⁵ Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11¹⁵ Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Oberdienstleiter Tießler, Oberabschnittsleiter Lapp, Einsatzleiter Wolters und einen Gendarmeriehauptmann.

Im Rahmen dieser Besprechung vernimmt der Herr Generalgouverneur den Leiter des Einsatzstabes Wolters eingehend über sein Verhalten anläßlich seiner Einberufung zu einer Übung der Stadt- und Landwacht.

Nachdem Staatssekretär Koppe zu diesem Fall Stellung genommen und den Standpunkt der Polizei mit aller Entschiedenheit vertreten, auch auf die eventuellen kriegsrechtlichen Folgen eines solchen Verhaltens hingewiesen hat, richtet der Herr Generalgouverneur abschliessend folgende Frage an den Pg.Wolters: "Sind Sie bereit, um etwaige Folgen dieses Falles auch der Form nach zu beseitigen, sich an einer kommenden Alarmübung demonstrativ zu beteiligen?" - Pg.Wolters bejaht diese Frage.

Die Erklärung des Pg.Wolters wird zu Protokoll genommen. Damit erklärt der Herr Generalgouverneur die Angelegenheit für erledigt.

12²⁵ Besprechung mit SA-Oberführer, Leutnant der Reserve Peltz.

SA-Oberführer Peltz berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass er zurzeit als NS-Führungsoffizier in Crössensee im Rahmen von Schulungslehrgängen für Offiziere eingesetzt sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SA-Oberführer Peltz, dass sich die Institution der NS-Führungsoffiziere nach den bisher gemachten

30.11.1944.

Erfahrungen aufs beste bewährt und direkt als kriegsentscheidend angesehen werden könne.

12^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

12^{45} Rückfahrt zur Burg.

13^{10} Mittagessen.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar die Kreishauptmänner Dr. Zinser, Dr. Albrecht, Ulrich und den stellvertretenden Kreishauptmann Schöning.

21^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

Freitag, den 1.Dezember 1944.

15^{05} Besprechung mit Dr.Meidinger und Regierungsrat Dr.Jänsch.

19^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

Krakau

Samstag, den 2.Dezember 1944.

13^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

13^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14^{05} Besprechung mit Botschaftsrat Dr.Schumburg.

14^{30} Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr.Teitge.

15^{30} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Hundt (Partei-Kanzlei) und Oberabschnittsleiter Lapp.

Der Herr Generalgouverneur gibt Oberbereichsleiter Hundt einen Überblick über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement. Er geht dann auf die Parteiverhältnisse im Generalgouvernement ein und teilt Oberbereichsleiter Hundt mit, dass die Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und Oberdienstleiter Tießler bestanden, durch eine eingehende Aussprache restlos beseitigt worden seien. Wenn Oberdienstleiter Tießler auch Beauftragter des Reichsleiters Bormann sei, so müsse er doch von ihm in seiner Position als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches bedingungslose Unterstellung verlangen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zu den Grundsätzen Stellung, die er in seiner Rede über "Partei und Staat" aufgestellt hat, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Parteiverhältnisse im Reich mit denen des Generalgouvernements nicht zu vergleichen seien.

Oberbereichsleiter Hundt betont, er habe volles Verständnis dafür, dass die Partei im fremden Raum mit einer Minderheit, die sie zahlenmässig der Gesamtbevölkerung gegenüber nur darstellen könne, viel schwerere und tiefere Aufgaben zu erfüllen habe als im Reich. Wenn man sich den einzelnen Parteigenossen im

Generalgouvernement auch nur als Gefolgsmann des Führers vorstelle, dann brauche man hier Parteigenossen, die absolut zuverlässige Nationalsozialisten und fanatische Vorkämpfer der nationalsozialistischen Weltanschauung seien. Mit Kundgebungen allein könne man in einem fremden Raum nichts erreichen, sondern da bedürfe es der intensivsten Kleinarbeit an jedem einzelnen Parteigenossen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann entschieden gegen die Methode, dass ohne sein Wissen für ihn ungünstige Berichte an die Parteikanzlei gemacht würden. Wenn dieses Spiel weiter gehen solle, dann könne man nicht verlangen, dass er eine besondere Neigung habe, in all' diese Dinge hineinzusteigen, von denen er wisse, dass sie nur Waffen gegen ihn seien. Er nehme aber an, dass in dieser Beziehung nunmehr eine Änderung eintreten solle und so deute er auch den Besuch des Oberbereichsleiters Hundt. Wenn Oberdienstleiter Tießler sein Versprechen einhalte, ihm gegenüber Loyalität zu wahren, dann würde weder er noch die Partei im Generalgouvernement die geringsten Schwierigkeiten mehr haben. Er könne aber die Einheit des Deutschtums in diesem Raum nicht repräsentieren, wenn ihm ständig Opposition gemacht werde. Er begrüsse es, dass Oberbereichsleiter Hundt durch eigenen Augenschein sich davon habe überzeugen können, um wieviel schwieriger die Parteiarbeit angesichts der allgemeinen Lage im Generalgouvernement sei. Im Übrigen halte er nach wie vor an dem Standpunkt des Rechtes, dem er sogar sein Reichsleiteramt geopfert habe.

Krakau

Sonntag, den 3. Dezember 1944.

16^{00} Konzert des Cello-Virtuosen Professor Hölscher im Türkensaal der Burg.

Krakau

Montag, den 4.Dezember 1944.

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Bodo Stahr und Oberabschnittsleiter Lapp.

11^{30} Besprechung mit Ministerialrat Klein.

11^{50} Besprechung mit Oberstleutnant Roedenbeck.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberstleutnant Roedenbeck seine Glückwünsche zu dessen 60.Geburtstag aus.

Im weiteren Verlauf der Besprechung, in der Oberstleutnant Roedenbeck dem Herrn Generalgouverneur ein anschauliches Bild über die gegenwärtige Lage an den Fronten gibt, teilt der Herr Generalgouverneur mit, dass er sich nunmehr doch entschlossen habe, einen Volkssturm unter seiner Leitung zu bilden, die Alarmeinheiten der Stadt- und Landwacht in den Volkssturm zu überführen und SA-Brigadeführer Künemund zu seinem Stabsführer zu ernennen.

16^{00} Besprechung mit Hofrat Sauer.

16^{30} Besprechung mit Präsident Dr.Eichholz.

Krakau

Dienstag, den 5.Dezember 1944.

11^{20} Besprechung mit SA-Brigadeführer Künemund und Oberbereichsleiter Kobusch.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

12^{45} Besprechung mit Sendeleiter Noglik und Intendant Fricke vom Reichssender Breslau.

Krakau

Mittwoch, den 6. Dezember 1944.

12^{30} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

Krakau

Donnerstag, den 7.Dezember 1944.

Besuch des Reichsleiters Rosenberg bei dem Herrn Generalgouverneur.

11^{30} Reichsleiter Rosenberg hält vor Offizieren und Wehrmachtsangehörigen einen Vortrag.

17^{00} Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg.

Freitag, den 8.Dezember 1944.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Krakau

Samstag, den 9.Dezember 1944.

11^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den früheren Betriebsführer der Flugzeugmotorenwerke Reichshof Direktor Romstedt in Gegenwart des Oberbereichsleiters Stahr.

Direktor Romstedt schildert noch einmal die Vorgänge, die seinerzeit dazu geführt haben, dass Generalleutnant Schindler ihn durch den SD hat verhaften lassen.

12^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Chefdirigent Swarowsky und Intendant Haslinde.

Intendant Haslinde berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die näheren Umstände, die zu seiner Ausscheidung aus seiner Tätigkeit als Intendant der Philharmonie des Generalgouvernements geführt haben. Als Chefdirigent Swarowsky am 1.September nach Krakau gekommen sei, habe er sämtliche geschäftlichen Angelegenheiten der Philharmonie selber erledigt und ihm keine Möglichkeit mehr für ein selbständiges Arbeiten gelassen. Chefdirigent Swarowsky habe offenbar den Ehrgeiz, sich auch um die kleinsten Dinge, wie etwa die Betreuung der Orchestermitglieder, persönlich zu bekümmern, Rechnungen zu kontrollieren usw. Chefdirigent Swarowsky habe ihm sogar nach seiner Rückkunft nach Krakau die Lebensmittelkarten entziehen wollen. Er habe immer gegen ihn, Intendanten Haslinde, Stimmung zu machen versucht.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, dass das Ausscheiden des Intendanten Haslinde schon im April dieses Jahres beschlossene Sache gewesen sei. Gewisse Umstände hätten die Notwendigkeit ergeben, dem Intendanten Haslinde seine Stellung zu kündigen. Er sei im Übrigen der Auffassung, dass unter der Leitung des Chefdirigenten Swarowsky eine ordnungsmässige Verwal-

tung der Philharmonie sehr wohl möglich sei.

Chefdirigent Swarowsky gibt seinem grossen Befremden darüber Ausdruck, dass Intendant Haslinde solche Vorwürfe gegen ihn richte. Er habe sich eben in seiner neuen Stellung für verpflichtet gehalten, die zentrale Leitung der Philharmonie zu übernehmen und alles nach Möglichkeit selber zu kontrollieren. Er brauche zwischen sich und seinem Rechnungsführer nicht noch eine weitere Kontrollinstanz. Es sei nie seine Absicht gewesen, dem Intendanten Haslinde irgend einen Vorwurf zu machen. Er habe ihm auch einen ehrenhaften Abschied geben wollen. Jedenfalls habe er sich nach Lage der Dinge für verpflichtet gehalten, die gesamte Leitung der Philharmonie im Rahmen der Hauptabteilung Propaganda zu übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet dem Intendanten Haslinde, dass die Entscheidung über seine Kündigung auf eine Weisung von ihm, dem Generalgouverneur, zurückgehe. Er habe damit eine Fülle von Klagen und Schwierigkeiten beseitigen wollen. Selbstverständlich solle aber die Verabschiedung des Intendanten Haslinde unter Umständen vor sich gehen, die in keiner Weise seiner Zukunft schadeten. Im übrigen sei ja Intendant Haslinde selber zu der Überzeugung gekommen, dass es für ihn das beste sei, die Kündigung anzunehmen. Sollten noch irgend welche Schwierigkeiten für ihn bestehen, so sei er jederzeit bereit, dem Intendanten Haslinde zu helfen.

Intendant Haslinde gibt die Erklärung ab, dass er sich mit dieser Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs abfinde.

Der Herr Generalgouverneur nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und spricht gleichzeitig dem Intendanten Haslinde seinen aufrichtigen Dank und seine Anerkennung für die jahrelangen treuen Dienste aus.

9.12.44.

15^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Kobusch, den Parteigenossen Schön und Masur.

Parteigenosse Schön berichtet zunächst von Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und dem Parteigenossen Masur bestanden haben. Bei diesen Meinungsverschiedenheiten habe es sich unter anderem darum gehandelt, daß für drei Kreise Kreisleiter eingesetzt werden sollten. Nach Mitteilung des Parteigenossen Masur solle dieses Gerücht von einer Frau Woltje stammen. Er selber habe das Gerücht nicht weiter verbreitet, habe aber dem Arbeitsbereich telefonisch davon Mitteilung gemacht, damit die Richtigkeit dieser Behauptung geprüft werden könne. Auch habe er Pg. Masur erklärt, daß dieses Gerücht falsch und nicht daran gedacht sei, eine Kreisleitung für den Pg. Masur einzurichten. Pg. Masur habe ihm gegenüber schon früher einmal geäußert, er habe das Empfinden, daß er beiseitegestellt würde und man auf seine Mitarbeit nicht mehr rechnen wolle. Darauf habe er dem Pg. Masur erklärt, er könne ihm versichern, daß Oberdienstleiter Tießler ein gerecht denkender Mensch sei, der niemals einen alten und verdienten Parteigenossen in dieser Weise behandeln würde. Er habe auch dem Pg. Masur vorgehalten, daß er, Pg. Masur, und Pg. Schöneck sich als Männer, die in Radom zusammengearbeitet hätten, die Arbeit nicht gegenseitig erschweren sollten. Pg. Masur habe sich auch bereiterklärt, den Pg. Schöneck in jeder Weise zu unterstützen, wozu sich auch Pg. Schöneck gegenüber Pg. Masur bereiterklärt. Das Gespräch habe sich dann der Frage zugewendet, ob überhaupt daran gedacht sei, die Personalunion zu trennen. Er, Pg. Schön, habe der Auffassung Ausdruck gegeben, daß diese Frage sachlich und nüchtern, vollkommen getrennt von den Personen, nach den Grund-

sätzen behandelt werden müsse, die in der Bewegung immer als richtig anerkannt worden seien. Er habe den Pg. Masur im einzelnen dargelegt, aus welchen Gründen, im Gesamtbild der Partei gesehen, eine Personaltrennung für wünschenswert gehalten werde, nämlich wegen der Gefahr, daß jemand, der ein Staatsamt besitzt, die Parteiarbeit als nebensächlich betrachten könnte. Er habe allerdings betont, daß man im Generalgouvernement die Frage noch nicht als gelöst betrachten dürfe. Jedenfalls dürfe sich Pg. Masur nicht von irgendwelchen persönlichen Vorstellungen leiten lassen. Man sei in der Spitze durch den Generalgouverneur vertreten, der das Vertrauen des Führers habe, zum anderen durch den Beauftragten des Reichsleiters Bormann, die beide gemeinschaftlich eine Lösung in der Frage suchen müßten. Er habe den Pg. Masur seiner persönlichen Wertschätzung versichert, ihm auch erklärt, daß er persönlich, wenn er in ein anderes Amt geleitet würde, durchaus nicht den Eindruck haben würde, daß man seine Leistung minderbewertet. Pg. Masur habe im übrigen mit ihm in durdhaus freundschaftlicher Weise verhandelt.

Generalgouverneur <u>Dr.Frank</u>: Parteigenosse Masur, was sagen Sie dazu?

Pg. <u>Masur</u>: Im wesentlichen ist es wohl so gewesen. Allerdings sind Ausdrücke gefallen, von denen ich sagen muß - -

Generalgouverneur Dr.<u>Frank</u>: Welche Ausdrücke?

Pg. <u>Masur</u>: - - daß der Generalgouverneur abtreten wird, daß er fallen gelassen worden ist; und zweitens ist auch in einem Zusammenhang der Ausdruck "Popanz" gefallen.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u>: Ich sei ein Popanz? - Was bedeutet das?

Pg. Masur: Ich stelle mir darunter vor, daß ein Mann da oben sitzt, der nichts zu sagen hat.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was noch?

Pg. Masur: Das ist das wesentlichste, was mich dermaßen bedrückte - -

Generalgouverneur Dr. Frank: Wer hat das alles gehört?

Pg. Masur: Da war der Pg. Schöneck dabei.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie waren also zu dreien. - Das haben Sie Gouverneur Kundt gemeldet?

Pg. Masur: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie mit sonst jemandem über diese Sache gesprochen?

Pg. Masur: Nein. Ganz zwischenzeitlich - -

Generalgouverneur Dr. Frank: Ist Alkohol getrunken worden?

Pg. Masur: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Pg. Schön, was sagen Sie dazu?

Pg. Schön: Ich muß es ganz entschieden ablehnen. Das ist einfach unmöglich. Das Wort "Popanz" ist für mich ein völlig neuer Begriff.

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie gesagt, daß ich vom Führer fallen gelassen worden bin?

Pg. Schön: Unmöglich!

Generalgouverneur Dr. Frank: Ob Sie es gesagt haben?

Pg. Schön: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich berufe mich auf den Zeugen Schöneck. Das ist ungeheuerlich.

9.12.44.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich frage Sie: Haben Sie in Anwesenheit der Parteigenossen Masur und Schöneck von mir behauptet, daß ich hier nur sozusagen ein Popanz wäre?

Schön: Nein, nein, ausgeschlossen!

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie in Bezug auf meine Person gesagt: Der Generalgouverneur hat das Vertrauen des Führers sowieso verloren und wird demnächst fallen gelassen werden!

Pg. Masur: Das war ziemlich klar und deutlich. Ich habe es wohl bedacht und schriftlich niedergelegt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wer hat das gesagt: Der Generalgouverneur ist sowieso schon beim Führer unten durch, er hat ihn restlos fallen lassen, es wird sowieso eine Änderung eintreten?

Pg. Schön: Ich muß das ganz entschieden bestreiten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie es gesagt, Pg. Schön?

Pg. Schön: Nein. Ich berufe mich auf den Parteigenossen Schöneck.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wollen Sie Ihr Ehrenwort geben?

Pg. Schön: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie geben Ihr Ehrenwort, daß Sie es nicht gesagt haben?

Pg. Schön: Jederzeit.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie geben zu Protokoll – – –

Pg. **Schön**: - - Ich gebe zu Protokoll mein Ehrenwort, daß ich solche Dinge nicht gesagt habe.

Generalgouverneur Dr. **Frank**: Sie haben also nicht gesagt, daß ich ein Popanz sei und das Vertrauen des Führers nicht mehr habe?

Pg. **Schön**: Im Gegenteil, ich habe davon gesprochen, daß Sie das Vertrauen des Führers haben. Das ist doch parteiamtlich bekannt.

Pg. **Masur**: Herr Generalgouverneur, Sie wissen selbst, daß ich von Anfang an Treue gehalten habe. Es hat mich sehr erschüttert, als ich diese Worte vernommen habe. Es war leider Gottes schon so, daß man diese Dinge bereits unten bei der Bevölkerung bespricht. Ich habe jetzt wieder einen Fall erlebt; da hat sich auch ein Pg. angemaßt, irgendwie abfällige Äußerungen zu tun. Da haben sogar zwei Offiziere gesagt: Was ist da eigentlich los? Man kennt sich nicht aus. Meine Sekretärin sagte auch zu dem Pg. . . . . . : Was wollen Sie? Solange offenbar der Generalgouverneur vom Führer geduldet ist, solange er nicht abgesetzt ist, können wir nicht reden. Es gab auch wiederholt noch andere Gespräche, die sich sonst noch entwickelten.

Generalgouverneur Dr. **Frank**: Nun, Pg. Schön, was sagen Sie dazu?

Pg. **Schön**: Ich möchte nur eine sehr interessante Tatsache zur Beurteilung des Erinnerungsvermögens des Pg. Masur anführen. Gerade die Behauptung von der Einrichtung der drei Kreisleitungen im Bezirk Radom wurde von Pg. Masur immer als Gerücht verbreitet. Fünf Tage darnach wurde der Kreisleiter Hofer als derjenige bezeichnet, der diese Dinge in die Welt gesetzt habe. Man ersieht daraus, daß das Erinnerungsvermögen des Pg. Masur wahrscheinlich irgendwie versagt.

9.12.44.

Pg. Masur: Dem Gouverneur Kundt und dem Kreishauptmann Drießen sind die Gespräche, die Hofer geführt hat, ziemlich geläufig.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich kann nur sagen, dass ich die Sache weiter untersuchen werde. Es wird sich ja feststellen lassen, was dabei herauskommt. Ich bitte, dass der Pg. Schöneck dazu vernommen wird. Welche Stellung hat er?

Oberdienstleiter Tießler: Er ist Beauftragter der NSDAP in Radomsko.

Generalgouverneur Dr. Frank: Dem wird das Protokoll vorgehalten werden.

16^{00} Arbeitssitzung im kleinen Sitzungssaal des Kanzlei-Gebäudes.

Thema: Sicherheitsfragen.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant der Polizei Höring
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Naumann
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp
ᛋᛋ-Oberführer Thier
Ministerialrat Behr
Oberstleutnant Roedenbeck
Oberstleutnant Bennecke
Abteilungsleiter Platzer
Kreishauptmann Malzfey
Kreishauptmann Kalpers
Sonderführer Dahl

9.12.44.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur trifft zunächst Präsident Naumann für sein Arbeitsgebiet die Feststellung, daß sich von Norden nach Süden die Verhältnisse in den letzten Monaten grundsätzlich verschoben hätten. Während sich früher im Distrikt Warschau und auch in den nördlichen Teilen des Distrikts Radom größere Banden bemerkbar gemacht hätten, sei jetzt in diesem Gebiet wieder ein Arbeiten wie vor etwa drei Jahren möglich geworden, wahrscheinlich unter dem Einfluß der Ereignisse in Warschau. Dagegen sei nunmehr in den früher als friedlich bekannten Gebieten des Distrikts Krakau und in Kreisen des Distrikts Radom südlich Opatow, Kielce, Tschenstochau die Arbeit auf seinem Gebiet sehr schwierig geworden. Infolge zahlreicher Meldungen aus dem Distrikt Krakau und aus einigen Kreisen habe er sich deshalb veranlaßt gesehen, Staatssekretär Dr. Bühler um Anberaumung einer Sitzung zu bitten, damit den Männern, die draußen die Verantwortung trügen, ihre Wahrnehmungen vorzutragen die Möglichkeit gegeben und versucht werden könne, Verhältnisse herbeizuführen, wie sie sich etwa erfreulicherweise im Distrikt Warschau und in Teilen des Distrikts Radom herausgestellt hätten. Interessant seid z.B. die Feststellung, daß im Distrikt Warschau die an sich auch in diesem Jahre nicht einfache Kartoffelerfassung zu 100% habe durchgeführt werden können, während der Distrikt Krakau, der in anderen Jahren hervorragend erfaßt habe, in einer Reihe von wichtigsten Produkten weit hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurückstehe, ebenso wie Kreise des Distrikts Radom.

9.12.44.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Distriktsverwaltung eine Verantwortung für die Ernährung der Bevölkerung der Stadt Krakau nicht mehr übernehmen könne, wenn die bisherigen Unsicherheitsverhältnisse bestehen blieben. In dem letzten Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers vom 4.November 1944 sei gesagt, daß ein Ansteigen der Überfälle und Sabotage-Akte im Distrikt Krakau zu verzeichnen sei, ebenso in der Gegend um Miechow und entlang der Reichsgrenze, ferner bei Neumarkt und Neu-Sandez. In einem Bericht des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau sei ebenfalls gesagt, daß die Überfälle aller Art krimineller und politischer Banden außerordentlich zunähmen und daß die Bevölkerung mit größten Sorgen der einbrechenden Dunkelheit entgegensehe.

Kreishauptmann ~~Malsfey~~ Kalpers - Miechow gibt darauf eine eingehende Schilderung der gegenwärtigen Lage in seinem Kreise.

Weiter berichtet Kreishauptmann Malsfey-Neumarkt über die Verhältnisse in seinem Kreise.

Die beiden Berichte werden durch Sonderführer Dahl ergänzt.

Staatssekretär Koppe nimmt eingehend zur Sicherheitsfrage Stellung. Er geht dabei aus von einem Überfall auf ein Butterlager in Krakau, bei dem etwa 3000 Kg Butter gestohlen worden sind. Daß es zu diesem Überfall und der Beraubung des Lagers gekommen sei, sei in erster Linie dem unverantwortlichen Verhalten des Lagerhalters zuzuschreiben, der bereits um 18,30 Uhr das Lager verlassen und die Schlüssel der polnischen Sekretärin anvertraut habe. Er stehe grundsätzlich auf

KODAK SAFETY A FILM

dem Standpunkt, daß polizeilicherseits nicht ausschließlich defensive, sondern offensive Maßnahmen getroffen werden müßten, um endlich dieser verbrecherischen Elemente der A.K. Herr zu werden. Er halte es für geboten, daß nunmehr mit den allerschärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen werde.

Die Sicherheitslage sei nicht so schlecht, wie die beiden Kreishauptmänner es dargestellt hätten. Tatsache sei, daß die Überfälle nach Zahl und Umfang nachgelassen hätten. Er wolle zugeben, daß der Kreis Neumarkt vielleicht bisher nicht genügend mit Polizeikräften ausgestattet gewesen sei, um dem Treiben der A.K. zu begegnen. Immerhin liege ein gutes Kampfbataillon in Limanowa, das ein Bandenunternehmen nach dem anderen durchführe. Auch solle noch ein Bataillon aus Warschau im Austausch dorthin gezogen werden. Man stehe jetzt im Brennpunkt des militärischen Geschehens und werde in nächster Zeit in diesen Brennpunkt hineingehen.

Es sei richtig, daß nach dem Aufstand in Warschau der südliche Teil dieses Distrikts und des Distrikts Radom einigermaßen befriedet gewesen sei. Man wisse aber auch, daß allgemein die Banden- und Widerstandsbewegung ein Faktor der sowjetrussischen Kriegsführung seien, den es niederzukämpfen gelte. Leider stellten sich aber die Banden nicht zum Kampfe. Es hänge nicht von der Zeit ab, in der ein Unternehmen vorbereitet werde. Seine Offiziere und SS-Führer seien lange Jahre hindurch im Bandenkampf erprobt; sie gingen auf Grund ihrer Erfahrungen nicht leichtfertig an ein solches Unternehmen heran. Es bedürfe aber eines gewissen Aufmarsches mit Panzerwagen usw. Komme man mit motorisierten Kolonnen, dann werde das Geräusch dieser Kolonnen von den Banden sofort gehört. Angesichts der Taktik der Banden

seien gegen sie eingeleitete Unternehmungen vielfach zum Scheitern verurteilt. Anregungen, die von anderer Seite kämen, wolle sich die Polizei-Führung gewiß nicht verschließen, sie brächten aber zumeist nicht viel Neues. Es hänge eben alles davon ab, welche Kräfte für solche Unternehmungen zur Verfügung ständen. Die Männer der Polizei kämpften Tag für Tag und Nacht für Nacht bis zur Erschöpfung. Aber die Banden wollten ja nicht kämpfen, sondern nur nach dem Prinzip des Meuchelmordes vorgehen, Sabotageakte verüben usw.

Gegenwärtig stelle man eine neue Organisation auf die Beine. Es sei ja bekannt, daß der Bau der A1- und A2-Stellungen erhebliche Kräfte der Polizei in Anspruch genommen habe. Man könnte die Frage aufwerfen, ob es zunächst nicht wichtiger gewesen wäre, die letzten Bollwerke vor den Toren des Reiches aufzurichten und dort Stellungen zu bauen, die wirklich allen Anforderungen genügten, um einen etwaigen russischen Ansturm gegen Oberschlesien und das Reichsgebiet abzuwehren. Nach Ansicht des Führers und des Generalobersten Guderian habe aber der Stellungsbau im Generalgouvernement den Vorrang. Trotzdem habe er sich entschlossen, den größten Teil der polizeilichen Kräfte aus Galizien und Lublin nach und nach zur Verstärkung der Gendarmerieposten der Kreishauptmänner zur Verfügung zu stellen. Man komme so zu einem Stützpunktsystem, von dem er sich viel verspreche, da schon das Vorhandensein solcher Kräfte eine Wirkung ausübe. Angesichts der intensiveren Tätigkeit von Fallschirmtruppen sei man leider im Objektschutz von Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerken usw. etwas gehindert. Deshalb habe man auch mit der Wehrmacht Vereinbarungen getroffen über eine etwaige Unterstützung durch sie. Im übrigen habe er die Verantwortung nicht allein auf die Schultern der Kommandeure der Ordnungspolizei oder Gendarmerie gelegt, sondern auf jeden Posten- und Mannschaftsführer: Sie sollen ihm jetzt für alles verantwortlich sein, was in ihrem

Bereiche geschieht. Im übrigen müsse sich jeder deutsche Mensch im Generalgouvernement als verlängerten Arm der Sicherheitspolizei fühlen, er müsse wissen, wo der Gegner stehe, und sich überlegen, wie er der Polizei helfen könne.

Was die Ablieferung der Polen angehe, so sei in einem grundlegenden Erlaß des Generalgouverneurs vorgesehen, daß jeder Pole, der sich notorisch weigere, etwas abzugeben, exekutiert werde. Er werde seine ganze Polizeiapparatur einsetzen und mit ihr die Ablieferung so vollziehen, daß man mit ihr zufrieden sein könne.

Gegen die Banden werde er mit den schärfsten Mitteln vorgehen. Gewiß sei das Problem des Bandenkampfes außerordentlich schwierig und unerhört schwer zu lösen, weil sich die Banden kaum jemals zum Kampfe stellten. Für die Bekämpfung der Banden im Kreise Miechow habe er noch 23 Männer eines Sonderdienstlehrganges abgeordnet und sei bereit, noch andere Kräfte hinzuschicken, damit mit den Banden dort völlig aufgeräumt werden könne. Für die Bekämpfung der Banden im Kreise Neumarkt sei eine Abteilung Bahnschutz und außerdem ein SS-Sonderkommando, unterstützt durch Sicherheitspolizei, nach Jordanow gelegt worden. Dieses Vorgehen habe auch schon einen Erfolg gezeitigt: in den letzten Tagen seien die Sprengungen geringer geworden. Er lege Wert darauf, daß man sich nicht etwa auf passive Maßnahmen beschränke wie den Schutz des Bahngeländes, sondern überall, wo es nur möglich sei, angreife.

Die Kreishauptmänner, deren Sorgen und Klagen er gehört habe, dürften überzeugt sein, daß geschehen werde, was nur menschenmöglich sei, um der Banden Herr zu werden. Er bitte aber die Kreishauptmänner, sich

Ц.

mit ihrer ganzen Persönlichkeit einzuschalten und etwas zu unternehmen. Wenn jeder Deutsche in diesem Raum in Bezug auf Einsatz und Ausbau des V-Mannnetzes tatkräftig mitarbeitet, dann werde man die Lage in acht Wochen oder einem Vierteljahr unbedingt meistern.

Der Herr Generalgouverneur führt im Anschluß an die Darlegungen des Staatssekretärs Koppe aus, daß niemand daran zweifeln werde, daß die Polizei oder ihre Behörden im Einsatz gegen die Banditen alles nur irgendwie Mögliche unternähmen. Wenn Anlass vorhanden wäre, Vorwürfe gegen die Tätigkeit der Polizei zu erheben, dann wäre er der erste, der diese Vorwürfe erheben würde.

Staatssekretär Koppe sei aber nicht darauf eingegangen, daß absolut ein Versagen vorliege, nämlich ein Versagen, für das vielleicht niemand die Schuld trage, daß das Reich offensichtlich nicht imstande sei, die Polizeikräfte ins Land zu bringen, die notwendig seien. Staatssekretär Koppe habe einen erschütternden Bericht über die Art und Weise des Kampfes der Polizei gegen die Banditen gegeben. Dieser Bericht sei ein Zeichen für die Schwäche des Reiches. Wenn nur 32 oder 36 Mann als Verstärkung kämen, dann würde das schon als erhebliche Steigerung der Sicherheitssituation angesehen. Er müsse amtlich in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur feststellen, daß das Reich das Generalgouvernement nicht so habe bedienen können, wie das angesichts der Lage dieses Raumes notwendig gewesen wäre. Wenn er nur die Zahlen der Ordnungs- und Schutzpolizei im Generalgouvernement mit den Zahlen der in den Nachbargauen Schlesien, Oberschlesien usw. eingesetzten Polizeiregimenter vergleiche, so ständen diese Zahlen überhaupt in keinem Verhältnis.

9.12.44.

Wenn die Sicherheit im Generalgouvernement so gering sei, so sei das auf die vollkommen unzureichende polizeiliche Versorgung dieses Raumes aus dem Reich zurückzuführen. In einem der entscheidendsten Augenblicke seien aus dem Generalgouvernement sozusagen über Nacht Polizeiregimenter herausgezogen und in keiner Weise für irgendwelchen Nachschub gesorgt worden. Es sei dann freilich kein Wunder, daß die Polizei im Lande Übermenschliches zu leisten habe, und alle maßgebenden Instanzen stimmten dem Staatssekretär Koppe darin bei, wenn er die Leistungen dieser Polizeikräfte unter diesen Umständen als wahrhaft übermenschlich ansehe. Es sei eines der Hauptmomente für die schlechte Sicherheitslage des Generalgouvernements, daß er, der nun als Generalgouverneur fünf Jahre in diesem Raum tätig sei, niemals habe erreichen können, daß wirklich genügende Polizeikräfte vom Reich ins Generalgouvernement entsendet worden seien. Das müsse einmal ganz deutlich gesagt werden.

Die Berichte, die die Kreishauptmänner allein aus dem Distrikt Krakau gegeben hätten, seien ein ganz deutlicher Beweis dafür, daß hier nicht von dem Unterlassen der Betreuung sicherheitsmäßiger oder sonstiger Faktoren allein ausgegangen werden könne. Es sei einfach nicht möglich, einen Kreis mit einer Fläche von 8oo oder 15oo oder 2ooo qkm, in welchem 2oo ooo oder 3oo ooo Polen wohnten, mit 36 Gendarmen sicherheitsmäßig zu betreuen, selbst wenn dazu noch 23 Sonderdienstmänner gegeben würden.

Nach dem, was er bis jetzt nach dem Verlaufe der Sitzung habe feststellen können, sehe er absolut schwarz, und von irgendeiner Hoffnung sei keine Spur vorhanden.

Man habe zwar gehört, daß der Wille vorhanden sei, die Dinge zu meistern, aber eine wirkliche Polizeisicherheit existentieller Art und die Mitteilung, wieviel Polizeiregimenter das Reich zur Verfügung gestellt habe und was sonst noch an Kräften hereinkomme, habe er nicht vernommen. Das sei der Kern der Dinge, den man angesichts des Ernstes der Lage nicht vergessen dürfe. Das Generalgouvernement habe absolut zu wenig Polizei. Das Reich behaupte, es könne nicht helfen. Um so wichtiger sei es, daß man zur Selbsthilfe greife. Wenn er heute angesichts der ernsten Berichte aus dem Lande feststellen müsse, daß die Autorität der Führung in weiten Bereichen geschwunden sei, so helfe selbstverständlich keinerlei Drohung. Der einzige Ausweg liege einfach in dem Versuch, die Stützpunkte im Lande neu aufzubauen und diese Stützpunkte mit den geringen Kräften möglichst wieder kampffähig zu machen. Der Umstand, daß er die heutige Sitzung für die ernsteste Sitzung ansehe, die er je abgehalten habe, sei ein deutliches Kennzeichen dafür, daß die Polen entschlossen seien, in ihrer Mehrzahl gegen die deutsche Führung anzugehen. Aus dem, was der Chef der Sicherheitspolizei gesagt habe, könne man nur die eine Versicherung entnehmen, daß das, was mit den eigenen Kräften möglich sei, geschehen werde. Er persönlich werde sich unmittelbar an Reichsminister Lammers wenden und ihm von dem Ergebnis der Sitzung Mitteilung machen; denn er müsse die Verantwortung für das Ausbleiben der Wehrmacht in diesem Raume ablehnen. Er könne von den wenigen Polizeimännern nicht mehr verlangen, als daß sie sich zu Hunderten totschießen ließen. Er werde sich auch in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungs-

kommissar dieses Raumes an die Wehrmacht mit der Bitte wenden, der deutschen Führung zu helfen, daß die Autorität im Interesse der kämpfenden Truppe in vollem Umfange aufrechterhalten werde. Wenn man die Totenliste der deutschen Männer aus Polizei- und Beamtenschaft einsehe, so werde man einen erschütternden Eindruck davon bekommen, was eigentlich die nichtmilitärischen Stellen unausgesetzt für die Sicherheit der rückwärtigen Front leisteten.

Generalleutnant Höring teilt die Verlustzahlen der Polizei aus den letzten vier Wochen mit: An deutschen Polizisten seien gefallen 31, an fremdvölkischen 13, zusammen 44; verwundet worden seien 78 deutsche und 19 fremdvölkische Polizisten, zusammen 97; ein Mann sei vermißt. Diese Verluste seien lediglich im Bandenkampf entstanden.

Oberstleutnant Roedenbeck teilt in diesem Zusammenhang mit, daß der Befehlshaber Süd für die rückwärtigen Gebiete nur über die Kräfte verfüge, deren es bedürfe, um die unbedingt wichtigsten Nachschubwege, Straßen und Eisenbahnen zu sichern. Gleichwohl sei man nicht in der Lage, mit diesen Kräften die Eisenbahn so zu schützen, daß überall Sabotageakte verhindert werden können. Immerhin habe sich die Lage durch eine neu befohlene Verdichtung der Sicherungsmaßnahmen auf der Hauptstrecke gebessert. Außerdem seien zwei Panzerzüge eingesetzt, die sich sehr günstig ausgewirkt hätten. Die Straßenbrücken im Gebiete der Beskiden und des Karpathenlandes könne man mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht genügend schützen. Die Heeresgruppe habe deshalb befohlen, daß

jeder Truppenteil auch mit einer gewissen Alarmeinheit heranzuziehen sei, wenn es irgendwo Not tue. Jeder Truppenteil im gesamten rückwärtigen Gebiet sei auch auf Grund besonderen Befehls verpflichtet, die Sicherheit mit zu gewährleisten. Die Alarmeinheiten seien bei jeder Formation sofort greifbar. Seines Wissens sei auch überall jeglicher Anforderung entsprochen worden. Eine Volksgrenadierdivision habe auch schon z.B. bei Kalvaria mit ihren eigenen Kräften in den Bandenkampf eingegriffen, und im Raume Istepnik sei seitdem eine gewisse Befriedung eingetreten. Alles das sei natürlich eine Kräftefrage: Wenn man das Land mit zahlreichen Truppenteilen überziehe und überall Garnisonen habe, dann sei der Spuk bald aus. Aber ein Turbatsch-Gebiet erfordere ~~mindestens~~ mindestens ebensoviele Kräfte wie die Aktion im Bilgorajer Wald, für die man zunächst 18 ooo Mann mit Unterstützung der Heeresgruppe Model aufgeboten habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberstleutnant Roedenbeck, daß die Heeresgruppe auch hinsichtlich des Stützpunktsystems im Rahmen ihrer Kräfte geholfen habe. Man sei angesichts des fortgesetzten Personalausgleichs, der sich auch im Generalgouvernement vollzogen habe, in einer ständigen Bewegung. Für die rückwärtigen Kräfte sei naturgemäß die Kampfkraft der Truppe gemindert. Das zeige ein Fall, in welchem die Mannschaften einer Einheit lediglich auf Grund der Tatsache, daß eine Handgranate geworfen worden sei, sofort die Hände hoch gehoben hätten. Die Personallage der Wehrmacht habe sich leider im Laufe der letzten Jahre wesentlich verschoben. Im Jahre 1939/40 habe die Wehrmacht noch Landesschützen- und Wachbataillone mit Mannschaften im Alter von

26 und 27 Jahren mit sehr guten Offizieren im Generalgouvernement gehabt. Heute betrage das Durchschnittsalter der Mannschaft 42 bis 43 Jahre, und sie bedürften selbstverständlich noch sehr dringend der Ausbildung, müßten sich körperlich und geistig auf ihr neues Aufgabengebiet umstellen. Dieser Prozeß erfordere naturgemäß eine gewisse Zeit. Allmählich fänden sich aber die Leute wieder damit zurecht und fühlten, daß sie körperlich doch noch brauchbar seien.- Die Heeresgruppe habe jetzt eine sehr starke Hinausverlegung aller möglichen Formationen aufs Land befohlen.

Sonderführer Dahl wirft die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, daß Truppenteile, die als geschlossenes Bataillon in einem Ort an der Hauptstraße lägen, etwas in die Breite auseinandergezogen würden. Die Ortschaften verfügten über sehr gute Unterbringungsmöglichkeiten.

Oberstleutnant Beñecke weist darauf hin, daß die einzige wirklich wirksame Unterstützung darin liege, daß größere Truppenteile in das Generalgouvernement hineinverlegt würden. Das sei aber zur Zeit nicht möglich, und zudem seien von den Sicherungsverbänden noch manche weggenommen worden. Alles, was sonst überhaupt noch an Sicherungsgruppen greifbar sei, sei teilweise an der Front eingesetzt. Natürlich bleibe die Möglichkeit, die Wehrmacht im Raume zu halten, dadurch bestehen, daß man die großen Städte möglichst leer mache und die Dienststellen usw. aufs weite Land verlege. So weit das möglich sei, geschehe es auch. Es habe aber seine Grenze darin, daß eine Anzahl von Stellen auf den Bezug von elektrischem Strom angewiesen und auch nachrichten- und verkehrsmäßig an größere

Städte gebunden sei. Auch Lazarette könnten nicht hinausverlegt werden, sondern seien an die größeren Städte wegen der Transportmöglichkeit gebunden. Eine zweite Möglichkeit der Hilfe sei dadurch gegeben, daß die Wehrmacht mit allem, was an Truppen im Generalgouvernement liege, auf Anforderung der Polizei in Gestalt von Alarmeinheiten am Bandenkampf teilnehme. Das wäre seit längerer Zeit befohlen, und wenn hier Schwierigkeiten einträten, müsse es gemeldet werden. Das habe auch seine Grenzen darin, daß die Truppenteile und Stäbe vielfach nur noch die Mannschaften hätten, die sie zur Erledigung ihrer Arbeit brauchten. Weiter beständen diese rückwärtigen Truppenteile und Stäbe weitgehend aus sehr alten Leuten, die gerade im südlichen Generalgouvernement und dem dortigen bergigen Gelände für einen Einsatz nicht geeignet seien. Man könne auch nicht ohne weiteres Leute aus der Schreibstube herausziehen. Aber darüber hinaus seien in der letzten Zeit, soweit möglich, aus Reservebeständen Kompanien herausgezogen worden, um an einzelnen Stellen am Bandenkampf teilzunehmen. Das werde aber auch aufhören, da mit der Vollendung des russischen Aufmarsches diese Mannschaften zu ihren Verbänden zurückkehren müßten.

Die Möglichkeiten der Heeresgruppe beständen also:

1) In der Verlagerung von Truppenteilen und Dienststellen aufs platte Land in kleine Ortschaften,
2) in der Unterstützung der Polizei durch Alarmeinheiten auf Grund von Anforderungen der Polizeiführer.
3) Die Beteiligung von Ausbildungstruppenteilen und ihre weitere Verlagerung sei sehr begrenzt. Die Ausbildungstruppenteile behielten die Rekruten nur für kurze Zeit. Dort werde mit Tagen gerechnet.

Jede weitere Verteilung dieser Ausbildungsbataillone in Kompanien oder Zügen bringe auch einen Verlust in der Ausbildung mit sich. Deshalb könnten diese Formationen im Bandenkampf nur schwer eingesetzt werden.

Generalleutnant der Polizei Höring weist darauf hin, daß man mit dem energischen Einsatz von Polizeikräften im Bandenkampf manches erreicht habe. So seien sechs Großunternehmungen mit Unterstützung der Wehrmacht in einer durchschnittlichen Stärke von 3000 Mann durchgeführt und dadurch systematisch eine Befriedung des Gebietes erreicht worden. Außerdem seien 20 mittlere und zahlreiche kleine Unternehmungen im Distrikt Radom durchgeführt worden. An Feindtoten seien dabei gezählt worden 350, an Festgenommenen 253, an Gefangenen 1186. Dieser Erfolg sei in einem Monat erreicht worden. Bei diesen Unternehmungen sei eine große Menge von Waffen und Munition erbeutet worden. Insgesamt verfüge man jetzt im Generalgouvernement über eine Polizeitruppe von 113 Offizieren und 4780 Unteroffizieren und Mannschaften, die allerdings zum größten Teil jetzt im Stellungsbau Verwendung finden müßten. Dazu komme der Einzeldienst in Krakau und Tarnow mit 345 Mann und die Gendarmerie. Infolge der Heranziehung der Gendarmeriekräfte aus dem Stellungsbau werde eine wesentliche Entspannung eintreten. Im Kreise Miechow werden zahlreiche Orte mit Gendarmerie belegt werden können. Was man bis zum 15. Januar schaffen könne, werde getan werden. Es werde davon abhängen, inwieweit Kräfte aus dem Stellungsbau herausgezogen werden könnten. Wenn man dann alles durchgeführt habe, werde man wieder das haben, was man früher als Stützpunktsystem bezeichnet habe.

Der Herr Generalgouverneur stellt darnach fest, daß diese Pläne der Polizeiführung bis zum 15.Januar aufgestellt seien. Sollten sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben, so müsse ihm unverzüglich Meldung gemacht werden. Jedenfalls sei es für ihn von besonderer Bedeutung, daß er seinen Mitarbeitern irgendetwas Konkretes mit auf den Weg geben könne. Besonders erfreulich sei für ihn die Mitteilung, daß die Wehrmacht an eine Dislozierung ihrer Kräfte herangehen solle. Eigentlich wäre es ja vielleicht überhaupt sinnvoll, die Sicherung des Landes und auch des Stellungsbaues der Wehrmacht anzuvertrauen. So aber sei es ein weiteres Opfer, daß das Land für dem Ausbau der Stellungen gebracht habe. Darüber wäre beinahe die gesamte Verwaltung in Unordnung geraten. Es könne nicht mehr lange so weitergehen gegenüber einem so den Deutschen als Todfeind gegenüberstehenden entschlossenen Gegner, wie diesen polnischen Aufständischen; nur ein starkes Deutsches Reich werde eine entgegenkommende Polenpolitik treiben können.

SS-Oberführer Bierkamp betont, daß die Frage der Sicherheit in Krakau auch ihn stark beschäftigt habe. Es genüge nicht, die aus Warschau geflüchteten Polen aus Krakau herauszubringen, sondern diese Warschauer müßten auch aus anderen Gebieten entfernt werden, besonders die in einem gewissen Alter stehenden Arbeitsfähigen, weil sie das Reservoir für die Widerstandsbewegung seien. Hinzu komme, daß die Polen in Krakau durch die Warschauer beeinflußt würden und für die Widerstandsbewegung aktiver geworden seien.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff stellt zusammenfassend fest, daß es niemandem von seinen Mitarbeitern einfallen würde, Kritik an der Polizei zu üben. Wenn Staatssekretär Koppe behauptet habe, daß im ganzen gesehen die Bandenlage besser geworden wäre, so möge das auf Grund seiner Liste stimmen, obwohl das den ihm gewordenen Berichten nicht entspreche. Tatsächlich habe sich die Bandenlage absolut verschlechtert, und er halte es für seine Pflicht, besonders darauf hinzuweisen, daß sich im Distrikt Krakau die Bandenlage dauernd verschärfe. Wenn einmal der Fall eintreten sollte, daß es in Krakau zu Ernährungsschwierigkeiten komme, dann sehe er sehr schwarz.

Staatssekretär Koppe betont, daß die Sicherheitslage für das ganze Generalgouvernement tatsächlich besser geworden sei.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß es sich in den heutigen Verhandlungen nur um den Distrikt Krakau handle. Und für diesen Distrikt müsse wohl zugegeben werden, daß die Sicherheitslage wesentlich schlechter geworden sei.

Staatssekretär Koppe weist darauf hin, daß, wenn die Polizei irgendwie zu scharf durchgreift, sich entweder die Präsidenten der Hauptabteilungen oder die Gouverneure dagegen wendeten und ein solches Vorgehen nicht für richtig hielten. Wenn man z.B. ein Dorf vorfinde, in welchem sich 2o-3o Banditen aufhielten, und wenn das ganze Dorf den Banden Vorschub leiste und nun die Polizei reinen Tisch machen wolle, dann

heiße es von allen Seiten: Wie könnt Ihr ein ganzes Dorf niederbrennen, - die Ernährung und Verwaltung, unser Ansehen usw. werden dadurch tangiert. Man dürfe überzeugt sein, daß die Polizei, wenn sie absolut freie Hand hätte, mit den schärfsten Mitteln vorgehen würde. Gegen die polnische Widerstandsbewegung könne man sich nur durchsetzen, wenn man nicht nur möglichst viele ihrer Angehörigen erschieße, sondern darüber hinaus die Sippenhaftung einführe, wenn man wirklich rücksichtslos vorgehe und in Krakau jeden Tag 50 Polen auf der Straße erschieße, die zu 60% irgendeiner verbrecherischen Tat überführt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Auffassung und ist der Meinung, daß gerade das Gegenteil eintreten würde. Er stelle amtlich fest, daß diese Meinung des Staatssekretärs Koppe vollkommen unhaltbar sei. Er habe im Gegenteil festgestellt, daß eine vernunftvolle Behandlung des wirklich friedlich gesinnten Teiles der polnischen Bevölkerung die einzige wirklich dauernde Waffe gegen die A.K. sei. Alle revolutionären und gegnerischen Umtriebe bekämen Nahrung aus den Ungerechtigkeiten gegenüber der friedliebenden Bevölkerung. Wenn man wüßte, daß von den 10Millionen Menschen des Generalgouvernements 100% Angehörige der A.K. wären und man jeden niederschießen würde nur deshalb, weil er Pole sei, dann wäre das sehr einfach. Das Problem liege aber darin, daß man seit Jahr und Tag auf die Mitarbeit des friedliebenden Teiles der Bevölkerung angewiesen sei, daß diejenigen erschossen werden sollten, die sich nicht zum Kampfe stellten, x und daß es sich bei denjenigen, die man erwische, meist um solche handle, die aus irgendeinem Grunde nicht dabei gewesen

9.12.1944

seien. Maßnahmen wie die Niederbrennung eines ganzen Dorfes, in welchem absolut 20% der Bewohner nicht schuldig seien, gäben wieder einen neuen Anlass zu einer hasserfüllten Stimmung gegen Deutschland. Im Namen des Deutschen Reiches, dessen Repräsentant er in diesem Raume sei, müsse er daran festhalten, dass es absolut notwendig sei, dem gutwilligen Teil der Bevölkerung den gebührenden Schutz angedeihen zu lassen. Die Prozedur der Gewährleistung der Sicherheit in diesem Raume sei mit das Schwierigste, was es gebe. Man habe es mit allen Methoden der Schärfe und auch im Verhandlungswege versucht, aber das treffe nicht den Kern der Sache. Entscheidend seien vielmehr zwei Umstände: Wenn das Deutsche Reich in der nächsten Zeit sein Prestige wiedergewinne, sehe die politische Situation augenblicklich anders aus. Denn jetzt glaube der Pole nicht mehr an den deutschen Sieg und meine, die Deutschen hätten den Krieg verloren. Der zweite Umstand sei der, dass ein starkes Deutschland in diesem Raume selbstverständlich auch in Erscheinung treten müsse. Wenn ganze Teile von Distrikten aber nicht mehr militärisch besetzt seien, wenn ein Kreishauptmann nicht mehr in Ortschaften seines Kreises reisen könne, woher solle dann der Eindruck kommen, dass die Bevölkerung zum Gehorsam verpflichtet wäre gegenüber einem Regime, das nicht mehr in Erscheinung trete? Man müsse die Dinge leidenschaftslos, klar und nüchtern ansehen. Im Generalgouvernement bedürfte man mindestens der dreifachen Zahl von Polizeimannschaften, um irgend etwas zu erreichen. Zu dem Aufstand in Warschau wäre es gewiss nicht gekommen, wenn man mit den nötigen Polizeimassen hätte auftreten können. Wenn er von der gün-

IV/9
24

9.12.1944

stigen Seite der Polenpolitik rede, dann wisse er genau, auf welchen Sektor alles das anwendbar sei. Er sei damit nur der Sprecher vor dem europäischen Forum, um hier irgend etwas aufzurichten. Er sei also nicht der Meinung, dass, wenn man 5o Polen einfach erschiesse, das zur Besserung der Lage beitragen würde. Viel wesentlicher sei es, dass man dem einigermassen von der deutschen Führung benötigten Teil der Bevölkerung die Sicherheit gebe, dass die Autorität des Reiches in diesem Raum gerecht in die Tat umgesetzt werden könne. Wenn die deutsche Führung nicht mehr in Erscheinung trete, was solle der Pole vom Reich denken, wenn er monatelang keinen Polizisten, keinen Beamten sehe?

Staatssekretär Koppe will mit seinen Ausführungen nicht gesagt haben, dass man alle Polen erschiessen solle. Wenn sich aber in einem Dorf 2 oder 3 Wochen eine Bande halte, dann müsse man doch wohl annehmen, dass alle Bewohner dieses Dorfes Begünstiger der Bande seien.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet das als einen Trugschluss. Die Bevölkerung werde durch die Bande terrorisiert und könne sich nicht gegen sie wehren. Es habe aber wenig Zweck, über diese Dinge zu streiten; hier könne man nur ganz sachlich vorgehen. Das Bestreben müsse jetzt dahingehen, die Stützpunkte wieder aufzubauen. Ferner müsse die Wehrmacht ein System der Verlegung von Truppenteilen aufs platte Land finden. Das könne man dann vielleicht mit dem Stützpunktsystem kombinieren. Er halte es allerdings für ungewiss, ob man alle diese Pläne bis zum 15.Januar durchführen könne.

Staatssekretär Koppe betont, dass die Vorbereitungen bereits im Gange seien. Sich heute noch an das Reich zu wenden, habe keinen Wert. Man sei deshalb im Begriff, 2 Bataillone neu aufzubauen. Für das Bataillon

9.12.1944

in Radom werde man noch einige Rekruten erhalten. Man verfüge dann immerhin über 10 000 Mann.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Zahl im Vergleich zu Oberschlesien und dem Wartheland für viel zu gering. In Oberschlesien seien 6 Polizei-Regimenter stationiert. Vor dem Aufstand in Warschau seien dort 200 Polizisten gewesen. Das Reich halte offenbar die Sicherheitslage im Generalgouvernement für garnicht so schlimm.

Der Herr Generalgouverneur schliesst die Sitzung mit folgenden Worten: Die heutige Sitzung war dazu bestimmt, Klarheit darüber zu bringen, dass ich für mich und meine Herren die Verantwortung in der Entwicklung ablehnen muss, wenn die Sicherheitslage keine Besserung erfährt. Ich denke garnicht daran, mich irgendwie und irgendwo deshalb angreifen zu lassen, weil wir angeblich nicht das Notwendige getan hätten. Wir kennen die Lage und wissen, dass in einem grossen Teil des Raumes überhaupt keine Autorität mehr in Erscheinung tritt. Deshalb kann ich nur meine warnende Stimme erheben. Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer unmöglich. Ich werde mich deshalb an alle zuständigen Reichsstellen auf Grund des Ergebnisses der heutigen Sitzung wenden. An der Polizei liegt es nicht. Niemand hat auch nur daran gedacht, die Bemühungen der Polizei in Zweifel zu ziehen. Es liegt einfach an der Tatsache, dass eine Minderzahl von Polizeimannschaften einem verbrecherischen Haufen gegenübersteht. Ich danke aber allen Teilnehmern der heutigen Sitzung. Sie beleuchtet den ganzen Ernst der Lage. Ich glaube, dass die Herren mit dem Bewusstsein die Sitzung verlassen können, dass wir entschlossen sind, alles irgendwie Mögliche zu tun, ich, der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, alle meine Mitarbeiter und auch die Herren der Wehrmacht. Vielleicht wird es zweckmässig sein, wenn die Herren in der nächsten Woche wieder zusammen-

9.12.1944

kommen, um auch von der Wehrmacht konkrete Angaben über die Truppenverlegungen zu erhalten.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater. Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit Gesangssolisten und einem polnischen Chor. Zur Aufführung gelangt das Musikdrama von Gluck "Orpheus und Eurydice".

21^{00} Abendessen.

IV/9

Krakau

Sonntag, den 10. Dezember 1944

13⁰⁰ Mittagessen.

15¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/9

Kressendorf

Montag, den 11.Dezember 1944

und

Dienstag, den 12.Dezember 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Mittwoch, den 13. Dezember 1944.

14^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Besprechung mit Schulungsleiter Holweger.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, ob und unter welchen Umständen die Zeitschrift "Der Ostruf" weiter erscheinen soll.

Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmässig, das Erscheinen des "Ostruf" zunächst einmal einzustellen und das für ihn zur Verfügung stehende Papier für die Drucklegung von Einzelschriften oder Vorträgen unter Benutzung von Bildmaterial zu verwenden, und beauftragt Schulungsleiter Holweger, ihm in dieser Beziehung geeignete Vorschläge zu machen.

16^{15} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

Dr. Hammerle erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über den Einsatz von Angehörigen des Sonderdienstes an der Westfront.

16^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch trägt dem Herrn Generalgouverneur vor, dass sich bei der Emissionsbank die Frage ergeben habe, inwieweit sie für ihre in Warschau verbrannten Noten Ersatz gewähren solle. § 15 der Verordnung über die Emissionsbank verpflichte diese, für beschädigte Noten nur dann Ersatz zu leisten, wenn der Inhaber einen Teil der Note vorlege, der grösser sei als die Hälfte, oder den Nachweis führe, dass der Rest der Note, von welcher er nur die Hälfte oder einen geringen Teil vorlege, vernichtet worden sei. Diese Vorschrift verlange daher stets die Vorlage eines Teiles jeder Note. In Abweichung hiervon sei erstmalig eine Anpassung an die Kriegsverhältnisse zugestanden worden. Die Einlösung der von gefallenen Wehrmachts-

angehörigen vorgefundenen blutgetränkten oder aus sonstigen Gründen nicht mehr versandfähigen Noten erfolge ausnahmslos ohne Vorlage der Note lediglich auf Grund eines Zeugnisses der betreffenden Wehrmachtdienststelle über die Vernichtung. Dieses Entgegenkommen habe gewährt werden können, weil im Reich die Deutsche Reichsbank hierzu gleichfalls bereit sei. Nunmehr ergebe sich aber zunächst noch für das Generalgouvernement gesondert das Problem Warschau. Als erster Antrag liege ein Schreiben des Polnischen Kriegsinvaliden-Verbandes vor, in welchem er bitte, ihm für verbrannte Noten im Betrage von Zloty 71.080.-- Ersatz zu leisten. Der Antrag werde von der Hauptabteilung Arbeit befürwortet. Weitere Anträge, insbesondere auch von Kreditinstituten, seien unterwegs.

Präsident Dr.Paersch bittet den Herrn Generalgouverneur, Anträgen dieser Art nachkommen zu dürfen, sofern

1. ihre Berücksichtigung gesamtwirtschaftlich im Interesse des Generalgouvernements liegt
2. die Noten-Vernichtung glaubhaft gemacht wird..

Er schlage vor, vorstehende Ausnahmen zunächst auf den Betrag von insgesamt Zloty 10.000.000.-- und zeitlich auf die Geschäftsjahre 1944/45 zu beschränken.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt die Vorschläge des Präsidenten Dr.Paersch.

13.12.1944

17.00 Der Herr Generalgouverneur vernimmt in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler und des Oberbereichleiters Kobusch den Parteigenossen Schöneck. (Schöneck, Josef, Reichsbahninspektor, Leiter eines Einsatzstabes, Mitgliedsnummer 2 o29 393).

Generalgouverneur Dr. Frank : Pg. Schön soll am Donnerstag, den 23.11.1944, in der Wohnung des Pg. Schöneck in Radomsko in Ihrer Anwesenheit einige Bemerkungen gemacht haben. Wie lange hat das Zusammensein gedauert ?

Pg. Schöneck : Bis 12 Uhr.

Generalgouverneur Dr. Frank : Was habt Ihr getrunken ?

Pg. Schöneck : Schnaps, nicht übermässig.

Generalgouverneur Dr. Frank : Was hat sich da abgespielt ?

Pg. Schöneck : Es wurde mit Pg. Mazur über die Einrichtung einer Kreisleitung gesprochen. Aus dieser Unterredung entwickelten sich dann verschiedene andere Dinge, und man kam auch auf die Partei zu sprechen. Pg. Schön sagte, dass Pg. Mazur Gerüchte über die Besetzung der neuen Kreisleitung in Umlauf gesetzt habe. Pg. Mazur sei offenbar falsch unterrichtet worden. Darauf sagte Pg. Schön, dieses Gerücht laufe schon seit 2 Jahren um. In einer sehr feinen und kameradschaftlichen Art hielt dann Pg. Schön dem Pg. Mazur vor, dass die Beauftragten für den Stellungsbau nichts mehr mit der parteipolitischen Führung zu tun hätten. Das hat Pg. Mazur nachher auch eingesehen. Am Samstag hat mir dann Oberdienstleiter Tießler gesagt, ich sollte mich am Dienstag, den 12.12.1944, vormittags 1/2 11 Uhr, beim Herrn Generalgouverneur melden. Er sagte mir, es handle sich um das Gespräch, das zwischen Pg. Schön und Pg. Mazur geführt worden und dessen Zeuge ich gewesen sei. Ich solle ganz unbefangen über die Sache sprechen als objektiver Zeuge.

Generalgouverneur Dr. Frank : Haben Sie nach dem Pg. Schön gesprochen ?

Pg. Schöneck : Nein .

Generalgouverneur Dr. Frank : Haben Sie mit sonst jemanden gesprochen ?

Pg. Schöneck : Nein .

Generalgouverneur Dr. Frank : Nun, Ihre Aussage wäre ja sehr günstig, wenn sie nicht zu lückenhaft wäre. Es wäre doch sehr gut, wenn Sie Ihr Gedächtnis ein bisschen zu Hilfe nähmen.

Pg. Schöneck : Ich weiss genau, was ich sage, und das muss ich auch verantworten können. Ich müsste lügen, wenn ich etwas anderes sagen wollte.

Generalgouverneur Dr. Frank : Ist mein Name überhaupt nicht erwähnt worden ?

Pg. Schöneck : Ihr Name ist überhaupt nicht gefallen. Es ist vielmehr rein sachlich von der Personalunion gesprochen worden in der Art, wie sich Nationalsozialisten über solche Dinge unterhalten. Pg. Schön hat ausdrücklich gesagt, das habe mit Pg. Mazur überhaupt nichts zu tun. Ihr Name ist nur in einer Sache gefallen, nämlich im Zusammenhang mit Ihrem Votrag über "Partei und Staat". Da hat wohl Pg. Schön angenommen, dass eine Aussprache vorgesehen wäre, und da hätte er sich, wie er sagte, zu Worte gemeldet. Das ist der einzige Punkt, in welchem Ihr Name, Herr Generalgouverneur, gefallen ist.

Generalgouverneur Dr. Frank : Können Sie das so genau sagen ? - Was Sie jetzt sagen, ist mehr oder weniger als ehrenwörtliche Erklärung anzusehen.

Pg. Schöneck : Wenn ich irgendwie subjektiv eingestellt wäre, ----

Generalgouverneur Dr. Frank : Ihre persönliche Einstellung ist mir vollkommen gleichgültig, mir geht es um

die Sache. In diesem Punkt weicht Ihre Aussage ganz ungewöhnlich von derjenigen des Pg.Schön ab. Es liegt hier ein Widerspruch vor; denn Pg.Schön selber gibt zu, einige Äusserungen getan zu haben. Vielleicht überlegen Sie sich das einmal etwas.

Pg. Schöneck: Irgendwelche sonstigen Äusserungen?

Generalgouverneur Dr.Frank: Vom Vertrauen des Führers ist überhaupt nicht geredet worden?

Pg. Schöneck: In meinem Beisein nicht. Ich habe es nicht gehört.

Generalgouverneur Dr.Frank: Haben Sie das Wort "Popanz" gehört?

Pg. Schöneck: Nein.

Generalgouverneur Dr.Frank: In irgend einem Zusammenhang?

Pg. Schöneck: Nein, bestimmt nicht.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ist das Wort überhaupt nicht gefallen?

Pg. Schöneck: In meinem Beisein nicht.

Generalgouverneur Dr.Frank: Sie waren doch im wesentlichen dabei.

Pg. Schöneck: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Ich weiss nicht, wie oft ich hinausgegangen bin. Ich kann es auf mein Ehrenwort nehmen, ja ich kann es beeiden, dass in meinem Beisein eine Bezeichnung wie "Popanz" nicht gefallen ist.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ist Ihnen gegenüber einmal von dem Posten eines Kreisleiters gesprochen worden? Hat Ihnen irgend jemand etwas versprochen?

Pg. Schöneck: Nein.

Generalgouverneur Dr.Frank: Haben Sie den Pg.Schön seit voriger Woche nicht mehr gesprochen?

Pg. Schöneck: Nein, ich bin nicht mit ihm zusammengekommen.

Generalgouverneur Dr. Frank : Sind Sie direkt nur von Pg. Tießler angesprochen worden ? Was haben Sie gemacht, seit Sie in Krakau sind ?

Pg. Schöneck : Ich bin nur vorübergehend hier gewesen und bin dann wieder weggefahren.

Generalgouverneur Dr. Frank : Sind Sie am Tage nach der Geschichte nochmals mit Pg. Mazur zusammengekommen ?

Pg. Schöneck : Nein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Nach dem Zusammensein mit Schön und Mazur ?

Pg. Schöneck : Nach dem Zusammensein bin ich mit ihm wohl einmal zusammen gewesen.

Generalgouverneur Dr. Frank : Haben Sie ihm irgend etwas wegen der Sache gesagt ?

Pg. Schöneck : Er hat mich wohl angerufen, und da habe ich gesagt, warum das gewesen wäre.

Generalgouverneur Dr. Frank : Ist da das Wort "Popanz" gefallen ?

Pg. Schöneck : Nein .

Generalgouverneur Dr. Frank : Das ist in Ihrem Beisein nicht gefallen ?

Pg. Schöneck : Ich kann es nicht sagen .

Generalgouverneur Dr. Frank : Ist vom Vertrauen des Führers und überhaupt von meiner Person nicht gesprochen worden ?

Pg. Schöneck : Nicht in diesem Zusammenhang.

Generalgouverneur Dr. Frank : Sonst hätten Sie weiter nichts zu der Sache zu sagen ?

Pg. Schöneck : Nein. Ich betone nochmals, dass sich die Parteigenossen Schön und Mazur in durchaus kameradschaftlicher Art unterhalten haben, und dass Pg. Schön

mit Mazur in sehr feiner und kameradschaftlicher Form gesprochen hat.

Oberdienstleiter Tießler: Ich darf vielleicht mitteilen, dass am Freitag der Parteigenosse Mazur zusammen mit dem Pg.Kobusch bei mir im Zimmer war. Pg.Kobusch unterrichtete mich davon, dass Pg.Mazur wieder nach Hause fahren wolle. Er habe schnell ein Protokoll aufgenommen, Pg.Mazur habe mich sprechen wollen. Pg.Mazur kam also zusammen mit Pg.Kobusch zu mir und sagte: Die Sache täte ihm eigentlich leid. Er erklärte am Schluss des Gespräches, ich solle ihm Weisung geben, wie er sich zu verhalten hätte. Ich musste das natürlich ablehnen, weil es ja eine Zeugenbeeinflussung gewesen wäre. Ich sagte ihm also, ich müsse es ablehnen, ihm irgendwelche Verhaltungsmassregeln zu geben. Er sagte darauf, er müsse doch wissen, wie er sich zu verhalten habe. Am Schlusse erklärte er noch, er wolle sich erbieten, die Sache auf sich zu nehmen und zu erklären, dass das, was er gesagt habe, nicht den Tatsachen entspreche und er es daher zurücknehmen wolle.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ich habe meine eigene Auffassung von den Dingen. Oberdienstleiter Tießler, Sie werden es in den nächsten Tagen hören.

Krakau

Donnerstag, den 14.Dezember 1944.

10^{40} Im kleinen Sitzungssaal des Kanzlei-Gebäudes hält Oberstleutnant Bennecke vor dem Herrn Generalgouverneur, den Staatssekretären und Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements einen kurzen Vortrag über die gegenwärtige militärische Lage an den Fronten.

10^{50} Regierungssitzung im Regierungssaal der Kanzlei des Generalgouverneurs.

(Protokoll siehe Beiakten.)

Krakau

Sonntag, den 17. Dezember 1944.

10[00] Im Rahmen einer Morgenfeier der Frauenschaft im Staatstheater ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst zur allgemeinen Kriegslage Stellung nimmt. Er führt dann fort:

Es ist daher für uns hier an diesem nunmehr zu ganz grosser Bedeutung aufgestiegenen zentralen vorgeschobenen Punkt des Ostens unseres Vaterlandes eine besonders weihevolle Stunde, da wir dieser Entwicklung gedenken. Was in den letzten Wochen und Monaten vom deutschen Volke, von den deutschen Männern und Frauen an der Front und in der Heimat, in allen Bereichen der Dienstleistungen von Wehrmacht, Partei und Staat, in allen Fabriken und Anlagen Tag und Nacht gehämmert und geleistet, gekämpft, verteidigt, gesorgt, gehegt und aufgebaut, erzeugt und geschaffen wurde, das ist würdig des Loses, das der Herrgott über uns verhängt hat, uns allein als einziges einsames Volk in der Weltgeschichte mit diesem grauenvollen Schicksal auszuzeichnen und sich so bewähren zu dürfen, dass, wenn wir diese Bewährung bestanden haben, wir als das absolut und unbestreitbar grösste Volk, das die Welt je gesehen hat, diesen Krieg verlassen werden.

Ein Ungeheures war es, was in diesem Jahre 1944 über unser Volk hereinzubranden drohte. Das Jahr neigt sich nun, man möchte sagen, endlich seinem Ende zu. Es war das furchtbarste Jahr, das wir je erlebt haben. Erinnern Sie sich daran, wie plötzlich auf der Scheitelhöhe dieses Jahres nun im Osten die grauenhafte Maschinerie der bolschewistischen Zerstörung sich, man möchte fast sagen, hemmungslos von Minsk aus in Bewegung setzte, wie wir hier in Krakau und im Generalgouvernement insgesamt diesen furchtbaren Gegner über unsere Grenzen hereinfluten sahen, der vor sich her eine Maschinerie wälzte, gegen die es keinen Widerstand zu geben schien. In wenigen Tagen verloren wir hier ganze Distrikte. Es gehörte die gesamte geballte Wucht

und Energie aller deutschen Männer und Frauen dieses Raumes dazu, um in diesem Augenblick die Nerven zu behalten. Wir mussten von heute auf morgen die gesamten Massnahmen auf das Bergen, das Retten, das Bewahren des Aufgebauten einstellen. Wir mussten binnen kurzem dafür sorgen, dass dem weiteren Vordringen der Bolschewisten in unseren Raum durch einen ehernen, in sich geschlossenen Ostwall, durch ein Stellungssystem von unvorstellbarer Grösse, Stärke und hintereinander gelagerter Dichtigkeit ein Ende bereitet wurde. In den letzten Monaten ist es gelungen, in treuem Zusammenwirken aller Wehrmachtsteile mit den staatlichen, polizeilichen und parteilichen Dienststellen dieses Stellungssystem aufzubauen, und zwar so, dass es, wie wir in Krakau sahen, sicherlich gelingen wird, auch nur den Versuch, in unserer Richtung weiter nach Westen zu kommen, für den Bolschewiken zu Schanden zu machen.

In Ungarn hatte sich die Lage bedrohlich entwickelt; aber auch hier ist durch das Eintreffen deutscher Kräfte und Divisionen im letzten Augenblick die schwere Katastrophe abgewendet worden. In Frankreich kam das Unglück gehäuft: Die für uneinnehmbar gehaltenen Stellungen am Atlantik wurden durchstossen, das ganze grosse Gebiet Frankreichs ging in wenigen Wochen verloren, und es schien nur noch an einem Haar zu hängen, ob diese gesamte Wucht der Feinde in weiterem Vorwärtsstürmen über die Vogesen durch die Burgundische Pforte bei Aachen über das Ruhrgebiet mitten ins Herz Deutschlands vorstossen könnte. Aber es geschah das kaum glaubhafte Wunder, dass es den Rückzugsmassen unseres Wehrmachtsbereiches gelang, wieder eine Front herzustellen und diese Front binnen kurzem mit Menschen und Material so zu verstärken, dass sie, im wesentlichen gestützt auf das in genialer Voraussicht von Adolf Hitler im Jahre 1936 und den folgenden Jahren gebaute Westwallsystem, diesen Vormarsch der Feinde aufzuhalten vermochte.

17.12.1944

Im Norden ist nichts weiteres geschehen: Dort sind die Winterstellungen an der am geeignetsten erscheinenden Stelle von Norwegen bezogen worden. Im Süden ist trotz schwerster Kämpfe seit Monaten kaum irgend eine nennenswerte Veränderung eingetreten.

So ist denn dieser Rundblick über die Kriegslage tatsächlich eine Bestätigung dafür, dass dieser Angriff auf Deutschland abgeschlagen ist.

Ihr deutschen Frauen und Mädchen, auch Euer Anteil an diesem Werk ist in vollem Umfange festzustellen. Denn ganz anders als in früheren Kriegen oder in früheren Abläufen historisch gewaltiger Auseinandersetzungen zwischen Völkern und Kontinenten ist heute die Frau mitten hinein in den Dienst des Krieges gestellt. Wenn früher durch die Jahrhunderte hindurch der Krieg als Handwerk des Mannes bezeichnet wurde und der friedliche Dienst in Haus und Hof und Heimat als im wesentlichen der Frau anheimgestellt galt, so ist das heute völlig anders geworden. In allen Völkern, nicht nur bei uns, hat die Frau an der Seite des Mannes ihre Kriegsposition bezogen und sie vollinhaltlich auszufüllen gelernt. Es gibt heute keinen Beruf mehr, der nicht auch von der Frau übernommen werden kann und übernommen wurde, sodass das eigentliche und engste Gebiet der ausschliesslichen Mannestat praktisch nur noch der äusserste vorderste Punkt des frontalen Kriegsgeschehens ist. Aber bis unmittelbar an die Front, bestimmt jedoch mitten hinein in die Auswirkung der Front hat die Frau ihre Stellung bezogen. Es ist dieses grossartige Heer, das aus der Not kommend, vielleicht für den Augenblick des Krieges gedacht, doch eine gewaltige Umformung des Ansehens der Frau mit sich gebracht hat.

Es war ein Zeichen bürgerlicher Dekadenz gewesen, dass man die Frau immer mehr in den schiefen Blick einer eng begrenzten Zone zurückzudrängen versuchte. Es ist für

alle Kulturen der Welt typisch, dass die Frau in der Frühzeit das gesunde sich völkisch Aufrichtende einer Rasse, dass sie eine wahrhaft hohe Würde in der Gemeinschaft besitzt, dass sie dann aber im Laufe der Entwicklung von Jahrhunderten immer mehr abzusinken beginnt und in den typischen Dekadenzzeiten aller kulturellen Entwicklung schwer um ihr Ansehen in der Gemeinschaft zu kämpfen hat. In Europa war es ein Kennzeichen der typisch westlichen Dekadenz gewesen, dass diese frauliche Würdelosigkeit geradezu zum Prototyp weiblichen Verhaltens innerhalb der Gemeinschaft gemacht wurde. Die Juden waren hier die Anführer in einem das Ansehen der Frau vergiftenden Kriegszug, und sie wussten, warum sie das taten. In der Zerstörung des Ansehens von Frau und Mutter wollten sie die Völker in ihrem Kern treffen. Dies war das schwerste Geschoss der jüdischen Rasse gegen Europa, gegen Germanien und gegen Deutschland.

Wenn Sie damit nun das heutige Bild fraulichen Wirkens in der Gemeinschaft unseres Volkes in dem toddrohenden Ringen um die letzte Höhe unserer Nation vergleichen: Welch' glorreicher Aufstieg fraulichen Ansehens!

Für uns, die wir hier mit wenigen Männern vor wenigen Jahren begannen, eine neue Ordnung aufzubauen, ist es ohnedies eine Selbstverständlichkeit, immer wieder anzuerkennen, welche Bedeutung dem fraulichen Wirken innerhalb dieser dienstlichen Gemeinschaft unseres Ostens zukommt. Die Frauen helfen nicht nur dazu, diesen Dienst überhaupt durchzuhalten; denn mit den Erschwernissen des Krieges treten sie immer mehr an die Stelle der Männer. Sie erfüllen nicht nur die rein dienstlichen Funktionen an Stelle des mit der Waffe Dienst tuenden Mannes, sie haben auch jenes Heimatempfinden in diesen Raum mit hineingetragen. Es war für mich einer der schwersten Schritte, als ich im Laufe dieses Jahres den Befehl geben musste, dass die deutschen

17.12.1944

Frauen und Kinder diesen Raum wieder verlassen sollten. Es war das Schwerste, was ich im Laufe dieser Jahre verfügen musste, weil uns damit jenes Stück deutscher Heimat wieder verliess, das wir in so beglückenden Formen des Erlebens im Laufe der letzten Jahre hier haben aufblühen sehen. Diese deutschen Frauen und Kinder haben uns geholfen, aus Krakau allmählich eine deutsche Stadt erstehen zu lassen. Nun ist es wieder kahl und einsam geworden, seit uns die Frauen und Kinder verlassen haben, und damit ist zweifellos auch ein Lebensrückgang in Krakau und im Generalgouvernement eingetreten. Meine erste grosse Sehnsucht ist, dass bei glücklicher Weiterentwicklung des Krieges ich hoffentlich bald wieder instand gesetzt werde, den Frauen und Kindern, die an den Toren dort im Westen warten, die Heimkehr nach Krakau und ins Generalgouvernement zu ermöglichen. Aus hunderten von Briefen kann ich immer wieder die Sehnsucht der deutschen Frauen lesen, in ihre vertrauten Wohnungen nach Krakau zurückzukehren und dort mit Mann und Kind wieder das deutsche Leben fortzusetzen.

Was wir hier aber an ernster Tat vereint halten, das seid Ihr, die Ihr Euch heute hier versammelt habt, um in einer Feierstunde gemeinsam Eures Werkes zu gedenken. Die Mädchen und Frauen, die noch im Generalgouvernement sind, sind um des Dienstes willen hier. Sie tragen Seite an Seite mit dem Mann ihre schwere Pflicht. Auch für sie gilt wie für alle in diesem Kriege, dass wir uns über den Weg klar sind, den wir nun weiter zu gehen haben. Nachdem Deutschland unter Führung Adolf Hitlers in diesen ihm aufgezwungenen Krieg eintreten musste, haben wir nunmehr die ganze Wucht der feindlichen Gegenschläge zu spüren bekommen, sodass uns der Weg klar vorgezeichnet ist: Es ist der Weg der harten Entschlossenheit, treu und einig in Gehorsam und absoluter Hingabe an das Vaterland gegen alles Widerstand

zu leisten, was so oder so gegen Deutschland anmarschiert. Der Widerstand ist unser Weg, und an diesem Widerstand wird sich der Angriff der Welt zerschmettern.

Zu diesem Widerstand in jeder Form seid Ihr nun auch dienstlich gehorsam, treu und tapfer angetreten. Ihr Frauen und Mädchen, Ihr habt Euren wohlversehenen Platz innerhalb dieser Gemeinschaft bezogen. Dieser Weg des Widerstandes hat ein Ziel, das auch Euer Ziel ist: Die Freiheit unseres Volkes, seine Lebensart, seine Kultur, seine staatliche und weltanschauliche Grösse und Lebensform aus Eigenem bestimmen zu können. Diese Freiheit als das Ziel muss auch Euch vor Augen flammen. Es ist kein Zweifel, dass unsere Gegner in den letzten Monaten ein Deutschland kennen gelernt haben, mit dem sie nicht gerechnet hätten. Alles in allem waren sie doch im September und Oktober dieses Jahres der Überzeugung, dass sie wieder einen November 1918 erleben würden. Es ist klar und unverblümt in allen Zeitungen der Feinde zu lesen gewesen, dass sie den Einmarsch in Berlin in den kommenden Wochen erwarteten. Statt dessen sind sie zu Hunderttausenden im Abwehrfeuer unserer Front liegen geblieben.

Wie einmal dieser Krieg auch in Zukunft bezeichnet werden möge: Es ist der grösste selbstmörderische Vorgang, den Europa je erlebt hat. Und diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, die Herren Churchill und Konsorten in London, werden vor der Geschichte nicht bestehen können. Wir aber führen einen heiligen Krieg um die Freiheit unseres Vaterlandes. Und dass die deutsche Frau sagen kann, sie habe diesen Krieg mitgekämpft, das ist das stolzeste Ehrenzeichen.

Wenn man heute durch eine zerstörte deutsche Stadt geht, dann sieht man unsere deutschen Frauen, wie sie in ihren bescheidenen Gewandungen mit ihren Paketen, Taschen und Koffern durch die zerstörten Strassen eilen,

wie sie unter Aufgebot ihrer gesamten zähen Energie versuchen, für ihre Familie die Nahrung herbeizuschaffen, wie sie unter den entsetzlichsten Bedingungen, in kalten Behausungen notdürftig untergebracht, nach dem Verlust ihrer ganzen Habe an Kleidern, Wäsche, Ausstattung, Möbeln, Betten usw. bestrebt sind, das Leben ihrer Kinder zu sichern und zu bergen. Wenn man dieses Bild in die Seele nimmt und sich millionenfach vervielfältigt immer wieder ins Bewusstsein ruft, dann weiss man, was der deutschen Frau Opfergang in diesem Krieg bedeutet. Wenn wir uns daran erinnern, wie diese Frauen nach den Bombardements aus den Kellern steigen, wie sie häufig ihre toten Kinder neben sich bergen mussten, wie sie zu alle-dem die Männer und Söhne an der Front haben, und wie sie, ganz allein auf sich gestellt, in der Volksgemeinschaft es trotzdem wagen, den Feinden Widerstand zu leisten, wie sie sich in Treue und Gehorsam und Demut gegen die Not aufbäumen, dann spürt man, was der deutschen Frau Opfergang in diesem Krieg ist.

Glauben Sie mir, es wäre gut, wenn die Kriegführung nur den Männern anvertraut wäre. Es würde viel Gutes in der Welt bewahrt worden sein, wenn dieser Krieg etwas menschlicher hätte geführt werden können. Aber Europa ist in alle Ewigkeit hinein ob dieses Terrors gegen Frauen und Kinder beschimpft. Wir brauchen unseren Kopf nicht mehr hoch zu tragen [illegible] gerühmten Europa [illegible] ob dieser [illegible] Städten gegen Frauen [illegible] werden. Die Amerikaner sind [illegible] in unser Land gebracht haben, [illegible] sen, sie alle marschieren gegen die [illegible] deutschen Frau, und sie sagen es auch mit [illegible] Offenheit. Um so mehr haben wir Männer dieses deutschen Volkes Anlass, dieses Opferganges der Frauen zu gedenken und unser auch dieses Opferganges bewusst

zu bleiben. Manchmal überkommt einem dann vielleicht die Sehnsucht nach den schönen Zeiten des Friedens. Und wenn sich nur da oder dort irgendwo eine Öffnung zeigt, die so aussieht, als ob dieser Krieg enden würde - selbstverständlich gut für uns -, dann spürt man in sich, dass die Sehnsucht nach dem Frieden und seinen Gütern eine gewaltige Kraft im Herzen bewahrt hält. Und da ist es dann gut, wenn man die Frauen im Kriegswerk sieht und sich sagt: Siehe an, selbst diese vom Schicksal für die schönen grossen Werte des Lebens bevorzugt geschaffenen Geschöpfe tragen das Gewand des Krieges.

Und so ist das Bild der Frau im Kriegswerk der ernsteste Hinweis auf diesen ernstesten Krieg. Und erst dadurch wird dieser ganze Ernst des Krieges besonders klar, dass er von den Frauen mit getragen werden muss, dass die Männer an Zahl zu schwach geworden sind, um allein all das werken zu können, was direkt und indirekt mit dem Kriege zusammenhängt, dass sie die Frauen berufen mussten. Es ist also völlig umgekehrt, wie es etwa zu den Zeiten der bürgerlichen Dekadenz war, wo es die sogenannten Frauenrechtlerinnen gab, die mit Gewalt und parlamentarischen Mitteln versuchten, den Wahnsinn zu proklamieren, im äusseren Gehabe, in den äusseren Positionen Mannesrechte auszuüben und sich in den öffentlichen Ordnungen und Stellungen usw. zu betätigen. Es ist klar, dass heute die Frauenrechtlerinnen auf Seiten der Männer zu suchen sind, weil sie nämlich sagen: Die Frauen und Mädchen, die sich so bewährt haben, kann man heute nicht mehr mit dem alten früher vielleicht gewohnten Blick gegenüber dem sogenannten schwächeren Geschlecht betrachten, sondern man muss in ihnen vollgiltige, vollwirksame Kameraden im Schicksalsringen unseres Volkes anerkennen. Frauenrecht ist abgelöst worden durch Frauenpflicht. Aber gerade in dieser Frauenpflicht und ihrer Erfüllung

liegt die sicherste Verankerung der völlig gehobenen und klar geachteten Stellung der deutschen Frau innerhalb des deutschen Volksbewusstseins. Wir können uns daher, auch in unserer heutigen Feierstunde in die Augenschauen. Ich danke Euch, Ihr Frauen und Mädchen des Generalgouvernements, für Eure jahrelangen hervorragenden Dienste. Noch ist nicht die Stunde gekommen, in der ein Abschied von diesem Kriege uns auch nur nahegerückt wäre; noch glüht der Hass unserer Feinde gegen uns. Umso notwendiger ist es, dass wir des Dienstes treu-gehorsame Schildknappen bleiben. Wir denken nicht an uns, sondern an die Gemeinschaft. Und wenn es einem von uns schlecht geht, so soll er sich dessen bewusst sein, dass es Hunderttausenden noch schlechter geht. Und wenn er in der Heimat oder an irgend einem noch befriedet gehaltenen Punkt sein Leben führen kann, dann soll er daran denken, was andere zu leisten haben, um diese Gemeinschaft unseres Volkes aufrecht zu erhalten, dass es überhaupt nichts gibt, was irgendwo in der Heimat oder sonst an Diensten oder Pflichten oder Obliegenheiten zu erfüllen ist, was härter und schwerer wäre als der Dienst mit dem Einsatz des Lebens an der Front.

Ich bin glücklich, Euch, Ihr deutschen Frauen und Mädchen, hier in allen Dienstbereichen zu wissen. Was an Fürsorge und Sicherstellung für Euch geschehen kann, das geschieht. Das wisst Ihr auch. Dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können, ist klar. Im Kriege muss nun einmal durchgegriffen werden, und man kann nicht jedem ein Plätzchen nach seiner Art geben, sondern muss ihn zunächst nach grossen Ordnungsgesichtspunkten einreihen. Man kann nicht mit seinem Kopf allein vorwärts wollen, wenn alle anderen gemeinsam in Treue und Gehorsam marschieren und ihre Pflicht erfüllen. Es wird sich eine Form von fraulichem Erziehungsideal bilden, das in diesem Kriege geschaffen wurde

und für alle Zukunft diesem Dienstcharakter entsprechen wird. Aus diesem Kriege geht eine völlig geänderte Position der deutschen Frau hervor.

Aber der grösste Teil der deutschen Frauen wird nach dem Kriege wieder aus den Diensten der Gemeinschaft ausscheiden und wird die Ideale ihres eigentlichen von Natur und Gott gegebenen Berufes erfüllen. Und dieser Beruf wird bleiben, er ist höher als alle anderen. Der frauliche Beruf ist es, dem auch künftig in den kommenden Jahrhunderten allein das Primat und der Vorrang fraulichen Lebens zugehört. Wir alle tragen in uns die Liebe zu unserer Mutter, und wir wissen, dass unser ganzes Lieben zu Deutschland die Liebe des Kindes zur Mutter ist, dass in dieser Liebe zu Deutschland die ins Gigantische gesteigerte Einbeziehung jedes Deutschen zu seiner Mutter liegt, ja, dass es die Liebe jedes Menschen zu seiner Mutter ist. Und dieses Mutter und Frau sein ist der Beruf und bleibt der Beruf. Ich wünsche, dass viele, ja die meisten unserer Mädchen einmal diesen Weg in Glück gehen können. Ich wünsche auch unseren Männern, dass sie bald wieder einmal zu diesen friedlichen Zonen zurückkehren können. Wenn auch die äussere Pflicht heute Euch, Ihr Frauen und Mädchen, zu diesem grauen gemeinsam getragenen Band des Gehorsams und der harten Pflichtentschlossenheit zwingt, so soll doch, je ernster und trauriger, je grauer und notvoller die Zeit wird, dennoch aus der Hoffnung dieser grauen Welt immer wieder das Glücksideal deutschen Frauentums aufsteigen. Mag dies daher auch in Eurer Seele immer wieder erklingen. Ihr seid ja die Jugend, Ihr habt ja diese Sendung auch in die Zukunft hinein zu bewahren in Treue und Ehre.

Es ist für mich auch eine freudige Feststellung, dass wir in unserem Raum noch ein Kulturleben pflegen können, dass deutsche Dichter und Meister der Töne hier

17.12.1944

noch zu deutschen Seelen sprechen, dass sie ihre Werte bringen und für die Ewigkeiten deutschen Wesens werben. Kündet es, nehmt es auf, was wir hier noch gesammelt an geistigen Energien für unsere Heimat bewahren. Ich möchte Euch daher aufgerufen haben, mit dem Dienst und dem Gehorchen, mit dem grauen Entschlossen- und Geschlossensein doch das leuchtende Hoffen auf das wieder beginnende grüne Leben unseres Volkes zu bewahren. So, wie bei den Germanen die Frauen die Priesterinnen waren, die das Hohe, Leuchtende zeigten, die den Niederbrechenden aufrichteten und den Verzagten mit neuem Lachen erfüllten, so muss auch in Euch dieses ewige Blühen deutscher Kraft und Seligkeit aufsteigen. Wir wollen diesem Leben treu uns verbündet zeigen, todesmutig diesem neuen blühenden deutschen Leben für die Zeit nach dem Kriege uns gerüstet halten. Bis dahin aber bleiben wir in diesem Dienst unverrückbar ohne Zagen mit der ganzen Kraft des Glaubens deutscheMädchen und Frauen.

Wenn es ganz ernst wird und wenn der einen oder anderen von Euch manchmal das Zagen kommt, wenn kein Gebet und kein inneres Selbstbeharren mehr hilft, dann habe ich doch noch ein Wort für Euch: Dann denkt an Adolf Hitler, den Mann, der in seinem ganzen Leben für sich noch niemals etwas gewollt hat, dessen ganze Sehnsüchte, Neigungen und Kräfte, dessen ganzer Wille und Glaube nur immer Deutschland, Deutschland und in alle Ewigkeit Deutschland gegolten haben. Nehmt Euch diesen vor sich so stillen Mann in all seiner Grösse, nehmt seinen dem Schicksal grauenhaftester Art gegenüber sich immer wieder aufrichtenden Glauben zum Vorbild. Wie klein sind wir alle vor einem Adolf Hitler, den zu bekämpfen eine ganze Welt auszieht und den zu beseitigen der Jude in der ganzen Welt alles sammelt, was irgendwie nur schiessen kann, und der doch in seiner Einsamkeit und Einmaligkeit der grösste ist, weil er den

grössten, härtesten und stolz erhabensten Geist unseres Volkes besitzt, weil er zugleich aber auch die glühendste und flammendste seelische Kraft seines Herzens in sich trägt! Denkt an ihn! Lasst sein Bild in Euch nicht verklingen oder verschwimmen! Duldet nicht, dass man an diesem grossen einsamen Mann irgendwie rüttelt! Es ist unser Schicksal, mit ihm und für ihn den Kampf zu bestehen. Seid dazu aufgerufen!

(Anhaltender stürmischer Beifall.)

Mit dem von Distriktsstandortführer Gouverneur Dr.von Burgsdorff ausgebrachten Siegheil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Morgenfeier ihren Abschluss.

13.30 Besprechung mit Ministerialrat Klein.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Ministerialrat Klein in Vertretung des Staatssekretärs Dr.Bühler die Weisung, sich in der Angelegenheit der in Niederschlesien befindlichen Angehörigen der Verwaltung des Generalgouvernements im Zusammenhang mit dem Schreiben, das Reichsminister Dr.Goebbels unterm 11.12.1944 an den Generalgouverneur gerichtet hat, unverzüglich mit Präsident Dr.von Craushaar und Staatssekretär Dr.Boepple in Verbindung zu setzen, mit Letzterem telefonisch.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, dass dem von Reichsminister Dr.Goebbels beauftragten Oberabschnittsleiter Dr.Schulz bei Nachprüfung der wegen Unterbringung und Lebensführung der in Niederschlesien anwesenden Beamten und Angestellten des Generalgouvernements erhobenen Vorwürfe jede nur erdenkliche Hilfe bei der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgabe zuteil wird. Staatssekretär Dr.Boepple soll beauftragt werden, in Vertretung des Generalgouverneurs dem Oberabschnittsleiter Dr.Schulz diese aufklärende Hilfe in jeder Weise zu leisten.

17.12.1944

17^{00} Tee-Empfang.

D OF

#31

R12

KODAK SAF

Donnerstag, den 29.März 1945.

14.00 Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

Freitag, den 30.März 1945

Samstag, den 31.März 1945.

17.00 Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden und begibt sich nach Erledigung seiner Dienstgeschäfte um

18.00 wieder auf den Schoberhof.

Sonntag, den 1.April 1945.

9.00 Landgerichtsrat Schüler kommt von seiner Dienstreise aus Wien zurück.

Montag, den 2.April 1945.
(Ostermontag)

Dienstag, den 3.April 1945.

16.45 Der Herr Generalgouverneur trifft im Haus Bergfrieden ein und übernachtet daselbst.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 295
Filed Nov 14, 1945

Sonntag, den 25.März 1945

Der Herr Generalgouverneur befindet sich auf dem Schoberhof.
(Bergrutsch auf der Strecke Neuhaus Schliersee)

Montag, den 26.März 1945.

Landgerichtsrat Schüler erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag nach Wien zu fahren, um die noch schwebenden Benzinangelegenheiten mit Ministerialrat Sauer endgültig zu regeln sowie noch einige andere Aufgaben auszuführen.

14^{50} Abfahrt des Landgerichtsrats Schüler nach Wien von Schliersee.

Dienstag, den 27.März 1945.

12^{00} Herr Höpner kommt erstmalig in das Haus Bergfrieden.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur trifft im Haus Bergfrieden ein und übernachtet daselbst.

Mittwoch, den 28.März 1945.

12^{30} Direktor Dr.Coblitz trifft mit dem Rad von Cochel her im Haus Bergfrieden ein.

Herr Dr.Coblitz bittet den Herrn Generalgouverneur ihm behi-lflich zu sein bei der Klärung von finanziellen Schwierigkeiten gegenüber der Hauptabteilung Finanzen, in die das Ostinstitut geraten sei.

Der Herr Generalgouverneur schreibt einen Brief an Präsidenten Dr. Senkowsky und beauftragt die Hauptabteilung Finanzen nach wie vor an das Institut für Deutsche Ostarbeit die finanziellen Beiträge zu leisten.

16^{00} Dr.Coblitz fährt nach Cochel zurück.

GG Bad Aibling
Neuhaus

Mittwoch, den 21.März 1945.

11^{30} Herr Bader kommt im Haus Bergfrieden an, fertigt einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit im Schloß Moos für den Herrn Generalgouverneur aus und fährt um

19^{25} wieder nach Schloß Moos zurück.

Donnerstag, den 22.März 1945

9^{30} Landgerichtsrat Schüler kehrt von seiner Reise Meiningen-Eisenach wieder zurück.

Freitag, den 23.März 1945.

21^{00} Oberbereichsleiter Eisenlohr trifft im Haus Bergfrieden ein.

22^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt aus Aibling im Haus Bergfrieden an und übernachtet daselbst.

Samstag, den 24.März 1945.

11^{00} Professor Dr. Dombart trifft im Haus Bergfrieden ein.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur und Professor Dr.Dombart begeben sich auf den Schoberhof.

19^{15} Rückfahrt des Professors Dr.Dombart nach München.

Sonntag, den 18.März 1945.

12³⁰ HJ-Führer Drenk kommt im Haus Bergfrieden an und erkundigt sich über den Stand der Ordensangelegenheiten für die HJ-Führung im Generalgouvernement.

Montag, den 19.März 1945

11³⁰ Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger trifft im Haus Bergfrieden ein und fertigt einen schriftlichen Bericht für den Herrn Generalgouverneur an über seine Tätigkeit vom 4. bis 18.März 1945.

19²⁵ Rückfahrt Dr. Meidinger nach München.

Dienstag, den 20.März 1945

11³⁰ Herr Schneider kommt im Haus Bergfrieden an und berichtet über seine Fahrt nach Schloß Moos. Er hinterläßt für den Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht.

Herr von Palézieux gibt an Herrn Schneider den Auftrag des Herrn Generalgouverneurs weiter, daß sich Herr Schneider sofort auf eine Reise nach Prag und Reichenberg zu begeben habe. Die entsprechenden Briefe des Herrn Generalgouverneurs zur Erledigung seiner Aufträge werden Herrn Schneider ausgehändigt.

19²⁵ Rückfahrt von Herrn Schneider nach München.

Neuhaus

Samstag, 17.März 1945

10^00 Besuch des Generaldirektors der Bayer.Staatsgemäldesammlung Professor B u c h n e r .

Da der Herr Generalgouverneur abwesend war, wurde die Besprechung mit Herrn von Palézieux geführt.

Professor Buchner bedauerte, Herrn Generalgouverneur nicht persönlich angetroffen zu haben und teilte mit, daß er dem Führer darüber Bericht erstattet habe, daß eine Reihe Kunstgegenstände aus dem Generalgouvernement sich im hiesigen Ausweichlager der Dienststelle befinden. Der Führer sei damit einverstanden, die Gegenstände im Salzbergwerk Alt-Aussee zu lagern. Herr Professor Buchner will sich mit Ministerialrat von Hummel von der Kanzlei des Führers in Verbindung setzen, damit dieser der Dienststelle behilflich ist, die Gegenstände nach Alt-Aussee zu bringen.

Professor Buchner besuchte am Nachmittag Frau Brigitte Frank am Schoberhof und fuhr um

19^35 wieder nach München zurück.

Neuhaus

Mittwoch, den 14. März 1945.

7.18 Oberst Fischer und Herr von Palézieux fahren nach Miesbach zum Wehrüberwachungsamt, um die männlichen Gefolgschaftsmitglieder der Kanzlei umzumelden.

Anschließend begeben sich beide Herren nach München um die Freistellung des von der Wehrmacht beschlagnahmten I Ost 17 zu regeln. Oberst Fischer fährt dann weiter nach Fürth, Herr von Palézieux nach Neuhaus zurück.

Donnerstag, den 15. März 1945.

17.15 Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

Freitag, den 16. März 1945.

11.00 Der Herr Generalgouverneur begibt sich teilweise mit dem Zug und teilweise zu Fuß nach Bad Aibling.

13.März 45.

Herr Hirth, der für Speer arbeite, sei mit dem Gauleiter befreundet und es läge ihr daran, daß der Herr Generalgouverneur deswegen mit dem Gauleiter spräche. Sie wäre auch gegebenenfalls mit einem Umzug in eine komfortable Wohnung in Rottach-Egern zufrieden.

Herr von Palézieux hat Frau Voss mitgeteilt, daß er dem Herrn Generalgouverneur ihr Anliegen vortragen werde, daß er aber kaum der Annahme sei, daß der Herr Generalgouverneur sich mit dieser Angelegenheit befassen könne, da er zur Zeit durch außerordentlich dringende politische Inanspruchnahme nicht dazu käme, ihren Wunsch zu erfüllen. Frau Voss wollte daraufhin in einigen Tagen wiederkommen. Herr v. Palézieux hat sie aber dahin beschieden, auf jeden Fall vorher anzurufen, da es zwecklos sei, ohne vorherigen Anruf zu erscheinen.

Übernachten des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

Neuhaus

Dienstag, den 13. März 1945.

11⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn von Palézieux, der sich von seiner Reise nach Nürnberg zurückmeldet und dem Herrn Generalgouverneur Bericht erstattet.

11³⁰ Oberst Fischer trifft auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden ein.

12⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Fischer zu einer längeren Aussprache über die Einteilung der Dienststäbe des Generalgouverneurs und die Kanzlei und über die von Oberst Fischer mit dem OKW zu führenden Verhandlungen zur Freistellung der betreffenden Personen. Oberst Fischer schickt einen diesbezüglichen Bericht an Oberst Weiß in dem er um Uk-Stellung der vom Herrn Generalgouverneur angeforderten Personen bittet.

13⁰⁰ Frau Voss, geb. Aders geschied. Du Mond bittet den Herrn Generalgouverneur um eine Unterredung. Der Herr Generalgouverneur beauftragt Herrn von Palézieux Frau Voss anzuhören.

Frau Voss gibt an, im Jahre 1933 zusammen mit Frau Frank nach Edinburg gereist zu sein und daß sie die Adresse des Herrn Generalgouverneurs von Frau Frank erhalten habe. Sie bat darum, beim Gauleiter in ihrer Wohnungsangelegenheit vorzusprechen. Sie wohne in St. Quirin am Tegernsee, Schiederhof, Tel. 4546 seit 1 1/2 Jahren. Vor 6 Monaten sei ihr Mann gestorben und sie wohne jetzt mit ihrer Stütze zusammen. Der Wohnungskommissar in Miesbach habe ihr zugesagt, daß sie die Wohnung behalten könne, aber der Besitzer

Neuhaus

Sonntag, den 11. März 1945

5^{18} Abfahrt von Ministerialrat Sauer, Chefdirigent Swarowsky und Herrn von Palésieux.

9^{30} Ankunft von Präsident Dr. Senkowsky im Haus Bergfrieden.

17^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Präsidenten Senkowsky in Begleitung von Herrn Pfaffenroth auf dem Schoberhof.

Präsident Senkowsky erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Tätigkeit der Hauptabteilung Finanzen seit dem Abrücken von Krakau.

Montag, den 12. März 1945.

10^{00} Präsident Dr. Senkowsky begibt sich in Begleitung von Herrn Pfaffenroth noch einmal auf den Schoberhof zur Fortsetzung der dienstlichen Besprechungen und um sich vom Herrn Generalgouverneur zu verabschieden.

11^{52} Abfahrt des Präsidenten Senkowsky von Neuhaus.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur trifft im Haus Bergfrieden ein und übernachtet daselbst.

Freitag, den 9.März 1945

11.52 Herrn Schneider fährt nach Stockdorf zurück mit dem Auftrag des Herrn Generalgouverneurs sich von dort aus zu Herrn Bader nach Schloß Moos bei Plattling zu begeben, um mit ihm im Laufe der kommenden Woche zusammen hierher zu kommen und Bericht über den Zustand der dort eingegangenen Kunstschätze zu erstatten.

12.00 Ankunft Chefdirigent Swaroswky.

14.30 Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

16.00 Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn Swarowsky und dem einige Tage schon auf dem Schoberhof weilenden Generalintendanten Stampe. Der Herr Generalgouverneur verweist die beiden Herren mit je einem Schreiben an Staatssekretär dr. Bühler, nach dessen Inhalt von der Regierung des Generalgouvernements für beide Herren ein weiterer Zeitaufschub erreicht werden soll, um ihre Rechenschaftsberichte bezw. die Abwicklung ihrer Amtsgeschäfte abschließen zu können.

Samstag, den 1o.März 1945.

9.00 Ministerialrat Sauer, Wien kommt im Haus Bergfrieden an.

Ministerialrat Sauer erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über seine Tätigkeit in der letzten Zeit, über die Zerstörung der Dienststelle Wien und erhält noch einige Aufträge nach deren Erledigung, im Laufe der kommenden Woche, er noch einmal nach Neuhaus kommen soll.

16.40 Ministerialrat Sauer, Swarowsky und Herr von Palézieux, der den Auftrag hat, zu Oberst Fischer nach Fürth zu fahren, verabschieden sich beim Herrn Generalgouverneur

Mittwoch, den 7. März 1945

5^{18} Abfahrt von Landgerichtsrat Schüler nach Meiningen zu seiner Familie und nach Eisenach zu Präsident Emmerich, um im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs Benzinmarken zu beschaffen sowie die zukünftige monatliche Benzinzuteilung für die Dienststelle festzulegen.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Luxenberg sen.

12^{30} Landgerichtsrat Dorn besucht den Herrn Generalgouverneur.

19^{25} Rückfahrt von Landgerichtsrat Dorn nach München.

21^{00} Oberbereichsleiter Eisenlohr trifft im Haus Bergfrieden ein.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

Donnerstag, den 8. März 1945

12^{00} Polizeimeister Nickl meldet sich beim Herrn Generalgouverneur und erstattet Bericht über seinen Unfall und die Verhältnisse im Blockhaus in Herrsching.

19^{25} Oberbereichsleiter Eisenlohr und Polizeimeister Nickl fahren nach München zurück.

21^{00} Zusammensein in der Bauernstube des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Gefolgschaft anläßlich der 12jährigen Wiederkehr am Vorabend der Ernennung des H errn Generalgouverneurs zum Reichsminister.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

Samstag, den 3.März 1945

8^30 Oberbereichsleiter Eisenlohr kommt im Haus Bergfrieden an und überbringt dem Herrn Generalgouverneur einige dringende Postsachen.

17^30 Der Herr Generalgouverneur und Oberbereichsleiter Eisenlohr gehen zu Herrn von Palézieux, um dort einige Telefongespräche zu führen.

19^15 Oberbereichsleiter Eisenlohr fährt nach München zurück.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

24^00 Rückkehr von Landgerichtsrat Schüler aus München.

Sonntag, den 4.März 1945

Montag, den 5.März 1945

Der Herr Generalgouverneur befindet sich auf dem Schoberhof.

Dienstag, den 6.März 1945

18^00 Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden und übernachtet daselbst.

21^00 Herr Schneider kommt aus Stockdorf im Haus Bergfrieden an.

Neuhaus

Freitag, den 2.März 1945

12^{00} Staatssekretär Dr. Bühler kommt in Haus Bergfrieden an.

Staatssekretär Dr. Bühler legt dem Herrn Generalgouverneur u.a. ein Schreiben von Reichsminister Dr.Lammers vor, dessen Anlagen (Vernehmungsberichte des Grafen Richthofen und seinen Angestellten) Verleumdungen über die Räumungsaktion in Seichau enthalten.

Der Herr Generalgouverneur schreibt an Reichsminister Dr.Lammers einen zusammenfassenden Bericht in dem er ausführlich den Ablauf der Ereignisse seit dem 17.Januar 1945, dem Tage des Abzugs von Krakau, schildert.

19^{15} Staatssekretär Dr. Bühler fährt nach München zurück. Er nimmt den Bericht des Herrn Generalgouverneurs an Reichsminister Dr. Lammers mit, um ihn persönlich bei Reichsminister Dr.Lammers in Berlin abzugeben.

Landgerichtsrat Schüler fährt zusammen mit Staatssekretär Dr.Bühler nach München.

Neuhaus

Donnerstag, den 1. März 1945

8^{00} SS-Sturmbannführer Pfaffenroth fährt nach München und holt den I Ost 1o ab, der anfangs Januar in Krakau per Bahn verladen wurde. Der Wagen kam an und für sich in ordnungsgemäßem Zustand an, aber alles was man irgendwie abmontieren konnte, war gestohlen (Führersitz, Beleuchtung, Aschenbecher, Reifen, Schläuche, Werkzeug usw.).

19^{15} Herr von Palézieux und Sturmbannführer Pfaffenroth holen den Herrn Generalgouverneur in Aibling ab.

23^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Haus Berfrieden und Übernachten daselbst.

Neuhaus
Aibling

Mittwoch, den 21. Februar 1945.

5^{17} Landgerichtsrat Schüler fährt im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs nach Wien.

12^{00} Herr Dr. Meidinger trifft von seiner Dienstreise nach Dresden in Neuhaus ein.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden, empfängt Herrn Dr. Meidinger und läßt sich über die Ergebnisse seiner Dienstreise Bericht erstatten.
Der Herr Generalgouverneur stellt Herrn Dr. Meidinger Staatssekretär Dr. Bühler als Verbindungsmann zum Generalgouverneur und Protokollführer zur Verfügung und gibt ihm ein entsprechendes Schreiben an Herrn Staatssekretär Dr. Bühler mit.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung von Sturmbannführer Pfaffenroth und Herrn von Palézieux nach Aibling.

Donnerstag, den 22. Februar 1945.

11^{50} Herr Dr. Meidinger fährt nach München ab.

Freitag, den 23. Februar 1945.

Der Herr Generalgouverneur stellt Direktor Lamecker vom Bergwerk Hausham den Diesel LKW für Fahrten leihweise zur Verfügung.

Montag, den 26. Februar 1945.

2^{00} Landgerichtsrat Schüler kehrt von seiner Dienstreise aus Wien zurück.

2

Neuhaus

20.II.1945.

19.45 Staatssekretär Dr. Bühler, Notar Gutbrod und Oberbereichsleiter Eisenlohr fahren nach München ab.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich anschließend in das Haus Bergfrieden.

22.00 Der Herr Generalgouverneur geht in die Bayrischzellerstraße 4 d zu Herrn von Palésieux.

23.30 Der Herr Generalgouverneur trifft auf dem Schoberhof ein.

Dienstag, den 2o. Februar 1945.

11^{00} Staatssekretär Dr. Bühler, Notar Gutbrod und Herr Eisenlohr kommen in Neuhaus an.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden und empfängt Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, Herrn Notar Gutbrod und Herrn Landgerichtsrat Schüler zu einer Besprechung. Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur insbesondere über seine Verhandlungen mit Staatssekretär Stuckart. Ferner teilen Staats. Dr. Bühler und Notar Gutbrod ihre Erlebnisse während der beiden Terrorangriffe auf Dresden dem Herrn Generalgouverneur mit.

13^{00} Essen .

15^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, Herrn Notar Gutbrod, Herrn Landgerichtsrat Schüler und SS-Sturmbannführer Pfaffenroth auf den Schoberhof zwecks Fortführung der Besprechungen.

18^{00} Herr von Palésieux und Herr Eisenlohr begleiten die Herren des Polnischen Hilfsausschusses Dr. Schafransky und Dr. Mieszńikowsky auf den Schoberhof, die dem Herrn Generalgouverneur über die vorbereitenden Arbeiten Bericht erstatten und ihre Pläne für die Zukunft entwickeln. Die Berichterstattung erfolgt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler, Notar Gutbrod und Landgerichtsrat Schüler.

19^{25}

Neuhaus

Samstag, den 17. Februar 1945.

18^{30} - 23^{30} Der Herr Generalgouverneur hält sich im Haus Bergfrieden auf.

Sonntag, den 18. Februar 1945.

16^{00} Reichskriegsopferführer Oberlindober besucht den Herrn Generalgouverneur auf dem Schoberhof.

18^{30} - 22^{00} Der Herr Generalgouverneur hält sich im Haus Bergfrieden auf.

Montag, den 19. Februar 1945.

18^{30} - 22^{30} Der Herr Generalgouverneur hält sich im Haus Bergfrieden auf.

Neuhaus

Mittwoch, den 14. Februar 1945.

6^{00} Sturmbannführer Pfaffenroth, Herr von Palézieux und Herr Eisenlohr fahren im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs nach Herrsching. Die Rückfahrt erfolgt über München um einige dienstliche Aufträge zu erledigen.

11^{55} Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger fährt im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs nach Dresden.

22^{30} Herr Pfaffenroth und Herr von Palézieux kehren von ihrer Dienstreise zurück. Der Herr Generalgouverneur erwartet die beiden Herren im Haus Bergfrieden, um die Berichte entgegenzunehmen

23^{45} Der Herr Generalgouverneur verläßt das Haus Bergfrieden und begibt sich auf den Schoberhof.

Donnerstag, den 15.Februar 1945.

Der Herr Generalgouverneur kommt am Abend in das Haus Bergfrieden.

Freitag, den 16.Februar 1945

17^{00} Der Herr Generalgouverneur geht zu Herrn von Palézieux.

18^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

18^{50} Herr Schneider, Herr Schamper und Herr Mohr verlassen Neuhaus.

23^{30} Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

GG **Aibling**
Stab **Neuhaus**

Montag, den 12.Februar 1945.

11^{00} Obergefreiter Palmi fährt auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs nach Herrsching um sich dort zusammen mit Polizeimeister Nickl bereitzuhalten für die Abholung des Herrn Generalgouverneurs am nächsten Tag aus Aibling

20^{00} Ankunft des polnischen Hauptausschusses in Neuhaus Professor Burdecki, Professor Skiffsky, Herr de Nisau. Die Herren übernachten mit ihren Familien im Haus Bergfrieden.

Dienstag, den 13.Februar 1945.

9^{10} Autounfall von Palmi mit PKW I Ost 17 an der Kreuzung Fürstenrieder und Agnes-Bernauerstraße in München Laim.
Palmi und Nickl sind verletzt.

12^{00} Ankunft Meidinger, Schneider, Eisenlohr, Hupflocher in Neuhaus.

14^{00} Anruf des Herrn Generalgouverneurs wegen Abholung aus Aibling.

15^{00} Herr Pfaffenroth und Herr von Palésieux holen den Herrn Generalgouverneur in Aibling ab
16^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Aibling
17^{45} Ankunft am Schoberhof
18^{30} Ankunft im Haus Bergfrieden
Anschließend Generalbesprechung

GG Aibling
Stab Neuhaus

Freitag, den 2. Februar 1945.

15^{00} Der Landrat in Miesbach teilt der Dienststelle des Generalgouverneurs in Neuhaus telefonisch mit, daß das Café Bergfrieden, Neuhaus, Josefstalerstraße 12, der Dienststelle des Generalgouverneurs von der Gauleitung in München als Ausweichstelle zur Verfügung gestellt wird.

15^{30} Herr von Palézieux und Herr Schamper fahren zu Herrn Generalgouverneur nach Aibling.
Die Rückfahrt erfolgt über München.

16^{00} Landgerichtsrat Schüler und Herr Palmi kommen aus Meiningen in Neuhaus an.

Samstag, den 3. Februar 1945.

Einzug der Dienststelle in das Haus Bergfrieden.
Einrichtung des Hauses.

Donnerstag, den 8. Februar 1945.

Besuch Dr. Meidinger in Neuhaus

Samstag, den 1o. Februar 1945

Ankunft Mohr in Neuhaus

Aibling

Dienstag, den 30.Januar 1945.

14^{00} Herr Pfaffenroth und Herr von Palézieux fahren von Neuhaus zum Herrn Generalgouverneur nach Aibling.

15^{45} Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Anordnung:

z.Zt. Aibling 30.I.1945

Anordnung.

I. Ich errichte mit sofortiger Wirkung die Dienststelle Neuhaus meiner Kanzlei.

II. Zu ihrem kommissarischen Leiter berufe ich Herrn LGRat Schüler.
Zu dessen Stellvertreter und zugleich zu meinem Intendanten berufe ich Herrn von Palézieux.

III. Ich errichte die Dienststelle Adjutantur des GG und Reichsministers Dr. Frank in Neuhaus.
Zu ihrem Leiter berufe ich meinen Adjutanten Sturmbannführer Pfaffenroth.

IV. Herrn Meidinger beurlaube ich auf eigenen Wunsch bis auf weiteres von den Dienstgeschäften.

30.I.1945

gez. F r a n k .

Anschließend fahren Sturmbannführer Pfaffenroth und Herr von Palézieux nach München zu Herrn Eisenlohr und zur Gauleitung.

23^{00} Ankunft der beiden Herren in Neuhaus.

Seichau
Aibling

Mittwoch, den 24.Januar 1945.

16^{00} Rechtsrat Dr. Hammerle, Major Mankel und Ministerialrat Rogge melden sich beim Herrn Generalgouverneur in Seichau ab. Dr. Hammerle stellt auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs seinen LKW der Dienststelle des Generalgouverneurs zur Verfügung.

23^{00} Unter Führung von Sturmbannführer Pfaffenroth fährt eine Kolonne mit zwei LKW und zwei PKW in Richtung Süddeutschland - Neuhaus ab, und zwar: Gräfin Richthofen - bis Thurnau -, Herr Bader, Herr Schneider, Herr Mohr, Herr Höppner, Herr Penzke, Herr Schäger, Herr Rudolf, Herr Zahn.

Donnerstag, den 25.Januar 1945.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung von Herrn Landgerichtsrat Schüler und Herrn Schamper in Seichau ab. Gleichzeitig verlassen auch Herr Palmi, Herr Kneisel, - der Reststab - Seichau.

16^{00} Landgerichtsrat Schüler, Herr Kneisel und Herr Palmi trennen sich in Gera vom Herrn Generalgouverneur und fahren mit seiner Weisung nach Meiningen, am 2.2. in Neuhaus den Dienst wieder anzutreten.

10^{30} am 25.I.45 treffen Herr von Palézieux und Herr Karg mit dem Opel-LKW in Neuhaus bei Schliersee ein.

Freitag, den 26.Januar 1945.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Bad Aibling.

27.-29.I.

23.Januar 1945.

In Gegenwart der oben bezeichneten Personen wurden die im Schloß Muhrau (abgeteilter Saal) lagernden Kunstschätze verschiedener Art, des früheren polnischen Staates zur Verwahrung übergeben. Es handelt sich um die Kunstschätze Polens, die zum Zwecke ihrer Erhaltung im Reich sichergestellt werden sollen.

Die Schlüssel wurden seitens des Amtes von Eduard Kneisel an den Herrn Bürgermeister Schnitzler übergeben.

Bürgermeister Schnitzler verpflichtet sich als Übernehmer die Kunstschätze nach Möglichkeit vor Schaden zu bewahren und dafür zu sorgen, daß sie keinen schadenden Witterungseinflüssen ausgesetzt werden.

Eine Haftung kann mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht übernommen werden.

Der Bürgermeister Schnitzler verpflichtet sich bei Eintreten besonderer Kriegsverhältnisse, welche seine Abwesenheit bedingen würden, die Schätze an den zuständigen Wehrmachtsbefehlshaber zu übergeben.

v.g.u.

gez. Robert Schnitzler
gez. Kneisel

gez. W. Dressler
gez. Schüler

Agnetendorf
Seichau
Warmbrunn

Montag, den 22.Januar 1945.

15^{30} Der Herr Generalgouverneur, Sturmbannführer Pfaffenroth und Herr Schneider fahren nach Seichau zurück.

16^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Präsident Dr. Emmerich, Präsident Lauxmann, Gouverneur Kundt, Dr. Blum, Dr. Nagel und Dr. Hammerle in Warmbrunn.

17^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Seichau.

Dienstag, den 23.Januar 1945.

1^{30} Abfahrt des Herrn von Palézieux und des Herrn Karg mit dem Lastkraftwagen in Richtung Neuhaus.

12^{00} Landgerichtsrat Schüler übergibt die in Schloß Muhrau lagernden Kunstschätze verschiedener Art des früheren polnischen Staates dem Bürgermeister Robert Schnitzler von Muhrau und fertigt darüber folgendes Übergabeprotokoll an:

Muhrau, den 23.I.1945.

Übergabeprotokoll

Gegenwärtig: Landgerichtsrat Walter Schüler als Beauftragter des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Frank
2 Akad. Restaurator Eduard Kneisel, Kanzlei des Gen.Gouv.
3 Bürgermeister Robert Schnitzler Muhrau
4 N.S.V. Ortsgruppenamtsleiter P.G. Wilhelm Dressler Haidau

In

Seichau
Agnetendorf

Sonntag, den 21.Januar 1945.

Der Herr Generalgouverneur, Landgerichtsrat Schüler, Herr Mohr und Herr Fenzke verbrennen den größten Teil der aus Krakau mitgebrachten dienstlichen Akten.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur gibt ein Essen und ladet dazu ein: Graf und Gräfin Richthofen, Landgerichtsrat Schüler, Architekt von Palézieux, Herrn Mohr, Herrn Fenzke, Herrn Schneider.

Anschließend Kaffee.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur, Sturmbannführer Pfaffenroth und Herr Schneider fahren zu Gerhart Hauptmann nach Agnetendorf.

20^{00} Gouverneur Kundt und Rechtsrat Dr. Hammerle treffen in Seichau ein.

Samstag, den 2o.Januar 1945.

Herr von Palézieux, Herr Kneisel und Herr Mohr fahren zu Frau von Wietersheim nach Muhrau, die ihr Schloß zur Aufbewahrung der Kunstgegenstände zur Verfügung gestellt hat.

13⁰⁰ Sturmbannführer Pfaffenroth und Frl. Lanzinger fahren nach Warmbrunn zu Herrn Gabriel und nach Stohnsdorf zu Ministerialrat Albert.

Die Lage hat sich inzwischen verschlechtert, die Russen sind bei Steinau an die Oder herangekommen, sodaß Breslau unmittelbar bedroht ist. Der Herr Generalgouverneur ordnet deshalb an, daß sämtliche Damen und die entbehrlichen Herren Seichau zu verlassen haben.

16⁰⁰ Abfahrt von Dr.Meidinger, Frl. Mylo, Frl. Schröer, Frl. Türk und Frl. Kraffczyk.

2o⁰⁰ Frl. Lanzinger, die inzwischen nach Seichau zurückgekommen ist und Architekt Müller, der zu Fuß von Goldberg nach Seichau gekommen ist, fahren ebenfalls ab.

Seichau
Breslau

Freitag, den 19. Januar 1945.

11⁰⁰ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Breslau Zwingerplatz 4, mit Sturmbannführer Pfaffenroth und SS- Untersturmführer Schamper zum Dienststab des Herrn Staatssekretärs Dr. Boepple.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Kundt, Oberdienstleiter Tießler, Oberst Fischer

Oberdienstleiter Tießler bekommt vom Herrn Generalgouverneur eine Sondervollmacht, um mit dem Wagen seine Familie in Sicherheit zu bringen, die sich östlich Breslau befindet.

15⁰⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Breslau

17⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Seichau

19⁰⁰ Ankufxx des Obergefreiten Palmi in Seichau, daß er in Liegnitz mit dem Ost 3 angekommen sei und den Wagen vor den Russen gerettet habe.

19¹⁵ Abfahrt von Palésiuex und Mohr nach Liegnitz
Besuch bei Pressechef Gassner
Herr Fenske wird von den beiden Herren nach Seichau mitgenommen
Herr Mohr fährt mit dem Lastwagen als Begleiter nach Muhrau

Donnerstag, den 18.Januar 1945.

0^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Oppeln

Der Wagen des Herrn Generalgouverneurs trennt sich von der anderen Kolonne, die nach Breslau weiterführt. Oberdienstleiter Tießler verläßt den Wagen des Herrn Generalgouverneurs und steigt in seinen eigenen ein. Der Herr Generalgouverneur begibt sich direkt nach Seichau.

5^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn von Palézieux und SS-Untersturmführer Schamper in Seichau.

12^{00} Besuch des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger und Herrn von Palézieux bei Graf und Gräfin Richthofen.

14^{00} Abfahrt eines Teiles der Gefolgschaft:
Regierungsrat Gnauck
Architekt Korinthenberg
Herr Kühne
Frl. Schwanz
Frl. Kohlmeyer

17.I.1945. Krakau Burg

Reihenfolge der Wagen:

1) Oberst Fischer

2) Der Generalgouverneur
   Oberdienstleiter Tießler
   Architekt von Palézieux
   SS-Untersturmführer Schamper

3) Herr Karg mit Begleitkommando

4) Landgerichtsrat Schüler
   Frl. Kraffczyk
   Herr Schäfer
   Herr Parlitz

5) Herr Borgiel
   Frl. Herschel

6) Rechtsrat Dr. Hammerle mit Begleitkommando

7) Oberstleutnant von Dazur

8) Oberdienstleiter Tießler (Fahrer)

Die Fahrt geht über Izdebnik, Kalvaria, Bielitz, Teschen, Mährisch Ostrau, Oppeln.

22^{45} Der Herr Generalgouverneur hat eine Besprechung mit Generaloberst Tschörner.

23^{30} Abendessen bei Generaloberst Harpe.

Krakau Burg.

17.I.1945.

3) Sekretärin Helene Kraffczyk

Am 17.Januar 1945 wurde die Burg zu Krakau Hauptmann Klinder, dem Chef der Burgwachtkompanie, mit sämtlichen vorhandenen Einrichtungsgegenständen und allen Lagervorräten übergeben.

Hauptmann Klinder verpflichtet sich als Übernehmer, die vorhandenen Vorräte ordnungsgemäß zu bewirtschaften und sie gegebenenfalls der kämpfenden Truppe zur Verfügung zu stellen. Er übernimmt die Verpflichtung, das vorhandene Benzinlager unverzüglich dem Kampfkommandanten zu melden.

Hauptmann Klinder ist berechtigt, die vorhandenen Pferde und einen Kraftwagen für seine Einheit zu übernehmen.

Sämtliche vorhandenen Schlüssel wurden Hauptmann Klinder ausgehändigt, der darüber durch seine Unterschrift quittiert.

Bei anderweitiger Verwendung der Einheit übergibt Hauptmann Klinder die Burg dem Kampfkommandaten.

gez. Schüler
Landgerichtsrat
als Übergebender

gez. Klinder
Hauptmann
als Übernehmer

gez. F r a n k
Generalgouverneur und
Reichsminister

13^{00} Die Herren verabschieden sich vom Generalgouverneur.

13^{25} Der Herr Generalgouverneur verläßt mit einer Wagenkolonne bei herrlichstem Winterwetter und strahlendem Sonnenschein die Burg zu Krakau.

Krakau Burg

Mittwoch, den 17.Januar 1945.

7^{00} Staatssekretär Dr. Bühler ruft den Herrn Generalgouverneur an und unterrichtet ihn über die Ereignisse der vergangenen Nacht.

8^{00} Fliegeralarm

9^{00} Oberst Fischer erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht, daß die russischen Panzer in Richtung der Straße Krakau Trzebinia, bei Tomasowice, durchgebrochen sind. General Kruse läßt den Herrn Generalgouverneur bitten, Krakau sofort zu verlassen, da entschieden ernste Gefahr für die Stadt Krakau besteht.

11^{00} Bankdirigent Dr. Paersch erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die letzten Maßnahmen der Emissionsbank.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur hält die letzte Sitzung auf der Burg ab, an der Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Präsident Dr. Senkowsky, Gouverneur Dr. von Burgsdorff und Notar Gutbrod teilnehmen.

Inzwischen übergibt Landgerichtsrat Schüler die Burg dem Chef der Burgwachtkompanie, Hauptmann Klinder, worüber folgende Übergabeverhandlung vorliegt:

Krakau, den 17.Januar 1945

Übergabeverhandlung:

Gegenwärtig: 1) Landgerichtsrat Walter Schüler
Stellvertreter des Chefs der Kanzlei
des Generalgouverneurs

2) Hauptmann Klinder
3./III./Pz.Wachbatl.IV.
Chef der Burgwachtkompanie

Krakau Burg

16.I.1945

22^{00} Herr Staatssekretär Dr. Bühler überbringt dem Herrn Generalgouverneur die neuesten Berichte. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet einen Erlaß über die Stadt-und Landwacht.

22^{20} Der Heeresgruppenkommandeur gibt dem Herrn Generalgouverneur telefonisch einen Bericht über die derzeitige Lage, die sehr ernst sei. Tschenstochau sei vom Feinde genommen und Krakau wohl bedroht.

Wiederholte Fliegerangriffe mit Bombenabwurf.

23^{00} Pressechef Gassner kommt zum Herrn Generalgouverneur und überbringt nicht sehr gute Nachrichten aus dem Westen. Schwerstes Problem: Wird Krakau militärisch verteidigt, mit welchen Truppen, die wenigen deutschen Männer sind dazu außerstande.

23^{30} Zusammensein mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, Dr.Hammerle, Pressechef Gassner, Landgerichtsrat Schüler, Architekt von Palézieux, Herrn Borgiel, Leutnant Fremd und Frl. Kraffczyk.

Der Herr Generalgouverneur telefoniert mit Sturmbannführer Pfaffenroth, der sich zur Zeit in Kressendorf befindet, und erteilt ihm den Auftrag, in Anbetracht der Wichtigkeit der Ladung mit dem LKW nach Seichau zu fahren und am Donnerstag wieder nach Krakau zurückzukehren.

16.I.1945.

Außerdem hat der Herr Generalgouverneur den Inspekteur des Sonderdienstes, Herrn Dr.Hammerle mit einem Offizier, Herrn Leutnant Fremd, auf die Burg beordert

17³⁰ Der Herr Generalgouverneur hält eine Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Kobusch und SA-Oberführer Kühnemund betreffend Stadtwacht

18⁰⁰ Generalleutnant Grimmeisz, Kommandeur eines Korps (drei Divisionen) wird dem Herrn Generalgouverneur durch Oberst Fischer vorgestellt.

18³⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner, Verlagsdirektor Strozyk betreffend Erscheinen der Krakauer Zeitung. Der Großteil der Belegschaft der Zeitung geht noch heute nach Königshütte; von dort aus soll eine notdürftige Ausgabe der Krakauer Zeitung herausgebracht werden.

19⁰⁰ Dr.Hammerle und Leutnant Fremd melden sich beim Herrn Generalgouverneur zum Dienstantritt auf der Burg

19³⁰ Abendessen im Turmzimmer:
Der Herr Generalgouverneur
Landgerichtsrat Schüler
Architekt von Palézieux
Fräulein Kraffczyk

Krakau Burg

Dienstag, den 16. Januar 1945.

11⁰⁰ Regierungssitzung (Protokoll Dr. Meidinger)

13³⁰ Essen im Säulensaal der Burg mit den Regierungsmitgliedern.

14⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur erhält die Nachricht, daß Tschenstochau und Radomsko in Händen der Russen sind.

14¹⁵ Abfahrt Sturmbannführer Pfaffenroth, Höppner und Rudolf mit Diesel LKW nach Kressendorf.

15⁰⁰ Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, Architekt Korinthenberg, Frl. Lanzinger, Frl. Mylo, Frl. Türk und Frl. Wrobel verabschieden sich vom Herrn Generalgouverneur, um nach Seichau in PKW abzufahren.

15³⁰ Kampfkommandant General Kruse erläutert dem Herrn Generalgouverneur den Plan der Sicherung Krakaus.

16⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur geht durch die Räume Burg und durch das Verwaltungsgebäude, das er selbst gebaut hat, und nimmt ergriffen Abschied.

Auf der Burg bleiben noch:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
SS-Obergruppenführer Koppe
Landgerichtsrat Schüler
Architekt von Palézieux
Fräulein Kraffczyk
SS-Untersturmführer Schamper
Herr Schäfer
Herr Karg
Herr Parlitz